Dienstag/Mittwoch, 19./20. 11. 1985 - D***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 270 - 47.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 140 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Post: Die Gebühren für Briefe, Pakete und Päckchen werden nach Angaben des Postministeriums bis 1987 stabil bleiben. In der nächsten Legislaturperiode werde eine Anhebung allerdings nicht zu vermeiden sein. Sie soll jedoch „maßvoll" ausfallen. (S. 16)

Spionage: Härtere Strafen für Spione forderte der neue Präsident des Verfassungsschutzamts, Pfahls. „Die Urteile bewegen sich allzuoft im unteren Drittel oder in der unteren Hälfte des Strafrahmens", sagte er in einem Interview der „Quick". Der Abschreckungseffekt sei damit sehr gering.

„DDR"-Erziehung: Die SED hält an ihrem Ziel fest, sämtliche Schüler in der „DDR" – auch die christlich geprägten – einer „kommunistischen Erziehung zu unterwerfen und die marxistisch-leninistische Betrachtungsweise zum „Inhalt der Allgemeinbildung" zu erklären, geht aus Äußerungen von Volksbildungsministerin Margot Honecker hervor. (S. 4)

Sparmaßnahmen: Der Bremer Senat wird seinen Einstellstopp für den öffentlichen Dienst noch ein Jahr aufrechterhalten. Damit *sollen bis 1987 noch 2000 Stellen* eingespart werden.

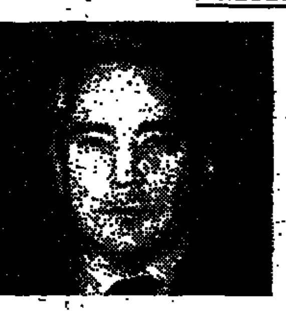
Kambodscha: Der 1975 von den Roten Khmer gestürzte Ministerpräsident Lon Nol ist in Fullerton (Kalifornien) *im Alter von 72 Jahren* gestorben. Lon Nol hatte 1970 den Putsch gegen Prinz Sihanouk *angeführt. 1975 setzte er sich in* die USA ab.

Extremismus: Von ihrer eigenen Bombe sind in Paris zwei mehrmals vorbestrafte Rechtsextremisten – Pierre Bugny und Carlos Marquez da Silva – getötet worden. Die beiden befanden sich mit dem Sprengsatz in ihrem Wagen in der Tiefgarage des Luxushotels Georges V.

Entführung: In Genua stehen seit gestern die vier Palästinenser vor Gericht, die das italienische Passagierschiff „Achille Lauro" entführt haben. Die Anklage lautet auf illegalen Waffen- und Sprengstoffbesitz. Die Entführung selbst wird in einem zweiten Verfahren verhandelt. (S. 28)

Vermögen: Die Sparer in der Bundesrepublik haben 1984 Zinseinkünfte von 90 Milliarden Mark erzielt, *4,5 Milliarden mehr als im* Vorjahr. 1985 wird das Geldvermögen der privaten Haushalte *erstmals zwei Billionen Mark* überschreiten. (S. 13)

ZITAT DES TAGES



»Ein ‚europäisiertes' Europa ist ein Europa mit der Sowjetunion, aber ohne die USA. Wenn Sie ein solches Europa erleben wollen, brauchen Sie nur nach Polen zu gehen«

Der amerikanische Botschafter Richard Burt in einem Vortrag in München vor der *Hanns-Seidel-Stiftung über die deutsch-amerikanischen Beziehungen* (S. 12)

FOTO: MATTHIAS JÜSCHKE

WIRTSCHAFT

Aral: Der Konzern kann nach einem Beschluß des Kartellsenats des Berliner Kammergerichts in seiner jetzigen Form bestehenbleiben und damit weiter Benzin und Diesel der Muttergesellschaften Veba Öl, Mobil Öl und Wintershall vertreiben. (S. 13)

Konjunktur: Der Aufschwung hat nach Ermittlungen des Münchner *Ifo-Instituts in diesem Jahr auch* zu einer kräftigen Belebung der Investitionstätigkeit in der Industrie geführt. Hochgerechnet dürften die deutschen Unternehmen real 13 Prozent mehr investieren als 1984. (S. 13)

Schulden: Wenn nichts geschieht, wird die staatliche Schuldenlast in den USA – so eine Prognose des Präsidenten der Federal Reserve Bank, Corrigan – 1995 mehr als zwei Mal so groß sein wie das Bruttosozialprodukt. (S. 16)

Börse: Zum Wochenbeginn kam es an den Aktienmärkten zu deutlichen Kurserholungen. Der *Rentenmarkt gab nach.* WELT-Aktienindex 243,36 (241,27). BHF-Rentenindex 104,142 (104,160). BHF-Performance Index 107,844 (107,832). Dollarmittelkurs 2,6227 (2,6157) Mark. Goldpreis pro Feinunze 323,50 (325,40) Dollar.

KULTUR

Theater: Bittere Medizin verabreicht der in Ungarn mit Berufsverbot geächtete Istvan Eörsi den Theater-Besuchern in Osnabrück. In seinem Schauspiel „Der Kompromiß" zeigt Eörsi ein Stück politischer Wirklichkeit im Ostblock, das manchen Zuschauer erschaudern läßt. (S. 27)

Malerei: Noch vor der deutschen hat in den letzten Jahren die zeitgenössische italienische Malerei Furore gemacht. Mit der Ausstellung „A New Romanticism" versucht das Hirshhorn Museum in Washington, einen Überblick über diese italienische Malerei der Gegenwart zu geben. (S. 26)

SPORT

Fußball: Beim Länderspiel Deutschland–CSSR wurde eine durchschnittliche Sehbeteiligung von 34 Prozent verzeichnet. Das Tennisspiel Becker gegen Lendl sahen 27 Prozent. (S. 11)

Schach: Mit einem 4,5:1,5-Sieg über Afrika schlitterte die deutsche Schach-Auswahl in der zweiten Runde der Mannschafts-Weltmeisterschaft in Luzern knapp an einer Blamage vorbei.

AUS ALLER WELT

Vulkan: Der Ausbruch des Nevado del Ruiz in Kolumbien, der rund 22 000 Menschen das Leben kostete, hat einen Ansturm ausländischer Vulkanologen ausgelöst. Mit modernster Technik wird jetzt jede Bewegung des noch immer rumorenden Berges registriert. (S. 28)

Wein: In Burgund explodieren die Weinpreise. Bei der 125. Versteigerung *in den Hospices de* Beaune stieg der Durchschnittspreis für den 1985er Rotwein um 86 Prozent. (S. 28)

Wetter: Bewölkt, zeitweise Schneefall. 1 bis minus 6 Grad

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Nach dem Buß- und Bettag erscheint die nächste Ausgabe der WELT am Donnerstag. In einigen Gebieten ist die gewohnte Zustellung nicht möglich, weil Regional- und Lokalzeitungen, mit denen wir in Vertriebsgemeinschaft zusammenarbeiten, am Donnerstag nicht erscheinen. Unsere Abonnenten erhalten dann die WELT durch die Post.

Großversuch zeigt: Tempolimit unnötig. Industrie überrascht

Gesamte Stickoxid-Emissionen würden nur um ein Prozent verringert

GÜNTHER BADING, Bonn

Eine allgemeine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Bundesautobahnen auf 100 Stundenkilometer würde den Schadstoffausstoß an Stickoxiden von Autos nur um ein Prozent der gesamten Stickoxid-Emissionen reduzieren. Das ist das Ergebnis des im vergangenen Dezember begonnenen Großversuchs über die Wirkung eines Tempolimits, der auf 20 Teststrecken im gesamten Autobahnnetz von den Technischen Überwachungsvereinen in den Bundesländern vorgenommen worden war. Damit scheint die Beschlußfassung der Bundesregierung in der heutigen Kabinettsitzung programmiert: Bei einer derartig geringfügigen Reduzierung der Stickoxid-Emissionen wird es kein allgemeines Tempolimit geben.

Derzeit beträgt der Gesamtausstoß an Stickoxiden durch Industrie, *Hausbrand* und Verkehr in der Bundesrepublik Deutschland 3,1 Millionen Tonnen im Jahr. Davon entfallen rund 32 Prozent auf Automobile. Auf den Autobahnen werden bei der zur Zeit geltenden Richtgeschwindigkeit von 130 Stundenkilometern jährlich 310 340 Tonnen Stickoxide von Autos abgegeben. Bei Tempo 100, das von Umweltschützern, aber auch von der SPD *energisch gefordert* wird, würde sich dieser Ausstoß nach den Erhebungen des TÜV nur um 32 170 Tonnen reduzieren.

Mit diesem überraschenden Ergebnis – selbst die Automobilindustrie rechnete mit dem Doppelten an Schadstoffreduzierung, Umwelt*schützer gingen sogar* von einer Einsparung bis zu 180 000 Tonnen pro Jahr aus – befaßte sich gestern nachmittag in Bonn eine Runde von Staatssekretären des Innen-, Verkehrs- und Wirtschaftsministeriums. Am Abend berieten die Vorstände der Koalitionsfraktionen über Für und Wider eines Tempolimits angesichts der Ergebnisse des Abgas-Großversuches. Heute morgen wird der Bundeskanzler zunächst mit den Fachministern und mit den Fraktionschefs und danach mit dem gesamten Kabinett das Vorgehen erörtern. Zwar lehnte Regierungssprecher Friedhelm Ost gestern eine Bewertung der Ergebnisse des Großversuchs ab und verwies auf die heutige Kabinettsitzung. Doch hieß es aus Regierungskreisen, bei diesen unerwartet niedrigen Werten für eine Stickoxid-Reduzierung gebe es keinen stichhaltigen Grund mehr für eine generelle Geschwindigkeitsbegrenzung aus Umweltschutzgründen.

Der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Klaus Daubertshäuser, hatte gestern morgen in einem Gespräch mit dem Westdeutschen Rundfunk den Großversuch noch als „Scheinveranstaltung" bezeichnet. Er sagte, die *Koalitions*fraktionen und die Bundesregierung lehnten ein Tempolimit ab, bevor die *Ergebnisse des Versuchs vorlägen.* Daubertshäuser und der Verkehrsexperte der Grünen, Stefan Schulte, *plädierten erneut für Geschwindig*keitsbeschränkungen.

Der Großversuch erbrachte eine Reihe weiterer interessanter Details. Die Vereinigung der technischen *Überwachungsvereine will* über *die* Ergebnisse heute auf einer Pressekonferenz berichten. Bisher war zu *erfahren, daß die mittlere Geschwin*digkeit auf Bundesautobahnen zur Zeit 115 km/h beträgt. Sie würde bei einem Tempolimit auf 100 Stundenkilometer nur auf 105 km/h reduziert. Die Versuche auf den Teststrecken haben gezeigt, daß sich nur 30 Prozent der Autofahrer an die Geschwindigkeitsbeschränkung von 100 Stundenkilometern hielten.

DER KOMMENTAR

Sieg der Vernunft

Von GÜNTHER BADING

Das Ergebnis des Abgas-Großversuches auf den Bundesautobahnen ist überzeugend: Es gibt keine Alternative zum umweltfreundlichen Auto.

Zwei der jetzt vom TÜV vorgelegten Zahlen beeindrucken besonders. Zum einen die unerwartet niedrige Schadstoffreduzierung um nur 32 000 Tonnen Stickoxid pro Jahr. Hier hatten selbst Tempolimit-Gegner in der Automobilindustrie das Doppelte erwartet. Zum anderen überrascht die Feststellung, daß die Mehrheit der *deutschen Autofahrer* sich auch ohne Reglementierung vernünftig verhält und die Richtgeschwindigkeit von höchstens 130 Stundenkilometern aus freien Stücken unterschreitet. Nur 115 Stundenkilometer schnell fährt man im Schnitt auf den Autobahnen in der Bundesrepublik Deutschland.

Unsere europäischen Nachbarn, die bisher ihre Anti-Katalysator-Politik in der Gemeinschaft mit dem Hinweis auf ein fehlendes Tempolimit in der Bundesrepublik Deutschland begründet hatten, ist ein wichtiges Argument genommen. Denn trotz der generellen Geschwindig*keitsbeschränkungen* in Frankreich, Italien oder England wird dort wohl kaum eine derart niedrige Durchschnittsgeschwindigkeit erreicht wie bei uns – ohne Tempolimit. Es bleibt dabei, die Bundesregierung hat den richtigen Weg eingeschlagen. Statt auf staatlichen Zwang setzt sie beim Umweltschutz im Straßenverkehr *auf* die technische Lösung.

Der deutsche Markt hat dies bereits angenommen. Am 1. Januar 1986 werden 250 000 umweltfreundliche Autos auf unseren Straßen fahren. Die dadurch erzielte *Gesamt-Schadstoffmin*derung entspricht im übrigen knapp dem, was durch ein Tempolimit für die 25 Millionen Pkw hierzulande insgesamt zu erzielen wäre.

Gipfel in Genf: Abtasten und abstimmen

US-Präsident Ronald Reagan ohne Illusionen / Die Differenzen sind weiter geblieben

FRITZ WIRTH, Genf

Die Gipfel-Matadoren sind in der Genfer Arena. Kurz vor 12 Uhr am Montag mittag landete Generalsekretär Gorbatschow in Genf, kämpfte gegen eine eisigkalte Brise und war bereits fünf Minuten nach seiner Ankunft beim Thema, das er zum Leitmotiv und Schwerpunkt seiner Gespräche mit Präsident Reagan machen möchte, der SDI-Frage. Es sei die Absicht seiner Gespräche, sagte er, „das Rüstungsrennen und seine Ausdehnung ins Weltall zu stoppen".

Der Gipfel wird am Dienstag morgen vor einem Kaminfeuer mit einem Gespräch der beiden Regierungschefs in der Villa Fleur d'Eau beginnen, bei dem sonst nur noch die beiden Dolmetscher anwesend sein werden. Eine feste Tagesordnung für diese erste Begegnung der beiden Männer gibt es nicht. Es soll ein erstes Abtasten, Sichkennenlernen und aufeinander abstimmen sein. Man nimmt nicht an, daß dabei bereits erste heiße und umstrittene Themen zur Sprache kommen.

Auf amerikanischer Seite mißt man diesem ersten Tête-à-tête große Bedeutung bei. Es kann nicht nur das gesamte Klima dieses Gipfels bestimmen, sondern auch das künftige Verhältnis beider Männer. Ronald Reagan wird *hier* bereits *die* ersten Signale zu einem neuen Start im Verhältnis beider Länder setzen. Erhofft, mit Gorbatschow ein freundliches privates *Verhältnis entwickeln* zu können, das künftige Kontakte erleichtert.

SEITEN 3 UND 12:
Weitere Beiträge

Die Dauer dieser ersten Begegnung unter vier Augen ist zeitlich nicht begrenzt worden. Man rechnet *damit*, daß sie zwischen 13 und 15 Minuten dauern wird. Anschließend treffen sich beide Delegationen zu einem allgemeinen Überblick über das sowjetisch-amerikanische Verhältnis.

In der zweistündigen Konferenz am Dienstag nachmittag werden Abrüstungsprobleme diskutiert. Am Mittwoch morgen stehen nach einer *zweiten Privatbegegnung zwischen* Gorbatschow und Reagan die Regionalkonflikte wie Afghanistan, Angola, der Nahe Osten und Mittelamerika auf dem Programm. In der Schlußsitzung am Mittwoch nachmittag werden bilaterale Fragen behandelt.

Ronald Reagan führte am Montag letzte vorbereitende Gespräche mit einem weiten Beraterkreis, dem ausschließlich leitende Beamte des Außenministeriums und des Nationalen Sicherheitsrates angehörten. Es fiel auf, daß die beiden Staatssekretäre *Iklé und Perle, die sich als Vertreter* des Pentagon in Genf befinden, nicht dabei waren.

Präsident Reagan ließ am Montag durch seinen Pressesprecher Larry Speakes erklären, daß er es für mög-

● **Fortsetzung Seite 12**

Jugendlicher bei Unruhen in Athen erschossen

DW. Athen

Nach einer Demonstration anläßlich des zwölften Jahrestages des Studentenaufstandes gegen das damalige Militärregime im Athener Polytechnikum im November 1973 ist es in der Nacht zu gestern in der griechischen Hauptstadt zu schweren Ausschreitungen gekommen. Dabei wurde ein 15jähriger Jugendlicher von *der Polizei erschossen. Eine darauf*folgende Besetzung der Chemischen Fakultät der Athener Universität durch Jugendliche, die sich selbst als Anarchisten bezeichneten, wurde von der Polizei gewaltsam beendet. Insgesamt wurden 70 Besetzer festgenommen. Nach Beendigung der Demonstration war eine Gruppe von Anarchisten randalierend durch die Athener Innenstadt gezogen. Dabei wurden Steine in Fensterscheiben geworfen. Als sie mehrere Molotow-Cocktails auf einen Polizeibus warfen, eröffnete die Polizei das Feuer.

Seiten 2 und 12: Weitere Beiträge

Endgültig: Nicht von Rembrandt

PHG. Berlin

„Der Mann mit dem Goldhelm" ist nicht von Rembrandt. In einem großzügigen Bildband „*Gemäldegalerie Berlin*", der auf einer Veranstaltung des Kaiser-Friedrich-Museumsvereins in Berlin-Dahlem vorgestellt wurde, wird das weltberühmte Bild nur noch dem „Rembrandt-Umkreis" zugeschrieben. Wer der tatsächliche Urheber des Werkes sein könnte, darüber gibt es noch kein einhelliges Urteil. Der Verdacht, daß Rembrandt das Gemälde nicht selbst gemalt hat, war bei *einer eingehenden Untersu*chung und Restaurierung bereits vor einiger Zeit entstanden (die WELT *berichtete darüber). Doch bislang* war offiziell von den Staatlichen Museen Preußischer Kulturbesitz ein abschließendes Ergebnis – wie es jetzt das Buch des Museums formuliert – noch nicht mitgeteilt worden. Das Bild soll – mit einer Dokumentation über die Ab- und Zuschreibung – Anfang 1986 in der Gemäldegalerie wieder ausgestellt werden.

Metallindustrie: 206 000 neue Jobs

Zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften Kontroverse um Wirkung der 38,5-Stunden-Woche

PETER GILLIES, Bonn

Rund 206 000 neue Arbeitsplätze sind seit Mitte 1984 in der deutschen Metallindustrie geschaffen worden. Dies sei, so betont der Gesamtverband der metallindustriellen Arbeit*geberverbände (Gesamtmetall), ein* Zuwachs um 5,6 Prozent und damit der stärkste Beschäftigungsanstieg *seit 15 Jahren. Hauptursache* ist nach Ansicht des Wirtschaftsverbandes die lebhafte Konjunktur und nicht – wie die IG Metall behaupte – die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 38,5 Stunden.

Allein im September hätten die Firmen der Metallbranche 25 300 neue Mitarbeiter eingestellt. Vom Maschinenbau seien die stärksten Beschäftigungsimpulse ausgegangen, gefolgt von der Elektroindustrie mit rund 6000 Zugängen. Seit dem Tiefpunkt Mitte 1984 ergäbe sich ein Beschäftigungsaufbau um 206 000 Personen, davon 160 000 Arbeiter und 46 000 Angestellte mehr. Dabei sei die Überstundenleistung nicht wesentlich gestiegen, betont Gesamtmetall. Zur Jahresmitte habe die Mehrarbeit mit durchschnittlich 1,6 Stunden wöchentlich nicht höher als im Frühjahr gelegen, obgleich die Produktion im vier Prozent ausgeweitet worden sei.

Die jüngsten Daten aus der Metallindustrie erhärten, daß die Zahl der Beschäftigten zügiger zunimmt als bisher erwartet. *Die Arbeitslosenzah*len sinken freilich nicht in gleichem Maße, weil unverändert die geburtenstarken *Jahrgänge* auf den *Arbeits*markt drängen und viele wieder aus der „stillen Reserve" ins Berufsleben treten. Das der Industrie nahestehende Institut der deutschen Wirtschaft teilte mit, daß immer mehr Industriebranchen ihren Beschäftigtenstand aufstockten. Im August 1983 hätten 20 der insgesamt 35 Industriebranchen ihre Belegschaften erhöht, während es im Herbst 1984 nur acht Branchen gewesen seien.

Besonders stark wachse die Beschäftigung *in jenen* Unternehmen, die Investitionsgüter produzieren, um die Maschinenparks zu modernisieren. Dies habe auch den Auslastungsgrad der betrieblichen Kapazitäten kontinuierlich erhöht, und zwar auf ein Maß, wie es seit dem Konjunkturgipfel 1970/71 nicht mehr festgestellt worden sei. In diesem Jahr werde die deutsche Industrie rund 60 Milliarden Mark investieren.

Umstritten zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften ist die Frage, wie stark die seit 1. April 1985 geltende 38,5-Stunden-Woche die Beschäftigung in der Metallindustrie erhöhte. *Die Unternehmen behaupten, nur* 13 000 der 206 000 neuen Jobs seien auf die Arbeitszeitverkürzung zu*rückzuführen, der Löwenanteil* von 196 000 dagegen auf die flotte Konjunktur und die flexible Arbeitszeit. *Die IG Metall dagegen* führt etwa 100 000 Neueinstellungen auf die kürzere Arbeitszeit zurück, was Gesamt*metall als* „absolut unhaltbar" bezeichnete.

Seite 2: Traumkonstellation

Franke-Prozeß nach einer Stunde vertagt

DW. Bonn

Nur eine Stunde nach der Eröffnung ist der Prozeß gegen den früheren Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Egon Franke (SPD), und dessen damaligen Regierungsdirektor Edgar Hirt vor der Ersten Großen Strafkammer des Bonner Landgerichts für eine Woche vertagt worden. Die Verteidigung hatte die Aussetzung des Verfahrens beantragt, um die Besetzung des Gerichts überprüfen zu können. Wegen der Erkrankung eines Beisitzers war eine Umbesetzung vorgenommen worden. *Die beiden Angeklagten* werden beschuldigt, insgesamt 5,56 Millionen Mark aus dem Haushalt des Ministeriums veruntreut und die Belege vernichtet zu haben.

Seite 4: Die zweite Luft

Schießbefehl ausgesetzt?

AP, Salzgitter

Die „Zentrale Erfassungsstelle" in Salzgitter registrierte nach Angaben ihres Leiters, Oberstaatsanwalt Carl Retemeyr, im ersten Halbjahr 1985 26 Fälle von Schußwaffengebrauch an der innerdeutschen Grenze. Diese Ziffer bezieht sich auf Zwischenfälle, die nicht unbedingt in diesem Jahr erfolgt sind, aber jetzt erst, beispielsweise durch Flüchtlinge aus der „DDR", bekannt wurden. Der Vorsitzende des *innerdeutschen* Ausschusses im Bundestag, Gerhard Reddemann, hatte am Wochenende gesagt, daß die „*DDR*" *die Absicht* habe, den Schießbefehl an der Grenze auszusetzen. Retemeyr sagte dazu: „Ich weiß nichts davon und ich würde dienstlich auch nichts davon erfahren".

Seite 12: Keine Änderung

Zahnärzte erwägen Kampfmaßnahmen

Mit Rückgabe der Kassenzulassung gedroht / Blüm erinnert an Sicherstellungsauftrag

PETER JENTSCH, Bonn

Die durch die Honorarvertragspolitik ausgelöste Auseinandersetzung zwischen Zahnärzten und Krankenkassen spitzt sich zu. Der stellvertretende Vorsitzende des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte, Hans-Henning Bieg, kündigte gestern gegenüber der WELT „Kampfmaßnahmen in mehreren Schritten" an, „an deren Ende vielleicht in ein oder zwei Jahren die Rückgabe der Kassenzulassung der Zahnärzte stehen kann". Einzelmaßnahmen seien allerdings noch nicht beschlossen. Zugleich haben gestern *die* Vertreter der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV) nach einer kurzen Erklärung die Tagung der Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen verlassen und ihre „weitere Mitarbeit aus Protest verweigert". Dieser Schritt wurde von rund 150 protestierenden Zahnärzten vor dem Bonner Gustav-Heinemann-Haus begrüßt.

In seiner „Erklärung" vor dem „Konzert in Weiß" begründete der KZBV-Vorsitzende Helmut Zedelmaier diesen Schritt seiner Organisation damit, daß die Krankenkassen durch eine Budgetierung der einzelnen Leistungsbereiche „die Vergütung für die zahnärztliche Versorgung permanent abschmelzen" wollten. Er warf zugleich Bundesarbeitsminister Norbert Blüm vor, „bis jetzt nichts gegen diese nicht gesetzeskonforme und gesellschaftspolitisch unverantwortliche Forderung unternommen" zu haben. Blüm solle „endlich eine ordnungspolitisch richtige Strukturreform" auf den Weg bringen. Er wies die Vorwürfe der „gutgestellten Zahnärzte" als ungerechtfertigt zurück und erinnerte die KZBV daran, daß ihr „öffentlich-rechtlicher Status kein Vergnügungsdampfer nur für die Vorteile der Zahnärzte" sei. Er forderte die Zahnärzte auf, zu einem „konstruktiven Miteinander zurückzukehren". Mit Blick auf die mögliche Rückgabe der Kassenzulassung betonte er, auch die Zahnärzte hätten einen Sicherstellungsauftrag zu erfüllen.

Während die Ortskrankenkassen nach den Worten ihres stellvertretenden Vorsitzenden Wilhelm Heitzer „noch vor Weihnachten" eine Einigung mit den Zahnärzten erwarten, machte Bieg deutlich, daß er keine Lösung des Konflikts sehe: „Dem Kriegswillen der Krankenkassen kann man nicht mit faulen Kompromissen begegnen."

Der Bundesarbeitsminister kündigte eine Strukturreform der gesetzlichen Krankenversicherung für die nächste Legislaturperiode an. Einig war sich das „Konzert", Instrumente *zu entwickeln, um in überversorgten* ärztlichen Gebieten den Ärztebedarf steuern zu können.

Seite 2: Karten auf den Tisch

Neue Spielregeln für Neue Medien in Europa gefordert

König Juan Carlos: „Meinungsfreiheit hat ihre Grenzen"

ROLF GÖRTZ, Madrid

Für eine „konzertierte Kommunikationspolitik" in Europa hat sich der Vorsitzende des Medienausschusses im Europarat, Bernard Blin, ausgesprochen. Nur so könnten die gesamteuropäischen Fragen beantwortet werden, die die modernen Technologien, vor allem das Satellitenfernsehen heutzutage aufwerfen.

Diesen Vorschlag machte Blin auf *dem 6. Internationalen Kolloquium* über die europäischen Menschenrechte, das sich vor allem mit der Pressefreiheit und dem *Recht auf In*formation befaßte. Auch der Generalsekretär des Europarates in Straßburg, Marcelino Oreja Aguirre, forderte neue Spielregeln für die Meinungs- und Informationsfreiheit in Europa.

Spaniens König Juan Carlos, der *den Kongreß in Sevilla vor 250 euro*päischen Völkerrechtlern und Politikern eröffnete, wies auf die Verantwortung der Staaten Europas bei der Verwirklichung einer neuen Ordnung hin. „Die Ausübung des Rechtes auf Meinungs- und Informationsfreiheit hat ihre legitimen und notwendigen Grenzen. Sie liegen dort, wo sie von unserer demokratischen Gesellschaft verlangt werden und wo sie ihre Rechtfertigung im Rahmen jener Verantwortung finden, innerhalb derer alle Rechte und Freiheiten ausgeübt werden müssen."

Professor Martin Bullinger aus Freiburg präzisierte die Verantwortlichkeit der Staaten. Diese betreffe keineswegs nur die nationale Sicherheit oder territoriale Integrität, sondern auch den Schutz der Gesund*heit, der Moral und der Reputation* anderer.

Zur Übertragung dieses Balanceaktes von Freiheit und Verantwortung auf die Neuen Medien setzte sich Blin für ein eigenes europäisches Angebot in Technologie und Programmen ein. Die Technik sei so weit, daß *jeder Bürger direkt oder indirekt* Satellitenprogramme aus aller Welt aufnehmen kann. So liegt es also an Europa, hier mit einem Satellitensystem für staatliche und private Programme mitzuwirken. Einige juristische Probleme müßten noch gelöst werden.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Traumkonstellation

Von Peter Gillies

Der öffentliche Blick, falls es ihn denn gibt, starrt jeden Monat auf nur ein Datum: die Arbeitslosenzahlen, vielmehr: auf die Zahl jener, die beim Arbeitsamt als Erwerbslose registriert sind. Nicht selten übersieht er dabei jene Dynamik, die sich hinter der vermeintlichen Starrheit verbirgt. Die kräftig steigenden Beschäftigungszahlen verdienen die öffentliche Mißachtung nicht, die ihnen zuteil wird.

Die Metallindustrie meldet mehr als 200 000 neue Arbeitsplätze gegenüber dem Stand zur Mitte des Vorjahres. Sie ist eine Schlüsselbranche, die sich der vollen Konjunktursonne erfreut – es gibt, wie man nicht nur in der Bauwirtschaft weiß, auch weniger begünstigte. Aber daß sich die Zahl der neuen Jobs so vermehrt, ist nicht auf die Metall-Branche beschränkt. Das augenblickliche Bild ist ziemlich eindeutig: Beschäftigungsaufbau ist die Regel, das Gegenteil die Ausnahme.

Manches spricht dafür, daß wir uns in einem Konjunkturaufschwung befinden, den wir in zweierlei Hinsicht unterschätzen. Zum einen ist es seine Dynamik, die im nächsten Jahr auch reale Wachstumsraten bis zu vier Prozent nicht undenkbar erscheinen läßt, zum anderen die Beschäftigungswirkung, die man eigentlich schon abgeschrieben hatte. Die Nachricht, daß wir uns in einer Wirtschaftsbelebung befinden wie seit fünfzehn Jahren nicht mehr, muß freilich nicht als Samisdat veröffentlicht werden.

Wird es vielleicht auch nicht. Bonn rechnet damit, daß der Sachverständigenrat (die „Fünf Weisen") dem ohnehin schon rosigen Bild der Konjunktur noch etwas Rouge auflegen dürfte. Stabile Preise, stetiges Wachstum, hohe Kapazitätsauslastung, gute Gewinne, eine anspringende Inlandsnachfrage und schließlich steigende Beschäftigung – nahezu eine Traumkonstellation, die von aller Welt neidvoll bewundert wird, mit Ausnahme, allenfalls, der Deutschen.

Wenn die Regierung Kohl auf dem Politbarometer einige Striche zulegt, so ist dies gewiß auch auf diese stetige, bis weit in das Jahr 1986 (und vielleicht darüber hinaus) reichende Konjunktur zurückzuführen. Vielleicht spüren die Befragten auch, daß sie in einer unaufgeregten, aber gerade deswegen vertrauensbildenden Wirtschaftspolitik gut aufgehoben sind.

Karten auf den Tisch

Von Albert Müller

Wo manche in der Konzertierten Aktion in Weiß reden, handeln andere. Da ist das Problem der Arzneikosten. Allein für Kassenpatienten kosten Arzneien fünfzehn Milliarden Mark im Jahr. Das liegt auch an der mangelnden Transparenz des Angebots.

Siegfried Häußler, Chef der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, will den Medizinern, die am meisten verschreiben müssen, rasch zum Durchblick verhelfen. Fünf Karten ließ er an die Praktiker, Internisten und Kinderärzte versenden, aus denen hervorgeht, welche der umsatzstärksten Präparate bei gleicher therapeutischer Bewertung am wirtschaftlichsten sind.

Die handlichen Karten für den Schreibtisch, jede in anderer Farbe, stammen von der Arzneimittelkommission der deutschen Ärzteschaft. Sie erleichtern preisgünstiges Verschreiben – wie es von den Kassenärzten verlangt wird – bei Herz- und Kreislauferkrankungen, erhöhtem Blutdruck, Rheuma, Schmerzen sowie bei Unruhe, Angst und Schlafstörungen.

Bis April folgen Karten für die weiteren Indikationsgebiete. In seinem Begleitschreiben hat Häußler die Karten als gefahrlosen Weg zur Sparsamkeit bezeichnet. Durch seine „herzliche Bitte", sie in der Praxis und bei Hausbesuchen einzusetzen, wird weder die Therapiefreiheit tangiert noch eine Positivliste eingeführt.

Kostendämpfung ist das Dauerthema der Konzertierten Aktion für das Gesundheitswesen, die am Montag wieder bei Blüm zusammentrat. Häußler hat ein Beispiel gegeben für Verantwortungsbewußtsein aller Beteiligten. Ohne dieses läuft nichts. Es muß jetzt kurzfristig und ohne Gesetz verhindert werden können, daß Beitragserhöhungen der Krankenkassen für die Versicherten alle Vorteile der geplanten Steuerreform auffressen.

Schüsse in Athen

Von Evangelos Antonaros

In der Nacht zum Montag hat sich in Athen genau das ereignet, wovor in den letzten Wochen immer häufiger gewarnt wurde. Bei einem Zusammenstoß zwischen der Polizei und Linksextremisten fühlte sich ein Sicherheitsbeamter bedroht und zog seine Pistole. Ein Radikaler kam ums Leben.

Prompt geht in Athen ein von links gesteuerter Entrüstungssturm gegen die Polizei um. Daß die Radikalen immer aggressiver und immer gewalttätiger geworden sind, ist allerdings nicht der griechischen Polizei, sondern ihrer politischen Führung anzulasten. Athens regierende Sozialisten bemühen sich seit gut vier Jahren wahllos um die Gunst aller Gruppierungen, die ein linkes Etikett tragen. Die Polizei wird ständig vom Innenminister angewiesen, randalierenden Extremisten passiv zu begegnen.

Papandreou glaubt offenbar, daß er ohne polizeiliches Durchgreifen für Ruhe und Ordnung sorgen kann. Aus diesem Grunde und weil er seine linke Klientel von der miserablen Wirtschaftslage ablenken will, läßt er zu, daß Hunderttausende zur amerikanischen Botschaft marschieren. Washington wird weiterhin für alle Übel dieser Welt zum Sündenbock gemacht, der Ostblock hingegen wird von jeder Kritik ausgespart.

Athens Spitzensozialist, sonst ein Meister der taktischen Schachzüge, hat sich jedoch verkalkuliert – und zwar auf mehreren Ebenen. Einmal zeigt es sich, daß seine Anbiederungstaktik kontraproduktiv ist. Die orthodoxen Linken kann er, der verbürgerlichte Sozialist, nie zufriedenstellen. Und die Linksradikalen, die nun Athens Innenstadt für mehrere Stunden in ein Schlachtfeld verwandelten, halten von den regierenden Genossen sowieso nicht mehr als von deren bürgerlichen Vorgängern. Aber sie können Papandreou allemal beweisen, daß sie selbst die nachgiebigste Polizei zum Handeln treiben können – und damit war alle Anbiederung bei ihnen umsonst.

Zum anderen scheint auch sein Ablenkungsmanöver kein glänzender Erfolg zu sein: Die Polytechnikum-Demonstration vom Sonntag war zum ersten Mal nicht so sehr gegen die Amerikaner als gegen Papandreou und seine Roßkur in der Wirtschaft gerichtet. Die Kommunisten, die den Ton angaben, wenden sich immer deutlicher von ihm ab. Papandreou muß endlich begreifen, daß er mit ihnen brechen muß, ehe er zu ihrem Gefangenen wird.



Allegro con brio non moderato KLAUS BÖHLE

Die Sünden von gestern

Von Dankwart Guratzsch

Das Problem nimmt mehr und mehr den Charakter einer Schlinge an, die sich bei jeder Bewegung nur noch fester zuzieht – noch immer ist kein Rezept gefunden, wie die Bedrohung abgewehrt werden könnte. Dabei vergrößert jeder Tag, der ungenutzt verstreicht, die Gefahr.

Die Rede ist von den „Altlasten", gefährlichen Ablagerungen von Produktionsrückständen, die Boden, Grundwasser und Landwirtschaft, aber auch Atemluft und unmittelbare Lebenssphäre des Menschen bedrohen. Die Beseitigung dieser Gefahrenquellen wird zu einer gigantischen Hypothek. In den allernächsten Jahren müssen dafür zehn bis zwanzig Milliarden Mark bereitgestellt werden – eine Zahl, die nicht der Horrorvision von Umweltverbänden entstammt, sondern die von der jüngsten Konferenz der deutschen Umweltminister vor wenigen Tagen in München verbreitet wurde.

Das Beispiel des Müllbergs von Georgswerder bei Hamburg hat gezeigt, wie realistisch solche Schätzungen sind. Für die Sanierung des Gifthügels werden nach bisherigen Untersuchungen Hunderte von Millionen Mark benötigt. Inzwischen sind aber allein in Hamburg sechs weitere dioxinverseuchte Areale ausgemacht worden – das riesige Betriebsgelände der Firma Böhringer/Ingelheim noch nicht einmal mitgerechnet.

Folgt man den Nachrichten, die in der Bundesrepublik in die Öffentlichkeit dringen, so scheint das Seveso-Gift, das selbst in Spuren von Milliardstelgramm noch Schrecken verbreitet, inzwischen in verschiedenen Bundesländern wie aus allen Poren zu quellen. Immer neue Gefahrenherde werden ausgemacht – was nicht nur mit der ziemlich schwierigen, nicht gerade enthusiastisch betriebenen Spurensuche, sondern auch mit den wesentlich verfeinerten Analysemethoden zusammenhängt. Immerhin ist eines sicher: Die Zahl der Fundstätten des Giftes wird sich weiter vermehren, sie wird möglicherweise sogar noch drastisch ansteigen, legt man die Zahl von vermuteten dreißigtausend Altlasten in der Bundesrepublik zugrunde.

Das jüngste Beispiel Niedersachsen hat dramatisch gezeigt, welche politischen Erschütterungen die Altlastensuche auslösen kann. Die Tongrubendeponie Münchehagen bei Nienburg hätte mit ihrer jetzt erst entdeckten tödlichen Fracht um ein Haar eine der Säulen des Kabinetts Albrecht, den Landwirtschaftsminister Gerhard Glup, aus der Verankerung gerissen. Die Größenordnung der erforderlichen Sanierungsmaßnahme wird auf alle Fälle jeden landesüblichen Vergleichsmaßstab sprengen. Fachleute rechnen auch mit einem Volumen wie in Georgswerder. Und schon ist mit der Sondermülldeponie Hoheneggelsen bei Hildesheim ein weiterer möglicher Gefahrenherd ausgemacht – ein Problemstau, der die Regierung mittlerweile veranlaßt hat, mit Hochdruck einen „Rahmenplan Sonderabfallbeseitigung Niedersachsen" aufzustellen.

Aber selbst wenn Geld und Handlungsinstrumente in allen Bundesländern in ausreichendem Maße zur Verfügung stünden, wäre das Problem der Altlasten damit noch längst nicht gelöst. Gerade am Beispiel Georgswerder erweist es sich, daß noch nicht einmal Technologien zur Verfügung stehen, die Dioxinzeitbomben zuverlässig zu entschärfen. Gegen jede verfügbare Technologie gibt es offenbar noch Sicherheitsbedenken – eine Tatsache, die die Altlasten zu einem finanziell und technisch, ökologisch und politisch schlechterdings unkalkulierbaren Phänomen macht. Unter allen Folgen, die dadurch heraufbeschworen werden, tritt die Belastung des Images der Verursacherindustrien immer eindrucksvoller hervor, wie gerecht oder ungerecht das auch erscheinen mag – dennoch ist bis heute offenbar noch keine Strategie gefunden worden, dieser Entwicklung zu begegnen.



Hunderte von Millionen Mark für die Sanierung – und dabei nur eine von dreißigtausend? Deponie Münchehagen
FOTO: DPA (FREIGABE: BR 5475/141)

Gerangelt wird um zwei Modelle eines Altlastenfonds – nach CDU-Vorstellung eine GmbH mit freiwilliger Mitgliedschaft und Beiträgen, nach SPD-Begriffen ein Zweckverband mit Anschlußzwang und Umlage. Nach beiden Modellen soll die öffentliche Hand über Kommunen und Land miteingebunden werden. Umstritten bleibt jedoch die Frage, ob und in welchem Umfang auch der Bund beteiligt werden soll und welche Quoten letztlich auf die einzelnen Beteiligten entfallen.

Dahinter steckt die Vermutung, daß nicht alle Bundesländer, Kommunen und Firmen in gleichem Maße Umweltsünden auf sich geladen haben. Das in der Bundesrepublik heilig gehaltene Verursacherprinzip würde durchlöchert werden.

Aber bleibt der nun eingesetzten Arbeitsgruppe der Umweltminister überhaupt Zeit, diese Fragen allgemeinverbindlich abzuklären? Und vor allem: Ist der Wirtschaft im wohlverstandenen Eigeninteresse mit einer solchen Lösung überhaupt gedient?

In den Vereinigten Staaten, wo die Wirtschaft staatliche und staatssozialistische Regelungen mit ungleich wacherem Bewußtsein abwehrt als bei uns, hat die chemische Industrie schon vor anderthalb Jahren ihre Sache selbst in die Hand genommen. Am 31. Mai 1984 gründeten Spitzenmanager zusammen mit dem früheren Chef der Umweltschutzbehörde EPA und Vertretern von Umweltschutzgruppen eine Gesellschaft, die mit einem Sechsmilliardenfonds gefährliche Deponien in eigener Initiative entschärft.

In der Bundesrepublik brachte die reiche Branche nicht einmal das Geld zusammen, um einen Fonds zur Intensivierung der Altlasten-Forschungen an den Hochschulen zu gründen.

IM GESPRÄCH Janio Quadros

Rückkehr des Populisten

Von Werner Thomas

Seine Gegner haben ihn mit Don Quixote verglichen. Er kämpfte oft aussichtslose Kämpfe. Auch diesmal drohte die Niederlage, als er zum zweiten Mal für das Bürgermeisteramt der größten brasilianischen Stadt kandidierte, São Paulo. Die letzten Umfragen gaben ihm keine Chance. Dennoch: Janio Quadros gewann.

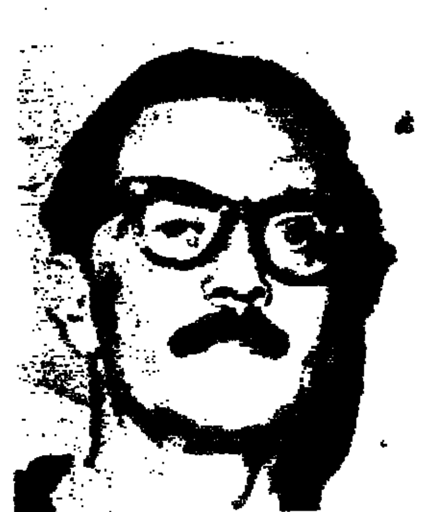
Der kontroverse Ex-Präsident, mittlerweile 68 Jahre, brachte in seinen alten Tagen noch einmal die politische Landschaft in Verwirrung. Senator Fernando Henrique Cardoso (54) lag in Führung, der Bannerträger der sozialdemokratisch orientierten „Partei der Demokratischen Bewegung Brasiliens" (PMDB). Sie dominiert die Bundesregierung, braucht jedoch die „Partei der Liberalen Front" (PFL) als Koalitionspartner.

Der Quadros-Kontrahent vom linken Flügel der PMDB wurde als „progressiv" und „Mann der Zukunft" gefeiert, Quadros wurde dagegen in eine rechts-reaktionäre Ecke gestellt und zum Vertreter einer verhängnisvollen Vergangenheit gestempelt.

Janio Quadros ist nach dem Tod des gewählten Präsidenten Tancredo Neves Anfang des Jahres der prominenteste Veteran der brasilianischen Politik. 1947 zog der Anwalt und Professor in den Stadtrat von São Paulo ein. Er avancierte zum Bürgermeister und Gouverneur, er diente im Staats- und Bundesparlament. 1960 triumphierte der konservative Populist bei den Präsidentschaftswahlen. Als erstes trat er eine große Reise an, als zweites warf er nach sieben Monaten Amtszeit das Handtuch; die Bürde war ihm zuviel geworden. Nach ihm kam der linksextreme Goulart – und nach drei krisenreichen Jahren putschten die Militärs.

Seither muß sich „Janio" gegen den Ruf verteidigen, ein schwieriger und unzuverlässiger Zeitgenosse zu sein. Seine bisherigen Comeback-Versuche – er kandidierte 1962 und 1982 bei den Gouverneurswahlen in São Paulo – sind denn auch gescheitert. Diesmal konnte er wieder die alten Popularitätsgefühle wecken.

Die Leute mögen seine bescheidene, schrullige Art. Er verzehrt Brötchen in der Öffentlichkeit. Er trägt abgewetzte Anzüge. Er verwechselt gelegentlich den linken mit dem rechten Schuh. Er bezeichnet seine Frau als „feminin, nicht feministisch". Einfach klang auch seine politische Botschaft: Er warnte vor den Marxisten, die er als gefährliche Rattenfänger charakterisierte. „Ich werde bis zu meinem Tod gegen den Hammer und die Sichel kämpfen." Im Mittelpunkt der Wahlkampagne stand das Verbrechensproblem, dem er mit energischen Law-and-Order-Methoden begegnen will. Zum Verdruß seines „progressiven" Rivalen scharten sich besonders die armen Leute um ihn.



Der linke und der rechte Schuh: Quadros FOTO U[illegible]

Der Ex-Präsident kandidierte nicht nur für die konservative „Brasilianische Arbeiterpartei" (PTB), sondern auch für die PFL, den Juniorpartner der PMDB. Zu seinen Anhängern zählen Vertreter der früheren Militärregierung, so der ehemalige Finanz- und Planungsminister Antonio Delfim Netto. „Janio ist die einzige Hoffnung, das Land vor der Kontrolle der PMDB zu retten", sagte Delfim Netto.

Dies sei sein „letztes Mandat", versicherte Quadros und zerstreute Spekulationen über Präsidentschaftsambitionen. Er wirkt gelegentlich gebrechlich und ermüdet schnell. Wahlhelfer mußten ihn manchmal beim Gehen stützen. Aber er könnte als Königsmacher auftreten und mithelfen, den politischen Kurs der Nation wieder in konservativere Bahnen zu lenken; der konservative Schwenk, den er dem brasilianischen Linkstrend entgegengesetzt hat, ist jedenfalls ein unerwartetes Phänomen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

RHEINISCHE POST

Die Düsseldorfer Zeitung sieht einen Stimmungswandel in der SPD:

Vor drei Tagen lautete die Frage noch: Was will Lafontaine mit seiner Forderung, die Bundesrepublik solle die DDR-Staatsbürgerschaft anerkennen? Heute ist zu fragen: Was will die SPD. Prominente Sozialdemokraten sind an Lafontaines Seite getreten, deshalb ist die SPD-Führung gefragt: Wo stehen Brandt, Vogel, Rau, Ehmke? Wer kann denn glauben, die formelle Anerkennung einer DDR-Staatsbürgerschaft durch Bonn hätte zur Folge, daß die Menschen ungehindert die Grenze zwischen den beiden Teilen Deutschlands überschreiten könnten? Abgesehen davon, daß eine Anerkennung ein für allemal festgeschrieben wäre, Reiseerleichterungen dagegen zurückgenommen werden könnten.

NEUE PRESSE

Das hannoversche Blatt kritisiert Lafontaine:

Nicht Ost-Berlin ist der Ort, wo sich bundesdeutsche Politiker zu bundesdeutschen Verfassungsproblemen im Umgang mit dem anderen deutschen Staat äußern sollten. Dies hat man tunlichst im eigenen Lande zu erledigen. Andernfalls macht man sich selbst unglaubwürdig und weckt drüben Hoffnungen und Erwartungen, die zur Stunde hier niemand erfüllen kann.

Kölner Stadt-Anzeiger

Hier heißt es zum CDU-Parteitag in Lüdenscheid:

Das Interesse der Journalisten war jedoch wesentlich stärker darauf gerichtet, wie die beiden Rivalen um den Vorsitz einer künftigen NRW-CDU, Biedenkopf und Pützhofen, miteinander umgingen. Ein – wie Biedenkopf es sah – „inzwischen erledigter Streit um eine vergleichsweise einfache Sache", von ihm selbst wenige Tage zuvor provoziert, hatte die Aufmerksamkeit wieder darauf gelenkt, wie denn nun die Chancen der beiden ehrgeizigen Kontrahenten stehen ... Pützhofen tat dies mit einer programmatischen Rede, die den politischen Gegner SPD scharf aufs Korn nahm, aber auch den Bonner Koalitionspartner FDP nicht schonte. Biedenkopf mit einem ausgreifenden Exkurs in die Gesellschaftspolitik. Er war damit näher am Thema des Parteitags und hatte ohnehin ein Heimspiel. Die zustimmenden Bekundungen fielen denn auch eindeutig für ihn aus. Erklärter Liebling im Kreis der Basisverteter war jedoch einmal mehr Bundesarbeitsminister Blüm, den an der Ruhr wie am Rhein viele gern als dritten in der Rivalenrunde sähen.

Führte Moses sein Volk ins Gelobte Land des Sozialismus?

Christliche Feste und die Säkularisierung der Kirche/ Gastkommentar von Georg Huntemann

Es kommt immer öfter vor, daß Konfirmanden nicht wissen, warum Weihnachten, Ostern oder Pfingsten gefeiert werden – vom Buß- und Bettag ganz zu schweigen. Daß einem zu Ostern nichts anderes einfällt als der Osterhase und für die Weihnachtszeit nichts anderes als der Weihnachtsmann, gehört zu den durchaus normalen Erfahrungen von Pfarrern und Religionslehrern – zumal in Deutschlands nördlichen Großstädten. Jene Großmütter sterben eben aus, auf deren Schoß kleine Kinder biblische Geschichte lernten. Der so oft prophezeite Traditionsbruch ist in der Kirche längst angekommen.

Die Zeiten haben zwar noch ihre Feste, aber die sind längst als Konsum- und Freizeitinseln ihres Sinnes entfremdet. Das Heilige ist weg aus der Zeit. Säkularisierung nennen Soziologen diesen Prozeß der Entheiligung. Sie ist auch schon längst in die Kirche eingebrochen.

In einem Materialheft für den Konfirmandenunterricht mit dem Titel „Unsere Fragen zum Thema Gott", herausgegeben vom Burckhardthaus-Verlag, wird Jesus selbst säkularisiert: „Jesus ging es nicht um einen Bereich über den Wolken, sondern um Frieden und Gerechtigkeit für alle Menschen". Und dem alttestamentlichen Gottesvolk, mit Mose aus Ägypten zum Berge Sinai unterwegs, schwebt nach der Meinung dieser Autoren „nicht ein Gott im fernen Himmel, sondern die leuchtende Hoffnung auf eine bessere Zukunft" vor. Nicht um die Rettung der Verdammten durch den Gottessohn sei es Jesus gegangen („die alte Kirche glaubte an den lieben Gott, der schickte den Menschen seinen Sohn, um die Verdammten zu retten"), sondern um die muntere Zukunft: „Traut euch, den Verachteten, etwas zu. Ihr könnt viel mehr, als ihr denkt. Seid froh, wir werden die Welt verändern."

Was man hier erfährt, ist eine Fälschung, eine Karikatur des Christlichen. Aber dergleichen gibt es heute in einer Flut von Materialien, Unterweisungen, Religionsbüchern und Kirchenzeitungen. Wer die biblischen Quellen studiert, weiß, daß die urchristliche Gottesreichserwartung auf die übernatürliche Wiederkunft Christi gegründet war. Glaube, Liebe und Hoffnung waren Kräfte, die Welt und Gesellschaft verändern konnten – auch wenn sie nicht von dieser Welt waren.

Der christliche Glaube war durchaus dualistisch, eben in der Dualität von Himmel und Erde, Gott und Schöpfung, Tod und Auferstehung, Anfang und Ende der Welt, Gottesfeindschaft und Versöhnung, Gegenwart und Zukunft des Reiches Gottes. Diese Spannung von Himmel und Erde bestimmt das Wesen des christlichen Glaubens, ihre Verneinung bedeutet die Zerstörung dieses Glaubens.

Aber das geschieht gerade heute in der Kirche selbst. Der Himmel wird auf die Erde geholt, er wird zu planbaren politischen Zielen umgesetzt. Er steht nicht mehr in Gottes, sondern in des Menschen Hand. Der Anfang der Welt in Gott wird genauso verneint wie das Ende der Welt im Gericht. Die neue Schöpfung – von der Urgemeinde erwartet durch die Wiederkunft Christi – wird zur Schöpfung einer neuen Gesellschaft.

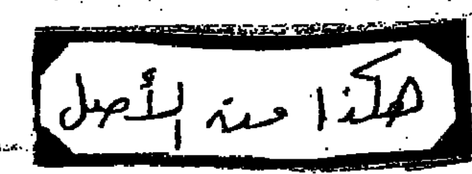
Das einmalige Kreuz- und Versöhnungsopfer Jesu, seine einmalige unvergleichliche Heilstatt wird (so Dorothee Sölle 1985 in einem Passionsgottesdienst zu Schaffhausen, der vom Fernsehen übertragen wurde) zu einer „weitergehenden Kreuzigung in unserer Welt". So wird jeder Politiker, der sich für einen Weltverbesserer hält, zu einem Jesus.

Die Sorge, im Abseits zu stehen, als Feind der Veränderung gebrandmarkt zu werden, wird zum Motor der Säkularisierung des christlichen Glaubens. Von dieser Angst wußte die urchristliche Gemeinde nichts, die sich noch an die Jesusworte erinnerte, daß Jüngerschaft eben nicht von der Welt und eben nicht von der Leidenschaft zur Weltlichkeit geleitet wird.

Diese Säkularisierung ist äußerlich zunächst kaum merkbar. Es bleibt ja für den Augenschein alles beim alten. Bischöfe, Pröpste, Kirchenräte und Pastoren, die Altäre und Talare, die Riten (Taufe, Trauung, Begräbnis) und auch die alten Lieder – alles wird weiter gepflegt. Nur die herkömmlichen Begriffe christlicher Glaubensaussagen werden „besetzt". Sie werden gleichsam „enthusiasmiert", zum Humanen hin abgekürzt. Enthusiasmus (nach Luther die Todsünde aller Todsünden) heißt eigentlich „in Gott sein". Dieses „wie Gott sein" ist aber die Urversuchung der Menschheit, wie wir auf den ersten Seiten der Bibel lesen können.

Der Säkularisierung kann nur durch Konfrontation begegnet werden. Der biblische Sinn muß dem säkularisierten, pervertierten Sinn gegenübergestellt werden. Christlicher Glaube darf nicht in eine säkulare Gesellschaft integriert werden. Er kann in moderner Gesellschaft nur in der Weise der Konfrontation gelebt werden. Nur dann hat die Gesellschaft auch ein Gegenüber, durch das ihre fragwürdigen Selbstverständlichkeiten herausgefordert werden.

Professor Georg Huntemann ist Pfarrer zu St. Martini in Bremen



Unter vier Augen soll am Kamin das Eis tauen

Heute morgen kommt der historische Moment: der erste Händedruck zwischen Ronald Reagan und Michail Gorbatschow. Was wird auf dem Genfer Gipfel herauskommen? Zumindest ein Spektakulum mit mehr 3000 Sicherheitsbeamten und ebenso vielen Journalisten.

Von BERNT CONRAD

Michail Gorbatschow blickte mit angespanntem Ernst über das Genfer Rollfeld. Der eisige Wind, der ihm ins Gesicht blies, als er aus der vierstrahligen Aeroflot-Maschine ins Freie trat, mag den Russen heimatlich berührt haben. Aber die Konzentration auf das große Ereignis mit ungewissem Ausgang, zu dem er hierher geflogen war, versteifte die sonst eher lockeren Gebärden des 54jährigen Mannes aus dem Kreml.

Raissa Gorbatschow, eine Stufe hinter ihrem Mann die Gangway heruntersteigend, schob ihren Arm mit leichtem Druck unter seinen Ellenbogen. Sie mit flottem Pelzkragen und breit ausladender heller Pelzmütze, er unauffällig gediegen im grauen Flanellmantel mit dezent kariertem Schal und grauem Borsalino-Hut – ein gutbürgerlich wirkendes Ehepaar.

Als Ronald und Nancy Reagan am Samstagabend an der gleichen Stelle vom schweizerischen Bundespräsidenten Kurt Furgler empfangen worden waren, hatten alle herzlich gelacht. Der Sowjetführer lächelte nur kurz und nahm beim Händeschütteln für eine Minute seinen Hut ab. Dann lauschte er mit tiefernster Miene den zuerst in russisch dann in französisch vorgetragenen Begrüßungsworten Furglers.

„Der große Dichter Ihres Landes, Leo Tolstoi, der zeitlebens über Krieg und Frieden nachgedacht hat, ruft uns in Erinnerung, daß man Feuer nicht mit Feuer löschen, Böses nicht mit Bösem ersticken kann. Nur das Gute kann das Böse besiegen!" sagte der Eidgenosse. An das früher einmal von Reagan benutzte Wort vom „Reich des Bösen" wird er dabei wohl nicht gedacht haben. Schließlich hatte der Präsident selbst vor dem Abflug versichert: „Wenn wir uns zusammensetzen, werden wir doch versuchen, solche Worte künftig nicht mehr zu benutzen".

Guter Wille und Propaganda

Der gute Wille des Kaliforniers ist in den letzten Tagen immer wieder deutlich geworden. Auch seine Sprecher haben in ihren bisherigen Hintergrundgesprächen im Genfer Intercontinental-Hotel jede Schärfe vermieden. Anders die Sowjets, deren Propaganda-Equipe seit Mitte letzter Woche Tag für Tag die Amerikaner unter Feuer genommen hat. Vielleicht wollte sich Gorbatschow als Staatsmann davon abheben. Seine Ankunftsworte auf dem Flugplatz jedenfalls – verlesen mit dem rhetorischen Pathos einer Parteitagsrede – klangen friedlich: „Unsere Völker erwarten positive Resultate. Auf unserer Seite werden wir alles tun um dieses Ergebnis zu erreichen", rief er mit forderndem Unterton.

Sein Gipfelpartner Ronald Reagan bereitete sich zur gleichen Zeit, nur wenige Kilometer entfernt, in der Villa Saussure am Genfer See mit seinen engsten Beratern auf das spektakuläre Treffen vor. Für ihn hängt viel davon ab, ob es ihm gleich beim einleitenden Gespräch unter vier Augen heute morgen gelingen wird mit dem 20 Jahre jüngeren Russen menschlichen Kontakt zu bekommen. Der Präsident ist ein Meister des Small talk, er kann nicht nur eine Millionenschar am Fernsehen im Handumdrehen für sich einnehmen; er versteht es mindestens genauso gut, im persönlichen Gespräch ein auf den anderen überspringenden Gefühl von Wärme und Lockerheit zu verbreiten, das schon manches Eis von polarer Härte geschmolzen hat.

Diese Begabung wird Reagan voll einsetzen, wenn er heute um 10 Uhr als Gastgeber auf der Gartentreppe der von ihm gemieteten Villa Fleur d'Eau am Genfer Seeufer den sowjetischen Generalsekretär mit festem Händedrück begrüßen wird. Dann beginnt jener entscheidende Eröffnungsakt, den der Präsident gestern noch einmal im Detail durchgesprochen hat:

In einem kleinen Raum werden sich die Kontrahenten vor einem Kaminfeuer ohne Berater, nur mit zwei Dolmetschern im Hintergrund allein zusammensetzen. In der Rahmenplanung sind dafür 15 Minuten vorgesehen. Aber Reagans Pressesprecher Larry Speakes ließ keinen Zweifel daran: Wenn die beiden Herren wollen, können sie auch länger unter vier Augen plaudern. Eine Tagesordnung gibt es dafür nicht. Der Sinn ist: Man will sich näherkommen. Ob die Technik der Simultan-Übersetzung dem behilflich sein wird, mag bezweifelt werden. Denn Reagan und Gorbatschow werden den anderen kaum direkt hören. Jeder wird nämlich einen Lautsprecherknopf im Ohr haben, aus dem die von den Dolmetschern in ein Mikrofon geflüsterte Übersetzung erklingen wird.

Reagans breites Lächeln jedenfalls wird keine Übersetzung benötigen. Sollte es seine vielfach bewährte spannunglösende Wirkung auch bei Gorbatschow entfalten, könnten die sich anschließenden Fachgespräche unter Hinzuziehung beiderseitiger Experten nach Ansicht des Präsidenten leichter werden.

Nicht nur Damenthemen für die First Ladies

Vielleicht können die zierliche Raissa Gorbatschow und die kontaktfreudige Nancy Reagan auch ihren Beitrag dazu leisten. Die „First Lady" aus Washington hofft das. Heute nachmittag empfängt sie ihre sowjetische „Gegenspielerin" in der Villa „Saussure" zum Tee. Und wer Nancy kennt weiß, daß dabei nicht nur von unverbindlichen Damenthemen, sondern auch von der Politik der Ehemänner gesprochen wird. Morgen will sich die Russin in der „Villa Rosa" im Quartier der Gorbatschows auf dem Gelände der sowjetischen UNO-Mission, mit einem Tee revanchieren.

Doch dann wird beim männlichen Palaver das Wesentliche schon gelaufen sein. Die Reihenfolge der Themen steht fest: erst kommt der große Überblick, dann die Rüstungskontrolle, am zweiten Tag schließen sich regionale Probleme und bilaterale Fragen an. Ob man mit alledem wirklich wie geplant bis morgen abend zu Ende kommen wird?

Manch einer in Genf bezweifelt das. Das vorgefertigte Programm aber geht von einem normalen Abschluß aus: nach der letzten Nachmittagssitzung in der sowjetischen Mission wird der Schweizer Präsident morgen um 19.00 Uhr einen abschließenden Empfang für die Gipfelstürmer geben. Um 20.15 Uhr will Reagan die Gorbatschows noch einmal in der Villa „Saussure" beim Dinner bewirten.

Aber das alles kann man natürlich umwerfen, wenn der Verlauf der Dinge dies verlangt. Unumstößlich dagegen sind die eisernen Sicherheitsvorkehrungen der Schweizer Behörden. Nur mit Wehmut denken alte Gipfelbeobachter an die Zeit zurück, als beim Genfer Vierergipfel 1955 ein einziger Polizist Wache hielt, als die Regierungschefs der USA, Frankreichs, Großbritanniens und der Sowjetunion in einer Beratungspause durch den Park des UNO-Geländes schlenderten.

Heute sind 2000 Soldaten und 1300 Polizisten aufgeboten, um die Sicherheit Reagans und Gorbatschows zu gewährleisten. Für die an Bonner Sicherheitsvorkehrungen gewohnten deutschen Beobachter ist der martialische Aufwand nichts Fremdes, mancher Schweizer aber ist etwas irritiert darüber, daß die friedliche Konferenz Genf vorübergehend in eine Festung verwandelt hat.

Die Wachtposten im Sicherheitsbereich haben Befehl schon nach einmaligem Anruf zu schießen. Doch gar so gefährlich wird es wohl nicht werden, wenn man bedenkt, daß der Kommandeur der eingesetzten Infanterie, Oberst Hans Meier, im Privatberuf Direktor der Schweizer Nationalbank ist. Er wird die für die Sicherheitsmaßnahmen ausgegebenen zwei Millionen Franken seriös verwenden.

Alle Präzedenzfälle sprengt der ungeheure Einsatz der Massenmedien. Man spricht von rund 4000 in Genf angereisten Journalisten. Einen großen Teil davon stellt das amerikanische Fernsehen, das in einem großen Hotel am Seeufer residiert und dort einen Wald von Antennen, Leitungen und anderen Geräten in Stellung gebracht hat. Die japanische Konkurrenz hat sich auf einem Schiff unmittelbar vor dem Hotel nicht minder massiv plaziert.

Das erstaunliche ist nur: optisch fällt der journalistische Massenandrang gar nicht so sehr ins Auge. Wahrscheinlich bleiben viele praktischerweise in ihren Hotelzimmern und beobachten das ganze Spektakel im Fernsehen.





Vor der großen Begegnung: Nancy und Ronald Reagan, Raissa und Michail Gorbatschow in Genf FOTOS: AFP/AP

Auch im Kauderwelsch steckt eine Ordnung

Ist in jedem menschlichen Gehirn bereits ein Sprachprogramm gespeichert? Laufen ganz genau die gleichen Prozesse ab, wenn ein Türke in Deutschland, ein Franzose in Schweden oder ein Spanier in Frankreich in Selbsthilfe die Sprache des Gastlandes erlernt? Ein internationales Forschungsprojekt ist bislang unentdeckten Gesetzmäßigkeiten auf der Spur.

Von JOACHIM NEANDER

Ich Turk, ich nix Deitsch." Über Sätze wie diesen denkt in der Regel niemand nach. Man geht ein bißchen mitleidig darüber hinweg, manche machen sogar hämische Gastarbeiterwitze darüber. Doch was es eigentlich bedeutet, wie es zugeht, wenn einfache Menschen in ein fremdes Land verpflanzt werden und dort ohne Vorkenntnisse und ohne systematischen Unterricht das Verstehen und das Sich-verständlich-Machen ganz neu lernen und erproben müssen, wer denkt daran schon?

Ein internationales Forschungsprojekt versucht jetzt in fünf europäischen Ländern Licht in dieses Dunkel zu bringen. In der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden und Schweden werden seit drei Jahren Gastarbeiter aus verschiedenen Herkunftsländern in ihrer Sprachentwicklung systematisch beobachtet. Die linguistische Wissenschaft will daraus etwas über den holprigen, für den Außenstehenden mitunter chaotisch oder gar komisch wirkenden Weg des „ungesteuerten Zweitsprachenerwerbs" (wie die Fachleute zu sagen pflegen) erfahren.

Zur besseren Einfühlung sollte man sich die eigenen Schwierigkeiten einmal vorstellen, wenn man mit einem Fallschirm über einem Papuadorf in Neuguinea abspringen würde. Vielleicht hieße dann unser erster Satz: „Ich Deitsch, ich nix kapisko."

Hier knüpft gleich das erste Vorurteil an. Manche behaupten, Gastarbeiter würden hierzulande haargenau das Kauderwelsch reden, das ihnen die arroganten Deutschen vorbeten, nach dem Muster: „Du nehmen jetzt Hammer und kommen mit mir..."

Die erste große Langzeitstudie

Genau das aber stimmt nicht. Zu den ersten Ergebnissen der großen, vergleichenden Langzeitstudie, die in Deutschland jeweils Türken und Italiener, in Frankreich Spanier und Araber, in Großbritannien Italiener und Pakistani, in Holland Türken und Araber und in Schweden Spanier und Finnen bei ihrem Bemühen um die jeweilige Sprache ihres Gastlandes miteinander vergleicht, gehört dies: Auch das Radebrechen scheint ganz bestimmten, aber noch nicht völlig aufgedeckten Gesetzen zu folgen. Das gilt für alle Sprachen und Nationen und ist relativ unabhängig davon, wie man den Radebrechern entgegentritt.

Da wäre dann sogar das Wort Radebrechen (es kommt von „mit dem Rad brechen", also foltern, und bedeutet seit dem Mittelalter im übertragenen Sinn „die Sprache mißhandeln") völlig fehl am Platz. Professor Rainer Dietrich von der Universität Heidelberg, der mit acht italienischen und sieben türkischen Versuchspersonen den Part der Bundesrepublik an dem von der European Science Foundation (Straßburg) organisierten Projekt bestreitet, glaubt sogar, daß am Ende neue Erkenntnisse über die eigene Sprache, ja über Sprache schlechthin stehen werden: „Es könnte sein, daß der Mensch eine Sprache nicht nur durch Vorbild und Nachahmung lernt, sondern schon eine Art Sprachprogramm im Gehirn mitbringt." Selbst für den methodischen Fremdsprachenunterricht würden sich daraus revolutionäre Konsequenzen ergeben.

„De Mann sprechen mit de Frau: Ich liebe dich"

Aber wie begleitet, wie verfolgt man die Sprachentwicklung eines Gastarbeiters? Die Testsituationen mußten ungezwungen, natürlich sein, andererseits aber auch vergleichbar in fünf verschiedenen Ländern und Universitätsinstituten. Versuche etwa mit dem Tonband, unbeobachtet, an Behördenschaltern, wo die Testpersonen erscheinen und sich auf Deutsch verständlich machen müssen, schieden aus. Daten- und Persönlichkeitsschutz.

Die Wissenschaftler kamen auf abenteuerliche Ideen. In Heidelberg arbeitete eine der Mitarbeiterinnen sogar zeitweise als Kellnerin in einem Lokal, in dem Testpersonen verkehren. Hier nur zwei Beispiele für die insgesamt neun Experimente, die mit jeder der Testpersonen innerhalb von zweieinhalb Jahren dreimal wiederholt wurden.

Beispiel 1: Eine Stummfilmszene mit dem Komiker Harold Lloyd wird vorgespielt. Eine Bahnhofsgroteske mit absurden Verwechslungen. Und die Ausländer müssen, gleich nachdem sie mit dem Gelächter fertig sind, schildern, was sie gesehen haben.

Beim erstenmal werden Deutsch und Muttersprache bunt durcheinandergemixt. Zum Beispiel: „De Mann invece di prendere di sua Koffer ha preso di Kinde" (ein junger Italiener). Beim zweitenmal geht's dann vielleicht schon besser: „Dann komm die andere Frau mit ein Kinder, mentre, de Mann sprechen mit de Frau: Ich liebe dich..." Oft tauchen schon beim zweiten Test erste Spuren des jeweiligen deutschen Dialekts auf: „Andere Frau kucke seine Kinde. Bissele weiter kucke: Zug weg."

Beispiel 2: Eine Szene wird den Ausländern vorgespielt. Eine Mitarbeiterin betritt den Raum (er soll ein Café darstellen), setzt sich an einen Tisch, entfaltet eine Zeitung und läßt dahinter auf raffinierte Art den Aschenbecher in der mitgebrachten Tasche verschwinden.

Diesmal ist die Sache schwieriger. Wiedererzählen genügt nicht. Vielmehr muß eine andere Person durch genaue Anweisungen dazu gebracht werden, genau dasselbe zu tun wie die Frau im Café. Das ergibt teilweise urkomische Szenen. Denn hier reichen plötzlich die simplen Normalkonstruktionen des Radebrechens (zum Beispiel Hauptwort-Verb-Hauptwort oder „Frau setzen an Tisch") nicht mehr aus.

Und da zeigen sich die Geheimnisse des Radebrechens. Einfaches wird ganz einfach ausgedrückt, unter weitgehendem Verzicht auf Deklination, Konjugation, bestimmte oder unbestimmte Artikel. Wird es dagegen komplizierter, so flüchtet man in teilweise abenteuerliche Ersatzstrategien. Da soll also die Testperson die Anweisung geben, die Zeitung über dem Tisch zu entfalten, um den Diebstahl zu tarnen. Aber die räumliche Zuordnung mit „über" ist dem jungen Mann nicht vertraut. Er kennt nur „an" oder „in". Was macht er? Er sagt „an Tisch". Und dann: „Noch mehr" und „noch mehr". Bis die Zeitung zwangläufig über dem Tisch landet, also die gewünschte Position hat.

Systematisches Lernen hemmt den Sprachfluß

Noch steht die Auswertung in allen fünf Ländern erst am Beginn. Vor allem Vergleiche untereinander lassen sich noch nicht ziehen. Aber Professor Dietrich wagt doch schon einige Feststellungen. Beispielsweise, daß zusätzliche, systematisch erworbene Sprachfertigkeiten in Kursen gegenüber der sozusagen naturwüchsig erworbenen Einfachstsprache der Ausländer in der Regel ein Fremdkörper sind, vom Fachmann leicht zu identifizieren und dem allgemeinen Fluß des Sprechens nicht förderlich. Oder auch, daß gute deutsche Sprachkenntnisse bei einem Türken keinesfalls ein Zeichen für seinen Integrationswillen und seine Absicht, für immer hier zu bleiben, sein müssen. Gerade viele der besonders aktiven, selbstbewußten und im Beruf erfolgreichen Türken in Deutschland bleiben trotz bester Sprachkenntnisse sehr bewußte Türken und wollen es bleiben.

Nicht zuletzt haben die Heidelberger Linguisten bei diesem Projekt eines gelernt: genauer zu- und hinhören, auch wenn „nur" Kauderwelsch zu hören ist. Wer würde zum Beispiel gleich auf die Idee kommen, daß ein junger Türke, wenn er „Heimat" sagt, gar nicht die Türkei meint? Er meint Deutschland. Nicht, weil er sich hier etwa zu Hause fühlen würde – nein, weil es das Wort „Heimat" im Türkischen nicht gibt. Die direkte Übersetzung von „Heimat" hieße im Türkischen nur der Ort, wo man wohnt, nicht der Ort, aus dem man stammt.

Kommunistische Erziehung auch für Christen

hrk. Berlin

Die SED hält an ihrem Ziel fest, alle Schüler in der „DDR“ – somit auch die christlich orientierten – einer „kommunistischen Erziehung“ zu unterwerfen und die marxistisch-leninistische Betrachtungsweise zum „Inhalt der Allgemeinbildung“ zu erklären. *Volksbildungsministerin* Margot Honecker, Ehefrau des Staatsratsvorsitzenden Erich Honekker, formulierte jetzt in Erfurt die Aufgaben der 335 000 Lehrer und Erzieher in der „DDR“ bis zum Jahr 2000. Dabei machte sie keinerlei Abstriche an den bisherigen Forderungen der Partei an die Pädagogen. Raum für eine liberalere Handhabung der verbindlichen Richtlinien soll es nicht geben, wenngleich die Ministerin allzu engem Spezialistendenken eine Absage erteilte: „Der wissenschaftlich-technische Fortschritt führt nicht zu einer Entwertung einer breiten Allgemeinbildung.“

Mit besonderer Aufmerksamkeit nahmen kirchliche Kreise in Mitteldeutschland die entscheidenden ideologischen Passagen des Referats der Ministerin auf. Denn in der Phase vor dem zugesagten zweiten Gipfeltreffen des „DDR“-Kirchenbundes mit Erich Honecker nach siebeneinhalb Jahren Pause bekräftigte Frau *Honecker die ideologische Vorherrschaft* der SED und die herrschende Staatsdoktrin.

Vogel deutet Lafontaine, Brandt setzt sich ab

Streit um Äußerungen in Ost-Berlin / Nur ein Anstoß?

ULRICH REITZ, Bonn

Die saarländische Staatskanzlei war gestern bemüht, die Äußerungen von *Ministerpräsident Oskar Lafontaine* im Zusammenhang mit der Anerkennung einer „DDR“-Staatsbürgerschaft herunterzuspielen. Lafontaine hatte in einem Interview kurz nach seiner Rückkehr aus Ost-Berlin seine „eigene Position“ in dieser Frage so umschrieben: „Wenn man tatsächlich einen normalen Reiseverkehr will, dann wird man irgendwann die Frage der Staatsbürgerschaft so entscheiden müssen, daß die Staatsbürgerschaft (der ‚DDR‘, die Red.) anerkannt wird.“ Lafontaine habe mit seinen Äußerungen gegenüber dem *Staatsratsvorsitzenden Erich Honekker* „lediglich einen Diskussionsanstoß“ geben wollen, so Regierungssprecher Halmes.

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt *setzte sich von der Position Lafontaines* ab und stellte klar, daß die SPD nicht von „Anerkennung“, sondern von „Respektierung“ der „DDR“-Staatsbürgerschaft spreche. Dagegen versuchte der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans Jochen Vogel, den Äußerungen Lafontaines in einem Interview die Spitze zu nehmen: „Ich habe keinen Anlaß anzunehmen, daß der saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine an dieser Rechtslage (dem Fortbestehen der deutschen Staatsangehörigkeit auch für Bewohner der ‚DDR‘, die Red.) etwas ändern wollte“.

Rehberger empört

Empört über die Äußerung Lafontaines zeigte sich hingegen der saarländische FDP-Vorsitzende Horst Rehberger. „Wer DDR-Bürger zu Ausländern macht, reduziert deren Chance, in freier Selbstbestimmung die deutsche Einheit zu erreichen“, sagte er der WELT. Gerade Saarländer, die am eigenen Leib erfahren hätten, was es bedeute, wenn Deutsche als Ausländer behandelt würden, hätten „keine Veranlassung, diese Rechte in Frage zu stellen“. Die *Saar-FDP* werde einen Beschlußantrag einbringen, der die SPD-Regierung zwingen soll, Farbe zu bekennen. Dort heißt es: „Der Landtag bekennt sich in Übereinstimmung mit *dem Grundgesetz der Bundesrepublik* Deutschland, insbesondere im Interesse der Bürger Berlins und der DDR weiterhin zu einer einheitlichen deutschen Staatsbürgerschaft“.

Die wirtschaftlichen Ergebnisse *des „DDR“-Besuchs Lafontaines* wurden von den betroffenen Unternehmen unterschiedlich bewertet. Während sich die Ford-Werke in Saarlouis „hocherfreut“ über die Auf*nahme des Modells „Orion“ in den* Importkatalog der „DDR“ zeigten, gaben sich die Saarbergwerke skeptisch im Hinblick auf angebliche Zusicherungen Ost-Berlins.

Informationslücke

Kurz vor der Abreise Lafontaines in die „DDR“ habe ein Gespräch mit den Ford-Werken in Saarlouis stattgefunden, in deren Verlauf der Ministerpräsident erklärt hatte, er wolle gegenüber Honecker die Frage der Lieferungen eines Ford-Modells ausschließlich aus saarländischer Produktion „aufgreifen“, so Ford-Sprecher Erich Hartmann. Das Ford-Werk in Saarlouis war mithin informiert über die Absichten Lafontaines. Nicht informiert war offensichtlich *das Mutterwerk in Köln. Der* Ford-Vorstandsvorsitzende Goeudevert hatte sich gegenüber der WELT überrascht über eine entsprechende Zusicherung der „DDR“ gezeigt und erklärt, weder zwischen der Landesregierung im Saarland noch zwischen Ost-Berlin und Ford-Köln habe es im Vorfeld des Lafontaine-Besuchs Absprachen gegeben. Querverbindungen zwischen Ford-Saarlouis und Ford-Köln auf Vorstandsebene hat es nach Informationen der WELT nicht gegeben. Bereits vor zwei Monaten war an Honecker bei einem Besuch von Betriebsräten (auch Ford) und der Völklinger IG Metall der Wunsch herangetragen worden, in Saarlouis Ford-Autos zu kaufen. Diesen Anstoß habe dann Lafontaine aufgegriffen, sagte der Ford-Sprecher.

Irritiert war man bei den Saarbergwerken über die Verlautbarung der Saarbrücker Staatskanzlei, Lafontaine und Honecker hätten sich auf die Lieferung von 900 000 Tonnen *Kohle aus saarländischer Produktion* in „nächster Zeit“ in die „DDR“ geeinigt. Bereits 1985 und im ersten Quartal 1986 erreichten die Exporte in die „DDR“ eben dieses Volumen von 900 000 Tonnen. „Über weitere Lieferungen wissen wir nichts“, sagte Saarbergwerke-Sprecher Wrede.

Franke-Prozeß oder: Des Richters große Hoffnung auf die zweite Luft

PETER PHILIPPS, Bonn

Es waren zwei alte Kämpen, die gestern morgen unter Blitzlicht-Gewitter das graue Gebäude des Bon*ner Landgerichts betraten,* in besseren Tagen politische Gegner, jetzt als Angeklagter und Verteidiger einander verbunden: Egon Franke, ehemals 13 Jahre Bundesminister für Innerdeutsche Beziehungen, *nun* angeklagt wegen fortgesetzter Veruntreuung von insgesamt 5,56 Millionen Mark sowie Urkundenvernichtung; und Hermann Höcherl, der als Bundesinnenminister seine Beamten nicht immer mit dem Grundgesetz unter dem Arm herumlaufen lassen wollte, seit seinem Abschied aus der Politik als CSU-Repräsentant auch regelmäßiger Anwalt von Sozialdemokraten.

Als sie um kurz nach neun Uhr zu der für sie sowie den Bonner Co-Verteidiger Helmut Neumann reservierten Anklagebank schritten, war der Mitbeschuldigte Edgar Hirt mit seinen Verteidigern Karl-Heinz Ohlsson und Volkmar Mehle – der auch im Lambsdorff-Prozeß auftritt – längst anwesend. Freund*liches Händeschütteln* allerseits. Doch seinem Edgar Hirt, über so viele Jahre engster Vertrauter, reichte Franke erst die Hand, als es gar nicht mehr zu umgehen war. *Wohlweislich blickte er dabei in die* entgegengesetzte Richtung.

Zwei alte Kämpen: Egon Franke (rechts) mit seinem Verteidiger Hermann Höcherl FOTO: FRITZ REISS/AP

Nichts mehr verbindet ihn mit dem Ministerialdirektor a.D., dem er nach dem Bonner Machtverlust so*gar noch eine Auffangstelle als* Assistent in seinem Abgeordnetenbüro geboten hatte. Gemeinsam sollen sie für das Verschwinden von 5,56 Etat-Millionen geradestehen, die nach einer „Geldwaschung“ bei der Berliner Caritas in 27 Tranchen zwischen März 1979 und September 1982 in eine von Hirt verwaltete „schwarze Kasse“ im Ministerium zurückgeflossen waren. Durch den Regierungswechsel war die Geschichte 1982 aufgeflogen, und Franke hatte sofort vollmundig die „politische Verantwortung“ übernommen.

Später hätte er dies gerne wieder heruntergeschluckt. Denn seine eigenen Anwälte stellten gegenüber dem Gericht fest, daß er „zu Einzelheiten keinerlei Auskunft geben“ könne. Er sei als Minister „offensichtlich nicht *informiert“ gewesen.* Die Hoffnung, daß Hirt die tatsächliche Verwendung der Millionen für humanitäre Aktion in der innerdeutschen Grauzone belegen könne, trog. Im Gegen*teil: Der Ministerialbeamte wurde zu*sätzlich angeklagt, 460 000 Mark gemeinsam mit dem Berliner Rechtsanwalt Jürgen Stange veruntreut zu haben.

Der Vorsitzende Richter Wilfried Manthei behielt die kurze Verhandlung mit einem leicht ironischen Unterton jederzeit fest im Griff. Be*müht,* jeder von den Verteidigern probeweise aufgestellten prozessuralen Klippe und damit auch etwaigen Revisionsgründen auszuweichen, blinzelte der 54jährige Jurist Egon Franke durch seine schmale Goldrandbrille an: Man wolle mal sehen, „wie wir ihre Verhandlungsfähigkeit am besten hinbekommen“. Der Amtsarzt habe zwar attestiert, daß der ehemalige Minister nur ein bis zwei Tage jeweils zwei bis drei Stunden gesundheitlich in der Lage sei, am Prozeß teilzunehmen, aber: „Ich habe mir gesagt, daß ist ein Kämpfer – wenn der erst hier sitzt, bekommt er die zweite Luft.“

Doch was so munter begann – wenn auch mit halbstündiger Verspätung, weil ein Schöffe im morgendlichen Straßenverkehr stecken geblieben war –, wurde unmittelbar darauf von Anwalt Mehle mit ausdrücklichem „Bedauern“ schon wieder gestoppt: Nachdem sich am 4. November der vorgesehene Beisitzer bis zum 30. krank gemeldet hatte, war der neue Beisitzer zwar vom Gericht bestimmt worden, aber die Anwälte hatten nicht die vorgeschriebene Woche Zeit, ihn zu überprüfen. Die *„Besetzungsrüge“* wurde fällig. Aber beide Parteien akzeptierten den salomonischen Spruch Mantheis, noch die Personalien aufzunehmen und die Anklage verlesen zu lassen, *„damit nicht alles umsonst* hier angefahren ist“.

„Egon“ kam laut und sonor die Antwort, als Franke seinen Vornamen angeben sollte. Im hellgrauen Glencheckanzug saß er dort, in den vergangenen zwei Jahren äußerlich um Jahr*zehnte gealtert, bleich,* aber immer noch darum bemüht, den Eindruck alter Kraft aufrecht zu erhalten. Mit leichtem Lächeln drehte *er sich zu den Zuhörer*-Bänken um. Doch es wirkte aufgesetzt, will doch seine Verteidigung ihn auch dadurch herauspauken, daß sie ihn öffentlich als Minister darstellt, der nicht wußte, was in seinem Haus geschah.

Staatsanwalt Hans Bernhard Jansen benötigte nur wenige Minuten, *um die Anklageschriften zu verlesen.* Dann wurde bis zum kommenden Montag, 13.30 Uhr unterbrochen. Egon Franke zog wieder seinen blauen Mantel an und setzte die schwarze Baskenmütze auf, während Hirt den Umstehenden verkündete, bei der künftigen Beweisaufnahme „an Beispielen“ zu belegen, daß „wir Tausenden von Menschen“ mit diesen Millionen geholfen haben. Franke und er brauchten sich „nicht zu schämen“.

Einen Teil seiner Ausführungen wird die Öffentlichkeit kaum erfahren: Viele Verhandlungstage werden wegen Geheimhaltungsvorschriften hinter verschlossenen Türen ablaufen. Ministerialrat Hess vom Innerdeutschen Ministerium saß als Prozeßbeobachter schon von der ersten Minute an dabei.

Wieder Streit um Biblis: Zugzwang?

H. LIEDEL, Wiesbaden

Neuer Wirbel um Hessens rotgrüne Atompolitik: Unter dem Druck des grünen Partners hatte Wirtschaftsminister Ulrich Steger (SPD) im Oktober 1984 bei der Darmstädter Außenstelle des Freiburger Öko-Instituts ein Gutachten über die Sicherheit des Kernkraftwerks Biblis in Auftrag gegeben. Diese 40 000 Mark teure „Vorstudie“ stellt jetzt „schwerwiegende Probleme im Zustand der Anlage“ fest. Auch wird die Rechtmäßigkeit verschiedener Genehmigungsverfahren angezweifelt.

Doch wohl aus den Erfahrungen aus dem Krach um die Hanauer Atomfabriken im vergangenen Sommer wiegelt man derzeit im Wiesbadener *Wirtschaftsministerium* ab. Sein Sprecher Reinhart Raak: „Das Gutachten hat Fragen erarbeitet, die aus Sicht der Verfasser klärungsbedürftig sind.“

Allerdings prüfe das Ministerium diese Vorstudie „sehr genau“. Ob „Handlungsbedarf“ gegenüber dem Kraftwerk bestehe, oder ein „Haupt-Gutachten“ sich anschließen soll, werde Anfang Dezember entschieden, wenn die Auswertung der Studie abgeschlossen sei.

Dieses Anschluß-Gutachten hat der grüne Koalitionspartner bereits gestern gefordert, und der zukünftige grüne Umwelt-Staatssekretär Karl Kerschgens will eine Anhörung zur Sicherheit von Biblis im Landtag.

Auch in Bonn war man nach Bekanntwerden der „Studie“ hellhörig. Ein Sprecher von Innenminister Zimmermann erklärte, man habe in Wiesbaden „um Bericht gebeten“.

Die Betreiber des Atommeilers, die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE), sprechen dem Öko-Institut die Fachkompetenz ab. Lediglich altbekannte Argumente von Kernenergiegegnern würden wiederholt. RWE betont: „Sicherheitsdefizite liegen in Biblis nicht vor.“

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Die SPD in Bremen will Koschnick halten

Kandidatur für Wahlkreis in Leverkusen löst Befremden aus

W. WESSENDORF, Bremen

Wie eine Bombe schlug die Nachricht bei der Bremer SPD ein, daß ihr bekanntestes Mitglied, Ex-Bürgermeister Hans Koschnick, im Wahlkreis 68 (Leverkusen-Rheinberg II) 1987 für den Bundestag kandidieren will. Die hanseatischen Genossen wollen Koschnick aber unter allen Umständen eine Kandidatur in Bremen oder Bremerhaven anbieten.

„Drei Wahlkreise stehen uns grundsätzlich zur Verfügung", sagte der Pressesprecher der Bremer SPD Karl-Hermann Niestädt im Gespräch mit der WELT. An diesem Freitag wird sich der Vorstand der Bremer Partei mit dem brisanten Thema befassen. Niestädt: „Unmut macht sich nicht nur in der Bevölkerung über den möglichen Fortgang Koschnicks breit, sondern auch in der SPD". Einer der drei Bremer Bundestagsabgeordneten Ludwig Hettling, Ernst Waltemathe und Horst Grunenberg (Bremerhaven) würde deshalb wohl oder übel seinen Platz für Bremens beliebtesten Politiker räumen müssen.

Bremens ehemaliger Regierungschef war am Wochenende in Leverkusen mit dem SPD-MdB Bruno Wiefel zusammengetroffen. Wiefel will aus eigenem Entschluß bei der nächsten Bundestagswahl nicht mehr kandidieren; dem Bundestag gehört er seit 20 Jahren an. In Koschnick sieht Wiefel einen möglichen Nachfolger. Bremens Exbürgermeister wurde auch vom Vorstand der Leverkusener SPD *zur Kandidatur ermuntert*. Der Wahlkreis 68 gilt laut Wiefel „als sicher für die SPD".

„Kein Ortsfremder"

Allerdings gibt es in der Chemiestadt noch drei weitere Anwärter für den Bundestag, unter ihnen Johannes Singer, SPD-Fraktionsvorsitzender im Leverkusener Stadtrat. Im Unterbezirksausschuß haben sich nach der Darstellung Singers aber 13 Stimmen bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung gegen eine Kandidatur des Hanseaten ausgesprochen. Die überwältigende Mehrheit sprach sich „gegen die Nominierung eines ortsfremden Kandidaten" aus.

Koschnick hofft indes mit persönlichen Gesprächen den Widerstand überwinden zu können. Das erklärte er am Wochenende auf einer Pressekonferenz in Leverkusen. Gleichzeitig richtete er Appelle an die Parteiräson. Die Entscheidung soll am 17. Dezember beim Leverkusener Unterbezirks-Parteitag fallen.

„Die Bremer SPD wäre doch mit dem Klammerbeutel gepudert, wenn sie nicht für eine Koschnick-Kandidatur in Bremen sorgen würde", sagte der Bremer SPD-Landeschef und Fraktionsvorsitzende Konrad Kunick.

„Eine bremische Lösung"

Inzwischen haben denn auch eine Reihe von Bürgerschaftsabgeordneten den Landesvorstand aufgefordert „baldmöglichst gemeinsam mit den derzeitigen Bundestagsabgeordneten aus Bremen und Hans Koschnick eine bremische Lösung zu erarbeiten". Der ehemalige Regierungschef lehnt es aber ab gegen einen der bisherigen Direktbewerber aus den Wahlkreisen 50 (Ost), 51 (West) und 52 (Bremerhaven/Bremen-Nord) anzutreten. Koschnick stur: „Ich dränge keinen meiner Freunde weg".

Das wird nun aber die Partei versuchen. Kunick will dieser Tage in Gesprächen mit den Vorsitzenden der Bremer SPD-Unterbezirke einen Weg finden doch noch eine Kandidatur Koschnicks an der Weser möglich zu machen. Nach Informationen aus Kreisen der Partei soll Horst Grunenberg zum Verzicht auf sein Mandat bewegt werden. Als Gegenkandidaten für Grunenberg haben sich schon drei weitere Genossen aus der Seestadt ins Gespräch gebracht. Grunenberg hat deshalb ohnehin wenig Chancen erneut nominiert zu werden. Außerdem wird in der SPD darüber nachgedacht, daß Ludwig Hettling seit der letzten Bundestagswahl im Bonner Parlament seinen Platz räumen soll.

Für die Bremer SPD ist es wichtig, ihren bekanntesten Politiker in den Bundestag zu bringen. Denn schon ein halbes Jahr nach der Bundestagswahl wird im kleinsten Bundesland gewählt. Da wirft die Bundestagswahl ihre Schatten voraus.

Altlasten als Schwerpunkt der Umweltpolitik

dg. Baden-Baden

Der baden-württembergische Umweltminister Gerhard Weiser (CDU) hat Industrie, Handel, Handwerk und Verbraucher aufgefordert, bei Produktion und Umgang mit chemischen Stoffen höchste Sorgfalt anzuwenden. Vor der Landesmitgliederversammlung des Landesverbandes der Chemischen Industrie Baden-Württemberg in Baden-Baden wies Weiser insbesondere auf die Gefahren hin, die von sogenannten Altlasten, also ehemaligen, mittlerweile rekultivierten *Müllablagerungsplätzen, aus*gehen. Allein in Baden-Württemberg gebe es 6500 Altdeponien. Alle diejenigen, von denen Schäden für die Umwelt ausgehen können, müßten saniert werden.

Vor diesem Hintergrund forderte Weiser zur Vermeidung und Verminderung des Chemikalieneinsatzes auf, damit Behandlung und Beseitigung von Abwasser und Abfällen wirkungsvoller unterstützt würden. Auf Stoffe, die selbst oder deren Produktion zu „schwierigem und problematischem Abfall" führt, solle ebenso verzichtet werden wie auf den offenen Einsatz von Chemikalien in empfindlichen Umweltbereichen.

Auch der hessische Umweltminister Armin Clauss (SPD) nannte die Bewältigung des Altlastenproblems einen Schwerpunkt der Umweltpolitik. Vor den *hessischen Landesdele*gierten der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik gab Clauss am Wochenende in Bruchköbel bekannt, daß inzwischen in Hessen 3700 Altlasten erfaßt seien. Über ihre Sanierung sei die Landesregierung seit Monaten mit den kommunalen Spitzenverbänden und der *Wirtschaft im Gespräch.*

Wie Weiser plädierte auch Clauss dafür, zur Finanzierung notwendiger Sanierungs- und Sicherungsmaßnahmen eine *Solidargemeinschaft* zwischen Industrie, Kommunen und Staat zu bilden. Während sich Weiser jedoch für eine freiwillige Zusammenarbeit aussprach, wollte Clauss auch eine bundesgesetzliche Lösung nicht ausschließen. Sollte keine Lösung zustandekommen, werde Hessen eine eigene gesetzliche Regelung anstreben, betonte der *Hesse.*

Seite 2: Die Sünden von gestern

Der Weihnachtsmann wünscht sich „Schrott auf den Gabentisch"

Von DIETER DOSE

Väterchen Frost, Rußlands altehrwürdige Christfestgestalt, spielt zwar beim mitteldeutschen Nachwuchs keine große Rolle *mehr*, aber der *gute* alte Weihnachtsmann muß in der „DDR" schon mancherlei ertragen: Rechtzeitig vor dem Start in den Advent bog das Pioniermagazin „Frösi" (Fröhlich sein und Singen) die beliebteste deutsche Kinderfigur zum Werbe-Gag für die übliche Altstoffsammlung um. Im jüngsten Heft spricht eine rauschebärtige Knecht-Ruprecht-Figur das anheimelnde Gedicht: „Zu Weihnachten, da wünsch' ich mir / den großen Sack voll Altpapier / und jede Menge alter Taschen / gefüllt mit Gläsern und mit Flaschen / auch Schrott, der wäre was für mich / auf meinen großen Gabentisch."

Die Kinder mögen die „Sammel-Socken schärfen" und mitmachen bei dem, was die „DDR" seit 40 Jahren betreibt: aus Alt mach Neu. Für die Kleinen wird die Parole ausgegeben „Großfahndung – Millionen für die Republik". Weihnachten als Höhepunkt des Sekundärrohstoff-Erfassungsjahres – das ist die „DDR" '85.

Immerhin: Der beigefügte Festkalender mit vielen Fensterchen bis Weihnachten zeigt zwar viele Nußknacker und Skifahrer und keine Engel oder das Christuskind, aber hinter dem 24. Dezember verbirgt sich dann doch der schwerbeladene Weihnachtsmann. Die Autoren reimen auf ihn höchst despektierlich: „Nun muß der Alte mächtig laufen. Seid mal ganz still. Hört ihr ihn schnaufen?"

Schier atemlos vor propagandistischer Wut legt das offizielle Blatt von Verteidigungsminister Heinz Hoffmann „Volksarmee" aus seiner Sicht den 30. Geburtstag der Bundeswehr dar. Den Jubiläumsbeitrag zieren drei Fotos, die dem Volksarmisten suggerieren sollen, er kämpfe gleichsam gegen die alte Wehrmacht, falls der Ernstfall einträte. Die Bilder zeigen Adolf Hitler bei einer Lagebesprechung, neben ihm der erste Generalinspekteur der Bundeswehr, Adolf Heusinger. Er sei, behauptet das Blatt, für die „Angriffsplanung der Naziwehrmacht verantwortlich" gewesen. Im Stil des „Stürmers" wird zudem das Foto von einer Ei*des-Zeremonie kommentiert. Origi*naltext der Bildunterschrift: „Auf das Monopolkapital eingeschworen: Vereidigung bei der Bundeswehr. Die Eidesformel orientiert auf die Ausbreitung imperialistischer Macht nach Osten."

Die Exotik mancher westlichen Lebensweise kommt bisweilen durch die begehrteste und in der Regel ausverkaufte Zeitschrift des Landes, die „Wochenpost" (1,2 Millionen Auflage), ins Haus: Jetzt lasen die verblüfften Leser erstmals Ausführliches über den „Erleuchteten", Shree Rajneesh. „Guru in Handschellen" lautete die Schlagzeile des Beitrags.

Aus der Presse von drüben

Dabei fiel – nun wahrlich ungewöhnlich – sogar ein Lob für das sonst in SED-Köpfen als Ausgeburt des Klassenfeindes betrachtete FBI ab. Im Stil von West-Illustrierten schilderte man die Verfolgungsjagd auf die Bhagwan-Vertraute Ma Anand Sheela. Sie sei in Südbaden einem „Fahndungskommando der BRD-Polizei und des US-amerikanischen FBI ins Netz gegangen". Dem offenbar tüchtigen FBI wiederum hätten „detaillierte Aussagen" über einen Mordanschlag der Dame gegen den Leibarzt des Ober-Gurus vorgelegen. „Prachtsüchtiger alter Zausel" nennt der Ostberliner „Wochenpost"-Autor den Sektenführer – im Langweiler-Stil der Ost-Presse eine Charakteristik von beachtlicher Farbigkeit.

Da sich an diesem Wochenende endgültig die Hoffnung der mitteldeutschen Kicker zerschlug, im mexikanischen Hochland 1986 ein weltmeisterliches Olé anzustimmen, dürfte sich nun auch die Sorge eines Lesers der „Leipziger Volkszeitung" zerstreuen: Arbeiter Reiner Klepzig klagte dem SED-Organ sein Leid. „Obwohl Fußballfan, wurmt es mich, daß nach den letzten großen Spielen unserer Nationalmannschaft frühmorgens erstmal endlos diskutiert und nicht produziert wurde." Es gebe zwei Wege, dies zu vermeiden: „Unsere Nationalelf bietet keine großen Spiele mehr – aber das wollen *wir nicht* … Weg Nr. 2: *Man scheut* nicht die Auseinandersetzung mit jenen, die vergessen, daß Arbeitszeit Leistungszeit ist."

Die November-Nummer von „Neues Leben", für Ostberliner Verhältnisse ausgesprochen „fetzig" gemachtes FDJ-Magazin im „Bravo"-Stil, überrascht gleich in zweifacher Hinsicht: Zum einen dürfte der sanfte Dichter Rainer Maria Rilke mit einem Abdruck seines „Herbsttag" zu den Raritäten in einem Organ der Staatsjugend zählen. Aber der Hang zur Mischung von Stoffen für eine eher „soft" als „eisern" gestimmte Jugend in der „DDR" erweist sich auch hier. Story Nr. 2 handelt die spannende Frage ab, ob man mit 18 schon Kommunist sein könne. Köchin Bettina aus dem thüringischen Blankenburg, dort am Herd in einer kleinen Gaststätte brutzelnd, steht für die 100 000 Nachwuchs-Kader, die die SED bis zum XI. Parteitag im kommenden April in ihre Reihen holen will. Die Autorin verrät ein wenig von dem, wie's in den sorgfältig vorbereiteten Versammlungen zugeht: „Ich sollte sprechen – mein Gott, vor 80 Zuhörern! Ich las vom Blatt ab und konnte die Schrift kaum entziffern, so sehr zitterten mir die Hände."

Wie man auch ohne die obligatorische Lobhudelei der SED-Presse für alles, was an der Moskwa gedruckt wird, beispielsweise den neuen Programmentwurf der KPdSU aus der Feder von Michail Gorbatschow kommentieren kann, konnten „DDR"-Leser in Nr. 44 der „Budapester Rundschau" nachlesen, falls sie noch am Kiosk zu ergattern war: ZK-Mitglied Péter Rényi fand besonders erfreulich, daß dieser Text „ein für allemal dem Gerede von rückläufigen Trends und retrograden Absichten in der UdSSR ein Ende setzen wird". Selbstkritisch – und somit anders als in Ost-Berlin – schreibt der Budapester Kolumnist: Wenn Gorbatschow vor „allzu materialistischem Privatdenken und persönlicher Bereicherung" warne, dann habe er wohl recht: „Wir wissen aus eigener Erfahrung, daß es sich da nicht einfach um Phantome handelt."

Bundespräsident der Schweiz von Moskau zensiert

dpa, Moskau

Das sowjetische Fernsehen hat am Sonntag abend ein Interview mit dem schweizerischen Bundespräsidenten Kurt Furgler zensiert. Auf die sowjetischen Abrüstungsinitiativen angesprochen, begrüßte Furgler in der zensierten Version einseitig die sowjetische Abrüstungs-Position. In der Originalfassung hatte der Bun*despräsident der Schweiz erklärt*, er hoffe, daß sowohl die sowjetischen als auch die amerikanischen Vorschläge eine Annäherung in Genf bringen würden.

Furgler hatte ferner gegenüber dem sowjetischen Fernsehjournalisten betont, daß der „politische Wille aller" dahin gehen müsse, „Frieden in Freiheit zu erhalten". Die UdSSR-Zensur ließ dabei das Wort Freiheit unter den Tisch fallen. Auch die Äußerungen Furglers, er wünsche den sowjetischen Menschen Glück, Se*gen, Wohlergehen, Frieden und* Freiheit, kürzte der sowjetische Zensor.

Polizei überwältigt Studenten in Seoul

dpa, Seoul

Die südkoreanische Polizei hat gestern ein Schulungszentrum der Regierungspartei gestürmt, das sechs Stunden lang von rund 180 Studenten besetzt gehalten worden war. Alle wurden festgenommen.

Die Studenten hatten sich am Morgen mit Knüppeln und drohend geschwungenen Molotow-Cocktails ihren Weg in das zweistöckige Gebäude gebahnt, das von zwölf Polizisten und zusätzlichen Hilfskräften bewacht wurde. Sie brachen ein Loch in das Dach, verbrannten dort Parteifahnen und forderten in Sprechchören und auf Transparenten die Ablösung der Regierung unter Staatschef Chun Doo Hwan sowie die Demokratisierung des Landes. Über ein Megaphon drohten sie, das Haus in Brand zu setzen, wenn es gestürmt würde.

In den letzten Wochen hatte es in Seoul und in anderen südkoreanischen Städten eine ganze Reihe von Besetzungen gegeben, die sich gegen die vor fünf Jahren aus einem Militärputsch hervorgegangene Regierung Chun, aber auch gegen die ihn unterstützenden Amerikaner richteten.

Moskau droht nur noch lächelnd

Die Sowjetunion verstärkt Einfluß und Präsenz in Südostasien / Handelsoffensive

CHRISTEL PILZ, **Bangkok**

Die Strategen des Kreml können mit ihrer jüngsten Kampagne zur Förderung von *Freundschaft* und Handel in der südostasiatischen Region zufrieden sein. Vor wenigen Tagen lobte in Moskau Imelda Marcos, die First Lady der Philippinen, ihren jüngsten Staatsbesuch als „Auftakt zu einer neuen Ära der Freundschaft und Kooperation." Freundschaftsouvertüren gegenüber den Sowjets sind Imelda *nichts* Neues. Sie ist die Vorsitzende der philippinisch-sowjetischen Freundschaftsgesellschaft, die in den Philippinen außerordentlich rege ist.

Gleichzeitig stichelte in Manila Imeldas Präsidentengatte gegen die Amerikaner. Marcos erklärte, daß er den philippinisch-amerikanischen Stützpunktvertrag neu definiert haben möchte. Die Luftwaffenbasis Clark und die Flottenbasis Subic Bay sind die einzigen Militärstützpunkte, die die Amerikaner noch in Südostasien haben. Seit langem schon betreibt Moskau die Räumung dieser Basen. Sie stören die Sowjets um so mehr, als sie selbst systematisch ihre Militärmacht in der Region des Südpazifik auszuweiten suchen.

Marcos, der *im 2. Weltkrieg mit* den Amerikanern gegen die Japaner kämpfte, ist über die Reagan-Administration zutiefst verärgert. Mitte Oktober hat Reagan Senator Paul Laxalt als seinen persönlichen Beauftragten nach Manila geschickt, um Marcos vor dem Zerfall seines Regimes und der Gefahr einer Machtübernahme durch die Kommunisten zu warnen. Marcos kritisiert die Mahnungen Washingtons als Einmischung in interne Angelegenheiten. Um so empfänglicher gibt er sich für schmeichelnde Worte aus dem Kreml. Dieser hatte ihm erst im August den höchsten Orden, den je ein asiatischer Staatschef erhalten hat, für seine Verdienste während des 2. Weltkrieges verliehen.

Zum Auftauen seiner frostigen Beziehungen mit Moskau ist auch Indonesien bereit. Der seit 20 Jahren ranghöchste Sowjetpolitiker, der Stellvertretende Premierminister Jakob Ryabow, war Anfang November Gast der Regierung Suhartos. Ryabow bot Kredithilfe in Höhe von 240 Millionen US-Dollar zur Finanzierung von vier *Krankenhäusern in den Provinzen* an. Die indonesische Regierung behielt sich vor, dieses Angebot zu überprüfen, und willigte ein, eine gemeinsame Arbeitsgruppe zum Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen einzuberufen. Typisch für Jakartas anhaltendes Mißtrauen ist die beigefügte Erklärung, daß keine Seite diese Arbeitsgruppe zu politischen Nebenabsichten ausnutzen dürfe. Unvergessen in Jakarta ist der blutige Putschversuch der indonesischen Kommunisten von 1965, in dem auch Moskau seine Hand mit im Spiel hatte.

Von Indonesien flog Ryabow in die malaysische Hauptstadt Kuala Lumpur weiter. Auch hier will er



Der frühere kambodschanische Regierungschef Lon Nol: Er starb im Alter von 72 Jahren in Kalifornien. Lon Nol war während des Vietnamkrieges an die Macht gekommen. 1975 verließ er Phnom Penh. FOTO: DPA

Mißtrauen abbauen und die Sowjetunion als kaufhungrigen Markt von 280 Millionen Menschen anbieten. Premierminister Mahatir hat eine Einladung nach Moskau angenommen. Zu einer Zeit, in der sich die Wachstumsraten der Asean-Länder verlangsamt haben, die Exporte rückläufig sind, die Rohstoffpreise im *Keller* liegen und protektionistische Tendenzen ihre Schatten immer länger ziehen, gibt Moskau sich als Retter in der Not. Jetzt würden die Länder der Dritten Welt sehen, daß sie sich auf kapitalistische Industrienationen nicht verlassen können.

In Thailand erklärte der sowjetische Handelskommissar, Jurij Michailow, *daß die Sowjetunion „nie* protektionistische Maßnahmen zur Begrenzung von Importen" aus Entwicklungsländern ergreifen würde. Im Stile ihres Führers Gorbatschow haben die Sowjetrepräsentanten das Lächeln gelernt. Sie drohen nur noch lächelnd.

Lächelnd drohten sie der malaysischen Regierung, sie würden eben weniger Kautschuk kaufen, sollte Kuala Lumpur sich gegen den Erwerb sowjetischer Helikopter für die malaysische Luftwaffe entscheiden. Lächelnd steckte der Vizepräsident des Obersten Sowjet, Salimow Umurzakowitsch, gleich zwei Absagen der thailändischen Regierung ein, als er vom 21. bis 28. Oktober Gast des thailändischen Parlamentspräsidenten Ukris in Thailand war. Bangkok sprach sich gegen die Errichtung einer thai-sowjetischen Handelskammer und gegen eine thai-sowjetische Freundschaftsgesellschaft aus. Die Sowjets sollten erst beweisen, daß es ihnen wirklich um Freundschaft gehe. Das könnte der Kreml tun, indem er seine Waffenlieferungen an die vietnamesischen Streitkräfte in Kambodscha einstelle. Ohne die gäbe es keine Kämpfe an der thai-kambodschanischen Grenze und ohne die ständige Militärhilfe müßten die Vietnamesen nach Hause gehen.

Auf solche Aufforderungen entgegnete die Umurzakowitsch-Delegation, daß Moskau Thailand tatsächlich helfen wolle, aber das eben auf dem Gebiet der Wirtschaft. Man bot Beratungshilfe für die Landwirtschaft, das Genossenschaftswesen, Technik und Wissenschaft sowie den Sport und lockte mit einer Erhöhung der Importe von Produkten der Exportwirtschaft.

Umurzakowitschs Angebot, die Textilimporte aus Thailand zu erhöhen, stieß auf Beifall bei den Gewerkschaften und dem Verband thailändischer Textilunternehmer. Bezahlen will Moskau für die Textilimporte aus Einnahmen ihrer in Thailand ansässigen Schifffahrts-Gesellschaft Thasos. Denn die Thai-Exporteure sollen ihre Verschiffungsaufträge an Thasos geben. Die Regierung unter Premierminister Prem bleibt höchst skeptisch. Sie weiß, daß das sowjetische Handelsbüro eine Domäne des sowjetischen militärischen Geheimdienstes (GRU) ist. Erst 1983 hat sie den damaligen Handelskommissar, Victor Baritschew, bei der Spionage ertappt und des Landes verwiesen.

Paris sucht zu London besseres Verhältnis

A. GRAF KAGENECK, **Paris**

Die Ost-West-Beziehungen am Vortag des Genfer *Gipfeltreffens* zwischen Reagan und Gorbatschow, die Haltung der beiden europäischen Atommächte zu den strategischen Weltraumplänen des US-Präsidenten, ein Weiterkommen auf dem Weg zur europäischen Einigung drei Wochen vor einer wichtigen Regierungskonferenz in Luxemburg über *die Bildung einer Europäischen* Union sowie bilaterale Fragen, unter denen das Projekt einer Kanalüberquerung im Vordergrund steht, waren die Themen des 12. französisch-britischen Gipfelgesprächs zwischen Präsident Mitterrand und Premierministerin Margaret Thatcher am Montag in der Londoner Downing Street 10. Erklärtes Ziel der französischen Seite war es, das seit einiger Zeit durch erbitterte Konkurrenz auf den Rüstungsmärkten stark strapazierte Verhältnis zwischen den beiden Ländern der einstigen „Entente Cordiale" wieder freundlicher zu gestalten. Hatte man in Frankreich mit Enttäuschung im September den Verkauf von 74 Tornado-Kampfflugzeugen an *Saudi-Arabien,* den *traditionellen* Kunden französischer Mirage-Flugzeuge zur Kenntnis genommen, so hat die Lieferung des französischen Fernmeldesystems Rita an das Pentagon und der zähe britische Widerstand dagegen die Stimmung in beiden Hauptstädten stark unterkühlt.

„Man kann Konkurrent auf den Märkten sein, ohne sich gegenseitig zu verachten," lautete das Stichwort für die Begegnung in der Umgebung des Staatspräsidenten vor dessen Abreise. Paris legt in der Tat großen Wert auf eine britische Beteiligung an den deutsch-französischen Plänen für die Europäische Union, die einen von Frankreich dringend gewünschten europäischen Binnenmarkt vorbereiten soll. *Die* Hoffnungen auf britisches Einlenken darauf sind indes gering. Volle Einigkeit dagegen besteht nach nahezu 200 Jahre langer Diskussion über das Projekt zur Beendigung der insularen Lage Großbritanniens. Noch vor Ende dieses Jahres soll in beiden Hauptstädten gleichzeitig die Entscheidung über drei konkurrierende Kanalüberbrükkungs- oder -untertunnelungsprojekte fallen.



Die jüngste Ablehnung (r.) und Ausreiseanträge aus 15 Jahren in den Händen: Frau Kalisz (r.) mit Sohn und einem Mitglied der „Gesellschaft der Deutschen Minderheit" FOTOS: DIE WELT

„Deswegen sind wir auch Deutsche"

RUDOLF CANNE, **Warschau**

Siebzehn in Oberschlesien lebende Deutsche haben die Behörden der Bundesrepublik aufgefordert, „sich für Tausende von Deutschen in Polen" einzusetzen und ihnen zu helfen, Minderheitenrechte für die Deutschen in Schlesien durchzusetzen. Der Appell ist in einem Schreiben der „Gesellschaft der Deutschen Minderheit" in der Woiwodschaft Oppeln an die deutsche Botschaft in Warschau enthalten. In ihm betonen die Schlesier in kantigem Deutsch, daß es ihnen vor allem um die „Pflege der verbotenen deutschen Sprache und Kultur" gehe.

„Unsere Kinder sollen auf der Schule wenigstens Deutsch lernen dürfen". Der in Oderthal (heute Zdzieszowice) lebende Busfahrer Maximilian Kalisz (41), Initiator der Gesellschaft, erregt sich: „Die Kommunisten sagen oft, wir sind keine richtigen Deutschen, weil wir manchmal gar nicht mehr richtig Deutsch sprechen können und unsere Kinder auch nicht. Dabei verbieten sie uns seit dem Krieg, überhaupt Deutsch zu sprechen. Wir sind keine Polen, auch wenn wir heute die polnische Staatsangehörigkeit haben. Unsere Eltern waren Deutsche, deswegen sind wir es auch und deshalb wollen wir endlich nach Deutschland. Seit 14 Jahren stellen wir einen Antrag nach dem anderen, aber die Behörden lehnen ihn jedesmal ab."

Das Amtsgericht Oppeln hat den am 1. Juni gestellten Antrag der „Gesellschaft der Deutschen Minderheit" auf Zulassung mittlerweile ebenfalls ohne Begründung abgelehnt. Kalisz hat zwar sofort Widerspruch dagegen eingelegt, doch viel Hoffnung hat er nicht.

Nach ungezählten Antragsablehnungen und Ärger mit den polnischen Behörden hatte Maximilian Kalisz am 4. November 1984 mit vier weiteren oberschlesischen Deutschen demonstrativ in der deutschen Botschaft in Warschau Zuflucht gesucht. Von ihr hatten sie bis dahin immer nur vervielfältigte Standardbriefe erhalten. Drei der vier Deutschen gaben schnell wieder auf und *fuhren zurück, Kalisz und* ein Bekannter blieben bis nach Weihnachten in der Botschaft in der Warschauer Karlowicka. Doch auch dort konnte ihnen niemand weiterhelfen. Mit leeren Händen mußten die zwei die Botschaft im Januar 1985 wieder verlassen.

Kaliszs Bekannter durfte im Juli *plötzlich mit seiner Familie in die* Bundesrepublik ausreisen. Doch Familie Kalisz mit den Söhnen Hubert (19) und Roland (5) erhält weiterhin nur Ablehnungen. Allein in diesem Jahr waren es bereits fünf. Maria Kalisz zeigt den jüngsten Ablehnungsbescheid des Woiwodschaftsamtes Oppeln vom 28. Oktober 1985: 60 Zloty Zustellgebühr kostet die Mitteilung, daß der Antrag auf Ausstellung eines „Reisepasses in die BRD für immer" aus „öffentlichem Interesse" abgelehnt worden sei. Daß die Familie Kalisz sich wie viele andere als Deutsche auf die vertraglich vereinbarte Übersiedlung beruft, nehmen die polnischen Behörden nicht zur Kenntnis.

„Nach 14 Jahren ist es nicht mehr auszuhalten", meint Maximilian Kalisz. „Einmal muß doch Schluß sein mit diesen ewigen Anträgen." In den vergangenen Jahren ist er sogar fünfmal mit seinem Schulfreund Franz Nowak im polnischen Innenministerium und beim Ersten Sekretär der Partei in Warschau vorstellig geworden, um auf das Recht zur Ausreise zu pochen – ohne Erfolg.

Franz Nowak, der *1983* überraschend seinen Bruder in der Bundesrepublik Deutschland besuchen durfte, entschloß sich, nach insgesamt 29 abgelehnten Ausreiseanträgen in den zurückliegenden Jahren, im Rheinland zu bleiben. Seitdem *kämpft* er um die Familienzusammenführung mit seiner Frau Elisabeth und den beiden Kindern Wilhelm (13) und Roman (8). Bisher ebenfalls ohne Ergebnis. „Jeder Antrag wird vom Paßamt ohne Begründung abgelehnt. Aber meine Frau stellt nach jeder Ablehnung sofort wieder einen neuen Antrag." Franz Nowak klagt: „Unser Problem habe ich längst dem Auswärtigen Amt und der UNO in Genf dargestellt, aber leider kann kein Amt mit den Kommunisten ins Reine kommen..."

„Südafrika soll sich ändern, aber nicht mit Gewalt"

WELT-Gespräch mit dem schwarzen Bürgermeister Linda

M. GERMANI, **Johannesburg**

Tamsanqua Linda ist Bürgermeister der schwarzen Stadt Ibayi bei Port Elizabeth. Derzeit lebt er in der Transkei mit seiner Frau und seinen vier Kindern. Sein Haus wurde im August, zwei Tage nach einem Besuch von Präsident Botha, abgebrannt. Morgens um zwei Uhr war Benzin in das Wohnzimmer geschüttet worden, dann flog ein Molotowcocktail durchs Fenster. Lindas Familie konnte sich gerade noch retten. Auch seine Mutter und seine Schwester, deren Häuser bereits vorher durch Brandstiftung vernichtet worden waren und die bei ihm Unterschlupf gefunden hatten, entkamen den Flammen.

Vorübergehend wohnte er auf Kosten der Stadtverwaltung in einem Hotel am Strand von Port Elizabeth, bis erste Presseberichte auftauchten, der Bürgermeister würde sich ein vergnügtes Leben auf Kosten der Steuerzahler machen. Das gehörte eben zu der Kampagne, die offensichtlich darauf abzielt, diesen mutigen Mann zum Schweigen zu bringen. Die Anschläge auf sein Haus, die Morddrohungen per Telefon gegen ihn, die Kinder und seine Frau, eine qualifizierte Krankenschwester, die dadurch ihre Arbeit verloren hat, sind Teil dieser Kampagne.

Auf die Frage der WELT, ob er nicht um seine Sicherheit besorgt sei, antwortet er: „Wer seine Prinzipien vertreten will, kann nicht den Mund halten, sondern muß seine Meinung sagen. Man darf sich nicht einschüchtern lassen." Im Zusammenhang mit den Vorwürfen der letzten Wochen gegen Mitglieder der Presse, sie seien bereits im Voraus über künftige Zwischenfälle und Morde durch Steinigungen informiert worden, erklärt Bürgermeister Linda: „Die Presse ist seit Beginn der Unruhen ein Problem. In unserer Gegend finden sie die Presse noch bevor die UDF ihre Verbrechen ausübt."

WELT: Was bezeichnen Sie als Verbrechen?

Linda: Ein Haus mit Steinwürfen zerstören. *Das Haus* meiner *Mutter* wurde achtmal mit Steinen beworfen. Die Vertreter der Presse waren immer als erste dort. Beim letzten Mal, als vier Menschen vor dem Haus erschossen wurden, war eine Fernsehkamera dabei – ich kann nicht sagen, aus welchem Land –, sie kamen mit ihren Sendewagen, und das Fernsehen war *aufnahmebereit,* als die *ersten* begannen, Steine zu werfen.

WELT: Das ist eine schwerwiegende Beschuldigung. Wie erklären Sie es, daß Journalisten vorher informiert werden?

Linda: Als ein Mann, der über die Gewalt in diesem Land mit seiner Meinung nicht hinter dem Berg hält, kann ich sagen, daß diese Reporter oder TV-Leute vorher auf das Ereignis aufmerksam gemacht werden. Ich kann Ihnen sagen, jeder Reporter, der einer UDF-Beerdigung beiwohnt, wird dort von Funktionären überprüft. Sie vergleichen die Beglaubigungsschreiben dieser Reporter mit internen Listen, um zu sehen, ob die Journalisten bei ihnen akkreditiert sind. Es gibt Gerüchte, daß diese Reporter große Geldsummen an die UDF zahlen, um Zutritt zu erhalten."

Vorwürfe erhebt Bürgermeister Linda gegen die Urheber der Kampagne gegen ihn. Er sieht sie in der Nationalen Partei. Man trachte danach, einen Mann wie ihn aus dem *Amt* zu entfernen. *Gegenwärtig* erhält er keine Hilfe von der südafrikanischen Regierung. Er muß die Kosten für seine Unterkunft in der Transkei selbst tragen.

Um der schwarzen Bevölkerung ein normales Leben in den Städten zu ermöglichen, müsse wieder Ordnung herrschen. Bevor die Regierung mit den Schwarzen über die Zukunft des Landes verhandelt, müsse die Kriminalität in den schwarzen Städten beendet werden. Dort fände die wirkliche Konfrontation – Schwarz gegen Schwarz – statt. Es gebe eine schweigende Mehrheit, Menschen, die ihn oft mitten in der Nacht anrufen, aber aus Angst ihren Namen nicht nennen und ihn bitten, weiterzumachen. Linda *betont,* an der *gegenwärtigen* Verwaltung mitzuwirken bedeute nicht, Apartheid zu akzeptieren. Es gehe darum, die Regierung davon zu überzeugen, die Lage der Menschen in den schwarzen Städten zu verbessern. Es sei bereits viel erreicht und eine Menge Arbeitsplätze seien geschaffen worden. Das Hauptproblem am Ostkap jedoch seien die Unruhen, die ihre Ursachen allerdings auch in der derzeitigen wirtschaftlichen Rezession haben. „Es ist so einfach, einen leeren Magen zu überzeugen", sagt Linda.

Kriminelle Elemente erheben den Anspruch, „Befreier" zu sein. Bei einer ANC-Machtübernahme würde der freie Wettbewerb zugrunde gehen, „*wir hätten* es mit einer kommunistischen Machtübernahme zu tun", die wirtschaftliche Lage würde nicht besser sondern schlechter. Angesichts der verworrenen Verhältnisse sei es momentan leicht, Waffen in die schwarzen Städte zu bringen. Das geschehe bereits. Diese Waffen würden oft aus Polizeibeständen gestohlen. *Linda:* „Es *gibt immer* mehr Terroristen. Nach unseren Informationen werden Leute in dreiwöchigen Schnellkursen zu Terroristen ausgebildet. So können die Unruhen nicht beendet werden. Die Mehrheit der Schwarzen will in Frieden leben. Sie trägt die ganze Last der Ereignisse. Südafrika soll sich ändern, aber nicht *mit Gewalt.*"

Humanitäre Hilfe in Afghanistan kostete das Leben

WALTER H. RUEB, **Bonn**

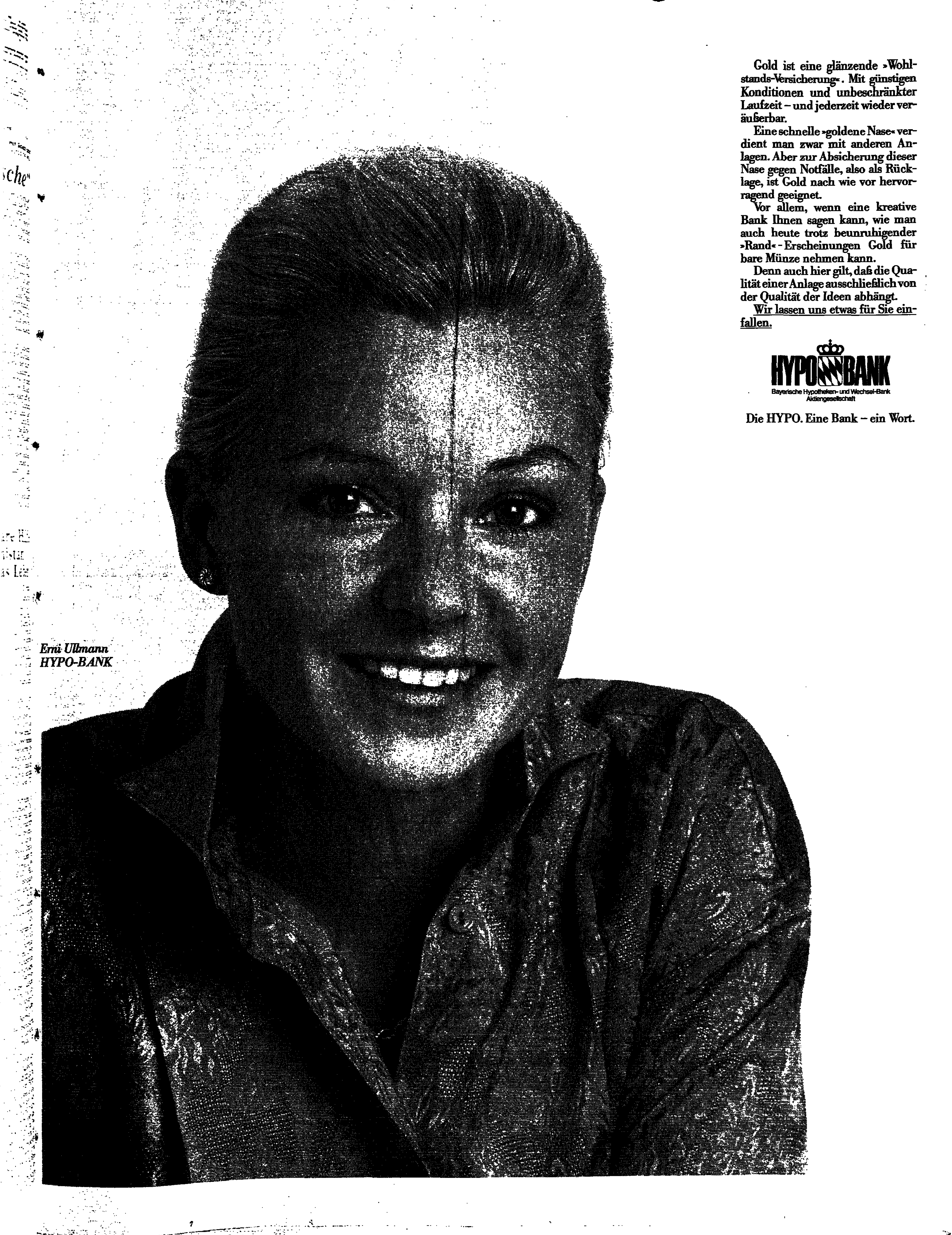
Der „Verein für afghanische Flüchtlingshilfe" in Bonn hat bei einem sowjetischen Hubschrauberangriff auf das Dorf Baraki-Barak 60 Kilometer südlich von Kabul erneut einen Arzt verloren. Dies ist der dritte Arzt des Vereins (Spendenkonto 07 481 106 bei der Deutschen Bank Bonn), der sein Engagement in der medizinischen Versorgung seiner Landsleute im Innern Afghanistans mit dem Leben bezahlt.

Der 28jährige Arzt wurde beim Versuch, Verletzte aus einer bombardierten Sanitätsstation zu bergen, zusammen mit drei Patienten und der *Sanitätsstation* in *die Luft* gesprengt. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Jürgen Todenhöfer protestierte gegen das sowjetische Vorgehen. „Dieses Verbrechen zeigt erneut, daß die Sowjets in Afghanistan nicht einmal die fundamentalen Regeln des Völkerrechts respektieren."

Die Eskalierung des Krieges in Afghanistan und die spürbare Verstärkung des Flüchtlingsstroms nach Pakistan haben andere humanitäre Organisationen in der Bundesrepublik veranlaßt, ihre Hilfe zu intensivieren und teilweise auf neue Grundlagen zu stellen. Die von allen im Bundestag vertretenen Parteien getragene Organisation „HELP – Hilfe zur Selbsthilfe" in Bonn (Spendenkonto 44 44 bei Sparkassen und Banken von Bonn) betreut 150 000 Flüchtlinge in neun Lagern, sichert ihre medizinische Basisversorgung, leistet Nahrungsmittelhilfe und schickte kürzlich zwei „mechanische Milchkühe" nach Pakistan. Dies sind fahrbare Tanks, in denen Milchpulver, Wasser und Protein zu einem hochwertigen Kindernahrungsmittel gemixt werden. Den „mechanischen Kühen" sollen zwei von Mercedes Benz verbilligt abgegebene Zugfahrzeuge folgen. HELP nahm vor kurzem vor den Toren von Peschawar ein selbst finanziertes und gebautes Handwerkszentrum in Betrieb, in dem junge Afghanen zu Schustern, Schneidern, Webern und Automechanikern sowie Flüchlingsfrauen im Nähen ausgebildet werden.

CARE Deutschland in Bonn und Afghanistan-Nothilfe in Mönchengladbach (Spendenkonto 33 33 33 bei Sparkassen und Banken von Bonn) haben sich zusammen mit zwei afghanischen Ärzteorganisationen der Ausbildung junger Afghanen zu Hilfsärzten angenommen. Der erste einjährige Intensivkurs wurde jetzt in Peschawar abgeschlossen. 63 von 80 Prüflingen bestanden und machen sich für den Einsatz im Innern ihrer Heimat bereit. Sie werden mit Spezial-Rucksäcken ausgerüstet, in denen für Erste Hilfe, Notfall-Chirurgie und Präventiv-Medizin alles Notwendige enthalten ist.

Mancher hat sich schon glänzend erholt.



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Dreißig Jahre Bundeswehr

Sehr geehrte Damen und Herren,

aus Anlaß des Bundeswehrjubiläums wurde mit Recht in den vielen und guten Reden betont, wie unerläßlich die volle Anerkennung und Respektierung unserer Soldaten in der Gesellschaft sei. Hierzu könnte meines Erachtens auch die Bundeswehr einen wesentlichen Beitrag leisten, wenn ihre Angehörigen öfters als bisher in Uniform in der Öffentlichkeit in Erscheinung träten. Dazu gehört sicherlich etwas Mut. Daher sollten auch hier die Offiziere mit gutem Beispiel vorangehen, selbst auf die Gefahr hin, von einer Minderheit unseres Volkes angepöbelt und beleidigt zu werden. Denn nur wer Flagge zeigt, wird beachtet und letztlich auch geachtet.

Mit freundlichem Gruß
Karl-Alexander Bedau,
Neidlingen

Bei dem 30jährigen Jubiläum der Bundeswehr ist auch Scharnhorsts gedacht worden. Seine Bedeutung als Planer und als Artillerist ist unbestritten; sein früher Tod im Juni 1813 setzte seiner Tätigkeit ein Ende. Bekannt ist er als „Reformer"; für die „stehende Armee", „welche für die auswärtigen Kriege bestimmt ist", schlägt er eine sechsjährige Dienstzeit vor. Wer aber in der Lage ist, sich selbst zu bekleiden und zu beköstigen, soll in die „Provinzialmiliz" eintreten können, wo die Dienstzeit sechs Wochen betragen wird. Die „Reaktion" verhinderte eine derartige Regelung. Die so gepriesene „Freiheit der Rücken" der „Reformer" galt nicht für die „Zweite Klasse des Soldatenstandes": dort konnten noch Jahrzehnte nach 1848 40 Schläge verordnet werden.

Clausewitz (im russischen Dienst Oberstleutnant und Oberst geworden) schlägt vor, daß sich Wohlhabende vom Wehrdienst freikaufen können – auch das verhindert die „Reaktion". Zwei seiner Brüder werden wie er Offizier; beide werden später ebenfalls General. Während er mit dem Eisernen Kreuz II. Klasse ausgezeichnet wird, tragen sie E. K. II, E. K. I, den Pour le Mérite und das Eichenlaub dazu, als Anerkennung ihrer Leistungen im Kampf. Sie haben kein Buch geschrieben, bei Hofe verkehrten sie nicht, und so sind sie vergessen.

Was hatten die „Reformer" tatsächlich geplant, wo haben sich ihre Planungen praktisch ausgewirkt? Wer hat die siegreichen Schlachten der Freiheitskriege geschlagen? Es war ähnlich wie heute: die „Reformer" haben gesprochen, und die Truppe hat die Arbeit geleistet.

Friedrich Doepner,
Oberst a. D., Celle

Ein Schlaglicht

Es ist schon eigentümlich, wie sich die „DDR" um ihre Rentner bemüht. Mit dem Ausscheiden aus dem Arbeitsleben darf endlich auch Otto Normalverbraucher seine Koffer packen und eine Westreise machen. Er darf sogar ganz offiziell in den Westen übersiedeln. Hierbei gibt es ein bezeichnendes Detail.

Ein stark schwerhöriger alter Mensch, auf sein Hörgerät im Alltag angewiesen, muß dieses bei der Sozialversicherungskasse (SVK) der „DDR" ersatzlos abgeben. Wie hoch die Behinderung des alten Menschen ist und wie hilflos er ohne Hörgerät seine Westumsiedlung antritt, wird nicht einmal geprüft. Der Übersiedlungswillige erhält von der SVK eine Postkarte mit der Aufforderung, sich nebst seinem Hörgerät in den Geschäftsräumen einzufinden. Dort wird ihm dann das Hörgerät ohne weitere Begründung abgenommen, „weil Sie in den Westen gehen". Da steht er nun, der treulose und gehörlose „DDR"-Rentner, was will er auch in den Westen.

Man fragt sich nur, warum das Ganze. Einer der Rentner meinte schlicht, es sei halt eine Schikane. Ein altes und viel genutztes Hörgerät kann praktisch nicht an einen anderen Schwerhörigen weitergegeben werden. Also hat die Abnahme keinen ökonomischen Sinn. Die „DDR"-Hörgeräte sind aber aus westlicher Sicht museumsreif und werfen somit ein bezeichnendes Schlaglicht auf den technischen Standard der auch hierzulande so hochgelobten Gesundheitsfürsorge in der „DDR". Und das soll nicht sein.

Dr. Wulf Rothenbächer,
Diez

Zementierung

„Lafontaines Mitbringsel"; WELT vom 15. November

Lafontaine und die Mehrheit der SPD, die sich für die volle Anerkennung der „DDR"-Staatsbürgerschaft einsetzen, handeln anachronistisch, wenn sie jetzt die nur noch von der Sowjetunion verfochtene Politik der Siegermächte vertreten. Eine solche Politik verstößt ganz eindeutig gegen das Grundgesetz und nützt lediglich dem von der Sowjetunion eingesetzten Regime. Die SPD von 1946 gibt es nicht mehr. Ein Kurt Schumacher hätte in der heutigen SPD keinen Platz mehr.

Eine Anerkennung der „DDR"-Staatsbürgerschaft würde unseren getrennt leben müssenden Landsleuten keinen Vorteil bringen, das sollte eigentlich auch Herr Lafontaine wissen. Denn nach Artikel 116 GG würden sie nach wie vor als Deutsche gelten, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit. Schließlich erhalten ja auch Umsiedler aus Polen oder der UdSSR problemlos die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn sie es wünschen und ihre deutsche Abstammung glaubhaft machen können. Und diese Menschen besaßen bei ihrer Ankunft keinen deutschen Paß. Eine Reiseerleichterung wäre daher durch einen solchen Schritt nicht zu erreichen, lediglich eine Zementierung der unmenschlichen Trennung.

Mit freundlichen Grüßen
Victor Hölterling,
Ludwigsburg

Wort des Tages

„Tief im Menschen liegt das Vertrauen, das außer ihm sich seiner bewußt ist wie er selbst."

Arthur Schopenhauer, deutscher Philosoph (1788–1860)

Ausgangspunkt

„An der Wiege der christlichen Seefahrt"; WELT vom 11. November

Sehr geehrte Redaktion,

in dem Artikel lautet der letzte Satz: Dieses Land suchte 1492 Kolumbus über einen westlichen Weg zu finden, von Sevilla aus, genau gesagt von der Mündung des Guadalquivir. Hier irrt der Verfasser. Kolumbus lief mit seinem Verband, der Karavelle „Santa Maria" und den beiden Galeonen „Pinta" und „Nina", am 3. August 1492 von Palos an der Rio-Tinto-Mündung nach Westen aus.

Original-Nachbauten dieser drei Schiffe des Kolumbus liegen oder lagen in dem kleinen Hafen unterhalb der meines Wissens ältesten Seefahrtsschule Spaniens, nämlich der von Palos, vertäut am Pier.

Mit freundlichem Gruß
Jan H. Hansen Nootbaar,
Korv.-Kpt. a. D., Bad Honnef

Made in Germany

Sehr geehrte Herren,

in der WELT der Wirtschaft vom 12. November zitieren Sie Herrn Dr. Roland Mecklinger von der Standard Elektrik Lorenz AG, Stuttgart, mit dem Ausspruch: „Die Bundesrepublik hat 70 Jahre benötigt, ehe ‚Made in Germany' zum anerkannten Qualitätsbegriff wurde."

Diese Aussage ist leider falsch. Made in Germany ist ursprünglich nur eine Herkunftsangabe, die durch ein englisches Gesetz (Merchandise Act, 1887) gefordert wurde.

Im deutschen Warenzeichengesetz genießt der Begriff inzwischen (Paragraph 34 Warenzeichen-Gesetz) sogar Schutz.

Der Begriff „Made in Germany" war als Qualitätsbegriff bereits lange vor dem Ersten Weltkrieg weltweit bekannt und anerkannt.

Daß die Bundesrepublik 70 Jahre benötigte, ehe „Made in Germany" zum anerkannten Qualitätsbegriff wurde, ist schon aus dem Grunde falsch, weil die Bundesrepublik erst seit 1949 – also nur 36 Jahre – besteht.

Ich bin sicher, daß ich nicht der einzige Leser bin, der über diese Ungereimtheit gestolpert ist.

Mit freundlichen Grüßen
Ernst-Günther Furbach,
Berlin 33

Die Dummen?

„Nur ein Dummer wird Arafat glauben"; WELT vom 8. November

Sind jährlich 350 Millionen Mark deutscher Steuergelder für die ägyptische Regierung vertretbar, die die Mörderbande PLO unterstützt und sich eine moderne Armee leistet?

Sollten unsere Politiker auch zu den Dummen zählen? Der deutsche Steuerzahler ist allemal der Dumme!

Dr. Hans Günther Eggert,
Köln 41

Die Diskussion um den in Schleswig-Holstein geschaffenen Nationalpark Wattenmeer wirft erneut die Frage auf, ob die Einrichtung solcher Parks sinnvoll ist. Lassen sich die Interessen von Naturschutz und Wirtschaft überhaupt vereinbaren? Der vor 15 Jahren gegründete Nationalpark Bayerischer Wald hat manche dieser Fragen beantwortet. Als Modell für andere Parks kann er allerdings nur mit Einschränkungen dienen.

Das Geburtstagskind im Bayerischen Wald widerlegt alle Kritik



Der Kleine Arber-See im Nationalpark Bayerischer Wald
FOTO: SCHELP/BAVARIA

Von KLAUS THIELE

Der nun 15 Jahre alte Nationalpark Bayerischer Wald wurde bei der Geburtstagsfeier von den Gratulanten mit Lob nur so überschüttet. Private Naturschützer und Besucher, Fachleute für regionale Wirtschaftsförderung ebenso wie Politiker aus den Anliegergemeinden, die „linken" wie die „rechten" Medien, sie alle *huldigen* der Idee dieses Naturreservats heute mit großer Einhelligkeit, als sei sie niemals umstritten gewesen.

Am 7. Oktober 1970, dem Tag der *Eröffnung des Nationalparks* Bayerischer Wald, waren die Chancen für eine gute Zukunft des Parks weit weniger vielversprechend. Kaum einer hatte zunächst klare Vorstellungen von den eigentlichen Zielsetzungen eines derartigen Reservats. Der Bayerische Landtag hatte damals – einem Plan des Landespflegers Professor Haber entsprechend – beschlossen, zwischen Rachel und Lusen mindestens fünf Großwildschaugehege zu errichten, einen freilebenden Großwildbestand aus Rotwild, Rehen, Gemsen und Mufflons zu hegen (obwohl die beiden letztgenannten Arten dort niemals heimisch waren) sowie die Holznutzung fortzusetzen.

Man hatte jedoch ganz übersehen, *daß der Landesplaner Haber in seinem* Gutachten für den Deutschen Rat für Landespflege die Errichtung eines Nationalparks abgelehnt und Vorschläge lediglich für die Gestaltung eines „Naturparks" am Grenzkamm gemacht hatte. So standen nach der Errichtung des Parks die härtesten Auseinandersetzungen erst bevor. Die privaten Jäger brachten kein Verständnis für die starke Bestandssenkung beim Reh- und beim Rotwild auf, die nach Jahren der Überhege durchgeführt werden mußte, um Wald und Wild wieder ins Gleichgewicht zu bringen.

Den Naturschützern ging die Nationalparkidee – so wie heute in Schleswig-Holstein – nicht weit genug. Sie sprachen von Etikettenschwindel. Der Nationalpark schien ihnen als Rummelplatz, in dem alles für die Tourismusförderung und nichts für den Naturschutz getan worden war. Holznutzung und Jagdmethoden hatten sich kaum geändert. Es gab keine Wegegebote, um die rapide ansteigende Besucherflut zu kanalisieren. Besonders provoziert fühlten sich die Naturschützer durch die Flurbereinigung im Umfeld des Parks, die nach ihrer Ansicht die Landschaft großflächig ausräumte und auch noch den letzten Quadratmeter Feuchtgebiet austrocknete. Damit schien der wichtigste Ausgleichs- und Pufferraum für den Park zerstört.

Dennoch gilt heute die Errichtung des Nationalparks Bayerischer Wald und seine Entwicklung allgemein als ein wesentlicher Schritt in der *deutschen Naturschutzgeschichte*. Dieser Nationalpark wurde als einziges Schutzgebiet der Bundesrepublik zum Biosphärenreservat der Unesco erklärt. Voraussetzung für diesen Erfolg war die allmähliche Besinnung auf eine der Nationalparkidee entsprechende Naturschutzzielsetzung und deren konsequente Verwirklichung.

Unter Naturschutz im Nationalpark begann man entsprechend internationalen Vorstellungen mehr und mehr die Bewahrung ungestörter natürlicher Abläufe zu verstehen, also den Verzicht auf Jagd, Holznutzung, Uransuche oder Nutzung des Wassers im Park: Das Gebiet soll als ursprüngliche Naturlandschaft, als Urwald für künftige Generationen unter Schutz gestellt werden.

6500 Hektar des Parks sind heute schon Vollreservat, ohne Holznutzung und ohne Eingriffe in den Wildbestand. Der Park ist damit das größte Totalreservat in Mitteleuropa. Der bayerische Minister Eisenmann hat darüber hinaus festgestellt, daß eines Tages der ganze Park Urwald sein werde. Schon heute verzichtet die Bayerische Staatsforstverwaltung jährlich auf die Nutzung von etwa 70 000 Festmeter Holz.

Ein solcher Park entspricht genau dem Urlaubstraum vieler Großstädter, die in ungestörter Natur neue Kräfte schöpfen wollen. So brachte der Park in seinem Umfeld ein *Umsatzplus im Fremdenverkehr* von 20 bis 30 Millionen DM. Dies ist eine wichtige Hilfe in einem Gebiet mit ca. 35 Prozent Arbeitslosen im Winter.

Es fragt sich jedoch, ob dieser Nationalpark als Modell für andere Parks in der Bundesrepublik dienen kann, etwa für den von Naturschützern geforderten Park in Berchtesgaden, für Parks im Wattenmeer, in der Lüneburger Heide oder der Rhön. Naturschutz in einem Nationalpark bedeutet den Schutz natürlicher Abläufe, also den Verzicht auf Nutzungen. Damit sind Nationalparks in der Lüneburger Heide und der Rhön also schon ausgeschlossen. Diese Gebiete sind Kulturlandschaften, die erst durch das Einwirken des Menschen entstanden sind und nur durch landwirtschaftliche Nutzungen in ihrem derzeitigen Charakter auf Dauer erhalten werden können. Hier müßte also ein ganz anderes Statut gefunden werden.

Am leichtesten mag das Ziel in Berchtesgaden zu verwirklichen sein. Ein großer Teil des vorgeschlagenen *Schutzgebiets liegt in unproduktiven* Lagen oberhalb der Waldgrenze. Dort, in dem traditionellen Fremdenverkehrsgebiet des Berchtesgadener Landes, ist aber kein zusätzlicher Impuls für den Tourismus mehr zu erwarten. Entsprechend gering dürfte die Bereitschaft für Einschränkungen und Nutzungsverzicht in den Randzonen des empfohlenen Reservats sein.

Noch schroffer stoßen sich die Interessen in den Wattenmeer-Nationalparks, wo wegen der Größe der Fläche einschneidender Nutzungsverzicht, und sei es nur bei der Fischerei, vielen Betroffenen derzeit nicht denkbar erscheint. Und doch hat der schleswig-holsteinische Landtag im Juli dieses Jahres den mutigen Schritt getan und zum 1. Oktober die Errichtung eines Nationalparks im Wattenmeer auf 285 000 Hektar, das sind 17 Prozent der gesamten Landfläche des nördlichen Bundeslandes, beschlossen.

Ein kleinstes gemeinsames Vielfaches scheinen die Nationalparks Bayerischer Wald und Wattenmeer dennoch zu haben: die umfassende Bedrohung durch großräumig wirkende Umweltverschmutzung. Macht im Wattenmeer *die Verseuchung der* Nordsee durch Schiffe, Ölbohrstellen und die giftige Fracht der Flüsse alle Schutzbemühungen von vorneherein fraglich, so droht der Nationalpark Bayerischer Wald trotz eines guten Schutzkonzepts durch Fernimmissionen zum einem Waldnationalpark ohne Bäume zu werden.

Der Autor, Forstoberrat Klaus Thiele, ist Leiter der Verwaltung des Nationalparks Bayerischer Wald.

Bei einem Schock zählt jede Minute

Mediziner fordern eine bessere Ausbildung der Bevölkerung in der Notfallrettung

Von INGRID ZAHN

Das menschliche Gehirn kann nicht länger als vier Minuten ohne Sauerstoffzufuhr überleben. Der Notfallarzt braucht aber im Durchschnitt zehn Minuten, um den erkrankten Patienten am Unfallort oder zu Hause zu erreichen. Für Professor Rudolf Juchem, Internist am Städtischen Krankenhaus in Aschaffenburg, ist daher die Mithilfe des Laien von großer Bedeutung, um die kritischen Minuten bis zum Eintreffen ärztlicher Hilfe zu überbrücken.

Juchem verweist auf eine Pilotstudie, die im Sommer dieses Jahres in Aschaffenburg mit freiwilligen Helfern zwischen 16 und 80 Jahren zum Thema „Reanimation durch Laien" durchgeführt worden war. Die Resonanz war positiv. Wenn viele Fachärzte dem Vorbild ihres Kollegen folgen, könnten in der ganzen Bundesrepublik aus neugierigen Zuschauern lebensrettende Helfer werden. Herzmassage und künstliche Beatmung sind unter ärztlicher Aufsicht erlernbar. Eine Studie aus Seattle/USA, auf die sich Juchem bezieht, zeigte, daß *40 bis 60 Prozent der Risikopatienten* überleben könnten, wenn am Unfallort von Laien eine erste Hilfe geleistet werde.

Den Kreislauf-Schock rechtzeitig erkennen

Zur Zeit sterben etwa hunderttausend Menschen jährlich an einem plötzlichen Herztod. Die gefährlichste Komplikation in diesem Zusammenhang ist immer noch der kardiogene (herzbedingte) Schock. Er liegt bei Patienten vor, deren Kreislauf labil reagiert, deren Bewußtsein getrübt ist und bei denen durch verminderte Herzleistung die Körperorgane nur noch unzureichend mit Blut versorgt werden. Die Organe versagen dann zunehmend ihren Dienst, so daß – ohne sofortige Behandlung – binnen Stunden der Tod eintritt.

In der vergangenen Woche diskutierten Mediziner im Rahmen der 17. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für internistische Intensivmedizin in Aachen, was für den Schockpatienten nach heutigen Erkenntnissen getan werden kann. Es gelte, noch eher und besser als bisher die Diagnose zu stellen und alle nur möglichen Hilfsmittel zur Lebensrettung auszuschöpfen, sagte Professor Klaus Dieter Grosser aus Krefeld.

Haro Jenss von der Universitätsklinik Tübingen verwies auf die Behandlungsmöglichkeiten des kardiogenen Schocks durch positiv-inotrophe Substanzen. Das sind chemische Verwandte des Adrenalins, die über bestimmte Rezeptoren stärkend auf die Pumpleistung des Herzmuskels einwirken. Weiterhin setzt man die sogenannte intra-aortale Gegenpulsation ein: Dabei wird als Übergangsmaßnahme in kritischen Situationen versucht, mit Hilfe einer automatischen Pumpe die Durchblutung des Herzmuskels aufrechtzuerhalten.

Ein Schock kann auch durch den starken Flüssigkeitsverlust entstehen, wie er nach Blutungen oder schweren Durchfällen (hypovolämischer Schock) so wie bei einer Einschwemmung von Bakterien in die Blutbahn (septischer Schock) auftritt. Hierbei ist es also besonders wichtig, den normalen Flüssigkeitshaushalt wiederherzustellen. Dazu verwendet man Albumin oder kolloidhaltige Lösungsmittel wie Hydroxyethylstärke oder Dextran.

Infektionsherde sind oft schwer zu lokalisieren und damit auch schlecht zu bekämpfen, wie Prof. Christian Mittermayer von der Universität Aachen berichtete. Abhilfe versprechen hier die neuen hochwirksamen Antibiotika, die mit hohen Konzentrationen im Blut in der Lage sind, Bakterien zielsicher abzutöten.

Bei einer Infektion mit Bakterien gilt es vor allem, die schädliche Wirkung der sogenannten Endotoxine in den Griff zu bekommen. Diese Substanzen sind Bestandteil der Bakterienwand. Sie haben die Eigenschaft, im Organismus Mediatoren freizusetzen, Moleküle also, die bestimmte krankhafte Veränderungen in Gang bringen. Der Endotoxin-Komplex muß bei der Therapie mit Hilfe von Anti-Seren blockiert werden.

Wirksame Antiseren gegen Bakteriengifte

So ist es zum Beispiel möglich, die Patienten mit einer Mutante des Bakteriums Escherichia coli, dem sogenannten J.5-Antiserum, zu behandeln, um die krankheitsauslösende Wirkung des Endotoxin-Komplexes auszuschalten. Auf diese Therapieform, die schon 1982 von Elisabeth Ziegler (San Diego) entwickelt worden ist, wies H. Jenss auf dem Kongreß besonders hin.

Eine zweite Therapiemöglichkeit greift an den Mediatoren an und kann somit ebenfalls schon früh den Krankheitsverlauf beeinflußen. Mit Naloxon etwa (einem Gegenspieler der Opiate) kann man die sogenannten *Endorphine* blockieren. Diese Substanzen stammen aus dem Zentralnervensystem und besitzen eine stark gefäßerweiternde Wirkung. Sie können deshalb einen gefährlichen *Blutdruckabfall herbeiführen*. Andere Behandlungsverfahren versuchen dagegen, frühzeitig auf den sogenannten Arachidonsäure-Stoffwechsel einzuwirken. Auch dadurch werden wiederum Mediatoren daran gehindert, einen Schock auszulösen.

AUS LABORS UND INSTITUTEN

Kernfusion USA/UdSSR

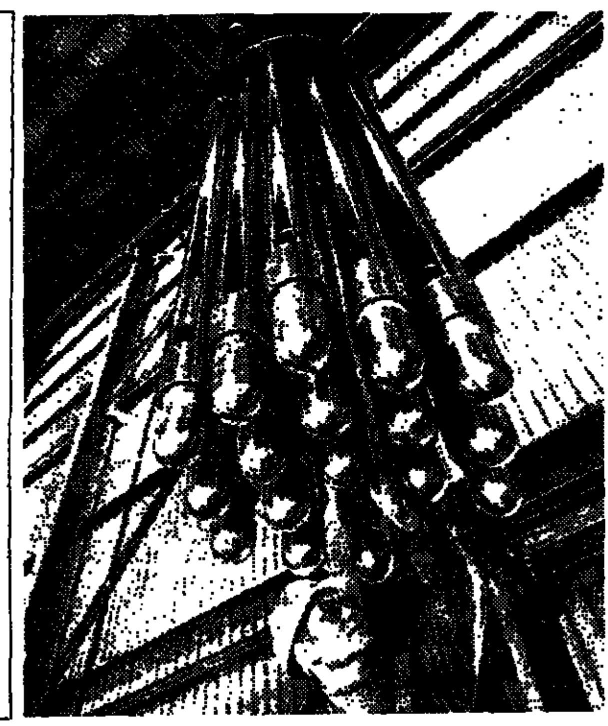
Washington (dpa) – Die Vereinigten *Staaten und die Sowjetunion* haben über einen Vorschlag zur Zusammenarbeit beider Staaten auf dem Gebiet der kontrollierten Kernfusion zur Energiegewinnung beraten. Der Vorschlag, über den Außenminister Schultz nach Informationen der „Washington Post" bei seinem jüngsten Besuch in Moskau mit den Sowjets gesprochen hat, sieht ein auf 35 Jahre angelegtes Forschungsprogramm vor, für das jede Seite 3,5 Milliarden Dollar zur Verfügung stelle.

Zuviel Zweiradunfälle

Kassel (prs) – Die Bundesrepublik hat die höchste Motorrad-Unfallquote in Europa. Dies hat jetzt die Bruderhilfe-Akademie für Verkehrssicherheit berichtet. Erfreulicherweise sei in diesem Jahr allerdings ein rückläufiger Trend zu beobachten. Die Zahl der zwischen Januar und Juli getöteten Motorradfahrer liege mit 479 um 18,5 Prozent unter der des Vorjahres. Die Akademie wies darauf hin, daß die Hälfte der Motorradunfälle von Autofahrern verschuldet werde.

Daten zur Arthrose

Wallerfangen (DW.) – Wie Helmut Huberti, Leiter des ersten deutschen Zentrums zur Erforschung der Arthrose in Wallerfangen/Saar, bekanntgab, verfügt das Institut jetzt, ein Jahr nach seiner Gründung, über modernste computerisierte Informationsspeicher zum Thema Arthroseerkrankungen. Zudem wurde die Belastungstestanlage für modernste biomechanische Gelenkuntersuchungen ergänzt.



Wärme von Adam und Eva

Seit zehn Jahren wird in der Kernforschungsanlage (KFA) Jülich an einem Fernenergiesystem gearbeitet. Die Versuchsphase ist jetzt abgeschlossen. Um die Jahrhundertwende *soll das System reif sein, um im großtechnischen* Maßstab gebaut und wirtschaftlich genutzt werden zu können. In 18 Spaltrohren, jeweils 13 Meter lang (Foto), verwandelt „Eva" – die Einzelrohrspalt-Versuchsanlage – bei 950° Celsius Methan und Wasserdampf unter Mitwirkung eines Katalysators in ein sogenanntes Synthesegas. Ein Katalysator ist eine Substanz, die durch ihre Anwesenheit chemische Reaktionen beschleunigt, ohne selbst dabei verändert zu werden. Das Synthesegas besteht aus *Wasserstoff und Kohlenoxid. Es kann fast ohne* Energieverlust in Rohrleitungen transportiert werden. Am Ende der Leitung steht dann die Anlage „Adam", in der das ankommende Gemisch wieder in Methan und Wasser zurückverwandelt wird. Dabei entsteht Wärme von 650° C. Sie kann in der Industrie als Prozeßwärme und – bei geringerer Temperatur – auch zum Heizen genutzt werden. Dieses System stellt also eine wirtschaftliche Möglichkeit dar, Wärmeenergie in leicht transprtierbare che*mische Energie* zu verwandeln. Ein Hochtemperaturreaktor soll dann später die erforderliche Wärme für Eva bereitstellen.

Kü.

Personalien

VERANSTALTUNG

Zu einem Bach- und Mozartkonzert des Stuttgarter Kammerorchesters unter der Stabführung von **Karl Münchinger** hatte **Franz-Jochen Schoeller**, achter Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Paris, deutsche und französische Spitzenmanager aus Industrie und Banken sowie Vertreter des französischen Hochadels mit ihren Damen ins Palais Beauharnais geladen. Unter den Gästen die beiden Päpste des französischen Automobilbaus **Georges Besse** (Renault) und **Jacques Calvet** (Peugeot), **Albert Michel** vom Versicherungskonzern AGF, **Roger Fauroux** von St. Gobain, **Alain Gomez** von Thomson CSF, **Jacques Mayoux** von der Societé Generale, **Henri Martre** Vorsitzender des Luft- und Raumfahrtkonzerns SNIAS sowie **Yvon Gattaz** und **Yvon Chotard**, Chef und Vize des Unternehmerverbandes CNPF.

Von deutscher Seite waren unter anderem erschienen: **Diether Spethmann** (Thyssen), **Carl Hahn** von Volkswagen, **Hanns Arnt Vogels** von MBB, **Hans Detzer** von BASF, **Hans-Jürgen Hinrichs** von Daimler-Benz, **Wilhelm Scheider** von Krupp, **Helmut Sihler** von Henkel und **Gerard Zeidler** von Standard Elektric Lorenz. Das musikalische Divertissement kam den Herren gut zustatten. Vorher hatten sie den Nachmittag mit einem intensiven Gedankenaustausch über eine engere und kostengünstigere Zusammenarbeit ihrer Top-Produktionsstätten in der Zukunftstechnologie verbracht. „Unsere früher so unterschiedlichen unternehmerischen Doktrinen gleichen sich unter dem Zwang des Machbaren immer mehr an", subsumierte Diether Spethmann die Gespräche.

GEBURTSTAG

Der Vertriebenenpolitiker und frühere Landesvorsitzende des Bundes der Vertriebenen in Baden-Württemberg, Staatssekretär a. D. Dr. **Karl Mocker**, feiert in Schwäbisch-Gmünd am Freitag seinen 80. Geburtstag. Aus Horatitz bei Saatz in Böhmen stammend, ließ er sich nach dem Studium der Rechtswissenschaften in Prag, 1935 in Komotau als Rechtsanwalt nieder. Nach seiner Vertreibung kam er nach Schwäbisch-Gmünd, wo er 1947 wieder eine Rechtsanwaltspraxis eröffnete. Seit 1949 steht Mocker an der Spitze der Organisation der Vertriebenen in Südwestdeutschland, aus der 1952 nach dem Zusammenschluß mit einigen Landsmannschaften der Landesverband Baden-Württemberg des Bundes der Vertriebenen hervorging, dessen Bonner Bundesvorstand er seit 1956 ebenfalls angehört. Karl Mocker ist Mitverfasser und Mitunterzeichner der am 5. August 1950 in Stuttgart-Bad Cannstatt verkündeten „Charta der deutschen Heimatvertriebenen". Von 1950 bis 1964 gehörte er sowohl dem Landtag des alten Landes Württemberg-Baden, der verfassunggebenden Landesversammlung und mit zeitweiliger Unterbrechung auch dem Landtag des neuen Landes Baden-Württemberg wie auch von 1953 bis 1957 dem Deutschen Bundestag an. Mokker, der aus dem Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) kam, und 1971 in die CDU eingetreten war, wurde 1972 als Staatssekretär für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte in die Stuttgarter Landesregierung berufen, ein Amt, das er bis 1976 innehatte.

UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Reinhold Grotz** wurde auf den Lehrstuhl für Geographie an die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn berufen und zum Direktor des Geographischen Instituts ernannt. Professor Grotz, 1938 in Stuttgart geboren, studierte von 1958 bis 1965 in Stuttgart und Berlin Geographie, Biologie und Chemie. Seine Habilitation erfolgte 1980.

BUCHVORSTELLUNG

Mehrere Admirale der Marine fanden sich gestern in der Bonner Landesvertretung von Schleswig-Holstein ein, wo **Gerhard Bollmann**, der Verleger des E. S. Mittler Verlages in Herford, ein Buch über die Zusammenhänge von See und Politik präsentierte. Unter dem Titel „Die deutsche Flotte im Spannungsfeld der Politik 1848–1985" vereint der Band die Vorträge und Diskussionen der 25. Historisch-Taktischen Tagung der Flotte, die Anfang des Jahres in der Marineschule Mürvik stattgefunden hatte. Vizeadmiral **Günter Fromm**, der frühere Flottenchef und inzwischen außer Dienst, schreibt in dem Buch über den Sinn der Tagung, sie sei ein „lebendiges Forum freier geistiger Auseinandersetzung, das dem Selbstverständnis des Seeoffiziers unter Beachtung der historischen Wurzeln" diene. Auch Vizeadmiral **Dieter Wellershoff**, der Inspekteur der Marine und künftige Generalinspekteur, identifiziert sich mit dieser Zielsetzung.

AUSZEICHNUNGEN

Forstrat Dr. **Hermann Spellmann** vom Institut für Forsteinrichtung und Ertragskunde der Georg-August- Universität Göttingen ist mit dem Thurn- und Taxis-Förderpreis 1985 für die Forstwirtschaft ausgezeichnet worden. Den mit 10 000 Mark dotierten Preis erhielt der erst 31jährige Spellmann für seine hervoragenden Arbeiten auf dem Gebiet der Forstwissenschaft als auch in der Forstwirtschaft.

*

Preisträger des Walter-Großmann-Preises 1985 ist der 28jährige Dipl.-Ing. **Volker Junge**. Ausgezeichnet wird er für seine wissenschaftlichen Arbeiten auf dem Gebiet der Satellitenbahn-Berechnungen und für die öffentlichkeitswirksame Darstellung seiner Untersuchungen mit dem Titel „Wie Satelliten um die Erde torkeln". Der Preis wird heute im Rahmen der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft zur Förderung der Fachrichtung Vermessungswesen in Hannover verliehen.

*

Der international bekannte Biochemiker und Gerontologe Professor **Zhores Alexandrowitsch Medwedjew**, Genetiker am Nationalinstitute of Medical Research in London, ist in Hamburg mit dem René-Schubert-Preis für Gerontologie ausgezeichnet worden. Der 59jährige Medwedjew erklärte in seiner Vorlesung zur Erinnerung an den Nürnberger Gerontologen René Schubert, daß kein einziger Bericht über sehr alte Menschen einer wissenschaftlichen Prüfung standhalte. Es gebe auch keine natürlichen oder chemischen Wirkstoffe, die das Altern des Menschen aufhalten oder verlangsamen könnten.

EHRUNGEN

Die Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fachbereiche der Universität Göttingen haben Dr. **Hans Autenrieth**, dem früheren Direktor der Kali-Forschungsanstalt in Hannover, die Gauß-Weber-Medaille verliehen. Dr. Autenrieth ist der Erfinder des ESTA-Verfahrens, das auf der elektrostatischen Trennung von Kali-Rohsalzen und anderen Mineralgemischen beruht und das seit einigen Jahren in drei großtechnischen Anlagen im Werra-Fulda-Gebiet angewandt wird. Das ESTA-Verfahren erlaubt einen extrem umweltfreundlichen Betrieb, weil es mit trockenen Salzen arbeitet – die Rückstände können auf Halde gelagert oder unter Tage gebracht werden –, im Gegensatz zu den naßchemischen Methoden, bei denen salzhaltige Laugen anfallen, deren Beseitigung sehr schwierig und beim Ableiten in natürliche Gewässer umweltschädlich ist.

*

Horst von Hartlieb (75), Vorsitzender der Spitzenorganisation der Filmwirtschaft und Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Verbandes der Filmverleiher, wird heute vom Senat der Stadt Berlin mit der Vergabe des Titels „Professor h. c." geehrt. Der Senat will damit die besonderen Verdienste von Horst von Hartlieb auf dem Gebiet der Kunst und seiner wissenschaftlichen Tätigkeit würdigen.

VERNISSAGE

Paul Ehrlich, dem Nobelpreisträger der Medizin von 1908, dem Wegbereiter der Chemotherapie in Deutschland, ist eine populärwissenschaftliche Ausstellung im Wissenschaftszentrum in Bonn (Bad Godesberg) gewidmet, die bis zum 5. Januar 1986 dem Publikum zugänglich ist. In einzigartigen Dokumenten und Bildern wird hier an einen Forscher erinnert, der vor 75 Jahren mit der Entdeckung des ersten überragenden Mittels gegen die Syphilis, mit dem Salvarsan, Medizingeschichte schrieb. Zusammengetragen wurden die Dokumente, unter anderem von der Gesellschaft der Freunde Paul Ehrlichs und von der Firma Hoechst in Frankfurt am Main. Außerdem beteiligte sich an der Ausstellung die Stiftung Preußischer Kulturbesitz. Das Leben Ehrlichs fasziniert auch medizinisch nicht vorgebildete Besucher. Alte Fotos erinnern an die schlesische Kindheit, an Assistenten-Jahre an der Berliner Charité, an Experimente, wo der Schüler von **Robert Koch** Methylenblau zum ersten Mal zur Malaria-Therapie einsetzte und schließlich an die Frankfurter Jahre, wo dank Mäzenen für Ehrlich das „Königliche Institut für experimentelle Therapie" eingerichtet wurde. Besonders bedrückend aber auch Dokumente, die von massiven publizistischen Kämpfen antisemitischer Kreise gegen Ehrlich zeugen, denn der Schöpfer des Salvarsan war Jude. Ehrlich starb 1915, mit 61 Jahren. Die Ausstellung haben **Martin L. Mrnek**, der Leiter des Wissenschaftszentrums, **Irmgard Karwatzki**, Parlamentarische Staatssekretärin im Gesundheitsministerium und Professor Dr. **Hansgeorg Gareis**, stellvertretendes Vorstandsmitglied von Hoechst, eröffnet. **Ernst Bäumler**, Direktor der Hoechst AG und Präsident der Gesellschaft der Freunde Paul Ehrlichs, führte in das Leben des Forschers ein.

Die Fernseh-Abstimmung: Ein klarer Sieg für den Fußball

Im Kampf um die populärste Fernseh-Sportart verringert sich der Abstand zwischen Fußball und Tennis immer mehr. Nur noch 34 Prozent (Haushaltszahl 14,04 Millionen) der Fernsehzuschauer verfolgten am Sonntag nachmittag das Länderspiel in München zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei. Immerhin 18 Prozent (6,75 Millionen) sahen in den dritten Programmen der ARD das Londoner Tennis-Finale zwischen Boris Becker und Ivan Lendl. Das ist für die zusammengeschlossenen dritten Programme eine bemerkenswert hohe Einschaltquote.

Kurz vor 17.00 Uhr, dem Spielbeginn Deutschland gegen die CSSR im Münchner Olympiastadion, lag die Sehbeteiligung beim Tennis-Duell Beckers mit dem Weltranglisten-Ersten Ivan Lendl aus der Tschechoslowakei bei 27 Prozent. Anschließend schalteten jedoch viele Sportfans auf den zweiten Kanal um, wo während der 90 Spielminuten im Durschschnitt eine Sehbeteiligung von 34 Prozent zu verzeichnen war, die während der ersten und zweiten Halbzeit phasenweise auch 40 Prozent erreichte.

Die dritten Programme lagen mit Becker–Lendl in dieser Zeit bei zwölf bis 15 Prozent. Während der Halbzeitpause in München, als Gerd Müller die nächste Runde im DFB-Pokal ausloste, war beim Machtkampf auf der Mattscheibe eine Pattsituation zu verzeichnen: 28 Prozent Fußball im ZDF, 25 Prozent Tennis in den Dritten.

Während nach dem Führungstreffer der CSSR zum 1:2 in München „kein Run auf Becker zu verzeichnen gewesen sei", so ein ZDF-Sprecher, erreichte die Einschaltquote beim Tennis nach dem Schlußpfiff in München wieder 25 bis 26 Prozent.

Fazit: Das Fernsehduell zwischen Franz Beckenbauers Fußball-Nationalmannschaft und dem Tennis-Idol Boris Becker auf den deutschen Bildschirmen sah ganz eindeutig *den Fußball vorn.*

Vor dem Aufstieg von Becker in die Welt-Elite war Tennis in der Fernseh-Konkurrenz mit Fußball ohne jede Chance. Länderspiele hatten in aller Regel Einschaltquoten von über 50 Prozent. So wurde das WM-Qualifikationsspiel der deutschen Mannschaft am 16. Oktober in Stuttgart anfangs noch von 51 Prozent (20,23 Millionen) beobachtet, diese Zahl reduzierte sich jedoch nach den enttäuschenden Leistungen der ersten Halbzeit auf 48 Prozent in der zweiten Hälfte.

Ganz subjektive Verhaltensweisen führten wohl dazu, diesmal mitunter die Kanäle zu wechseln. Arbeitsminister Norbert Blüm meinte: „Ich mag Boris Becker zwar gern, doch beim Fußball ist mehr Schmackes drin." Der Dreispringer Peter Bouschen, Sprecher der deutschen Leichtathleten, sah es so: „Neben dem Fußball kann ich noch ein bißchen studieren, beim Tennis muß man sich so konzentrieren." Auffallend war, daß sehr viele Frauen die Tennis-Übertragung bevorzugten. Heide Rosendahl, die Olympiasiegerin von 1972, war ganz überrascht: „Wird das Länderspiel etwa auch live übertragen?"

Den ersten *Zuschauer-Rekord* im Tennis gab es in diesem Jahr übrigens am 7. Juli mit dem Wimbledon-Finale in London zwischen Becker und Kevin Curren (USA). Beckers *Triumph erlebten damals* 31 Prozent mit. Diese Zahl wurde am 4. Oktober mit 44 Prozent (16,20 Millionen) aber sogar noch übertroffen, als Michael Westphal im Daviscup-Halbfinale gegen die CSSR in Frankfurt gegen Tomas Smid in einem aufregenden Fünf-Satz-Drama den zweiten Punkt für die deutsche Mannschaft holte.

(sid/DPA)

Selbstvorwürfe? Da wurde Franz wild

ULRICH DOST, **München**

Sicherlich, den guten Jupp Derwall hätten sie nach sechs Spielen ohne Sieg von allen Seiten in Stücke zerrissen. Meistens war es auch tatsächlich so, daß Derwall durch falsche Planungen dem *Mißerfolg* Vorschub geleistet hat. Franz Beckenbauer, sein Nachfolger, dagegen arbeitet gewissenhaft. Seine Fachkompetenz steht außer Frage. Und dennoch: Unter Beckenbauer will sich der Erfolg bei der deutschen Fußball-Nationalmannschaft nicht mehr einstellen. Das 2:2 im letzten WM-Qualifikationsspiel im Münchner Olympiastadion gegen die CSSR reiht sich nahtlos in *die Pleiten von Mexiko, in Moskau* oder in Stuttgart gegen Portugal ein. Geht es noch tiefer mit dem deutschen Fußball?

Wenn einer den freien Fall aufhalten kann, dann ist es nur Franz Beckenbauer. Ein anderer ist nicht in Sicht. Wie so oft in der letzten Zeit war der Teamchef um Fassung bemüht. Er hätte am liebsten überall lauthals losgepoltert, so wie er es direkt nach Spielschluß in der Kabine tat. Wieder einmal hatten ihn seine Profis im Stich gelassen. Warum tun sie das eigentlich dauernd? Sie müßten sich doch in jedem Spiel an der Ehre gepackt fühlen, egal ob Ersatz- oder Stammspieler. Wenn sie davon nicht viel besitzen, wäre es doch eine Form von Dankbarkeit, die sie Beckenbauer gegenüber zeigen müßten, weil der sie doch nach der Europameisterschaft *1984* überhaupt wieder auf zwei Beine gestellt hat.

Nur einmal konnte Beckenbauer seinen Zorn nach diesem rabenschwarzen Tag in München nicht zu*rückhalten. Das war, als er gefragt* wurde, ob er sich nicht auch langsam Vorwürfe machen müßte. Da gab er seine Zurückhaltung auf: „Wie soll man denn sich selbst Vorwürfe machen, wenn die Spieler Kinderfehler begehen, mit denen man nicht rechnen kann?" Darüber, wen er damit meint, ließ er auch keinen Zweifel: „Karl-Heinz Rummenigge war doch lange verschwunden. Erst am Ende kämpfte er wieder engagiert. Andreas Brehme lief doch dauernd in die Ab*seitsfalle.*" *Solche amateurhaften* Fehler machen ihn rasend, weil sie eben leicht auszumerzen sind, weil darüber zudem auch ausgiebig gesprochen wurde. „Mir ist das alles ein Rätsel," ein Satz, den Beckenbauer in München zu seiner Kernaussage erhoben hatte.

Und alle rätseln mit ihm mit. Zum Beispiel über Karl Allgöwer, über Rummenigge, über Littbarski oder über Karl-Heinz Förster. In ihren Vereinen bringen sie von Woche zu Woche ansprechende Leistungen. Bei Beckenbauer fallen sie dann in ein tiefes schwarzes Loch. Olaf Thon und *Ludwig* Kögl, *mit 19 Jahren* die beiden Jüngsten im deutschen Team, müssen von der harten Kritik ausgenommen werden. Sie befinden sich noch in der Entwicklung und werden ihren Weg schon machen. Doch Beckenbauer muß es immer mehr zu denken geben, daß in seiner Mannschaft immer gleich mehrere Ausfälle zu verkraften sind. Das ist eigentlich unnormal für eine Fußballmannschaft. Einen schwachen *Mann* kann man immer mit durchziehen. Aber bei fünf oder sechs Versagern bricht das ganze Gefüge zusammen, so wie am Sonntag in München, wie davor in Stuttgart gegen Portugal.

Die Zeit drängt immer mehr. Beckenbauer hat einen Kader, aber keine Mannschaft für Mexiko. Die Phase der Experimente soll nun vorbei sein. *Littbarski, der dies schon vorher* geäußert hatte, wurde von Beckenbauer dafür hart gerüffelt. Briegel ebenso. Klar muß sein, daß Mathias Herget der bessere Libero ist als Klaus Augenthaler – da mag man so lange drumherum reden, wie man will. Im Sturm dürfen nur Rummenigge (wenn er in Form ist) und Rudi Völler spielen. Im Mittelfeld sollten Thon, Littbarski, Rahn und Matthäus die besten Karten besitzen. „Eingespielt sein ist eine Macht," hat der Fußball-Professor Dettmar Cramer immer gesagt. *Das gilt gerade auch für die Na*tionalmannschaft.



Ernste Gesichter: Franz Beckenbauer und Horst Köppel. FOTO: LEIN/AP

Und dennoch müssen Beckenbauer und sein Trainer Horst Köppel mit Unzulänglichkeiten leben. Alternativen besitzen sie nicht. Franz Beckenbauer sagt: „Ich sehe das alles für die Weltmeisterschaft im nächsten Jahr in Mexiko nicht so pessimistisch. Es schaut schon ganz gut aus, wenn Rudi Völler wieder dabei, wenn Lothar Matthäus und Thomas Berthold wieder fit sind." Was ihnen bleibt, scheint wirklich nur die Hoffnung zu sein.

*

Die Setzliste für die Fußball-WM 1986 steht so gut wie fest: Weltmeister Italien, Vizeweltmeister Deutschland, Europameister Frankreich, Polen, Brasilien sowie Mexiko. Diese Vorstellung entwickelte DFB-Präsident Neuberger. Grundlage ist ein Punktesystem, mit dem getrennt für Europa und Südamerika eine Rangfolge ermittelt wird, auf der Basis des Abschneidens bei vorangegangenen Welt- und kontinentalen Meisterschaften. Die deutsche Mannschaft *könnte im schlechtesten Fall auf Ar*gentinien, Dänemark und Paraguay treffen. Auf jeden Fall wird sie es mit Argentinien/Uruguay oder einem der vier starken Europäer (England, UdSSR, Spanien oder Ungarn), einem kaum schwächeren Team aus Europa (Holland/Belgien, Portugal, Nordirland, Schottland, Bulgarien) und einem Außenseiter (Marokko, Algerien, Südkorea, Kanada, Irak/-Syrien) zu tun bekommen.

„Boris wird täglich besser"

CLAUS GEISSMAR, **London**

„Ich habe ihm keine Vorwürfe gemacht. Was soll man sagen, wenn ein Spiel so knapp im fünften Satz verlorengeht?" Das war die nachträgliche Analyse, mit der Trainer Günter Bosch auf die *Niederlage* von *Boris* Becker im Londoner Grand-Prix-Finale von Wembley reagiert hat. Dennoch weiß auch Bosch, daß es sichtbare sportliche Gründe dafür gibt, warum Becker von Lendl noch „Nuancen" (Bosch) entfernt ist. Becker konnte nach dem Endspiel zu Recht behaupten: „Es war das größte Match, das Lendl und ich uns bisher geliefert haben." Und ebenso *stimmte* seine *Behauptung:* „*Ich* habe besser gespielt als in Wimbledon." Von Lendls Seite hörte sich das so an: „Boris wird fast täglich besser. Heute schlug ich ihn nur mit Mühe und Not, und ich bin zu alt, um jetzt noch besser zu werden."

Woran hat es dann gelegen, daß dieses Finale verlorenging, wenn Boris Becker sogar besser spielte als in Wimbledon? Trainer Günter Bosch *besitzt einen großen analytischen* Sachverstand. Er kann nach einem Endspiel, das drei Stunden und 48 Minuten gedauert hat, ganze Spielzüge seines Schützlings gedanklich wiederholen und neu aufrollen. Daß Becker in der Anfangsphase einige Vorhandflugbälle ins Netz schlug, sieht Bosch so: „Seine Griffhaltung ist für Flugbälle nicht ideal. Und sein Handgelenk ist zu weich. Aber wir werden sein Handgelenk nicht verstärken, denn das würde sein hervorragendes Grundlinienspiel negativ beeinträchtigen."

Die wenigen Flugballfehler hatte Günter Bosch zwar gesehen. Aber auch er wußte, daß das Match zu einem anderen Zeitpunkt und aus anderen Gründen verlorenging. Günter Bosch nickte mit dem Kopf, als Becker nach dem Finale Journalisten aus aller Welt vorrechnete: „Meine größte Chance habe ich verpaßt, als ich im vierten Satz 4:3 führte und Lendl bei eigenem Aufschlag 0:30 zurücklag."

Was Ivan Lendl und Boris Becker zur Zeit noch unterscheidet, bewiesen die nächsten Minuten danach. *Lendl gewann 20 der nächsten 23* Punkte und lag damit im fünften Satz 2:0 in Führung. Ein Vorsprung, den Becker nicht mehr aufholen konnte. Die Verblüffung von Becker über diese Spielphase dauerte lange an: „Ich habe noch nie einen Spieler so aufdrehen sehen", sagte er noch eine halbe Stunde nach dem Endspiel.

Ivan Lendl zeigte dem Wimbledonsieger in dieser Spielphase, was er *selbst an seiner* Technik geändert hat. Er verläßt sich nicht mehr allein auf sein Spiel von der Grundlinie aus, er variiert sein Tempo, kommt plötzlich zum Netz und schlägt selbst aus der Defensive Passierbälle, die für den Gegner unerreichbar sind. Diese Variationsbreite hat Lendl vor allem durch seine größere Schnelligkeit möglich gemacht. Auch wenn ihn Boris Becker mit harten Schlägen von einer Ecke in die andere treibt, erreicht Lendl die Bälle nicht nur, sondern macht aus dieser Defensive plötzlich Punkte.

Für Boris Becker war das Finale ein Lernprozeß, der bei einem Spieler in seinem Alter noch gar nicht abgeschlossen sein kann. Günter Bosch: „Wir müssen geduldig sein. Wenn Lendl im Alter von 25 Jahren seine Spieltechnik noch erfolgreich ändern kann, *dann müssen wir Boris* einräumen, daß er mit nun fast 18 noch Zeit genug hat, sich ebenfalls weiter zu steigern."

Wie auch immer – die Londoner „Times" jubelte jedenfalls: „Becker ist nicht so sehr Tennisspieler als vielmehr eine Elementargewalt, und Taifune können sich erschöpfen. Obwohl an Jahren noch ein Jugendlicher, ist er bereits ein Mann, wenn es um die Erstürmung der Gipfel sportlicher Leistung geht. Nach diesen Indizien wird selbst Lendl Becker nicht lange Paroli bieten können – vorausgesetzt, der Deutsche verbessert sich weiter, was aller Logik nach geschehen muß."

Weder Lendl noch Becker oder Bosch denken oder sprechen bei einer nachträglichen Endspiel-Analyse über Geld. Ivan Lendl hat mit dem Sieg in London für das Jahr 1985 die *Preisgeldgrenze von einer Million* Dollar durchstoßen. Der Sieger von London kassierte 60 000 Dollar, Boris Becker als Zweiter mußte mit 30 000 Dollar zufrieden sein. Obwohl es Lendl längst nicht mehr nötig hat, dem Geld nachzujagen, hatte er nach dem Endspielsieg in London gerade noch 22 Minuten Zeit, eine überschallschnelle Concorde auf dem Flughafen Heathrow zu erreichen. *Am Montag abend stand er nämlich* bereits zu einem Schaukampf in Los Angeles gegen Vitas Gerulaitis auf dem Platz. Dann ging es nach Australien weiter. Dort kann es erneut zum Spiel gegen Becker kommen.

Becker, gestern für einen Tag in Deutschland, fliegt heute nach London zurück und steigt direkt in ein Flugzeug nach Melbourne um. „Bei den australischen Meisterschaften stehe ich wieder auf meinem Lieblingsboden – Rasen", sagte Becker. Bosch macht sich nach wie vor Sorgen, daß die Turnierverpflichtungen von Becker vor dem Davis-Pokal-Finale in *München* zu *kraftraubend* werden können. Nach der Rückkehr aus Melbourne stehen Boris Becker eine „Bambi"-Verleihung und mehrere andere Ehrungen bevor. Übrigens: Auch die schwedischen Davis-Pokalspieler sind schon in Australien und werden jedes Match ihres deutschen Rivalen verfolgen. Denn das Münchner Finale ist für Becker nach seinen eigenen Worten „der letzte ganz große Tennis-Höhepunkt dieses Jahres".

FUßBALL / Heute und morgen Bundesliga

„Chaotischer Spielplan"

DW. **Bonn**

Das dramatische Halbzeitfinale der 23. Saison der Fußball-Bundesliga wird gewissermaßen im Schweinsgalopp absolviert – sehr zum Ärger von Trainern und Spielern. Knüppeldick trifft es vor allem Spitzenreiter Werder Bremen, Borussia Mönchengladbach und Bayern München. Der zweigeteilte 15. Spieltag heute und am Mittwoch sieht den Westen im Brennpunkt, denn Bremen muß bei Borussia Mönchengladbach antreten und die *Münchner* beim *Verfolger* Leverkusen. „Der Spielplan ist einfach chaotisch", schimpfen Ribbeck (Leverkusen) und Heynckes (Mönchengladbach).

In der Tat konnte der November nicht härter bestückt werden. Die Bremer müssen nach dem Gastspiel in Gladbach nach München und haben dann die unberechenbaren Stuttgarter zu Hause. Die Gladbacher müssen nach dem Duell mit Werder nach Uerdingen und erwarten anschließend die Bayern.

Heute spielen, 20.00 Uhr:

Düsseldorf – Köln	(1:2)
Nürnberg – Uerdingen	(–:–)
Frankfurt – Hannover	(–:–)
Bochum – Saarbrücken	(–:–)
Mannheim – Hamburg	(3:1)

Mittwoch, 20. 11., 15.30 Uhr:

Leverkusen – München	(3:0)
Dortmund – Stuttgart	(4:1)
K'lautern – Schalke	(2:2)
M'gladbach – Bremen	(1:1)

In Klammern die Ergebnisse der letzten Saison.

ZAHLEN

FUSSBALL

WM-Qualifikation, Südamerika: Chile – Paraguay 2:2 (1:2) – Hinspiel 0:3, damit Paraguay für Mexiko qualifiziert.

EISHOCKEY

Bundesliga, 18. Spieltag: Schwenningen – Düsseldorf 7:1, Köln – Bayreuth 6:0, Mannheim – Iserlohn 2:2, Rosenheim – Kaufbeuren 12:2, Rießersee – Landshut 2:5. – Tabellenspitze: 1. Köln 28:8, 2. Rosenheim 24:12, 3. Düsseldorf 22:14.

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in London, Doppel, Finale: Forget/Jarryd (Frankreich/Schweden) – Becker/Zivojinovic (Deutschland/Jugoslawien) 7:5, 4:6, 6:4.

GEWINNZAHLEN

Auswahlwette „6 aus 45": 1, 9, 21, 26, 28, 31, Zusatzspiel: 7. – **Toto, Elferwette:** 0, 2, 1, 1, 2, 2, 0, 2, 0, 1, 2. (Ohne Gewähr).

SPORT-NACHRICHTEN

40 000 Karten verkauft

Düsseldorf (dpa) – Zehn Tage vor dem UEFA-Cup-Spiel Borussia Mönchengladbach gegen Real Madrid am 27. November (20.15 Uhr) in Düsseldorf sind bereits 40 000 der insgesamt zur Verfügung stehenden 68 000 Eintrittskarten verkauft.

Stielike überzeugte

Zürich (dpa) – Der frühere deutsche Fußball-Nationalspieler Uli Stielike hatte wesentlichen Anteil am 7:2-Erfolg der Schweizer Erstliga-Mannschaft Neuchâtel beim FC Luzern. Auch der ehemalige Kölner Gerd Strack zeigte beim 2:2 des FC Basel gegen Grashoppers Zürich eine gute Leistung.

Starker Schuster

Barcelona (sid) – Beim 2:0-Sieg des FC Barcelona bei Celta Vigo in der spanischen Fußball-Liga zeigte sich Bernd Schuster wieder in guter Form und bereitete das zweite Tor vor. Barcelona konnte sich in der Tabelle auf den fünften Rang verbessern.

McEnroe schlägt Borg

Richmond (UPI) – Der Weltranglisten-Zweite John McEnroe gewann eine Tennis-Schaukampfserie gegen den Schweden Björn Borg mit 4:2 Siegen. Zum Abschluß gewann der Amerikaner in Richmond (US-Bundesstaat Virginia) mit 4:6, 6:1, 6:4. Über die Honorierung bewahrten die Veranstalter Stillschweigen.

STAND ● PUNKT / *Wallmann*

Der Hinweis auf Verfahrensrichtlinien scheint ihm am sinnvollsten zu sein – da versickert so manches in den Mühlen der Verbandsbürokratie und ist auf amtlichem Weg vom Tisch. So manchen in der Schaltstelle des Deutschen Sportbundes (DSB) hat eine derartige Verbandsführung des nunmehr 74jährigen Turner-Präsidenten Willi Greite zwar erbost, doch mehr eben nicht. Die Sport-Fachverbände, und damit auch ihre Funktionäre, sind schließlich in ihren Entscheidungen gegenüber dem Dachverband nicht weisungsge*bunden.*

Am Buß- und Bettag wird nun der Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann vor dem Verbandsrat des 3,5 Millionen Mitglieder zählenden Deutschen Turnerbundes (DTB) seine Bereitschaft erklären, 1986 Nachfolger Greites zu werden. Würde das Amt auf Wallmann übergehen, wäre so etwas guter Frankfurter Brauch: Mit Walter Kolb (1950 bis 1956) und Werner Bockelmann (1957 bis 1964) standen schon zwei Frankfurter Oberbürgermeister den Turnern vor.

Ein Mann vom Schlage Walter Wallmanns an der Spitze eines der wichtigsten deutschen Sportverbände – das täte freilich in der Tat gut. Vieles, was sich in diesem Verband in den letzten Jahren in geradezu skandalöser Weise ereignet hat – vom Rücktritt der Turnerin Yvonne Haug bis zur Demission des Herren-Cheftrainers Philipp Fürst –, ist die Folge einer Verbandsführung, die es im Grunde gar nicht mehr gibt. K. Bl.

Gipfel in Genf: Abtasten und abstimmen

● Fortsetzung von Seite 1

lich hält, daß diese erste amerikanisch-sowjetische Begegnung seit sechs Jahren zu einem „Wendepunkt-Gipfel" werden kann. Er meint damit, daß die bisherige Berg- und Talfahrt in den Beziehungen beider Länder beendet und durch ein stabileres und ausgeglicheneres Verhältnis ersetzt werden kann. Voraussetzung dazu sei, sagte Speakes, daß die Sowjets mit dem gleichen Wunsch und der gleichen Entschlossenheit zum Neubeginn in dieses Treffen gehen würden wie die Amerikaner.

„Der Präsident geht ohne Illusionen über die tiefen Differenzen zwischen beiden Nationen in diesen Gipfel", sagte Speakes und fügte nach den zahlreichen dämpfenden Erwartungsprognosen der Reagan-Administration in den letzten Tagen die erste zuversichtliche Note hinzu: „Wir sehen am Vorabend des Gipfels verschiedene Gründe zum Optimismus".

Die Ergebnisse dieses Treffens sollten nicht an den Schlagzeilen von morgen gemessen werden sondern an der Entwicklung besserer Beziehungen zwischen beiden Ländern in künftigen Jahren. „Wir streben berechenbarere Wege der Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern an", sagte Speakes.

Die amerikanische Delegation ist darauf eingestellt, daß die Abrüstungsdebatte am Dienstagnachmittag zum schwierigsten und möglicherweise stürmischsten Teil des gesamten Gipfels wird. Gorbatschow wird darin ein Verbot der amerikanischen Arbeiten am SDI-Programm fordern und – wie alle amerikanischen Gipfelteilnehmer übereinstimmend versichern – damit bei Ronald Reagan auf Granit stoßen.

Reagan ist bereit, mit Gorbatschow ausgiebig über die Möglichkeiten eines Transfers von einer offensiven zu einer defensiven Strategie zu diskutieren, er wird jedoch keine Konzessionen machen. Speakes wies auch Spekulationen zurück, daß die USA auf einem späteren Gipfeltreffen die SDI zu einem Handelsobjekt machen könnten. „Die Haltung des Präsidenten in dieser Frage ist fest. Er ist weder heute noch später zu einem Handel in dieser Frage bereit", sagte Speakes.

Welle der Gewalt nach Demonstration in Athen

Griechen geben Regierung Papandreou die Verantwortung

E. ANTONAROS, Athen

Schwere Verwüstungen, blutige Unruhen mit einem Todesopfer und Sachschäden in Millionenhöhe sind die Bilanz von nächtlichen Zusammenstößen zwischen Polizei und Linksextremisten in Athen. Erschossen wurde ein 15jähriger Demonstrant, der mit einer Gruppe von anderen Linksextremisten einen Polizeibus überfiel und mit Molotow-Cocktails bewarf. Der Jugendliche wurde durch einen Kopfschuß getötet, der aus einem Polizeibus abgefeuert wurde, als das mit etwa zehn Polizisten besetzte Fahrzeug Feuer gefangen hatte.

Vorangegangen waren schwere Auseinandersetzungen zwischen einer Gruppe von etwa 300 jugendlichen Linksextremisten und der Polizei, die während einer Großdemonstration am Sonntagnachmittag in der Athener Innenstadt begonnen hatten. Mit einem Protestmarsch gedenken vor allem die Linken jedes Jahr der Erhebung der Studenten des Athener Polytechnikums am 17. November 1973 gegen das damalige Militärregime. Bei der gewaltsamen Zerschlagung der Revolte waren damals mindestens 20 Menschen ums Leben gekommen. Die Demonstration, an der Hunderttausende von Griechen teilnehmen, endet seit der Machtübernahme durch die Sozialisten immer vor der amerikanischen Botschaft, weil Griechenlands Linksparteien die Amerikaner beschuldigen, die Militärdiktatur damals etabliert und unterstützt zu haben.

Starkes Polizeiaufgebot

Mehrere Stunden vor Beginn des Marsches hatte das Innenministerium Tausende von Polizisten aufgeboten, um den Ausbruch von Gewalttätigkeiten zu verhindern. Dennoch gab es immer wieder gewalttätige Aktionen der militanten, teilweise vermummten Linksextremisten, die sich unter die Menge der friedlichen Demonstranten gemischt hatten. Ihr erstes Ziel war das Büro der südafrikanischen Fluggesellschaft: mit Brandbomben, Schlagstöcken, Steinen und Eisenstangen wurde das Büro verwüstet. Kaum waren sie von der Polizei vertrieben worden, schlugen sie ein zweiten Mal zu: Diesmal richtete sich ihre Aktion gegen ein Restaurant des Athener Hilton-Hotels.

Sie schlugen die gesamte Fensterfront ein, warfen Molotow-Cocktails und Steine. Zu den Gästen gerichtet, schrien sie: „Bringt sie alle um." Zwei Polizei-Kompanien, die einen Kordon um das Hotel bildeten, konnten die eingeschüchterten Hotelgäste schließlich retten. Nach dem Ende des Protestmarsches, an dem mindestens 250 000 Menschen teilgenommen hatten, versammelten sich die Linksextremisten erneut im Athener Stadtteil Exarchia, der seit einigen Jahren nicht zuletzt wegen der liberalen Haltung der Polizei zu ihrer Hochburg geworden ist.

Durchgreifen gefordert

Zahlreiche Bürgerinitiativen haben es bisher nicht fertiggebracht, die Regierung zu einem härteren Durchgreifen gegen die Linksextremisten zu veranlassen. Daher kommt es besonders dort immer wieder zu Zusammenstößen.

Am späten Sonntagabend überfielen kleine Gruppen von gewalttätigen Demonstranten, die mit Messern, selbstgebastelteten Bomben und Eisenstangen bewaffnet waren, zahlreiche Kaffeehäuser, schlugen Hunderte von Fensterscheiben ein und provozierten die Polizei. In diesem Stadtteil, unweit des Polytechnikums, wurde kurz nach Mitternacht der Schüler Michael Kaltezas erschossen. Ein Augenzeuge: „Die Polizisten haben aus Notwehr gehandelt."

Sobald sich die Nachricht von dem Tod des Jungen herumgesprochen hatte, kam es zu neuen Gewalttaten: eine Gruppe von 70 schwerbewaffneten Demonstranten erstürmte die chemische Fakultät der Universität Athen. Erst nach mehreren vergeblichen Versuchen konnten Anti-Terror-Einheiten der griechischen Polizei die Randalierer verdrängen.

Viele Griechen machen, zumindest indirekt, die Regierung Papandreou für die Ausschreitungen der beiden vergangenen Tage verantwortlich. Gegen sie wird vor allem der Vorwurf erhoben, sie ignoriere den Ruf nach einer Säuberung des Stadtzentrums von den gewalttätigen Gruppen, weil sie angeblich nicht bereit sei, die Verantwortung für die Anwendung von Polizeigewalt gegen „progressive Kräfte" zu übernehmen. (SAD)

Brandt lehnte Einladung Walesas ab

dpa, Warschau

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hat eine Einladung von Arbeiterführer Lech Walesa abgelehnt, anläßlich seines Polenbesuchs im Dezember gemeinsam Blumen an den Denkmälern auf der Westerplatte und für die Opfer der Arbeiterunruhen von 1970 niederzulegen. Wie gestern aus Kreisen der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" in Warschau verlautete, hatte Walesa, der wie der SPD-Vorsitzende Friedensnobelpreisträger ist, bereits am 1. September an Brandt geschrieben.

Dabei hatte Walesa die Hoffnung ausgesprochen, daß der Besuch Brandts dem besseren Verständnis zwischen beiden Nationen dienen möge. Danzig sei das Symbol der Katastrophe des Kriegsausbruchs vor 46 Jahren (mit der Beschießung der Westerplatte begann der Zweite Weltkrieg) und der „großen Hoffnung" vor fünf Jahren (Gründung der Solidarität).

Wie in Warschau verlautete, hat Brandt in einem Antwortschreiben darauf verwiesen, daß das Programm seines Polen-Besuchs einen Aufenthalt in Danzig nicht vorsieht. Vertreter der SPD haben bei Besuchen in Polen stets persönliche Kontakte mit Vertretern der Opposition oder der verbotenen Gewerkschaft Solidarität gemieden.

Keine Änderung beim Schießbefehl

rmc. Bonn

Die Bundesregierung hat keine Anhaltspunkte dafür, daß der sogenannte Schießbefehl an der innerdeutschen Grenze nach der Veränderung der Grenzanlagen durch die „DDR"-Organe aufgehoben worden sei. Damit erwiesen sich entsprechende Vermutungen des CDU-Bundestagsabgeordneten Gerhard Reddemann, dem Vorsitzenden des innerdeutschen Ausschusses des Bundestages, offensichtlich als nicht fundiert.

Im Deutschlandfunk sagte der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, die Bundesregierung habe keine Hinweise und sie nehme nicht an, daß der „Schießbefehl aufgehoben oder ausgesetzt" worden sei. Das wäre, so Windelen weiter, ganz ungewöhnlich.

Burt warnt den Westen vor „Kirchturmdenken"

Gegen die Versuchung, „teilbare Entspannung" zu akzeptieren

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Vor amerikanischem und europäischem „Kirchturmdenken" hat der US-Botschafter in der Bundesrepublik, Richard Burt, in einem Vortrag in München vor der Hanns-Seidel-Stiftung gewarnt. Diese Art von „Engstirnigkeit" sieht der Diplomat in seinem eigenen Land in der Gestalt von „Isolationismus und Unilateralismus". In Europa führe Kirchturmdenken zu „regionalistischer, künstlich begrenzter Weltsicht, die die Bedeutung von Ereignissen anderswo in der Welt" ignoriere.

Als Symptom dafür betrachtet Burt die Versuchung, eine „teilbare Entspannung" zu akzeptieren, in der Europa die sowjetischen Herausforderungen in anderen Erdteilen in der Hoffnung übersehe, dadurch die Zusammenarbeit zwischen Ost und West in Europa zu fördern. Ein weiteres Symptom für Kirchturmdenken in Europa sei der Wunsch, eine Arbeitsteilung zwischen den USA und ihren Verbündeten anzustreben, in der die Amerikaner für Stärke und Realismus verantwortlich zeichneten, Europa aber den Dialog führe. „Manche hier in Europa finden es moralisch, bequem und wirtschaftlich attraktiv, daß die Vereinigten Staaten die Risiken und Kosten der Verteidigung westlicher Interessen tragen – im Persischen Golf zum Beispiel –, während Europa wirtschaftliche Brücken zum Osten schlägt", sagte der Botschafter. Indirekt mahnte er die europäischen Verbündeten der USA und insbesondere die Deutschen, sich in der Weltpolitik stärker zu engagieren, denn die Bundesrepublik sei „zu stark geworden, und es geht um zu vieles, als daß man alle die unangenehmen Aufgaben den USA überlassen könnte".

Formen von „Kirchturmdenken" hat Burt auch in seinem Lande entdeckt. Er sagte: „Amerikanisches Gerede über Truppenabzug untergräbt das europäische Vertrauen und bringt die Europäer dazu, Unterstützung andernorts zu suchen oder sich dem Pazifismus zuzuwenden."

Deutliche Worte

Noch deutlicher wurde er mit dem Satz: „Die sowjetischen Streitkräfte sind nicht in Osteuropa stationiert, um es zu verteidigen, sondern um es zu besetzen. Amerikanische Streitkräfte sind nicht in Westeuropa stationiert, um es zu besetzen, sondern um zu seiner Verteidigung beizutragen." Sollte Europa die amerikanische Hilfe nicht länger wollen, fuhr Burt fort, „werden wir nach Hause gehen. Wenn die Sowjetunion eine ähnliche Haltung einnimmt, dann wird die Teilung Europas überwunden werden."

Ausführlich setzte sich der Diplomat auch mit der Zukunft der NATO-Strategie der Abschreckung im Zusammenhang mit der amerikanischen SDI-Forschung auseinander. Er stellte fest, die Sowjetunion höhle die Abschreckung aus. Sie habe in den vergangenen zehn Jahren das nukleare Gleichgewicht in einer Weise verändert, die für sie den Anreiz zur Führung eines atomaren Präventivschlages in extremen Krisensituationen ständig erhöht habe. Sie habe eine große Zahl treffsicherer, mit vielen Mehrfachgefechtsköpfen ausgestattete Interkontinentalraketen entwickelt und dadurch die Fähigkeit erworben, einen großen Teil der strategischen US-Streitkräfte zu vernichten, während dabei nur ein kleiner Teil ihrer eigenen sowjetischen eingesetzt würde. Mit der bevorstehenden Dislozierung mobiler Interkontinentalraketen mit Mehrfachgefechtsköpfen mache die Sowjetunion gleichzeitig einen wesentlichen Teil ihrer eigenen landgestützten Offensivmacht unverwundbar gegenüber einem amerikanischen Vergeltungsschlag. Dies höhle die Abschreckung aus, die USA müßten sie wieder herstellen, sagte Burt.

Es geht um Stabilität

Als wichtiges Mittel dazu stellte der Botschafter das SDI-Forschungsprogramm dar. Im Kern präsentierte er seine Gedanken mit folgendem Satz: „Wenn sich die SDI-Technologien als anwendbar erweisen, dann werden sie eine Möglichkeit bieten, die Stabilität wiederherzustellen, die Abschreckung zu stärken und so zu einem neuen Sicherheitsverhältnis zwischen Ost und West zu kommen, das von der Androhung der gegenseitigen Vernichtung weniger abhängig ist."

Burt unterstrich in diesem Zusammenhang nochmals, daß die SDI-Forschung sich auch auf Technologien erstrecke, die zur Verteidigung des gesamten NATO-Bündnisses beitragen könnten, nicht nur zu der der USA. Die sich bei der Verteidigung Europas gegen ballistische Raketen stellenden Probleme seien allenfalls „in gewisser Weise anders, wenn auch nicht in notwendiger Weise schwieriger".

In fünf Punkten faßte der Botschafter zusammen, was nach seinen Worten zur Bekräftigung der gültigen NATO-Strategie beiträgt:

- Es gibt zu ihr keine realistische Alternative.
- Auch weiterhin beruht die Abschreckung auf der Androhung nuklearer Vergeltung, und die Drohung mit ihr werde noch glaubwürdiger durch verstärkte konventionelle Streitkräfte.
- Die Verteidigung der NATO ruht auf der strategischen Einheit des Bündnisses; „atomfreie Streifen" seien mit diesem Prinzip nicht vereinbar.
- Die USA halten durch die Stationierung großer Streitkräfte ihre sichtbare Verpflichtung für die Sicherheit Europas aufrecht.
- Die enge Zusammenarbeit zwischen Europa und Amerika hat die NATO letztlich geschützt und ist von ihr abhängig.

In der FDP Vorbehalte gegen SDI-Vereinbarung

Döring droht der Parteispitze / Grünbeck spricht von „Verrat"

GÜNTHER BADING, Bonn

In der FDP sind deutliche Differenzen über die Form einer eventuellen deutschen Beteiligung am amerikanischen Forschungsprogramm SDI zutage getreten. Mehrere FDP-Landesvorsitzende wandten sich in einer Befragung der „Bild"-Zeitung entschieden gegen jedes „Regierungsabkommen" über SDI, wie es CDU und CSU anstreben. Dagegen hatte der Parteivorsitzende, Wirtschaftsminister Martin Bangemann, in einem Rundfunkinterview am Wochenende gesagt, die Form einer Regelung der im Zusammenhang mit der SDI-Kooperation anstehenden Fragen „kann nicht die entscheidende Frage sein".

Der baden-württembergische FDP-Landesvorsitzende Walter Döring äußerte die „sichere Erwartung", daß die FDP-Minister im Kabinett einem Regierungsabkommen nicht zustimmen würden. Döring drohte der Parteispitze unmißverständlich damit, den „kleinen Parteitag" anzurufen, falls „die Bonner FDP-Führung wider Erwarten anders entscheiden sollte". Der Berliner FDP-Landesvorsitzende Walter Rasch sagte, sein Landesverband lehne ein Regierungsabkommen „ausdrücklich ab". Der FDP-Fraktionschef in Niedersachsen, Walter Hirche, bezeichnete ein Regierungsabkommen zu SDI als „weder nützlich noch notwendig". Der bayerische FDP-Abgeordnete Grünbeck würde die Zustimmung zu einem Regierungsabkommen sogar für „Verrat" an Parteibeschlüssen halten.

Auslöser der neuen Welle kritischer Töne aus der FDP war das „Zehner-Treffen" von CDU- und CSU-Spitze in der vergangenen Woche. Die Unionsparteien einigten sich darauf, ein Regierungsabkommen anzustreben, wie es schon am 13. Mai bei einer Besprechung mit Kanzleramtschef Schäuble von der Industrie als „schützendes Dach" über einer Kooperation mit den an SDI beteiligten US-Firmen gefordert worden war. Dieser Beschluß wurde in einer ersten Reaktion von FDP-Chef Bangemann als nicht verbindlich für die gesamte Koalition bezeichnet. Er pochte auf den in der Koalition verabredeten Zeitplan, der eine Entscheidung, ob ein Regierungsabkommen überhaupt nötig ist, erst zum Jahresende vorsieht. In seinem Interview vom Wochenende räumte der FDP-Vorsitzende allerdings ein, daß eine Kooperation deutscher Firmen und Forschungseinrichtungen mit den USA nicht auf der von Außenminister Genscher gewollten Stufe simpler Firmenvereinbarungen zu machen ist. Bangemann im Saarländischen Rundfunk: „Da gibt es in der Tat eine Reihe von inhaltlichen Fragen, inhaltlichen Problemen, die wohl nicht in den Individualverträgen zwischen den deutschen Firmen und den amerikanischen Behörden geregelt werden können." Er denke dabei zum Beispiel an Fragen des Geheimschutzes. „Und auch der Technologietransfer, andere Rechtsfragen, müßten so geregelt werden, daß das nicht in jedem Vertrag einzeln auftaucht." Der Wirtschaftsminister fügte hinzu: „Das sind inhaltliche, im wesentlichen wirtschaftspolitische Probleme. In welcher Form man das regelt, ist nach meinem Dafürhalten zweitrangig."

In Regierungskreisen geht man davon aus, daß die Regierungsvereinbarung mit den USA in Form eines Briefwechsels vollzogen wird. Ein Briefwechsel sei nicht weniger verbindlich als ein formelles Abkommen mit zwei Unterschriften auf einem Blatt, betonten Regierungskreise. Offen scheint noch zu sein, wer einen solchen Briefwechsel unterzeichnen soll. In Frage kommen sowohl der Außenminister als auch der Wirtschaftsminister oder der Verteidigungsminister. Aus der FDP wurde auch der Vorschlag lanciert, da es sich bei dem SDI-Projekt zunächst nur um die Forschungsphase handele, könne Forschungsminister Riesenhuber unterzeichnen.

Carrington warnt vor Änderung der NATO-Strategie

cvb./rmc. Brüssel/Bonn

NATO-Generalsekretär Lord Carrington hat den Westen vor den langfristigen politischen und militärischen Zielen der Sowjetunion gewarnt. Zugleich trat er dafür ein, Moskau mit militärischen Mitteln in Schach zu halten. In einem Artikel für die jüngste Ausgabe der deutschen Zeitschrift „Europäische Wehrkunde", der wegen seiner ungewöhnlichen Formulierungen Aufmerksamkeit in diplomatischen Kreisen der Allianz fand, setzt sich Carrington für eine „noch konsequentere" Verwirklichung der gültigen Bündnisstrategie ein. In einem Vortrag vor der Friedrich-Ebert-Stiftung hatte Lord Carrington in der vergangenen Woche darauf hingewiesen, daß sich die „nationalen Interesssen" der Bündnispartner schließlich „nicht alle vier oder fünf Jahre" änderten, so daß die parlamentarischen Demokratien nur dann eine gewisse Garantie hätten, auf die Weltpolitik Einfluß zu nehmen, wenn sie bestrebt seien, ihre für richtig anerrkannten Anstrengungen nachhaltig zu vertreten.

Carrington warf der Sowjetunion vor, daß sie ihr Militärpotential auch weiterhin über jedes für die Verteidigung erforderlich erscheinende Maß verstärke. Er fuhr fort: „Diese massive militärische Schlagkraft steht in Verbindung mit einer Ideologie, die nicht nur behauptet, daß sich das Rad der Geschichte in Richtung auf den Kommunismus zu bewegt, sondern auch, daß man diesem Rad zusätzlichen Schwung verleihen muß, wann immer sich dazu die Gelegenheit bietet. Die sowjetische Führung betrachtet militärische Stärke als den wichtigsten Maßstab für internationalen Einfluß. Sie definiert die eigenen Sicherheitsinteressen so extensiv, daß für die legitimen Sicherheitsinteressen anderer kaum Raum bleibt."

Eingehend setzte sich Carrington mit den Kritikern der NATO-Strategie der „flexiblen Reaktion" auseinander. Die meisten machten Vorschläge, die auf eine nichtnukleare Verteidigung des Westens oder auf den Verzicht des Ersteinsatzes von Atomwaffen bei der Beantwortung eines Angriffs hinausliefen. Carrington sagte dazu: „Wenn die Befürworter einer nichtnuklearen Verteidigung wollen, daß das Bündnis auf Kernwaffen völlig verzichtet, dann müssen sie erklären, wie sie mit den Konsequenzen der dann eintretenden massiven Verschiebung des militärischen Kräfteverhältnisses zugunsten der Sowjetunion fertigwerden wollen." Eine Stärkung der konventionellen Verteidung wäre eine weder billige noch überzeugende Lösung, da selbst die stärkste konventionelle Verteidigung nicht imstande wäre, den Westen vor einer nuklearen Erpressung zu schützen. „Warum sollte die Sowjetunion, die dann ein Kernwaffenmonopol besitzen würde, sich auf einen konventionellen Krieg einlassen, wenn sie ungestraft mit einem vernichtenden Nuklearangriff drohen könnte?"

Den Anhängern einer atomwaffenfreien Zone in Europa hielt Carrington entgegen, die Schaffung eines Nuklearschirms sei dann Aufgabe der Vereinigten Staaten. Die Folgen für das Bündnis aber wären dann verhängnisvoll. „Seine Stärke erwächst nämlich aus einer Partnerschaft, die auf Lasten- und Risikoteilung beruht. Würden Kernwaffen nur in den USA und auf amerikanischen Schiffen stationiert, so würde die Abschreckung für jeden anderen Fall als einen direkten Angriff auf die Vereingiten Staaten einen erheblichen Teil ihrer Glaubwürdigkeit einbüßen. Da die Zielplanung natürlich nicht nachprüfbar ist, gibt es keine Garantie dafür, daß kernwaffenfreie Zonen im Spannungsfall oder Kriegsfall respektiert würden."

Zum Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen erklärte Carrington: „Diese Politik bietet zwar den Vorteil, daß die Abschreckung gegenüber nuklearer Erpressung und Angriff erhalten bliebe. Die nukleare Abschreckung eines konventionellen Angriffs aber würde verlorengehen. Das Ergebnis bestünde eindeutig in der Erhöhung der Gefahr eines konventionellen Krieges. Vergessen wir nicht: Durch die konventionelle Kriegführung in den beiden Weltkriegen sind mehr als 50 Millionen Menschen umgekommen, und weitere elf Millionen sind seither außerhalb des NATO-Gebiets durch konventionelle Kampfhandlungen getötet worden." (SAD)

„437 politische Häftlinge in Polen"

AFP, Warschau

In Polen gibt es laut einer von der Untergrund-„Solidarität" veröffentlichten Statistik derzeit 437 politische Gefangene. Die Liste war am Sonntag am Eingang einer Warschauer Kirche angeschlagen, in der eine Messe für die Internierten gelesen wurde. Vor rund 2000 Teilnehmern wies der Geistliche daraufhin, daß 17 000 Unterschriften zu einem Appell von Intellektuellen für die Befreiung aller politischen Häftlinge in Polen gesammelt wurden. Nach offiziellen Angaben der Warschauer Behörden befinden sich 368 politische Häftlinge in den Gefängnissen Polens.

Gericht für Wettbewerb

Bm. – Fast zwei Jahre lang hat das Bundeskartellamt den Wettbewerb am deutschen Markt für Vergaserkaraftstoffe behindert. Seit fast zwei Jahren nämlich muß die Aral AG, als größter deutscher Benzinanbieter, mit der Drohung der Wettbewerbshüter leben, daß die Anbieterorganisation mit den Anteilseignern Veba (56 Prozent), Wintershall (15 Prozent) und Mobil Oil (28 Prozent) zerschlagen werde. Die Begründung: Aral behindert den Wettbewerb.

Selbst wenn man vergißt, daß das Kartellamt 1967 dem Vertragswerk von Aral Unbedenklichkeit attestierte, so bleibt doch anzumerken, daß niemand im Mark erkennen konnte, wie man den Wettbewerb beleben kann, wenn man einen besonders starken Wettbewerber zerschlägt. Die Sorge um eine Realteilung ging in den Geschäftsführungen der Beteiligungsgesellschaften um. Auch wenn Vorstandsvorsitzender Rudolf von Bennigsen noch auf der Hauptversammlung der Veba sagte, daß sein Haus mit jeder Lösung bei Aral leben könne, so traf dies wohl nur noch eingeschränkt *auf Mobil Oil und in gar keinem Fall* auf Wintershall zu.

Mobil hat einen feinen Namen im Reich des Öls, doch Wintershall hätte in einem heiß umkämpften Markt erste einmal eine Marke aufbauen müssen, was wahrscheinlich nicht gelungen wäre. Die Folge hätte auf der Hand gelegen: Was jetzt per Vertrag geregelt ist, wäre über den Markt auf den Großaktionär Veba zugelaufen, was kaum im *Kalkül des Berliner Amtes gelegen* haben könnte.

So bringt die Entscheidung des Kartellsenats beim Kammergericht Berlin für alle die Erlösung: Aral bleibt Aral und der Wettbewerb Wettbewerb. Ein Sturm im Wasserglas hat sich gelegt.

SPARER-SCHUTZGEMEINSCHAFT / Die geplante Steuerentlastung ist zu niedrig

Die Preisstabilität ist der größte Erfolg der jetzigen Wirtschaftspolitik

KAREN SÖHLER, Bonn

Die nahezu erreichte Preisstabilität hat das wirtschaftliche Wachstum auf eine solide Grundlage gestellt. Daher appelliert die „Gemeinschaft zum Schutz der deutschen Sparer" in ihrem Jahresbericht 1984/85 an die Bundesbank und die Bonner Regierung, von der bisherigen Stabilitätspolitik nicht abzuweichen. Kritik übt die Vereinigung allerdings an der staatlichen Ordnungspolitik. Das enge Netz arbeitsrechtlicher Auflagen schütze allenfalls die Beschäftigten, erschwere hingegen den Stellensuchenden den Zugang zum Arbeitsmarkt.

In dem geringen Preisanstieg – im Jahresdurchschnitt knapp über zwei Prozent – sieht die Vereinigung den wichtigsten Beitrag zum wirtschaftlichen Aufschwung: Die Unternehmen könnten Investitionen planen, ohne hohe Inflationsraten einkalkulieren zu müssen. Die realen Löhne und Gehälter steigen trotz geringerer nominaler Erhöhungen. Die sozialen Leistungen würden nicht durch ständige Geldentwertung ausgehöhlt. Und die Lust zum Sparen breitet sich wieder aus.

Im vergangenen Jahr nahm die gesamtwirtschaftliche Vermögensbildung wie schon 1983 um 10,5 Prozent zu; fast zwei Prozentpunkte mehr als in den Rezessionsjahren 1981 und 1982. Das Niveau der siebziger Jahre ist damit allerdings bei weitem noch nicht erreicht.

Die Schutzgemeinschaft hebt hervor, daß die Preisstabilität gewahrt blieb – trotz außenwirtschaftlicher Teuerungsimpulse. Gemeint sind damit die Rohstoffimporte, die sich vor allem in der ersten Jahreshälfte verteuerten aufgrund des ungewöhnlich starken Dollar gegenüber einer relativ schwachen D-Mark. Zudem hätten sich die größeren Preissteigerungen in den Mitgliedsländern des Europäischen Währungssystems negativ auf die Inflationsrate der Bundesrepublik auswirken können.

Daß die Bundesrepublik gegen diese *Einflüsse gefeit* war, verdankt sie nach Auffassung der Vereinigung ihrer Geldpolitik. Der monetäre Mantel sei an das Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials angepaßt worden. Die Geldmenge sollte auch in den nächsten Jahren nicht stärker als um drei bis fünf Prozent ausgeweitet werden. Monetäre Mittel seien in keinem Fall geeignet, ein eventuell verlangsamtes Wirtschaftswachstum anzukurbeln. Denn so eine Politik rufe eine Rezession hervor.

Da die Gemeinschaft für eine relativ knappe Geldversorgung eintritt, plädiert sie auch für eine Zurückhaltung bei Interventionen auf dem Devisenmarkt. Dahinter verbirgt sich eine kleine Warnung an die Bundesbank, die in diesem Jahr schon mehrmals durch Dollarverkäufe bemüht war, den Kurs der US-Währung zu drücken. Eine Neubewertung des Dollar sei durch solche Aktionen kaum erreichbar. Die Vereinigung lehnt allerdings auch ab zu versuchen, krasse Dollar-Schwankungen mit Hilfe fester Wechselkurse zu verhindern. Die Rückkehr zu regulierten Wechselkursen lehnt die Bundesbank ohnehin ab. Solche Überlegungen kursieren vielmehr in den Vereinigten Staaten.

Offene Kritik übt die Schutzgemeinschaft in zwei Punkten: Das Volumen der beschlossenen Steuerentlastung – 20 Milliarden DM für 1986 und 1988 – sei zu gering. Sie unterstützt daher Äußerungen von Finanzminister Stoltenberg, den Entlastungsbetrag 1988 möglicherweise auf 40 Milliarden DM auszudehnen. Finanziert werden müßte dieses Volumen allerdings zum Teil durch einen Subventionsabbau.

Einen weiteren Mangel entdeckt die Schutzgemeinschaft in der geringen Differenzierung des Lohnsystems, in der Enge der Lohnskala. Dahinter steht die Überlegung, daß zahlreiche unqualifizierte Arbeitskräfte eher eingestellt würden, läge ihr Entgelt auf einem niedrigeren Niveau. Außerdem ergäben sich für Jobsuchende Erleichterungen, böte das Arbeitsrecht größere Vertragsfreiheiten. Ein künstlicher Schutzwall hemme die Nachfrage nach Arbeitskräften; attraktive gesetzliche und tarifpolitische Rahmenbedingungen hingegen wirkten anregend.

WIRTSCHAFTSLAGE

Ifo: Die Industrie wird auch 1986 kräftig investieren

DANKWARD SEITZ, München

Deutlich auf Expansion gerichtet sind die Investitionspläne der deutschen Industrie für 1986, nachdem der seit fast drei Jahren andauernde *Konjunkturaufschwung in der Bundesrepublik* schon 1985 zu einer außergewöhnlich kräftigen Belebung der Investitionstätigkeit des verarbeitenden *Gewerbes geführt hat. Zu dieser* Einschätzung kommt das Münchner Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung aufgrund einer im August/September durchgeführten Befragung von rund 4100 Unternehmen. In den anderen Wirtschaftssektoren wird dagegen noch immer sehr verhalten investiert werden.

Insgesamt kann davon ausgegangen werden, so das Ifo, daß die Investitionsbudgets in der Industrie 1986 nochmals um zehn (real gut sieben) Prozent gegenüber dem laufenden Jahr angehoben werden. Auf den ersten Blick mag dies eine merklich verringerte Zuwachsrate im Vergleich zu 1985 sein. Doch muß dabei berücksichtigt werden, daß bei den Anlageinvestitionen in diesem Jahr mit einer Zunahme um rund 16 (real mehr als 13) Prozent ein Anstieg verzeichnet werden kann, wie er schon seit langem nicht mehr zu beobachten war. 1984 waren die Bruttoanlageinvestitionen lediglich um zwei Prozent auf rund 51,7 Milliarden Mark (vorläufiger Wert) gestiegen.

Träger des Investitionswachstums 1986 wird in erster Linie die Investitionsgüterindustrie mit einem Plus von 18 (1985: 18 nach drei) Prozent sein. *In dieser Hauptgruppe* ist, so das Ifo, der Investitionsfunke jetzt auf nahezu alle Branchen übergesprungen. Sehr schwach ausgeprägt wird dagegen die Investitionsneigung noch in den Herstellern von Verbrauchsgütern mit plus fünf (jeweils plus sieben) Prozent und von Nahrungs- und Genußmitteln mit plus zwei (null nach minus sieben) Prozent sein.

Bei wieder etwas günstigeren Produktionsaussichten planen selbst die 640 befragten Baufirmen für 1986 eine leichte Investitionssteigerung um fünf (null nach minus 15) Prozent. Auf Sonderfaktoren wird dagegen die nun starke Zurückhaltung des Grundstoffsektors mit plus/minus null (plus 23 nach zwei) Prozent zurückgeführt.

Als Hauptziel ihrer Investitionen geben 30 (26 nach 22) Prozent aller befragten Unternehmen Kapazitätserweiterungen an, während nur noch bei 48 (49 nach 53) Prozent Rationalisierungsmaßnahmen geplant sind. Ersatzbeschaffungen stehen bei 22 (je 25) Prozent im Vordergrund. Zum Ausdruck kommt hierin, so das Ifo, daß in einigen Branchen bereits Kapazitätsengpässe aufgetreten sind. Der durchschnittliche Auslastungsgrad in der Industrie sei wieder auf über 84 Prozent (saisonbereinigt) gestiegen und liege damit nur noch um etwa einen Prozentpunkt unter dem Wert der letzten guten Konjunkturphase des Jahres 1979.

Atome fesseln Energiepreis

Von GERHARD HECKER

Der Autor ist Vorsitzender der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke, Frankfurt

Im zu Ende gehenden Jahr hat die Kernkraft in der Bundesrepublik Deutschland ihren Stellenwert weiter festigen können. Allein im ersten Halbjahr stellte sie ein Drittel der Erzeugung der öffentlichen Versorgung. Die Kernkraftwerke lieferten damit in den ersten sechs Monaten 1985 etwa ebensoviel Strom wie im gesamten Jahr 1984.

Dieses positive Ergebnis ist auf die Zähigkeit und wohl auch Hartnäkkigkeit aller Verantwortlichen zurückzuführen. Der umfassendste Kennwert zur Beurteilung der technischen Qualität einer Kraftwerksanlage ist die Arbeitsverfügbarkeit. Sie besagt, welche Stromerzeugung möglich war. 1984 wurden im Mittel 83 Prozent erreicht. Einige deutsche Anlagen liegen hier mit Werten über 90 Prozent weltweit an der Spitze der Verfügbarkeit.

Dabei handelt es sich keineswegs um Vorzeige-Ergebnisse eines einzigen Jahres: Seit den sechziger Jahren erreichten die deutschen Kernkraftwerke eine Verfügbarkeit von mindestens 70 Prozent. Ausnahmen waren lediglich die Jahre 1978 bis 1981, vor allem durch die Umrüstung der Siedewasser-Reakoren.

Die Lehrjahre der Kernenergie *sind überstanden. Wir verfügen heute* – 25 Jahre nach der ersten Stromerzeugung in einem deutschen Versuchsreaktor – über eine zuverlässige *Kernenergietechnik mit großen* Exportchancen.

Der wirtschaftliche Wert der Kernenergie steht heute außer Frage. Hinzu kommen aber noch weitere Pluspunkte:

- Die Versorgungssicherheit durch die Verfügbarkeit und die Zuverlässigkeit der Anlagen. Vor allem aber werden rund 90 Prozent des Produktionswertes jeder Kilowattstunde aus Kernenergie in der Bundesrepublik erarbeitet. Das dient unserer Volkswirtschaft und sichert deutsche Arbeitsplätze. Aus diesen Gründen können wir die Kernenergie als heimische Energie betrachten.
- Die Umweltfreundlichkeit ist ein weiterer Pluspunkt: keine Rauchgase, kein Verbrauch von Sauerstoff; geringere Emission ionisierender Strahlung, die nur etwa ein Hundertstel der natürlichen Strahlung beträgt.
- Der geringere Flächenbedarf spricht ebenso für diese Energie: Die Kerntechnik ermöglicht dank der großen Energiedichte Anlagen auf kleinstem Raum.

Für die Wirtschaftlichkeit der Kernenergie spricht die Praxis: Unternehmen mit hohem Kernstrom-Anteil brauchen – teilweise schon seit mehreren Jahren – die Strompreise nicht zu erhöhen. Kernenergie hat zwar relativ hohe Festkosten, aber besonders niedrige Brennstoffaufwendungen. Das macht sie zur idealen Energie für die Grundlast, die rund um die Uhr nahezu gleichbleibenden Anforderungen der Verbraucher erfüllen muß – im Sommer genauso zuverlässig wie im Winter.

Da die Gesamtkosten des Kernbrennstoff-Kreislaufs etwa ein Viertel, die Kosten des einzusetzenden *Urans weniger als zehn Prozent* der Erzeugungskosten einer Kilowattstunde ausmachen, können wir den Kostenvorteil der Kernenergie *langfristig sicher kalkulieren. Selbst* extreme Preissprünge beim Brennstoff brachten aus diesem Grund nur einen geringen Anstieg der *Erzeugungskosten.*

Wie sehr die Kernkraft die Strompreise stabilisiert, zeigt ein Blick auf den Energiemarkt. Von 1970 bis 1984 mußte die Bundesrepublik beispielsweise bei schwerem Heizöl einen Preisanstieg von über 500 Prozent verkraften. Beim Erdgas waren es etwa 300 *Prozent* und bei Steinkohle rund 250 Prozent. Die Strompreise aber stiegen in dieser Zeit nur um rund 120 Prozent. Damit hat sich die Stromwirtschaft dank der Kernkraft frühzeitig von den teuren Import-Energien abgekoppelt. Hier fesseln Atome also die Preise.

Wer heute den Ausstieg aus der Kernenergie propagiert, ignoriert nicht nur den Kostenvorteil der Kernenergie. Bei der heutigen Kraftwerksstruktur könnten wir gar nicht auf die nächst billigere Energie, auf die Kohle nämlich, ausweichen. Dazu müßten nämlich erst neue Kraftwerke gebaut werden. Wir müßten wieder unsere Öl- und Gaskraftwerke einsetzen, die die Umwelt belasten, die Abhängigkeit von Importen erhöhen und eine neue Preiswelle geradezu herbeirufen.

AUF EIN WORT

» Schon ein Prozent weniger Inflation bewahrt die Arbeitnehmer und Rentner vor über zehn Milliarden Mark Kaufkraftverlust und die Sparer vor Wertver*lusten ihres Geldvermö*gens. Eine auf Preisstabilität abzielende Geldpolitik kann somit im besten Sinne auch expansive Konjunkturpolitik sein. «

Dr. Wolfgang Röller, Vorstandssprecher der Dresdner Bank AG, Frankfurt. FOTO: KLEFELDT/DPA

EG-FINANZMINISTER

Gespräch über Athens Kredit

Ha. Brüssel

Über die Bedingungen für einen Währungskredit an Griechenland haben die Finanzminister der EG gestern in Brüssel verhandelt. Außerdem reden sie über Vorschläge der EG-Kommission zur Einbeziehung des Europäischen Währungssystems (EWS) in die Gemeinschaftsverträge sowie über die Angleichung der unterschiedlichen Umsatz- und Verbrauchssteuersysteme in den Mitgliedsländern.

Die Bundesregierung ließ zum Auftakt der Beratungen erkennen, daß sie den von EG-Präsident Jacques Delors ausgearbeiteten Textentwurf für eine Übertragung währungspolitischer Kompetenzen auf die Gemeinschaft strikt ablehnt. Sie ist offenbar der Ansicht, daß die Zeit bis zum nächsten EG-Gipfel (2. und 3. Dezember) zu kurz ist, um das Währungsthema noch bei der Reformdiskussion berücksichtigen zu können. Ob es Bundesfinanzminister Stoltenberg gelingen würde, die Währungsfragen aus den Beratungen über einen einheitlichen Binnenmarkt herauszuhalten, galt in Brüssel allerdings als zweifelhaft.

Griechenland bemüht sich um eine von der EG aufzunehmende *Anleihe* zur Absicherung seines wirtschaftlichen Sanierungsprogramms. Dabei war von zwei Milliarden Ecu (4,5 Milliarden Mark) die Rede. *Vor* einem Beschluß verlangten die EG-Partner Klarheit über eine Befristung der von Athen verhängten Handelsbeschränkungen, vor *allem* des bei den Banken anzulegenden Bardepots.

KARTELLSENAT

Aral bleibt erhalten

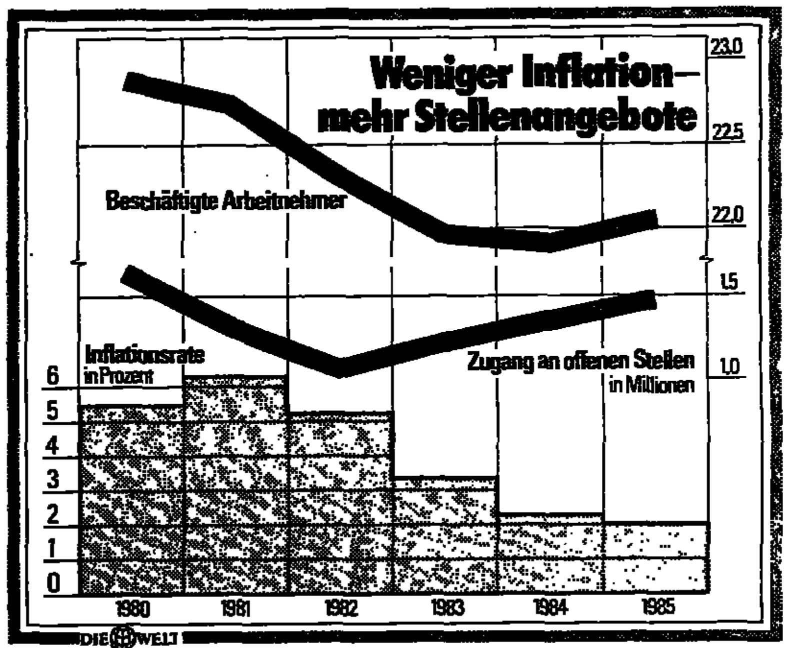
dpa/VWD, Berlin

Die Aral AG, Bochum, mit über 4000 Tankstellen größte deutsche Mineralölvertriebsgesellschaft, bleibt erhalten. Der Kartellsenat des Kammergerichts in Berlin hob gestern die am 24. Januar 1984 verfügte Auflösung der Aral AG durch das Bundeskartellamt auf. Das Gericht begrün*dete seine Entscheidung damit, daß* die Aral-Gesellschafter den Vertrauensschutz nach dem Bundesverwaltungsgesetz sowie den allgemeinen Vertrauensschutz besäßen.

Die Wettbewerbshüter hatten in dem Vertragswerk der Aral einen Verstoß gegen das Kartellverbot ge*sehen und die Auflösung dieser* gemeinsamen Vertriebsgesellschaft der Veba Oel (rund 56 Prozent), der Mobil Oil (rund 28) und der BASF-Tochter *Wintershall (rund 15 Prozent)* verlangt. Das Kartellamt hatte 1983 aufgrund einer 1975 vom Bundesgerichtshof (BGH) verkündeten Ent*scheidung mit der Überprüfung des* Aral-Vertrages begonnen.

Die Richter führten nun in ihrer Begründung weiter aus, daß Aral auch nach 1975 noch kräftig investiert habe, so daß ihr wirtschaftliches Interesse größer sei als das öffentliche Interesse an einer Auflösung. Anhaltspunkte dafür, daß der schriftliche Aral-Vertrag noch durch mündliche Absprachen, die gegen ein Kartellverbot verstießen, ergänzt worden sei, gebe es nicht. Der Senat wies jedoch darauf hin, daß die Aral aufgrund der 1967 erfolgten ausdrücklichen Zustimmung des Bundeskartellamtes zu den Verträgen Vertrauensschutz gehabt habe.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Auf Erfolge wie in der Stabilitätspolitik kann die Bonner Regierung auf dem Arbeitsmarkt zwar noch nicht verweisen. Jobsuchenden bieten sich jedoch stetig mehr offene Stellen, stellt die Sparerschutzgemeinschaft fest. Daß die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer nicht in gleicher Weise ansteigt, liegt daran, daß gleichzeitig mehr Berufsanfänger auf den Markt drängen.

Schlechte Zahlungsmoral

Frankfurt (adh) – Die Unternehmen der deutschen Wirtschaft zahlen wieder schlechter. Im dritten Quartal dieses Jahres zahlten nur noch 67,8 Prozent „vereinbarungsgemäß", im Quartal zuvor waren es noch 69,3 Prozent und im dritten Quartal 1984 sogar 69,5 Prozent. Die Zahl der „ernsten Beanstandungen hat auf 3,4 Prozent (Vorquartal 3,1 Prozent) deutlich zugenommen. Diese Tendenz und steigende Insolvenzzahlen werden die Wirtschaft auch im vierten Quartal begleiten, meint die Wirtschaftsauskunftei Schimmelpfeng. Die Firmen sind von der Dynamik der Konjunktur überrascht und haben nicht rechtzeitig für die Finanzierung des eigenen Aufschwungs gesorgt, begründet Schimmelpfeng das Phänomen unbefriedigender Zahlungsdisziplin trotz guter Konjunktur.

Reaktor ging ans Netz

Dortmund (dpa/VWD) – Der erste großtechnische Kugelhaufenreaktor der Welt, der Hochtemperatur-Reaktor THTR 300 in Hamm-Uentrop, ist jetzt ans Netz gegangen. Wie ein Sprecher der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen AG (VEW) in Dortmund mitteilte, läuft das Kernkraftwerk zunächst einige Tage im Probebetrieb und wird dann nach umfassender Überprüfung auf die volle Leistung von 300 Megawatt hochgefahren.

Bau-Spitzengespräch

Bonn (DW) – Bundesbauminister Schneider und die bauwirtschaftlichen Spitzenverbände sind sich einig in der Forderung, die Mittel für die Städtebauförderung nach 1987 ungeschmälert zu erhalten. Dies sei das Resultat eines Bau-Spitzengesprächs *in Bonn, teilte das Haus Schneider* gestern mit. Die außerordentliche Nachfrage der Gemeinden nach Städtebauförderungsmitteln signalisiere *eine* sehr großen Bedarf. Den Gemeinden und der Bauwirtschaft müsse frühzeitig deutlich gemacht werden, daß es Kürzungen nicht geben werde, *unabhängig davon, daß ab* 1987 die Mischfinanzierung im Städtebau abgeschafft werden soll.

Agrarprogramm der SPD

Bonn (dpa/VWD) – Der SPD-Parteivorstand hat in Bonn ein neues agrarpolitisches Konzept beschlossen, das vor allem eine marktgerechtere Preisgestaltung und eine Senkung der überhöhten Marktordnungskosten bringen soll. Die Einnahmenausfälle durch die neue Preisgestaltung sollen durch direkte Einkommensstützung kompensiert werden. Wie der nordrhein-westfälische Landwirtschaftsminister Klaus Matthiesen ausführte, lehnt die SPD neue Quotenregelungen mit Entschiedenheit ab. Mit Ausgleichszahlungen will die SPD die „Extensivierung" oder Umwandlung bisher intensiv genutzter Flächen fördern.

3,5 Prozent Wachstum

Köln (dpa/VWD) – Die Wirtschaft wird 1986 um 3.5 Prozent wachsen, die Verbraucherpreise werden stabil bleiben, die Leistungsbilanz wird erneut mit einem hohen Überschuß abschließen , und die Zahl der Erwerbstätigen wird im Jahresdurchschnitt um 330 000 höher liegen als 1985. Zu dieser Konjunktureinschätzung kommt das Kölner Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in seiner Jahresprognose für 1986.

JAPANISCHER KAPITALMARKT

Tokio blockiert auch weiter Liberalisierung für Ausländer

cd. Frankfurt

Gespräche zwischen dem Bundesfinanzministerium und einer japanischen Delegation unter Leitung des Tokioter Vizefinanzministers über eine gegenseitige Öffnung der Kapitalmärkte für Banken aus beiden Ländern blieben ohne konkreten Erfolg. Staatssekretär Tietmeyer hat seinen japanischen Gesprächspartnern klargemacht, daß japanische Banken in der Bundesrepublik so lange nicht als Konsortialführer für ausländische D-Mark-Anleihen in der Bundesrepublik tätig werden können, wie Tokio deutschen Banken Aktivitäten am japanischen Wertpapiermarkt verwehrt.

Die Japaner sprechen zwar großartig von einer Liberalisierung ihres Marktes für Ausländer. Aber sie halten die faktischen Barrieren so hoch, daß deutsche Banken vom Wertpapiergeschäft ausgeschlossen bleiben. Unter Berufung auf die in Japan übliche Trennung von Bank- und Wertpapiergeschäft verlangt Tokio, daß am Wertpapiergeschäft in Japan interessierte deutsche Banken entweder ihr klassisches Bankgeschäft im Lande aufgeben oder über in Ostasien tätige Töchter Spezialfirmen gründen, an denen zur *Hälfte* Unternehmen beteiligt sein müssen, die nicht im Bank- oder Wertpapiergeschäft tätig sind. Außerdem werden schwer zu erfüllende Anforderungen an die Geschäftsleitungen dieser Spezialfirmen und an die Art der Tätigkeit deren Gründer gestellt. Das Fi*nanzministerium will Zulassungen* nur nach Einzelprüfung erteilen. In deutschen Bankkreisen befürchtet man, daß Tokio neue Bedingungen *nachschieben wird, sofern die zu*nächst geforderten erfüllt werden.

HANDEL / *Studie zur Versorgungslage der Bevölkerung* – Selbsthilfe empfohlen

Auf dem Land fehlt der Discounter

HANNA GIESKES, Bonn

„Es ist sinnlos, den letzten Laden im Dorf künstlich am Leben zu halten." Zu diesem Schluß kommt die Forschungsstelle für den Handel, Berlin, in einer Studie zur Versorgungslage der Bevölkerung, die der Bundeswirtschaftsminister in Auftrag gegeben hatte. Die Forscher empfehlen statt dessen Selbsthilfe: Die Dorfbewohner sollten zum Beispiel *einen Laden auf genossen*schaftlicher Basis betreiben, wie im hessischen Ort Bergfreiheit.

Basis solcher Empfehlungen ist die Vermutung der Handelsexperten, daß etwa 20 Prozent der selbständigen Lebensmittelhänder außerhalb städtischer Räume „in absehbarer *Zeit" ihr Geschäft schließen werden,* sei es aus Altersgründen, sei es mangels Rentabilität. Dies werde ältere Personen sowie Haushalte ohne Auto benachteiligen. Rund zwei Prozent aller Haushalte in ländlichen Gebieten gerieten bei einer weiteren Schließung von Geschäften in ernste Versorgungsschwierigkeiten, heißt es weiter.

Unzufrieden mit ihrer Versorgungslage sind nach den Ermittlungen des Instituts indes wesentlich mehr: In rund 19 Prozent aller sozial schwachen Haushalte – Rentner, Arbeitslose, Kinderreiche – werden Mängel im örtlichen Angebot beklagt; *unter den besser Gestellten* sind es nur 14 Prozent. Während denen vor allem die Auswahl in den Geschäften nicht genügt, finden die sozial Schwachen die Preise zu hoch: „Zahlreiche Befragte haben als Grund ihrer Unzufriedenheit das Fehlen von Aldi angegeben."

Die Berliner Forscher werten dies als deutlichen Hinweis auf die Notwendigkeit einer zeitgemäßeren Bestimmung des Begriffs „Versorgungsqualität". Der Verbraucher konstatiere Mängel nicht erst dann, wenn er überhaupt keinen Laden mehr in der Nähe habe, sondern schon dann, wenn bestimmte Be*triebsformen fehlten, „und das sind* bei einem Großteil der Bevölkerung eben die Discounter".

Wesentlich mehr Chancen als „Tante Emma" geben die Verbraucher laut Untersuchung den Bäckern und Metzgern. Entsprechend beurteilt das Nahrungsmittel-Handwerk seine Zukunft auch wesentlich günstiger: „Lediglich einer der Befragten denkt an die Aufgabe seines Geschäfts."

*Einen allgemeinen Versorgungs*notstand auf dem Land konnten die Forscher nicht entdecken; lediglich für bestimmte Bevölkerungsgruppen *könne sich die Lage* verschlechtern. Es könne nicht erwartet werden, daß jeder Haushalt gleichermaßen optimal versorgt werde. Das sei ein sozia*les Problem „und nicht eines der* Strukturen im Handel".

Herber Vorwurf

hg – „Die Branche vernachlässigt ihre Markenwerbung." Diesen herben Vorwurf macht der Geschäftsführer der Deutschen Lancôme GmbH, Hans-J. Müller, den Kosmetik-Herstellern. Die Industrie investiere zu viel Geld in die kooperative Werbung mit dem Handel, anstatt in ausreichendem Maß eigene nationale Kampagnen zu finanzieren, die dem Image ihrer Marken dienlicher wären.

Warum geschieht das? Sind berühmte Marken wie zum Beispiel Lancôme denn so sehr auf den Handel angewiesen, daß ihre Hersteller für dessen Werbung Millionenbeträge abzwacken? Natürlich gibt es dort mächtige Kunden wie beispielsweise die Hussel-Tochter Douglas. Natürlich möchte man gern mit seinen Produkten in diesen Parfümerien präsent sein. Sind aber nicht auch die Händler auf die großen Marken und deren Image angewiesen?

Es ist der bekannte Gegensatz zwischen Massendistribution und Exklusivität – beides ist nicht gleichzeitig zu haben. Offenbar sind sich manche Markenartikler nicht immer ganz klar darüber, in welcher Kategorie sie ihr Produkt ansiedeln möchten – zum Schaden der Marke.

Und dann beginnt ein Teufelskreis: In dem Maße, wie sich der Hersteller einer hochwertigen Marke seinen Werbeetat vom Handel aus der Hand nehmen läßt, verliert die Marke ihre Exklusivität. Mit der Folge, daß der Handel mit ihr nach Gutdünken verfahren kann – notfalls mit Aktionspreisen –, denn dann ist er nicht mehr auf sie angewiesen.

Dahin will es der deutsche Lancôme-Direktor nicht kommen lassen: Sein Haus wird die Koop-Werbung mit dem Handel stoppen und mit dem Geld die Marken-Image-Werbung finanzieren. Das Beispiel sollte Schule machen.

Stellenwert der Werbung nimmt zu

VE. München

„Die Strukturprobleme der deutschen Unternehmen am Weltmarkt sind durch die positive Konjunktur nur überdeckt", warnt der Münchener Unternehmensberater Roland Berger. Dabei nehme der Stellenwert der Werbung immer mehr zu.

Zwar bilden für Roland Berger „allmählich" Innovationen sowie die überlegene Qualifikation und Motivation von Arbeitern und Management in den führenden Unternehmen die Grundlagen für eine Strukturverbesserung. Doch eine schlechte Nachfragedynamik mit Sättigungstendenzen auf angestammten Märkten, ein zu hohes Kostenniveau, unzureichende Internationalisierung sowie erschwerende staatliche und soziale Rahmenbedingungen „bleiben gravierende Strukturnachteile" – so Berger gegenüber dem Branchenblatt „werben & verkaufen".

Neben mehr Flexibilität, Rationalisierung durch Informatik, marktgerechte Innovation, Kapazitätsanpassung betont er, daß Werbung und Public Relations in der Unternehmensberatungspraxis weiter einen hohen Stellenwert einnehmen. Es sei „wesentlich mehr und bessere Werbung nötig", unterstreicht Berger.

Richterliche Hilfe für Schleichwerber

VERA NORDPOL, Hamm

Die Rechtsprechung rüttelt am publizistischen Grundsatz der Trennung von Redaktion und Werbung, wie sie in den Richtlinien für redaktionelle Hinweise in Zeitungen und Zeitschriften zum Ausdruck kommen.

Zu diesem Schluß gelangt der Zentralausschuß der Werbewirtschaft (ZAW) nach einem Urteil des Oberlandesgerichts Hamm. Die Richter hatten entschieden, daß die „Richtlinien für redaktionelle Hinweise in Zeitungen und Zeitschriften" der Verleger allenfalls für Tageszeitungen anzuwenden seien. Für Zeitschriften könnten diese freiwilligen Grundsätze nicht mehr als gesicherte Erkenntnis angesehen werden.

Dazu ein ZAW-Sprecher in Bonn: „Dadurch wird der Schleichwerbung Tür und Tor geöffnet." Falls derartige Entscheidungen Schule machen sollten, befürchtet der ZAW ein Abwandern von Anzeigenaufträgen der Wirtschaft zu Lasten der Tageszeitungen: Zeitschriften brauchen den Grundsatz der Trennung von Redaktion und Anzeigen nicht mehr streng anzuwenden und könnten Schleichwerbung als Morgengabe zum Insertionsauftrag anbieten.

VERSICHERUNGSWIRTSCHAFT / Dach-Kampagne soll zum Nachdenken anregen

„Ein paar erfreuliche Wahrheiten über die Aufgaben der Assekuranz"

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die Versicherungen – oft gelobt, selten geliebt, aber notwendig. Einerseits gibt die Assekuranz jährlich 125 Mill. DM für Werbung aus, andererseits droht die Kluft zwischen den Versicherungen und ihren Kunden weiter auseinanderzuklaffen. Eine Branche zwischen „einerseits" und „andererseits" startet eine Image-Kampagne.

Der Düsseldorfer Werbeagentur Packenius, Kienpointner und Vandenberg gelingt es, die Botschaft zu übermitteln: „Gut, daß es Versicherungen gibt." Dabei klammert sie sich weder weinerlich an die Notwendigkeiten noch schulterklopfend an die Leistungen der Versicherer.

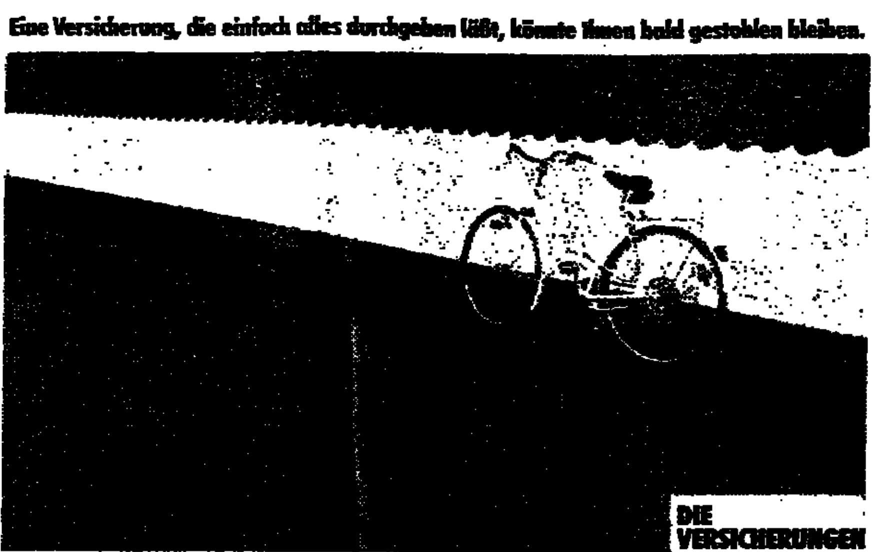
Die Dach-Kampagne, für die der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) 1985 runde drei Mill. DM in die Printmedien steckt, „stellt Fragen und beantwortet sie, regt zum Nachdenken an und führt zum Umdenken, zu Vertrauen durch Wissen, zu neuem Ansehen", meint Günther Kienpointner. Pre-Tests in der seit September bis Jahresende laufenden Werbung in Publikumszeitschriften waren so erfolgreich, daß der GDV jüngst die Fortsetzung der Kampagne für 1986 beschlossen hat.

Aber schon bei der ersten Präsentation durch die erst 1983 von Michael Packenius (44, Beratung), Günther Kienpointner (27, Text) und Helmut Vandenberg (40, Graphik) gegründete Agentur kam bei den Auftraggebern in Gestalt von Chefs großer Versicherungskonzerne Freude auf.

Sie schlug bald in euphorischen Beifall um. Die Chefs und ihre Gesellschaften „erkannten sich und ihre Aufgaben wieder", meint Kienpointner. Das war bei den Vorläufern dieser Kampagne (1982: „Versicherungen im Klipp & Klar-Text", 1983: „Die Leute von Ihrer Versicherung") längst nicht der Fall. Die eine hatte hohen Informationsgehalt, fand aber wenig Sympathie, im zweiten Anlauf war es umgekehrt, Frust kam auf, und ein Jahr schöpferischen Nachdenkens folgte.

Schließlich bat der GDV drei Agenturen zur Präsentation, vier mischten sich zusätzlich ins Geschäft. Den Zuschlag bekam freilich keine der großen, sondern eine der in der Branche als kreativ anerkannten kleineren Agenturen. P. K. V. (13 Mitarbeiter, Umsatz 13 Mill. DM für 1985, 15 Etats von zehn Kunden, darunter Ford, Aachener und Münchener Leben, FDP, Sachtleben Chemie, Schlumberger Spirituosen/Weine) sieht ihre besondere Stärke im Bereich Dienstleistungen und institutionelle Werbung. Die Kreativen von P. K. V. konnten sich bei ihren Arbeiten auf zweierlei stützen, auf die vorhandenen umfangreichen empirischen Untersuchungen des Meinungsforschungsinstituts Allensbach und auf das starke begleitende Interesse des GDV-Präsidenten Georg Büchner. Bei den über Jahre wiederholten Allensbach-Umfragen hatte sich ergeben, daß bei der ganz überwiegenden Mehrheit der Versicherten die Notwendigkeit eigenverantwortlicher Risikoabsicherung unbestritten ist, 86 Prozent der Versicherten mit der Regulierung von Schadensfällen durch „ihre" Versicherung zufrieden sind, aber 44 Prozent der Kunden glauben, daß „die Versicherungen" nicht zur Zufriedenheit der Kunden handeln, also ständig die Prämien erhöhen, sich um Leistungen herumdrücken und dafür „Versicherungspaläste" bauen. Dieses „Fernbild" stört das „Nahbild" eigener Erfahrungen erheblich.

Aufgabe der Kreativen: „Vertrauen schaffen in die Versicherung als tragender Pfeiler im staatlichen und privaten Sicherungssystem. „Unvorstellbar, wenn die Autofahrer jeden Schaden unter sich ausmachen müßten." „Die richtige Versicherung zu haben kann ein Vermögen wert sein." „Eine Versicherung, die einfach alles durchgehen läßt, könnte Ihnen bald gestohlen bleiben." Visuell wie verbal dokumentieren die Anzeigen denn auch Ernsthaftigkeit des Versicherungsgedankens wie den Respekt der Versicherer vor ihren Kunden. GDV-Präsident Georg Büchner: „Schließlich wäre es aussichtslos und taktlos, Kunden und öffentliche Meinung der Voreingenommenheit überführen zu wollen. Sinn macht dagegen, ihnen über Aufgaben und Spielregeln der Assekuranz ein paar erfreuliche Wahrheiten mitzuteilen." Büchner im Karl-Valentin-Stil: „Eine Versicherung ist etwas, das man eigentlich am liebsten nie brauchen müssen möchte, aber doch einfach wollen muß, weil man sie immer brauchen tun könnte." Mit diesem Dilemma muß die Versicherungswirtschaft leben, vielleicht aber etwas aufgeklärter: „Wollen tu ich ja nicht, aber sollen täte ich eigentlich schon."



Eine Branche zwischen „einerseits" und „andererseits" will beim Verbraucher Vertrauen schaffen.

DIRECT-MARKETING

Erfolgreich im Markt dank einer Firmen-Info-Bank

HANS BAUMANN, Essen

Die Fluggesellschaft X schickt ihren Kunden zum Geburtstag einen lieben Gruß. Die Gesellschaft Y sendet ihren Vielfliegern zum Jahresende eine Kilometerabrechnung und einen Flug-Gutschein über eine bestimmte Strecke für die ganze Familie. Das Versandhaus Z schließlich hat auf Knopfdruck ein Profil des Kunden auf dem Bildschirm, wenn er anruft und eine telefonische Bestellung aufgibt. In der Regel bestellt der Kunde mehr, als er vor dem Anruf beabsichtigte, weil das auf gespeicherte Daten gestützte Verkaufsgespräch eine so persönliche Atmosphäre schafft, daß die Einkaufsneigung erheblich wächst.

Versandhäuser, Fluglinien, Banken, Versicherungen, Verlage, aber auch schon Investitionsgüterhersteller bedienen sich in der Regel heute elektronischer Datenbanken im Direct-Marketing, das einst seine Wurzeln im gezielten Brief hatte, dem Mailing. Ohne diese Basis ist Direct-Marketing heute nicht mehr denkbar, und morgen schon gar nicht mehr, weil das „Shopping im Lehnstuhl" immer beliebter wird: Die Haushalte bestehen immer häufiger aus Mehrverdienern, die kaum Zeit haben für den Einkaufsbummel; die Verbraucher sind heute sehr genau über Preise orientiert; der Markt wird vielfältiger, und damit wächst das Bedürfnis nach mehr Transparenz, die mit dem Bildschirmtext für das Direct-Marketing erst zu voller Blüte kommen wird; Freizeit wird immer größer geschrieben – ein Markt mit rund 170 Mrd. DM Umsatz.

Ständige Ansprache nötig

Die Flut der Angebote will der Bürger in Ruhe sichten und sich dann entscheiden, aber zu Hause. Do-it-yourself will er ebenfalls zu Hause lernen, wozu sich eigentlich nur das Direct-Marketing eignet. Es hilft auch bei der Fortbildung, bei der Suche nach einem Arbeitsplatz oder auch nach dem geeigneten Beruf und ebenso bei der Gesundheitsvorsorge.

Direct-Marketing hat aber nur dann einen Sinn, wenn der Kontakt mit dem Kunden nicht mehr abreißt. Denn: Nichts ist so schwierig wie einen Kunden zu behalten, und nichts so kostspielig wie einen zu gewinnen. Da hilft nur die ständige Ansprache des Kunden, und die wiederum erfordert die computergestützte, stets aktuelle Kartei, die „Database" also.

Natürlich stand die Wiege des modernen Direct-Marketing in den USA. Dort bietet das Unternehmen Comp-U-Card seinen inzwischen angeschlossenen 800 000 Kunden einen umfassenden Marktüberblick auf dem Bildschirm zu Hause an.

Nutzbar auch für Laien

Doch auch hier schreitet Direct-Marketing zügig voran. Seit gerade zwei Monaten bietet die AZ Bertelsmann GmbH, Gütersloh, eine über Jahre und mit mehreren Millionen Mark Aufwand erstellte Firmen-Info-Bank an, die sich FIB abkürzt.

Diese Datenbank kann auch der EDV-Laie nutzen, denn ihre Philosophie ist simpel: Wer im Markt bestehen will, benötigt schnell die richtigen, aktuellen Informationen. Die Erhebung der Daten wurde direkt bei den Unternehmen vorgenommen. Die Bank enthält alle firmenrelevanten Daten – stets auf neuestem Stand. Von vielleicht noch größerer Bedeutung sind die gespeicherten Namen von allen Entscheidungsträgern, vom Vorstand bis hinab zu den Abteilungsleitern, den Prokuristen, Kommanditisten und Komplementären. Kapitalverflechtungen bietet FIB ebenso wie Produkte und deren Märkte. Genutzt werden kann diese Bank mit allen für die Telekommunikation geeigneten Endgeräten.

Von großem Interesse für Datennutzer dürfte sein, daß FIB ihnen die Möglichkeit bietet, eigene, geschützte Daten zu speichern und zu ergänzen. Das kann in all jenen Fällen von Bedeutung sein, in denen Unternehmen Informationen gesammelt haben, die sie zusammen mit FIB immer wieder nutzen möchten. Beispiel: Ein Computerhersteller speichert die Namen aller EDV-Nutzer ab und die Marken der Geräte, mit denen sie arbeiten. Der Hersteller kann diese Daten vielleicht ermitteln und sie später für die Akquisition nutzen; FIB würde an diese Informationen nie herankommen. So können FIB und der eigene Speicher in FIB optimal genutzt werden.

Auch in schwierigen Märkten hilft die Morgan Bank Ihrer Finanzabteilung Gewinne zu machen



Bei der Diskussion eines komplexen Kundengeschäfts in der Frankfurter Treasury. Stehend von links: Georg F. Baur, Geschäftsführer Morgan Guaranty GmbH; Thomas J. Kuhnke, General Manager Niederlassung Frankfurt mit Jürgen R. Mann, Leiter Wertpapierhandel/Syndizierung, und sitzend von links: Karl A. Schalke, Leiter der Kundenberatung, Michael Lenth, Leiter des Devisenhandels.

Zu einem bestimmten Zinssatz Geld verleihen – das kann jede Bank. Die Morgan Bank hat mehr zu bieten: Für Ihren Finanzbedarf entwickeln wir maßgeschneiderte Lösungen unter Einbeziehung von Trends und Möglichkeiten, die sich auf den internationalen Geld-, Kapital- und Devisenmärkten abzeichnen. Kurz – wir helfen Ihnen, zum richtigen Zeitpunkt das Richtige zu tun.

Dabei setzt die Morgan Bank ihre weltweite Erfahrung für Sie ein. Rund um die Uhr, rund um den Globus stehen unsere Spezialisten in den Finanzzentren miteinander in Kontakt. Wir können so die vielfältigen Entwicklungen lokaler Faktoren wie Zinssätze, Wechselkurse, Kapitalströme, Zentralbankmaßnahmen usw. in unsere globale Strategie für Sie miteinbeziehen.

Morgan konzentriert sich bei dieser Beratung auf Großunternehmen, Institutionen und Regierungen. Wir kennen auf den Märkten Angebot und Nachfrage und können somit günstige Möglichkeiten für unsere Kunden nutzen – auch darin liegt Morgan's Stärke.

Wir sind 'market-maker' im Devisenhandel, im Goldhandel sowie in speziellen Geldmarktpapieren und US-Bundesanleihen; daher sind unsere Quotierungen äußerst konkurrenzfähig.

Kurzfristig oder langfristig? Fester oder variabler Zins? Haben Sie Anlagebedarf oder suchen Sie Finanzierungen? Wir können Ihnen die unterschiedlichsten Anlagemöglichkeiten beziehungsweise attraktive Kredite, Darlehen und Projektfinanzierungen zur Verfügung stellen. Außerdem arrangieren wir Privatplazierungen in den verschiedensten Währungen für Anleger in der ganzen Welt. Durch Morgan Guaranty GmbH für die DM und durch Morgan Guaranty Ltd, London, für Fremdwährungen emittieren wir Festsatz-, Floating Rate-, Doppelwährungs- und Wandelanleihen im Eurobond Markt.

Dank unserer starken Position können wir die Geld- und Kapitalmärkte optimal für Sie nutzen und so dazu beitragen, die Kosten Ihrer Refinanzierung zu senken. Zur Absicherung von Fremdwährungs- und Zinsänderungsrisiken stehen wir Ihnen mit Währungs- und Zinsswaps, mit Optionen und Financial Futures zur Verfügung. Darüber hinaus umfaßt unser Service das Aufzeigen von Arbitragechancen, Cash Management-Beratung und die Mithilfe bei der Steuerplanung.

Sprechen Sie mit Ihrem Morgan Banker oder mit Karl A. Schalke, Leiter der Kundenberatung in Frankfurt, Telefon (0 69) 71 24-2 73.

Morgan Guaranty Trust Company of New York, Frankfurt, Mainzer Landstraße 46, ☎ (0 69) 712 40.
Morgan Guaranty GmbH, Frankfurt, Mainzer Landstraße 46, ☎ (0 69) 72 25 02.

The Morgan Bank

Mitglied der FDIC

BUNDESPOST

Rote Zahlen zeichnen sich ab

DW. Bonn

Die Deutsche Bundespost geht wieder schlechteren Zeiten entgegen. Der noch nicht veröffentlichte Haushaltsvoranschlag der Post für das kommende Jahr, den der Postverwaltungsrat voraussichtlich bei seiner nächsten Sitzung am 9. Dezember verabschieden wird, weist für 1986 einen Gewinnrückgang gegenüber dem Soll-Ergebnis 1985 um 750 Mill. DM auf rund 2.36 Mrd. DM aus. Aus weiteren Vorausschätzungen ergibt sich, daß sich dieser Abwärtstrend in den beiden darauffolgenden Jahren so sehr verstärken wird, daß 1988 rote Zahlen in der Bilanz drohen.

Verantwortlich für diese Entwicklung seien vor allem zwei Punkte, heißt es im Bundespostministerium: Erstens seien die Gebühren seit drei Jahren nicht mehr an die Inflationsrate angepaßt worden: einige Gebühren wurden sogar gesenkt. Andererseits hätten sich die Ausgaben durch – inzwischen leichte – Preissteigerungen erhöht. Aufgrund der ausgedehnten Investitionstätigkeit muß die Bundespost auch mit höheren Belastungen aus Abschreibungen, Zinsen und Tilgungen rechnen.

Das Ministerium betrachtet das Engagement beispielsweise bei der Breitwandverkabelung, der Digitalisierung des Fernmeldenetzes oder der Einführung der Glasfasertechnologie im Orts- und Fernnetz als eine Art Vorschub für die Zukunft. Damit werden indirekt auch die weiterhin steigenden Gesamtinvestitionen gerechtfertigt. Sie sollen 1986 gegenüber diesem Jahr nochmals um 5.3 Prozent auf den bisherigen Rekordwert von 18.1 Mrd. DM zunehmen. Einschließlich der Schuldentilgung von 5,5 Mrd. DM ergibt sich für 1986 ein Kapitalbedarf von 23.6 Mrd. DM; rund die Hälfte dieser Summe muß durch Fremdmittel gedeckt werden.

Angesichts dieser Umstände muß der Verbraucher damit rechnen, daß die Bundespost spätestens 1987 die Gebühren kräftig erhöhen wird.

BRITISCHER UNTERNEHMERVERBAND / Jahreskonferenz kritisiert hohe Zinsen und überbewertetes Pfund

Staatliches Investitionsprogramm gefordert

WILHELM FURLER, Harrogate

Der britische Unternehmerverband CBI fordert die Regierung Thatcher dringend auf, über ein staatliches Investitionsprogramm umgehend den Abbau der hohen Arbeitslosigkeit einzuleiten. Darüber hinaus betonten die Führer der Unternehmerorganisation auf der CBI-Jahreskonferenz in Harrogate vor mehr als 800 Industrievertretern des Landes, daß die Wettbewerbsfähigkeit der britischen Wirtschaft durch ein zu hohes Zinsniveau und entsprechend durch einen zu hohen Pfundkurs insbesondere gegenüber den anderen europäischen Währungen erheblich geschwächt sei.

CBI-Präsident Sir James Cleminson räumte allerdings ein, daß die britischen Unternehmen selbst über deutlich niedrigere Tarifabschlüsse ihren wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Wettbewerbssituation leisten müßten. Jüngste Befragungen in der britischen Wirtschaft hätten gezeigt, daß 71 Prozent der Unternehmen ihr Exportgeschäft wegen zu hoher Preise nicht ausweiten könnten. „Die britische Wirtschaft gesteht sich Verbesserungen der Bezüge zu, die in keinem Verhältnis mehr zu denen in Deutschland, Japan und den USA stehen", beklagte auch der Generaldirektor des Unternehmerverbandes, Sir Terrence Beckett, in seiner Eröffnungsansprache.

Die vordringlichste Aufgabe der Unternehmer sei deshalb, alle Tarifverbesserungen, die nicht direkt an Produktivitäts- und Leistungsverbesserungen gekoppelt sind, vollständig auszumerzen. Man könne nicht länger die Gewerkschaften für die ungerechtfertigt hohen Verbesserungen der Bezüge – sie bewegen sich gegenwärtig bei durchschnittlich acht Prozent – verantwortlich machen. Denn inzwischen sei weniger als ein Drittel der Beschäftigten in der Privatwirtschaft gewerkschaftlich organisiert. Vielmehr sei die Automatik von Tarifzugeständnissen in der Größenordnung von sechs bis sieben Prozent und darüber tief in das Unterbewußtsein der Briten eingegraben. „Diesen Dämon müssen wir exorzieren", fordert Sir Terrence.

Um dem für das ganze Volk so wichtigen Abbau der Arbeitslosigkeit endlich Nachdruck zu verleihen, muß über die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit hinaus umgehend ein staatliches Investitionsprogramm eingeleitet werden, fordert der CBI. Der Schatzkanzler habe zwar vor kurzem in seiner Erklärung zur Wirtschaftslage bereits seine Bereitschaft zu gewissen Konzessionen im Investitions- und Steuerbereich angedeutet. Doch dies sei nicht genug.

Der CBI fordert kein reflationäres Ankurbelungsprogramm. Vielmehr sollte der Schatzkanzler im kommenden Frühjahrs-Haushalt 1986 eine Milliarde Pfund (3,7 Mrd. DM) aus „den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln" bereitstellen. Damit könnten Verbesserungen in die vernachlässigten Innenstädte, Investitionen in öffentliche Gebäude und in das Straßennetz, sowie ein weiterer Ausbau der Jugendausbildung finanziert werden. Nach Ansicht der CBI-Führung würde dieses Programm im ersten Jahr bis zu 350 000 weniger Arbeitslose zur Folge haben.

Dabei vertritt der CBI den Standpunkt, daß diese Mittel anstelle der angekündigten Steuerkürzungen eingesetzt werden sollten. Eine vom Verband beauftragte Umfrage hat gezeigt, daß 66 Prozent der arbeitenden Briten bereit wären, eine zusätzliche Steuerbelastung oder niedrigere Bezüge in Kauf zu nehmen, wenn dadurch ein Rückgang der Arbeitslosigkeit (gegenwärtig 13 Prozent der Bevölkerung) erreicht werde.

Mit besonderer Sorge beobachtet der CBI die sich verschlimmernden Auswirkungen einer unzureichenden Ausbildungspolitik. So berichten 61 Prozent der Mitgliedsunternehmen über erhebliche Schwierigkeiten oder sogar die Aussichtslosigkeit, geeignetes Fachpersonal zu finden. Gerade in der Jugend- und Lehrlingsausbildung hänge Großbritannien weit hinter Deutschland zurück.

Mit Nachdruck fordert der CBI erneut eine Vollmitgliedschaft Großbritanniens im Europäischen Währungssystem EWS. Die Wechselkursschwankungen des Pfundes hätten zu einer „nicht mehr zu verkraftenden Unsicherheit" in der britischen Ex- und Importwirtschaft geführt. 60 Prozent der britischen Exporte gehen in die EG-Mitgliedsländer.

BRZ-BANK / Fehrenbach neuer Vorstandsvorsitzender

Personelle Konsequenzen

sz. München

Nur ein Punkt stand gestern auf der Tagesordnung einer außerordentlichen Aufsichtsratssitzung der Bayerischen Raiffeisen-Zentralbank AG (BRZ) in München, die in den letzten Wochen durch eine enorme Schieflage bei der Finanzierung von Bauherren-Modellen in die Schlagzeilen geraten war: Neubesetzung des Vorstands. Der Weg dazu war frei, nachdem als erstes der seit dem 6. November beurlaubte BRZ-Vorstandsvorsitzende Konrad Vilgertshofer seinen Rücktritt einreichte. Eigentlich hatte er damit bis zur Vorlage des endgültigen Sonderprüfungs-Berichts (Mitte Januar 1986) warten wollen.

Doch spätestens nach der Vertreterversammlung des Bayerischen Raiffeisenverbandes – unter den Genossen soll der voraussichtliche Wertberichtigungsbedarf von 750 Mill. DM am Montag vergangener Woche wie „eine Atombombe eingeschlagen" haben – war dem BRZ-Aufsichtsgremium klar, daß so schnell wie möglich ein neues Spitzenmanagement her mußte. Die Entscheidung war schnell gefallen: Zum neuen Vorstandsvorsitzenden wurde Karl Fehrenbach (46) berufen, bislang stellvertretender Vorstandsvorsitzender der BayWa AG. Seine Wahl fiel offensichtlich nicht schwer. Fehrenbach war von 1971 bis Mitte 1974 Leiter der BRZ-Kreditabteilung und kennt sich damit in eben jener Abteilung besonders gut aus, der das Institut nun das Desaster verdankt.

Ihm zur Seite stellte der Aufsichtsrat als stellvertretenden Vorsitzenden Hans-Jürgen Peiter (42), bisher Direktor und Bereichsleiter Anlagen bei der Frankfurter DG-Bank. Da er zugleich auch Geschäftsführer der DG Anlage-Gesellschaft mbH war, die geschlossene Immobilienfonds betreut, dürfte ihm künftig bei der BRZ eine entscheidende Rolle bei der Verwertung der notleidend gewordenen Bauherren-Objekte zufallen. Gleichzeitig konnte damit die DG-Bank, die für die BRZ eine Garantie bis zu 450 Mill. DM übernommen hat, einen Mann ihres Vertrauens bei dem Spitzeninstitut der 930 bayerischen Raiffeisenbanken installieren. Weiterhin stellvertetender Vorstandsvorsitzender bleibt auch Klaus E. Breithaupt.

FRANKREICH / Notenbank verbilligt Refinanzierung der Banken am Geldmarkt

Die Zinsen geraten wieder ins Rutschen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Paris forciert seine Zinssenkungspolitik. Unter Hinweis auf die weitere Verminderung der französischen Inflationsrate (zuletzt fünf Prozent) und auf die feste Haltung des Franc insbesondere gegenüber der D-Mark hat die Banque de France am Wochenende ihren Interventionssatz auf Geldmarktpapiere unerwartet stark von 9.18 Prozent (seit 17. Oktober) auf $8^3/_4$ Prozent gesenkt. Entsprechend verbilligten sich gestern die Zinssätze am Geldmarkt. Tagesgeld kostet jetzt nur noch neun Prozent.

Andererseits beschloß die Notenbank mit Wirkung vom 20. November, die unverzinslich bei ihr zu unterhaltenden Pflichtreserven der Banken von 2,5 auf drei Prozent für Sichteinlagen, von 0,25 auf 0,50 Prozent für Sparkonten bis zu drei Jahren und von 0.1 auf 0,2 Prozent für Ausleihungen zu erhöhen. Dadurch wird den Banken etwa 6 Mrd. Franc Liquidität entzogen. Der ihnen aus der Ermäßigung der Geldmarktzinsen entstehende Gewinn – die französischen Banken refinanzieren sich fast ausschließlich am Geldmarkt – wird dadurch um vier Zehntel reduziert.

Wirtschafts- und Finanzminister Bérégovoy erwartet, daß die Banken noch in dieser Woche ihre Kreditzinsen ermäßigen. Ihr Basiszins für Ausleihungen an erste Adressen beträgt seit dem 22. Juli unverändert 10,85 Prozent. Damals hatte der Interventionssatz der Notenbank auf Geldmarktpapiere 9 ⅝ Prozent betragen.

Während sich am Montag die Banken noch unentschlossen zeigten, gerieten die Zinssätze am Rentenmarkt ins Rutschen. Sie liegen gegenwärtig bei etwa 10,5 Prozent, was im internationalen Vergleich immer noch sehr hoch ist. Paris bleibt damit für ausländische Anleger attraktiv, zumal mit einer weiteren Verminderung der Inflation gerechnet wird.

Durch die Mindestreserven-Erhöhung will die Notenbank der beschleunigten Geldexpansion entgegenwirken. Das für 1985 auf vier bis sechs Prozent festgelegte Geldmengenziel war zuletzt mit 6,5 Prozent übertroffen worden.

WSI für „andere Wirtschaftspolitik"

Py. Düsseldorf

Vorsichtig optimistisch hinsichtlich der Dauerhaftigkeit des wirtschaftlichen Aufschwungs in der Bundesrepublik äußert sich das Wirtschafts- und Sozialwissenschafliche Institut des Deutschen Gewerkschafts-Bundes (WSI). Dennoch sieht das Institut erhebliche Belastungen „durch die Krise in der Bauwirtschaft und den fortgesetzten Restriktion des Staates". In seiner Herbstprognose 1985/86 wirft das WSI dem Staat vor, durch die mit seinem Sparkurs unterlassenen Investitionen die Verantwortung für den Beschäftigungsabbau in den der Bauindustrie vor- und nachgelagerten Branchen zu tragen.

Es räumt zwar ein, daß die überwundene starke Exportlastigkeit und die den gewerblichen Investitionen folgende Stärkung der Inlandsnachfrage dem Wachstum zu einem breiten Fundament verholfen habe, doch entlaste die Steuerreform die Bezieher hoher Einkommen weit mehr als früher angenommen. Außerdem sei zu befürchten, daß die expansiven Effekte durch weitere Sparmaßnahmen des Staates kompensiert würden.

Das vergleichsweise gute Wachstum im nächsten Jahr (drei nach 2,5 Prozent) läßt nach Angaben des WSI ferner zwei Probleme ungelöst: Die Zunahme des Produktionspotentials sei noch zu gering, um nach 1986 ein Wirtschaftswachstum zu ermöglichen, das den Produktivitätsfortschritt kompensiere und die schwierige Lage am Bau stehe schnellen Fortschritten auf dem Arbeitsmarkt entgegen. Das WSI: „Eine andere Wirtschaftspolitik könnte auf diesen beiden Feldern kurzfristig größere Erfolge erzielen ohne die Preisstabilität zu gefährden."

Dazu zählt das Institut zum einen die Aufgabe der „leicht restriktiven Geldpolitik" durch die Bundesbank, zum anderen einen spürbaren Beitrag der Finanzpolitik zur Verbesserung der Arbeitsmarktlage. Ohne weitere Verzögerung sollte ein mittelfristiges Investitionsprogramm gestartet werden, das in erster Linie den Kommunen und der Bauwirtschaft zugute kommen müßte. Es sei zu finanzieren durch den Vorgriff auf Mittel, die nach der Planung der Bundesregierung für die zweite Stufe der Steuerentlastung verwendet werden sollen.

JAPAN–EG / Dreitägige Ministerkonferenz beendet

Tokio lehnt Importziele ab

FRED de LA TROBE, Tokio

Die dreitägige Ministerkonferenz zwischen Japan und der EG in Tokio, die am Montag endete, habe die Beziehungen zwischen Japan und der Europäischen Gemeinschaft gestärkt. Das erklärte Willy de Clercq, für den Außenhandel zuständiger EG-Kommissar in Tokio. Erfreulich sei auch die Zusage Japans, künftige amerikanisch-japanische Verhandlungen nicht auf Kosten der Europäer zu führen. Im übrigen beurteile er das Ergebnis der Konferenz mit „gemischten Gefühlen".

Auf seiten der EG waren neben de Clercq auch Karl-Heinz Narjes, Vizepräsident der Kommission, und Peter Sutherland, Kommissionsmitglied für Wettbewerbspolitik, anwesend. Die Delegation der EG regte an, daß Japan zeitliche und mengenmäßige Zieldaten für Importe verarbeiteter industrieller und landwirtschaftlicher Produkte aus der Zehnergemeinschaft festsetze. Dieser Vorschlag wurde aber von den Japanern mit dem Hinweis abgelehnt, daß ihre Wirtschaft auf Marktkräften aufbaue und nicht auf Plandaten. Außenminister Abe hob aber hervor, daß auch Tokio über die chronisch hohen Überschüsse Japans im Handel mit der EG besorgt sei. Mit dem stärkeren Yen würden die Einfuhren schon steigen und die Regierung werde diesen Trend mit verschiedenen Maßnahmen unterstützen. Auch eine von der EG-Delegation vorgeschlagene alternative Regelung, wie langfristige Importschätzungen, Verwirklichung der Maßnahmen des jüngsten Liberalisierungsprogramms schon bis Ende 1986 statt in drei Jahren und Käufe der japanischen Regierung in der EG, lehnten die Japaner ab.

Narjes erklärte, zwischen den Japanern und Europäern gebe es keine Differenzen in der Diagnose, wohl aber unterschiedliche Ansichten über die Therapie. De Clercq betonte, man wisse die bisherigen Anstrengungen Japans zu würdigen, die Ergebnisse seien aber nicht ausreichend. Das Defizit der EG im Handel mit Japan lag in den beiden letzten Jahren jeweils bei 10 Mrd. Dollar. Die EG-Delegation forderte außerdem eine Verbesserung des japanischen Vertriebssystems, das die Europäer daran hindere, ihre Wettbewerbskraft auszuspielen, und größeren Zugang zum japanischen Kapitalmarkt. So müßte etwa den ausländischen Banken in Japan erlaubt werden, sich im Ausland zu finanzieren, die Zinsen müßten freigegeben und das Trustgeschäft den Ausländern erlaubt werden.

Im wissenschaftlichen Bereich vereinbarten beide Seiten eine engere Zusammenarbeit. Ein Austausch junger Wissenschaftler soll in Kürze beginnen. Ein Zentrum für industrielle Zusammenarbeit zur Förderung von Technologietransfer wird in Tokio gegründet werden. (SAD)

USA / New Yorker Notenbankchef Corrigan attackiert Explosion der Schuldenlast

Ausland ist wichtige Finanzquelle

H.-A. SIEBERT, Washington

Die bisher schärfste Attacke gegen die Explosion der öffentlichen und privaten Verschuldung in den USA hat der Präsident der Federal Reserve Bank in New York, E. Gerald Corrigan, geritten. Nach einer von ihm vorgelegten Untersuchung ist Amerikas Schuldenlast, wenn nichts geschieht, 1995 mehr als zweimal so groß wie das Bruttosozialprodukt (BSP), die Summe der volkswirtschaftlichen Leistung.

Corrigan, der als ein „Zögling" des „Fed"-Vorsitzenden Paul A. Volcker gilt, macht für die Entwicklung die Wertschöpfung verantwortlich, die langsamer wächst als der Schuldenberg. Genauer: Von 1981 bis 1985 hat sich das Verhältnis Schulden zum Sozialprodukt um 20 Basispunkte auf über 1,60 verschlechtert. In zehn Jahren sollen einem Dollar BSP 2,25 Dollar Schulden gegenüberstehen.

Besorgniserregend ist laut Corrigan die starke Ausweitung sowohl der öffentlichen als auch der privaten Schulden. Aber Washingtons Unfähigkeit, die riesigen Haushaltsdefizite in den Griff zu bekommen, hat die Lage dramatisch verschlimmert. Immerhin erhöhte sich die Einnahmenlücke auf 212 Mrd. Dollar (Finanzjahr 1985). In diesem Jahr allein verschlingt der Zinsendienst für die Bundesschuld rund 130 Mrd. Dollar, was dem gesamten Einkommensteuer-Aufkommen westlich des Mississippi entspricht.

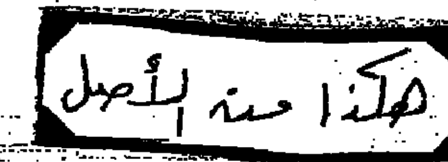
Von diesem gewaltigen Betrag, der das strukturelle Defizit erst einmal zementiert, fließen 1985 bereits mehr als 20 Mrd. Dollar an die ausländischen Besitzer amerikanischer Schuldverschreibungen. Corrigan sagt voraus, daß Washingtons Zinsendienst auch bei einem günstigen Konjunkturverlauf bis 1990 auf 210 Mrd. Dollar steigt, wenn die Bemühungen des Kongresses um eine Haushaltskonsolidierung scheitern. Dann aber müssen von fünf Dollar, die der Fiskus aus der Besteuerung der privaten Einkommen erhält, zwei für die Verzinsung abgezweigt werden. Schon jetzt machen allein die Bundesschulden etwa die Hälfte des US-Sozialprodukts aus.

Folgt man Corrigan, dann verschlang das Budgetdefizit der Vereinigten Staaten 1984 zwei Drittel der privaten Netto-Ersparnisse, verglichen mit 20 bis 30 Prozent in Japan, der Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien. Als Folge der hohen Zinsen und des teuren Dollars verschlechterte sich drastisch die US-Leistungsbilanz; Amerika wurde wieder ein Netto-Schuldnerland. Setzen sich die Kapitalimporte im bisherigen Umfang fort, kann die Auslandsverschuldung der USA, so Corrigan, schon Ende dieser Dekade 500 Mrd. Dollar erreichen.

Unterm Strich bedeutet das nichts anderes, als daß die USA in der Handelsbilanz – der Passivsaldo übersteigt in diesem Jahr mehr als 130 Mrd. Dollar – hohe Überschüsse erwirtschaften müssen, wenn die Leistungsbilanz wieder ausgeglichen werden soll. Das ist unwahrscheinlich, denn bei heutigen Geldpreisen verursacht der Zinsendienst für Ausländer eine Lücke von 35 bis 45 Mrd. Dollar. Der Schlüssel ist auch hier das Haushaltsdefizit, das nach Corrigan „zur Hälfte oder sogar mehr" vom Ausland finanziert wird.

Im privaten Bereich warnt Corrigan vor einem „falschen Sicherheitsgefühl", das die Statistiken erzeugen. Für zu optimistisch hält er Angaben über die angeblich hohe Liquidität der Verbraucher und die jetzt stagnierende Verschuldung in der Wirtschaft. Das Verhältnis Schulden/BSP nehme im privaten Sektor insgesamt weiter zu, und zwar von einem bisher nicht gekannten hohen Niveau aus, betonte er. Corrigan beklagt den Verlust an Sachvermögen – netto rund 150 Mrd. Dollar –, der durch die Übernahmen und Buyouts auf Pump entstanden sei. Dieser Betrag übersteige nominal die Werte, die in den vergangenen 30 Jahren von der amerikanischen Wirtschaft (ohne Finanzinstitute) geschaffen worden seien.

Für den Privatsektor nennt Corrigan sonst keine Zahlen. Aber auf der Basis des Jahres 1984 schlugen die Schulden der amerikanischen Haushalte mit 1832 und der Wirtschaft mit 2589 Mrd. Dollar zu Buch. Einschließlich des Bundes, der Länder und Gemeinden erreichte die Gesamtverschuldung damals rund 6000 Mrd. Dollar.



KERNENERGIE / Erster Reaktor wird stillgelegt

Auf dem Weg zur Normalität

HANS BAUMANN, Kahl

Hätte der Bayerische Staat nicht entschlossen auf Kernenergie gesetzt, so würde der Strompreis heute in Bayern um rund 15 Prozent höher sein. Das erklärte der Vorsitzende des Vorstandes der Bayernwerk AG, Hans Heitzer, in einer Podiumsdiskussion zum 25. Jahrestag der Inbetriebnahme des Versuchsatomkraftwerkes Kahl, mit dem die Bundesrepublik ihren ersten Schritt in das Zeitalter der friedlichen Nutzung von Kernenergie tat.

Heitzer wies darauf hin, daß Bayern mit der Kernkraft seinen natürlichen Standortnachteil in der Stromversorgung (Ferne zum Revier und zur Küste) überwunden habe. Seit drei Jahren hätten auch die Strompreise nicht mehr erhöht zu werden brauchen, womit der Magnetismus des Landes auf ansiedlungsfreudige *Unternehmen gewachsen sei. Die* gesamte Grundlast werde heute in Bayern von Wasserkraft und Kernenergie gedeckt. Jede zweite Kilowattstunde stammt aus Kernkraftwerken; im Bundesgebiet wird zum Jahresende jede dritte Kilowattstunde Kernenergie sein. Die gute Erzeugungsstruktur wird nach Heitzer noch komplettiert, wenn 1988 das Kernkraftwerk Isar II in Betrieb gehen wird.

Das Vorstandsmitglied der Rheinisch Westfälische Elektrizitätswerke AG (RWE), Essen, Franz Josef Spalthoff, erinnerte daran, daß die Kernkraft zwar zum Jahresende 35 Prozent der Stromerzeugung in der Bundesrepublik decke, *daß* aber die Kohle weiterhin mit 60 Prozent den größten Teil der Versorgung behalte. Es *sei daber falsch, zu behaupten, die* Kernenergie verdränge die Steinkohle. Der heutige Kostenvorsprung der Kernkraft in der Grundlast der Stromerzeugung von 4 bis 5 Pfennig je Kilowattstunde, werde weiter wachsen, da die Kohle mit größerer Nachfrage teurer werde und hohe Kosten für ihre umweltfreundliche Verbrennung verursache.

Wenn die sechs im Bau befindlichen Kernkraftwerke mit einer Leistung von zusammen 7000 Megawatt in Betrieb seien, dann sei die Grundlast *in der Bundesrepublik* bis weit in die neunziger Jahre gedeckt. „Dabei aber dürfen wir nicht stehenbleiben", sagte Spalthoff. Der Schritt in die nächsten Reaktorgenerationen (Hochtemperaturreaktoren und Schnelle Brüter) sei zwingend. „Dafür aber müssen die Rahmenbedingungen im Bund und im Land stimmen", mahnte er. Stabile und niedrige Strompreise seien für die Wirtschaft von größter Bedeutung, und damit Vorbedingung für Erhalt und Vermehrung von Arbeitsplätzen.

„Im Gegensatz zu früher liegen die Strompreise in Bayern heute deutlich unter dem Bundesdurchschnitt", sagte *Alfred Dick, Staatsminister* von Bayern. Der hohe Anteil der Kernkraft an der Stromerzeugung in seinem Land habe dazu geführt, daß die Schwefeldioxidemissionen seit 1976 um rund 75 Prozent zurückgegangen seien. Heute würden sie noch rund 100 000 Tonnen im Jahr betragen, in zwei Jahren aber würden sie unter 50 000 Tonnen liegen.

„*Auf dem Weg in die Normalität*" sieht Klaus Barthelt, Vorsitzender des Vorstandes der Kraftwerk-Union, die Kernkraft in der Bundesrepublik. Auch er fordert politische Rahmenbedingungen, die es ermöglichen, „eine der umweltfreundlichsten Technologien, die uns *Menschen* je zur Verfügung standen, auch wirklich zum Nutzen der Menschen einzusetzen".

Das Versuchsatomkraftwerk Kahl, das große Erkenntnisse für die friedliche Nutzung der Kernkraft lieferte und in dem die deutsche Elektrizitätswirtschaft bisher ihre Kerntechniker ausbildete, wird in wenigen Wochen abgeschaltet und nach und nach abgetragen.

NAMEN

Fritz Sladeczek, Vorstandsmitglied der *WMF* Württembergische Metallwarenfabrik AG, Geislingen, ist zum stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden bestellt worden. **Fritz J. Lehnen** zum ordentlichen Vorstandsmitglied berufen.

Helmut Eberspächer, geschäftsführender Gesellschafter der J. Eberspächer, Esslingen, und Vorsitzender der Landesvereinigung Baden-Württembergischer Arbeitgeberverbände, vollendete am 18. November das 70. Lebensjahr.

Walter Strittmatter, Mitglied der Vorstände der Hanse-Merkur-Versicherungsgruppe, wurde 60 Jahre.

Dr. **Hartmut Friedrich, Klaus Hennings, Horst Meyer** und **Gerhard Schulze**, sind neben Dr. **Gunther Berger** (Vorstandsvorsitzender) und Dr. **Jörg Dierolf**, zu neuen Vorstandsmitgliedern der Gerresheimer Glas AG, Düsseldorf, bestellt worden.

GENFER GIPFEL / Auch wirtschaftliche Aspekte spielen bei der Begegnung Reagan–Gorbatschow eine Rolle

Rüstungsausgaben belasten UdSSR stärker als USA

Von HORST-A. SIEBERT

Bei dem letzten Gipfeltreffen der beiden Supermächte küßte Jimmy Carter, sichtlich bewegt, Leonid Breschnew zum Abschied in Wien. Ist es denkbar, daß in Genf *Michail* Gorbatschow die *Initiative* ergreift und Ronald Reagan einen Kuß auf die Wange drückt, um dem *amerikanischen Präsidenten* für die endlich gewährte Meistbegünstigungsklausel, staatliche Kredite und Spitzentechnologien „Made in USA" zu danken?

Vermutlich würde sich der Russe selbst bei einer solchen Kehrtwen*dung in den wirtschaftlichen* Beziehungen zurückhalten und Kühle bewahren. Aber unter den vielen Propheten, die besonders in Amerika bei derartigen Okkasionen zu Worte kommen, schießen die Spekulationen ins Kraut. Diskutiert werden zwei *mögliche Szenarien:*

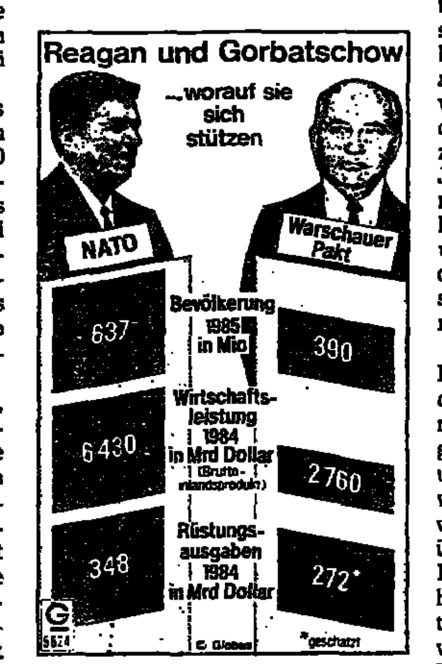
1. Ohne eine Ausweitung des Handels mit den Vereinigten Staaten kann Gorbatschow die für das Jahr 2000 anvisierte Verdoppelung des sowjetischen Bruttosozialprodukts nicht schaffen. Für ihn zwingend sind *deshalb* Absprachen über die Eindämmung der Rüstungausgaben, wodurch Ressourcen frei würden. Dies liegt auch im Interesse der USA, so daß eine engere ökonomische Kooperation möglich erscheint.

2. Auch wenn Moskau nur bereit ist, jüdischen Sowjetbürgern die Ausreise in den Westen zu erlauben, könnte sich das Wirtschaftsklima zwischen *den Supermächten verbessern*. Darauf dringt die amerikanische Industrie, die in den letzten Jahren fast jeden Wettlauf um Aufträge gegen die europäische und japanische Konkurrenz verloren hat. Die Emigration russischer Juden erreichte 1979 mit 51 200 ihren Höhepunkt; im vergangenen Jahr sank die Zahl unter 1000.

Die Logik der Argumente spricht für sich, zumal der Rückstand der sowjetischen Wirtschaft gegenüber der amerikanischen riesig ist. Wie sehr zeigen diese Zahlen: Bei etwa gleicher Bevölkerung ist die Summe der Wertschöpfung, die sich im Sozialprodukt ausdrückt, in der UdSSR mit 2000 Milliarden Dollar lediglich halb so groß wie in den USA und nur geringfügig größer als in Japan. In den Vereinigten Staaten sind – auch ein Grund für die höhere Produktivität – 620 000 Groß- und Kleincomputer, in der Sowjetunion 30 000 in Betrieb. Zumeist sind es Kopien von längst ausgesteuerten US-Modellen.

Hinzu kommt, daß Moskau mindestens so viel für die Rüstung aufwendet wie Washington (1986: rund 300 Milliarden Dollar, gesamter Verteidigungsetat). Das entspricht einer doppelten Belastung der sowjetischen Wirtschaft. Wach wird auch die Erinnerung an Nikita Chruschtschow, der vor zweieinhalb Jahrzehnten den Genossen versprach, die USA bis zum Ende dieser Dekade wirtschaftlich zu überholen. Er fiel auch deshalb in Ungnade, weil seinem Reformprogramm die realistische Basis fehlte. Michail Gorbatschow wird wissen, *daß* seine ökonomischen Ziele ähnlich hochgesteckt sind.

Indes, besonders im Verhältnis der beiden Supermächte besteht ein enger Zusammenhang zwischen der politischen Großwetterlage und der Breite des wirtschaftlichen Brückenschlags. Das bestätigt die Entwicklung seit Richard Nixons Visite in Moskau im Mai 1972, die Leonid Breschnew im Juni 1973 erwiderte. Damals öffnete der erste republikanische Präsident nach John F. Kennedy und Lyndon Johnson den Russen die Türen zu den gigantischen *amerikanischen Getreidevorräten.* Sofort erwarb die Sowjetunion, die in einer tiefen Versorgungskrise steckte, 18 Millionen Tonnen Mais und Weizen.



Nie wieder sind während beider Besuche zwischen den USA und der UdSSR so viele Abkommen unterzeichnet worden. Mit dem Ende des Kalten Krieges kooperierten die Supermächte plötzlich neben SALT beim Austauch von Waren- und Dienstleistungen sowie wissenschaftlichen und technologischen Erkenntnissen, darunter auch der friedlichen Nutzung der Atomenergie. Was Nixon eher dilatorisch in seinen Memoiren unter „Summit I" und „Summit II" beschreibt, hat jedoch nicht lange vorgehalten. Wie eine kalte Dusche wirkte in der amerikanischen Bevölkerung Moskaus „Getreideraub", der die Scheuern im Farmgürtel leerte und die Inflation explodieren *ließ. Schließlich mußte das Weiße* Haus sogar einen Exportstopp für Sojabohnen verfügen.

Die von Nixon und Breschnew kunstvoll konstruierte Wirtschafts-Détente demontierte endgültig der Kongreß, der den Antrag der Exekutive für die Vergabe der Meistbegünstigung mit der Forderung nach verbindlichen Zusagen des Kreml für auswanderungswillige Juden beantwortete. Das lehnten die Sowjets, die damit auch auf die Zollvorteile verzichteten, ab. Das sogenannte Vanik-Jackson-Amendment – Charles Vanik vertrat Ohio im Repräsentantenhaus, der einflußreiche, inzwischen verstorbene Senator Henry Jackson den Staat Washington – machte Geschichte; wütend annullierte Breschnew das Handelsabkommen.

Die Ausreisebedingungen hat der Kongreß im Artikel 402 des US-Handelsgesetzes von 1974, das Anfang Januar 1975 verabschiedet wurde, festgeschrieben. Sie gelten noch heute, und eine Korrektur ist nur denkbar, wenn Moskau die Auflage erfüllen würde. Der Gesetzeszusatz verbietet überdies die Gewährung staatlicher Darlehen über ein bescheidenes Maß hinaus sowie von Kredit- und Investitionsgarantien. Damit bleibt die Sowjetunion ein Handelspartner zweiter Wahl.

Damit aber nicht genug. Seit dem Einmarsch der Sowjets in Afghanistan hat Washington auch eigene Exportbarrieren errichtet, die wiederum den Kreml veranlaßt haben, andere Lieferquellen zu suchen. So erließ Jimmy Carter 1979/80 nicht nur ein Teilembargo für amerikanisches Getreide, er untersagte außerdem den *Verkauf von Öl- und Erdgasausrüstungen.* Nicht bauen durfte der Stahlkonzern Armco eine Produktionsstätte für Edelstahl in der UdSSR (Wert: 400 Millionen Dollar).

Obwohl Ronald Reagan im Frühjahr 1981 Carters Getreideboykott auf Drängen der exportgeschädigten Farmer aufhob, hat er bei Erzeugnissen von militärisch-strategischem Wert eine noch schärfere Gangart eingeschlagen. Sein Versuch, die sibirisch-europäische Erdgas-Pipeline zu torpedieren, ist zwar gescheitert. Der erheblich *verschärfte* „Export Administration Act of 1985" hat aber praktisch die Ausfuhr echter Spitzentechnologien, die in anderen Ländern nicht verfügbar sind, unmöglich gemacht. Die Verbotsliste „Cocom" der Verbündeten ist heute kaum noch zu umgehen.

Die Bremseffekte dieser Maßnahmen spiegeln sich in den bilateralen Handelsstatistiken, wobei die in der Außenwirtschaft üblichen langen Bestell- und Lieferzeiten zu berücksichtigen sind. So löste Nixons Wirtschafts-Détente zunächst einen Orderschub – zum Beispiel für den Bau von Düngemittelfabriken und die Beteiligung der Amerikaner an der Errichtung des Lastkraftwagenwerkes an der Kama – aus, der die US-Exporte von 1974 bis 1979 von 0,6 auf 3,6 Milliarden Dollar in die Höhe trieb. Die Russen steigerten ihre Ausfuhren von 350 auf 900 Millionen Dollar. Der Tiefpunkt wurde *1980* mit 1,5 und 0,4 Milliarden Dollar erreicht. Im letzten Jahr schlugen die jeweiligen Lieferungen dann mit 2,5 und ebenfalls 0,4 Millarden Dollar zu Buche.

Das sind nur kleine Tropfen auf den heißen Stein. Verzerrt wird das Bild zudem durch die sowjetischen Getreidebezüge, die fast regelmäßig etwa zwei Drittel der US-Ausfuhren *in die UdSSR ausmachten. Worauf* es jedoch ankommt, ist der Warenverkehr mit Industriegütern. In diesem Jahr zum Beispiel kauft Moskau in den Vereinigten Staaten für 1,6 Milliarden Dollar Getreide, um die Erntelücken zu füllen. Dagegen schrumpft der Erwerb amerikanischer Maschinen und Ausrüstungen auf 100 (1975: 600) Millionen Dollar.

Nach Haus berichtet die US-Botschaft in Moskau von der Schwierigkeit der Sowjetunion, bei zurückgehender Ölförderung harte Devisen zu verdienen. In solchen Valuten wird die Verschuldung mit zehn Milliarden Dollar angegeben. Erwartet wird folgerichtig eher eine Abnahme der russischen Auslandskäufe. Es ist also sowieso nicht viel „drin".

Nüchtern gesehen ist Präsident Reagans wirtschaftlicher Manövrierraum mithin in jedem Fall gering. Wenn überhaupt, ist die ökonomische Annäherung ein langwieriger, vom politischen Klima bestimmter Prozeß. Selbst wenn Reagon wollte, könnte er die europäische und japanische Konkurrenz beim Knüpfen attraktiver Finanzierungspakete nicht *einfach überbieten.*

FLÜSSIGGAS

Keine Chancen im Automarkt

Bm. Düsseldorf

Da das Angebot von Flüssiggas weltweit wächst, werden die Preise im bevorstehenden Winter mit größter Wahrscheinlichkeit nicht steigen. Das ist die Meinung des Deutschen Verbandes Flüssiggas, der in Düsseldorf mit der Presse diskutierte. Obwohl der *Gesamtmarkt Energie* stagniert, wird mit weiter steigender Nachfrage nach Flüssiggas gerechnet. Für 1985 soll die Steigerungsrate zwischen sieben und acht Prozent liegen.

1984 wurden insgesamt in der Bundesrepublik knapp über eine Million Tonnen Flüssiggas abgesetzt mit einem Gesamtumsatz von 1,3 Mrd. *Mark. Im Verband sind* 74 Flüssiggasanbieter organisiert, die Quote liegt damit bei weit über 90 Prozent. Der Markt wird vornehmlich von den Ölmultis beliefert. Dabei steigen die einfuhren in diesem Jahr auf rund 40 Prozent des Bedarfs.

Flüssiggas ist keine billige Energie. Je Kilowattstunde kostet es 8 bis 9 Pfennig. Der vergleichbare Preis für *leichtes Heizöl* liegt bei 6,5 bis 7 Pfennig und der für Erdgas bei 5,5 bis 6 Pfennig. Die großen Hoffnungen, die *das Flüssiggas auf den Automarkt* gesetzt hatte, sind inzwischen zu Grabe getragen worden. Die andauernd niedrigen Benzinpreise in der Bundesrepublik und die relativ hohe Autogassteuer, die der Gesetzgeber nicht reduzieren will, lassen dem Gas keine Chance.

BILANZANALYSE SÜDWEST / Landesbank-Studie

Struktur der Firmen gesund

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Auf der Grundlage einer seit geraumer Zeit stark verbesserten Auftragslage und wohl auch beeinflußt von Rationalisierungserfordernissen und den Bemühungen um technologische Weiterentwicklung hat der Maschinenbau seine Investitionen kräftig aufgestockt. Dies geht aus einer Untersuchung der Landesbank Stuttgart hervor, die eine Analyse der Bilanzen 1984 von 100 baden-württembergischen Industrie-Aktiengesellschaften anfertigte. Ihr ist zu entnehmen, daß die Maschinenbaufirmen, die im Südwesten stark vertreten sind, im vergangenen Jahr bei den Sachanlagenzugängen mit einem Plus von 26,8 (1983: 2,3) Prozent den höchsten Zuwachs bei den Investitionen quer durch alle Branchen auswiesen.

In der Rangliste folgen sonstige metallverarbeitende Industrien mit einer Steigerung der Sachinvestitionen um 15,7 (nach einem Minus von 20,2) Prozent, die Textilindustrie mit plus 14,3 (plus 47,5) Prozent und die Elektrotechnik mit plus 13,7 Prozent. Weiter geschrumpft sind dagegen die Investitionen im Straßenfahrzeugbau um 16 (minus 15,5) Prozent. Hierbei muß freilich berücksichtigt werden, daß sich bei der in die Untersuchung einbezogenen Daimler-Benz AG, auf die über 40 Prozent der Sachinvestitionen aller von der Analyse erfaßten Firmen entfallen, ein Teil der geplanten Investitionen durch den Arbeitskampf zeitlich verlagerte. Dies führte dazu, daß die Investitionen aller untersuchten Firmen zusammengenommen um knapp acht Prozent unter dem Vorjahr lagen.

Insgesamt konnten – allerdings nach Branchen verschieden – die Bruttoinvestitionen in vollem Umfang aus eigenen Mitteln finanziert werden. Die Unternehmen weisen im Durchschnitt eine nach wie vor gesunde Bilanzstruktur auf. Mit 25,5 Prozent der Bilanzsumme blieb die Eigenkapitalquote unverändert.

Die Gesamtleistung der 100 Industrie-AGs stieg relativ verhalten um 2,5 (3,5) Prozent auf 77,6 Mrd. DM, wobei allein auf die Daimler-Benz AG ein Anteil von 41 Prozent entfällt. Die höchste Umsatzsteigerung erzielte trotz Arbeitskampf das Papier- und Druckgewerbe mit einem Plus von 15 Prozent. Die Textilindustrie kam auf einen Zuwachs von 8,5 Prozent, die Feinmechanik und Optik auf plus 7,2 Prozent.

Die Jahresüberschüsse, die zumeist auf die Dividende zugeschnitten sind und die Ertragslage nur bedingt widerspiegeln, nahmen nur um 3,6 (16,5) Prozent zu. Ihr Anteil an der Gesamtleistung blieb konstant bei 1,9 Prozent. An der Spitze lag die Baustoffindustrie mit 5,0 (4,0) Prozent gefolgt vom Maschinenbau mit unverändert 3,3 Prozent.

SCHAPER-GRUPPE / Neue Aktivitäten gesucht – Möbel Unger wird integriert

Wachstum nur über die Fläche

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die Schaper-Gruppe in Hannover, eines der führenden deutschen Groß- und Einzelhandelsunternehmen, ist im Geschäftsjahr 1984/85 (30. 9.) von der anhaltenden Konsumzurückhaltung nicht unberührt geblieben. Zwar hat das Unternehmen nach Angaben der Geschäftsführung den Umsatz der eigenen Vertriebslinien um 5,3 Prozent auf 3,82 (3,63) Mrd. DM und den Gruppen-Außenumsatz um 2,9 Prozent auf gut 5 (4,86) Mrd. DM steigern können. Dies indes ist ausschließlich auf die Ausweitung der Verkaufsfläche um 20 000 Quadratmeter auf nunmehr 575 000 zurückzuführen. Flächenbereinigt mußte die Gruppe, die unter anderem die „real-kauf"-Märkte, die Warenhäuser Continent und Esbella und die Discount-Kette „extra" betreibt, dagegen ein Umsatzminus von einem Prozent hinnehmen.

Hans Schaefer und Theodor Thiemann, Geschäftsführer der Obergesellschaft Adolf Schaper KG, weisen darauf hin, daß die negative Entwicklung im Berichtsjahr sich bereits im Vorjahr abzeichnete. Beklagt werden vor allem die „Verschenkungsaktionen" der Wettbewerber (Massa), auf die auch Schaper reagieren mußte. Dadurch sei beträchtliche Kaufkraft abgeschöpft worden, ohne daß „auch nur eine Mark Umsatz mehr gemacht" wurde.

Schaefer räumte ein, daß das Jahr 1984/85 Schaper „ergebnismäßig nicht eben schöner gemacht" habe. Trotz des etwas verschlechterten Betriebsergebnisses überwiege aber angesichts der Lage der Gesamtbranche doch die Zufriedenheit. Zahlen zur Ertragsentwicklung wollte Schaefer nicht nennen. Die Umsatzrendite liege aber noch immer bei einem Prozent.

Erneut gestärkt wurde im Berichtsjahr die Kapitalbasis der Gruppe. Bei einer Bilanzsumme von 610 (567) Mill. DM steht Schaper einschließlich der Anteile in Fremdbesitz ein haftendes Kapital von 162 (147) Mill. DM zur Verfügung. Die Eigenkapitalquote verbesserte sich dadurch auf 26,5 (25,9) Prozent. Das haftende Kapital der Holding wurde zum 30. September auf 112 (100) Mill. DM erhöht. Damit habe man auch die Voraussetzung für eine weitere Expansion der Gruppe geschaffen.

Ein wesentlicher Schritt auf diesem Weg ist die Übernahme der Firma Möbel Unger. Einwände des Kartellamtes, das zunächst die Übernahme als ein „Eindringen eines Großunternehmens in einen mittelständischen Markt" bewertete, erwartet Schaefer nicht. Möbel Unger soll Anfang 1986 in die Schaper-Gruppe integriert werden. Damit verbunden ist eine weitere Kapitalaufstockung der Schaper KG um 22 Mill. DM, die auf dem Wege der Sacheinbringung vollzogen wird: Die Inhaber von Möbel Unger, die Familie Tessner, werden bei Schaper als Gesellschafter eintreten. Hans-Joachim Tessner wird gleichzeitig in die Schaper-Geschäftsführung berufen und später die Nachfolge von Theodor Thiemann (58) übernehmen.

Die Diversifizierung bei Schaper ist damit aber längst nicht abgeschlossen. Weitergehende Pläne beziehen sich auf den Bereich Sport und Freizeit. Nach den Worten Schaefers ist es aber nicht einfach, die geeigneten Partner zu finden. Erhebliche Probleme hat das Unternehmen in Berlin. Obwohl die Bauvorbescheide für die Errichtung eines 20 000 Quadratmeter großen Marktes bereits genehmigt waren, hat der Senat diese Entscheidung rückgängig gemacht. Derzeit sucht Schaper eine gerichtliche Klärung dieses Falls.

Die Aussichten im laufenden Geschäftsjahr beurteilt Schaefer wieder zuversichtlicher. Gerade in den letzten Wochen zeige sich eine deutliche Besserung des Konsumklimas; die Umsätze seien kräftig gestiegen. Vor diesem Hintergrund rechne Schaper mit einem Wachstum, das über dem Niveau von 1984/85 liegt, zumal die Verkaufsfläche erneut um rund 20 000 Quadratmeter steigen wird.

GERRESHEIMER GLAS / Breitere Aktienstreuung

„Phönix aus der Flasche"

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die nach harten Sanierungsmaßnahmen in den letzten Jahren als „Phönix aus dem Scherbenhaufen" apostrophierte Gerresheimer Glas AG (Gerrix), Düsseldorf, hat sich zusätzlich zu einem „Phönix aus der Flasche" gewandelt. Nach Aussetzung des Aktienkurses bis heute wurde gestern überraschend mitgeteilt, daß 58 Prozent des Grundkapitals von 91 Mill. DM vom Großaktionär Owens-Illinois (bisher über 84 Prozent, beginnend 1959) bei institutionellen Anlegern und privaten Aktionären plaziert werden sollen. Die Westdeutsche Landesbank, unter deren Führung die Transaktion läuft, hat die 58 Prozent vorläufig übernommen.

WestLB-Vorstand Eberhard Weiershäuser nannte den Angebotskurs mit 165 DM je 50-DM-Aktie, wobei der Durchschnittskurs der letzten fünf Tage 171,90 DM betrug. Bislang lag der Höchstkurs des Geschäftsjahres 1984/85 (30. 11.) für die Gerrix-Aktie bei 183, der niedrigste Kurs bei 130 DM. Die Zeichnung der Aktien läuft vom 21. bis 27. November. Es ist geplant, die Aktie auch im variablen Handel an der Börse einzuführen.

Nach der Einführung von etwa einem Drittel des Aktienkapitals werden die Eigentumsverhältnisse wie folgt aussehen: Owens-Illinois 26,4 Prozent, WestLB knapp 25, institutionelle Anleger aus der Versicherungswirtschaft rund 10 Prozent. Weitere 22 Prozent werden zum bisherigen Streubesitz von 16,6 Prozent breit gestreut. Die WestLB selbst ist lediglich an der steuerlich relevanten Schachtelbeteiligung von mindestens zehn Prozent interessiert.

Für Owens-Illinois bezeichnete deren Board-Mitglied und Gerrix-Aufsichtsratsvorsitzender Otto Schoeppler als Grund für den Mehrheitsverkauf die strategische Planung des US-Konzerns, deren Ziele nur mit einer Diversifikation zu lösen seien. Das bedeute das Vorstoßen in neue Aufgabenbereiche wie den Bau von Pflegeheimen und in das Finanzwesen. Investitionen seien nur über Beteiligungsverkäufe und nicht nur im Ausland zu erreichen.

Gerrix-Vorstandsvorsitzender Günther Berger nannte die wiedererreichte Ertragskraft und die „Gewinnung der Freiheit zu neuen unternehmerischen Spielräumen" als „krönenden Abschluß der Sanierungsphase". Reduzierte Stückkosten, gute Liquidität und gute Produktpositionierung gäben dem größten europäischen Hohlglashersteller die Möglichkeit, das Glasübergewicht von 60 auf 50 Prozent des 1984/85 auf 921 (915) Mill. DM gestiegenen Umsatzes zu drücken und in wachsende Märkte und Produkte einzusteigen. Berger: „Akquisitionen müssen jedoch nahe an dem liegen, was wir können."

Alle Bereiche waren voll ausgelastet. Die Mitarbeiterzahl sank auf 4200 (4398). Der Jahresüberschuß soll, so Berger, 1984/85 auf 27 (24) Mill. DM steigen, die gesamten Investitionen 1985 bei 70 (85) Mill. DM liegen. Der Netto-Cash-flow beträgt 103 (83) Mill. DM. Das Ergebnis je Aktie dürfte nach der von der WestLB erwarteten Ausschüttung für 1984/85 von 7,50 (5) DM je 50-DM-Aktie auf 15 (12,50) DM steigen. Einschließlich Steuerguthaben liegt beim Ausgabekurs von 165 DM die Dividendenrendite bei 7,1 Prozent.

Rossmann forciert Parfüm-Geschäft

dos. Hannover

Die Drogeriemarkt-Filialkette Rossmann, Burgwedel, die im vergangenen Jahr Schlagzeilen durch das Unterlaufen des Depot-Systems für exklusive Parfüms und Kosmetika verursacht hatte, will diese Aktivitäten noch forcieren. In einer gemeinsamen Erklärung mit der Firma dm-Drogeriemärkte, Karlsruhe, kündigt Rossmann die Belieferung von neu eingerichteten Parfüm-Shops in dm-Drogerien an. Man plane, alle geeigneten Märkte mit solchen Shops auszustatten. Die Karlsruher Filialkette betreibt in der Bundesrepublik und Österreich 350 Märkte und repräsentiere einen Umsatz von über 850 Mill. DM.

Rossmann selbst unterhalte bereits in 80 der insgesamt 105 Filialen Parfümerie-Discount-Shops. Vom Umsatz 1985 (gut 250 Mill. DM) entfielen rund 30 Mill. DM auf diese Shops. Rossmann kauft die Ware „auf umständliche Weise im Ausland". Derzeit werde ein Warenlager von 15 Mill. DM in den Shops unterhalten. Die beiden Firmen rechnen für 1986 im Parfümerie-Discount-Bereich mit einem Umsatz von über 100 Mill. DM.

DSL: Belebung der Kreditnachfrage

Py. Düsseldorf

Die Ertragslage der öffentlich-rechtlichen DSL-Bank, Bonn, hat sich in den ersten drei Quartalen bei einem leicht gestiegenen Zinsüberschuß „zufriedenstellend" entwikkelt, wenn auch das Wachstum des Jahres 1984 nicht ganz erreicht wurde. Die positive Geschäftsentwicklung machte eine Erhöhung des Personalbestandes um 51 auf 666 Mitarbeiter notwendig. Der Jahresüberschuß soll für 1985 leicht über dem Ergebnis des Vorjahres liegen.

Die per Ende September um 1,5 auf 33,7 Mrd. DM gewachsene Bilanzsumme beruht ausschließlich auf dem Anstieg des im Wettbewerb mit anderen Kreditinstituten betriebenen Eigengeschäfts, dessen Anteil an der Bilanzsumme rund 80 Prozent beträgt. Das Auftragsgeschäft für Bund und Länder ging zurück. Insgesamt wurden 3,51 (2,65) Mrd. DM an neuen Krediten zugesagt, womit sich der Darlehensbestand im Eigengeschäft auf 22,89 (21,6) Mrd. DM erhöhte.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Doag erhöht Kapital

Hamburg (dpa/VWD) – Die Doag Warenhandels-AG, Hamburg, will das Grundkapital von 7 auf 8 Mill. DM erhöhen. Dazu macht sie von einem Teil des noch bestehenden genehmigten Kapitals von 2 Mill. DM Gebrauch. Die jungen Aktien, die vom 1. Januar 1986 an gewinnberechtigt sind, werden den Aktionären im Verhältnis 7:1 zum Ausgabepreis von 175 DM je 50-DM-Aktie in der Zeit vom 22. November bis zum 6. Dezember zu Bezug angeboten.

Beiersdorf wächst weiter

Hamburg (dpa/VWD) – Bei der Beiersdorf AG, Hamburg, dominiert weiter das Auslandsgeschäft. Wie es im Aktionärsbrief heißt, stiegen die Umsätze der Beiersdorf-Gruppe in den ersten neun Monaten 1985 im Ausland um 13 Prozent auf 1,31 Mrd. DM, während es im Inland plus 9,4 Prozent auf 923,6 Mill. DM waren. Weltweit nahm der Umsatz um 11,5 Prozent auf 2,24 Mrd. DM zu. Investiert wurden in der Inlandsgruppe 83,3 (74,5) Mill. DM. Die Zahl der Mitarbeiter erhöhte sich hier um insgesamt 440 auf 8 053. Trotz des gestiegenen Umsatzes lägen die Erträge auf Vorjahreshöhe. Genauere Angaben wurden nicht gemacht.

Fiat-Allis ganz bei Fiat

Düsseldorf (Py.) – Fiat Turin hat jetzt die restlichen Anteile an der gemeinsam 1974 gegründeten Fiat-Allis B. V., Turin, von der Allis Chalmers Corp. übernommen. Fiat-Allis, weltweit drittgrößer Hersteller von Bau- und Erdbewegungsmaschinen, operiert in drei Gesellschaften auf dem europäischen, nord- und südamerikanischen Markt und hatte 1984 einen Umsatz von rund 1,6 Mrd. DM. In diesem Sektor der Gruppe waren 6400 Mitarbeiter tätig. Die Investitionen lagen bei 42 Mill. DM.

IRI reduziert Bankanteil

Frankfurt (cd.) – Im Zuge einer Kapitalerhöhung des Credito Italiano von 320 auf 500 Mrd. Lire reduziert die Staatsholding IRI ihre Beteiligung an der italienischen Großbank, ohne dabei an Einfluß zu verlieren. Das geschieht durch die Ausgabe von 100 Mrd. Lire stimmrechtsloser, mit einem Dividendenvorzug von drei Prozent ausgestatteter „Sparaktien" im Verhältnis von fünf Sparaktien auf 16 Stammaktien zum Kurs von 200 Prozent. Weitere 40 Mrd. Lire Grundkapital kommen durch die Emission von Stammaktien im Verhältnis 8:1 zu 200 Prozent herein. Außerdem wurde die Ausgabe von Berichtigungsaktien für 40 Mrd. DM im Verhältnis 8:1 beschlossen.

„Gardeur" stark im Export

Düsseldorf (Py.) – Die Dieter Janssen GmbH & Co. KG, Mönchengladbach, erwartet für 1985 einen Umsatz von über 90 Mill. DM, nachdem in den ersten drei Quartalen der Umsatz bereits um 20 Prozent gesteigert wurde. Der international renommierte Damen- und Herren-Hosenspezialist („Gardeur") war nach Unternehmensangaben im Export besonders erfolgreich. Bei der Übergabe eines Erweiterungsbaus im ostfriesischen Augustfehn wurde der Exportanteil des Unternehmens, das in vier deutschen Betrieben (7000 Hosen täglich) und zwei Auslandswerken in Irland und Tunesien arbeitet auf 25 (19) Prozent beziffert. Das Unternehmen beschäftigt insgesamt 1000 Menschen. In Augustfehn wurden 3,3 Mill. DM investiert. Die Kapazität der knapp 300 (260) Beschäftigten liegt bei 3000 Herrenhosen arbeitstäglich.

Schliep mit hohem Plus

Düsseldorf (Py.) – Das Düsseldorfer Privatbankhaus Schliep & Co. hat 1981 seine Bilanzsumme auf 142 (119) Mill. DM und sein Geschäftsvolumen auf 169 (145) Mill. DM gesteigert. Forderungen an Kunden in Höhe von 66 (57) Mill. DM standen Kundeneinlagen von 77 (66) Mill. DM gegenüber. Die Forderungen an Banken nahmen auf 57 (42) Mill. DM, die Bankeneinlagen auf 51 (38) Mill. DM zu. Das Eigenkapital der Bank beträgt 10 Mill. DM. Es werden 32 Angestellte beschäftigt.

GREBE-GRUPPE / Lackierer der kaiserlichen Hofwagen feiert 175jähriges Bestehen

Angebot immer noch maßgeschneidert

INGE ADHAM, Frankfurt

Können engagierte mittelständische Unternehmer es besser? Fast sieht es so aus, wenn man die Entwicklung der Schramm Lacke GmbH, Offenbach, ansieht, deren 175jähriges Bestehen die Grebe-Gruppe jetzt mit einem „Tag des Gesprächs" feierte. Zur Erinnerung: Der ältesten Lackfabrik der Bundesrepublik drohte nach rühmlicher Vergangenheit (Lack für die kaiserlichen Hofwagen) ein unrühmliches Ende. Nach mehrmaligem Besitzwechsel wurde 1982 Vergleichsantrag gestellt; die Produktion sollte zum 30. Juni 1983 auslaufen.

Daß damals die Weilburger Lackfabrik J. Grebe GmbH (zu einem ungenannten Preis) Schramm-Lacke kaufte, bezeichnet Hans-Harald Grebe, geschäftsführender Gesellschafter der Familiengruppe, heute als „Mut zum Risiko". Sicher ist aber auch, daß die Familiengesellschafter der Lackfabriken, die weltweit führend bei der Beschichtung von Kochgeschirr sind, mit spitzem Stift gerechnet haben und Schramm exakt in die angestrebte Palette, nämlich „intelligente" Lacke als Problemlösung anzubieten, paßte. Dafür spricht auch, daß man auf Reparaturlacke verzichtete. Sie werden zwar noch unter dem Namen Schramm angeboten, stammen aber aus einem nicht zur Gruppe gehörenden Unternehmen.

Die Reorganisation bei Schramm trug schnell Früchte: Seit dem ersten Jahr der Tätigkeit trage Schramm wieder mit schwarzen Zahlen positiv zum Gruppen-Ergebnis bei, betonte Grebe. Das damals mit 139 Mitarbeitern und 33 Mill. DM Umsatz übernommene Unternehmen wird in diesem Jahr mit 170 Beschäftigten rund 45 Mill. DM umsetzen. Dazu kommen 50 Mill. DM von Weilburg/Grebe. Den Weltumsatz gibt die Gruppe, zu der vier deutsche Werke, vier ausländische Vertriebstöchter und eine Produktionsgesellschaft in Brasilien gehören, mit 110 Mill. DM an, den Exportanteil mit 28 Prozent. Er soll kräftig gesteigert werden, auch weitere Auslandsproduktionen (USA, Großbritannien) sind im Visier.

Die in der Bundesrepublik mit insgesamt 420 Beschäftigten erreichte 17prozentige reale Umsatzsteigerung in diesem Jahr (Branchendurchschnitt ein Prozent) begründet Grebe vor allem mit dem Erfolg der in Zusammenarbeit mit den Anwendern entwickelten „intelligenten" Lacke; maßgeschneiderte Problemlösungen sichern neue Marktsegmente, so das Credo von Grebe, der zwar nichts über die Rendite des Unternehmens sagen möchte, dessen Gruppe sich aber weit über dem Durchschnitt der Lackindustrie liegende Forschungsaufwendungen von zehn Prozent vom Umsatz leisten kann.

Stark renditeorientiert will die Lackgruppe auf der Erfolgsschiene bleiben. Nötig dazu sei eine ständige Überprüfung des Standorts angesichts der sich rapide ändernden Technologie. „Mehr denn je geht es für den mittelständischen Unternehmer darum, über den Tag hinaus zu denken, dabei aber nicht die Perspektiven den Verbänden und Parteien zu überlassen." Daß Prof. Norbert Walter (Kiel), einer der zahlreichen Redner am „Tag des Gesprächs", eine Renaissance der Marktwirtschaft erwartet, wird Grebe mit Vergnügen gehört haben.

Anlagekäufe bei Aktien

Kurse zogen überwiegend aufwärts

DW. – Die bereits an der Wochenschlußbörse eingeleitete Kurserholung machte am Montag am Aktienmarkt weiter Fortschritte. An den Käufen waren sowohl Ausländer aber zu einem erheblichen Teil auch Inländer beteiligt. Als Folge davon gab es teilweise kräftige Aufwärtsbewegungen. Gesucht waren nicht nur die international bekannten Papiere, sondern zunehmend auch Aktien des Konsumbereiches. Obwohl die Zinssituation weiterhin undurchsichtig ist, konnten auch Bankaktien an der freundlichen Tendenz teilhaben.

Kurssteigerungen von 30 bis 40 DM bei Daimler und Mercedes lassen enge Märkte sichtbar werden. Unverändert blieben dagegen VW-Aktien. Die Erwartungen über den Ertrag der ersten neun Monate dieses Jahres waren sehr hoch geschraubt gewesen und haben sich nach Ansicht der Börsianer nicht voll erfüllt. An der freundlichen Tendenz nahmen auch die Aktien der Deutschen Bank teil. Das Bezugsrecht, das sich auf 15,90 DM stellte, erwies sich diesmal nicht als eine Belastung. Von den Chemiewerten befestigten sich Schering um rund 15 DM. Im Bereich der konsumnahen Papiere wurden Karstadt deutlich heraufgesetzt. Überdurchschnittliche Kurssteigerungen auch bei Hussel und Salamander. Die AEG beendete ihre Abwärtsbewegung, weil jetzt davon ausgegangen wird, daß das Kartellamt gegen den Einstieg von Daimler in die AEG keine Einwände haben wird. Der Kurs von Peter Temming stürzte am zweiten Notierungstag um 44 auf 174 DM.

Frankfurt: Salamander gewannen 14,80 DM. Stärker nach vorn rückten Kugelfischer mit plus 9,50 DM und Rosenthal mit plus 8,80 DM. Schwächer tendierten Hutschenreuther mit minus 5 DM und Rheinmetall mit minus 8 DM.

Düsseldorf: Balcke Dürr verloren 1,50 DM, Bilfinger 2 DM und Gildemeister 1,50 DM. Heinrich kletterten um 6 DM und Leffers 7 DM. Mauser stockten um 2,80 DM auf. Aachener Rück gaben um 100 DM nach.

Hamburg: Beiersdorf erholten sich um 5 DM und NWK-Vz. um 4,50 DM. HEW gaben um 1,50 DM nach. Phoenix Gummi verloren 2 DM. Hapag Lloyd und Vereins- und Westbank stockten um je 1 DM auf.

Berlin: Schering verbesserten sich um 14 DM, Orenstein um 10 DM und DTW um 5 DM. Herlitz St. zogen um 5 DM und Herlitz Vz. um 14 DM an. Berliner Kindl verloren 1 DM und Rheinmetall St. 10 DM.

München: Aigner stockten um 1 DM und Bay. Hartstein um 15 DM auf. Deckel AG erhöhten um 8 DM und Leonische Draht um 32 DM. Wanderer legten 12 DM und Zahnräder Renk 7 DM zu.

Stuttgart: Daimler besserten sich um 40 DM und Mercedes 23 DM. Porsche legten 60 DM zu. Aesculap waren um 15 DM erholten. Salamander stiegen um 14,10 DM.

Nachbörse: freundlich

WELT-Aktienindex: 245,56 (241,27)
WELT-Umsatzindex: 4679 (5131)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

	Düsseldorf 18.11.	15.11.	18.11. Stücke	Frankfurt 18.11.	15.11.	15.11. Stücke	Hamburg 18.11.	15.11.	18.11. Stücke	München 18.11.	15.11.	18.11. Stücke
AEG	226,5-30,5-25-9	225G	22797	225-30,5-25-9,5	226,3	40671	226-31-26-30	226	6640	—230,5-26-30	226bG	10154
BASF	255-8-5-8	254,5G	49718	255-8,5-4,8-58	254,8	76627	255-8-5-7,5	253,5	25812	254,8-8-4,5-8	254,5	11351
Bayer	243,5-6,5-3,5-6	242,5	39717	243-6,5-6-46,5	241,5G	64966	242-6-2-6	242,5	23137	243,5-6-3,5-6	243,5	3968
Bayer. Hypo	431-1-30-30	431G	478	432-3-1-3	432G	2076	431-2-29-32	430	15270	—433-30-33	431bG	1475
Bayer. Vbk.	424-6-4-6	426G	404	424-7-4-6	426bG	1814	423-6-3-8	425	354	425-30-25-30bG	425bG	2038
BMW	585-99-85-99	587,5	17018	587,5-95-90,5	587,5	31878	583-96-83-96	584G	2342	584-95-84-95	580	14867
Commerzbk.	254,8-7-3-7	252,5	22858	252,5-7,5-7,5	252,2G	33068	252,5-7,5-7,5	254	33289	255-8-3,5-8	254	9878
Conti Gummi	157-9-7-9	–	5456	158-9,5-7-59	157,2	16097	158-9-8-9	158	4110	159-62-59-59	158,5	3253
Daimler	1164-92-60-92	1155G	6829	1162,5-90-60-90	1157,5	15613	1163-90-63-90	1160B	1069	1164-90-64-90	1150	2634
Dt. Bank	682-5-91-82,5	688	28342	686,2-93,5-95,5	688G	26157	685-92-84-90	689	5840	683-91-83-91	689	4405
Dresdner Bk.	323-7-3-6,5	323	12092	323,5-8-3,5-28	323,5	59331	322-7-2-7	323,5	4853	324-7-4-7	323	4881
DUB	258-9,5-8-9,5	260G	25	260—	–	407	259-9-9-9	–	171	255G-5-50-50	255G	35
GHH	219-9-9-9	217,5	1988	217,5-20-20	217,5	17400	220-20-18-18	219	2857	220-20-17-17	215bG	940
Harpener	342-6-1-5	340	3585	352-2-48-48	342G	5296	340-40-40-40	342	8	346-6-6-6	345	10
Hoechst	244,5-7,5-7,5	245	18557	244-7-4-46,7	243,3	42044	243,5-7-2,5-7	244	13140	243,5-6-3,5-6	243,5	5088
Hoesch	163-4-1-2	159,5G	36023	161,5-3-0,5-62	160	82806	163-3,5-2-2,6	159	5725	162-4-1-3,5	158	10242
Holzmann	490-86-84-86	481G	10	484-5-0-80	483G	1352	–	–	–	485B-5-5-5B	485TG	–
Horten	207-7-5,5-7	201,5G	2109	205-5-5-5	202bG	2459	205-6-5-6	206	125	209-9-9-9	200,5	150
Kali u. Salz	323-8-3-6	322	3241	325-8-4-7,5	327,5G	6467	325-7-4-6	324	1956	370bG-8-20-28	325	911
Karstadt	308-8-3-5	295	24863	303-10-00-03	290	23095	290-309-290-303	290	8878	298,5-308-305	290	4338
Kaufhof	313-7-3-6	–	1752	313-6,5-1-6,5	311	14422	314-8-4-5	312	553	314-5-4-5	314,5	272
KHD	318-20-17-18	320G	8135	318-20-17,5	320	15499	321-1-20-21	320	450	329-9-5-5	323	442
Klöckner-W.	94-4,5-4-4,5	93,5G	16855	93-4,8-3-94,8	92,5	14300	94,8-5-4,8-5	93,5	1706	94,8-4,8-4,2	92,5	1856
Linde	575-5-70-70	–	1670	567-9-7-68	574G	5115	572-2-70-70	570	820	565-5-5-5	–	45
Lufthansa St.	218-22-18-22	224G	1164	223,5-3,5-0-3	221G	2131	223,5-3-3-3	–	330	224-4-3-3	223	366
Lufthansa VA	217-9-7-9	220	2550	225-3-19-19	219,5	44	227-2-20-20	227	151	220G-3-20-23bB	220	29
Mannesmann	256,5-7-5,5-6	256,5	26745	256-6,5-5-6,5	256	6681	265-5-56-6,5	256	6020	258-8-6,5-7	257	6481
MAN	201-1-199-9	199G	360	195-6,5-5-96,5	198	52046	–	–	–	205-5-198-200	200	1000
Mercedes-H.	1040-75-35-75	–	3263	1059-80-39-80	1054	6111	1075-75-40-75	1033G	450	1080-80-80-80	1045	106
Metallges.	308-8,5-7-7	–	429	309-9-5-5	310	8842	305-5-5-5	–	80	300G-10-300-10T	300bG	–
Nixdorf	549-58-49-58	547G	2905	551-9,5-1-58,5	550G	2422	554-6-4-6	546	447	–	–	218
Porsche	•	•	•	–	1725G	•	•	•	*	1725-5-5-5	1221	[illegible]
Preussag, RWE St., RWE VA, Schering, Siemens, Thyssen, Veba, VEW, VW, Philips, Royal D., Unilever	[illegible]											

Aktien-Umsätze

Düsseldorf	18.11.	
Allianz Vers.	5602	5443
Dt. Babcock	6606	8480
Degussa	1350	1459
Girmes	5790	8450
Hamborner	353	790
Henkel	9127	8734
Hussel	637	1585
IKB	779	528
Philips komm.	860	1105
Salamander	6355	1190
Frankfurt	**15.11.**	
Allianz Vers.	4127	2346
BBC	3729	2407
BHF	4696	13549
Contigas	1219	752
Degussa	6666	7556
DLW	3343	1785
Dt. Babcock	11957	24896
Dt. Babc. Vz.	5312	5274
IWK	16936	29300
Varta	2320	4520
Hamburg	**18.11.**	
Allianz Vers.	580	770
Beiersdorf	886	1195
Balzola	850	590
Br. Vulkan	2623	7059
Dt. Babcock	648	330
HEW	5013	6404
Hussel	460	–
NWK	10	109
[illegible]		

Inland

	18.11.	15.11.
H Aach M Beil. 10	1900	1850
H Aach. M. Vers. 7	1300	1300
D Aach. Rück. 9	3100bG	3200T
D Aseag *4	410T	410T
M Ack-Gögg. 6	147,8bG	148,3
H Adca 3	160	159
D Adler 9	315	315G
F Adt 0	53bB	52,1
F AEG 0	227,7	225,5
D AEG KABEL 9	327,8	328
S Aesculap 9	478	465
[illegible]		
D Conc. Chem. 4,5+	325G	325G
B Conc. Spinne *k	390T	390T
D Contigas 7,5	330	335
D Conti Gummi 3	158	158
D Dahlb. St. 7,65	273	271
D dgl. Vz. 14,55	430	430
S Daimler 10,5	1185	1145
M Deckel AG 0	215bB	207bG
D Dt. Atl. Tel. 10	570	570G
H Dogg 5	390rpG	350bG
D Dt. Babcock 3	219	212
D dgl. Vz. 3,5	208	207
F Dt. Bank 12	688	685
[illegible]		
H Ha.Hochb. *4+0,64	103bB	102
H HEW 5	115	115,1
H Hdl. Löb. 9	425	430
Hn Hann. Papier 5,5	135,5	139
H Harmstorf 0	109	108bB
D Harpener 11	344	341
F Hartm. & B.St. 4	–	–
F dgl. Vz. 4	775T	765T
M Hasen-Bräu 9	1050G	1050G
S Heidelb. Zem. 7	–	385bG
M Herlitz & W. 5	290G	290bG
D Hein. Lehm. *0	275T	275
D Heinr. Ind. *14+4	686bG	580T
H Hemmoor 17,3	–B	–B
[illegible]		
F MAB 6,5+1	356bB	335bB
F dgl. Vz. 6,5+1	360T	350T
D Mannesmann 4	256,5	255
F Mannh. Vers. 8	860	858
H Markt & K. 7	214bB	213,5
F MAN St. 0	196	198
F dgl. Vz. 0	182,9	182
F MAN-Rol. 20,2	574T	599
S M.Müll.Weing. *0	330	320bB
D Mauser 0	109,8	107
F Mercedes 10,5	1064,5	1040
F Metallges. 0	308,5	310
S Met. u. Lack 0	125G	124,8
S Mülag 6,5	420G	420bG
[illegible]		

Freiverkehr

[illegible]

Ungeregelt. Freiverkehr

[illegible]

Unnotierte Werte

[illegible]

Ausland in DM

[illegible]

	18.11.	15.11.
F Nestle	9945	9860
D Nikko Sec.	9,6G	9,5G
F Nippon Koka	1,6	1,6
F Nippon Shinpan	8,7G	8,5G
M Nippon Steel	1,9bGn	1,9bGn
F Nippon Yusen	4,5G	4,5G
F Nissan Motor	7,2G	7,05
F Nisshin Steel	2G	2G
F Nissho - Iwai	3,2G	3,2G
D NL Industries	33G	33
M Nomura Sec.	12,9bG	13,2
F Norsk Data	149	149
F Norsk Hydro	54,7	54,1
F Novo Ind.	350	337
F Nynex	230	237
H Occ. Petroleum	92	92
F Océ v. d. Grint	335	335
F Olivetti St.	10,8	10,8
F Olivetti Vz.	8,55	8,55
F Olympus Optical	12,5	12,7
H v. Ommeren	25,5	24,4
F Omron Tateisi	17	16,4
F Pacific Telesis	203	203,5
F Pakhoed	70	67,6
F PanAm	20,7	21
D Parker Drilling	17,5	17,5
F Parker Hannifin	87G	86G
F Peko Wallsend	8,65	8,65
M Pepsi	174,6	175,9
F Pernod	245G	250T
F Peugeot	138	135
F Philip Morris	200	203
M Phibro-Salomon	109,7	111,2
H Philips	49,3	49
M Pioneer El.	20,3	19,8
F Pirelli	5,35rB	5,45
M Polaroid	98,7	100,2
[illegible]		





Bundesanleihen

[illegible]

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Sonderinstitute

[illegible]

Bundesbahn

F 6½ dgl. 77	5/89 101,5	101,45
F 8 dgl. 79 I	7/89 105,05	105,25
F 6 dgl. 78 I	2/90 99,05	99,2
F 8 dgl. 80 II	7/90 106,5	106,5
F 9 dgl. 81	3/91 109,75	109,75
F 10½ dgl. 81	9/91 117,5G	117,5
F 10¼ dgl. 81	11/91 116,4G	116,6G
F 8 dgl. 80 I	2/92 106,6	106,6
F 10 dgl. 82	2/92 115,6G	115,6G
F 9½ dgl. 82	7/92 113,9	113,9
F 8 dgl. 82	11/92 106,55	106,3
F 7¾ dgl. 83	1/93 105,7G	105,85G

Industrieanleihen

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Renten uneinheitlich

Da in den USA kaum noch mit einer baldigen Diskontsenkung gerechnet wird und sich dort ein gewisser Trend zu höheren Zinsen gebildet hat, blieb die Tendenz am deutschen Rentenmarkt verunsichert. Er leidet offensichtlich unter Jahresschlußdispositionen, durch die besonders im längeren Laufzeitbereich einige Posten verfügbar werden. Öffentliche Langläufer gaben bis zu 0,30 Prozentpunkte nach, im kurzen Bereich lagen die Notierungen bis zu 0,20 fester. Am Pfandbriefmarkt blieben die Renditen zwar weitgehend unverändert, dennoch ist die tragende Decke sehr dünn.

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Warenpreise – Termine

Etwas schwächer schlossen am Freitag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Zulegen konnten auch Kaffee und Kakao, ausgenommen hiervon war lediglich der schwache Kassa-Monat bei Kaffee.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	15.11.	14.11.
Dez.	340,00	338,25
März	339,25	337,25
Mai	317,00	317,00

WEIZEN Winnipeg (can.$/t)
Wheat Board cif.

[illegible]

Genußmittel

[illegible]

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb)
Südstaaten fob Werk

15.11.	14.11.
43,00	43,00

MAISÖL New York (c/lb)
US-Mittelweststaaten fob Werk

15.11.	14.11.
21,00	21,25

[illegible]

Wolle, Fasern, Kautschuk

[illegible]

NE-Metalle

[illegible]

Messingnotierungen

[illegible]

Deutsche Alu-Gußlegierungen

[illegible]

Edelmetalle

[illegible]

Internationale Edelmetalle

[illegible]

Erläuterung – Rohstoffpreise

[illegible]

Westd. Metallnotierungen

[illegible]

New Yorker Metallbörse

[illegible]

Londoner Metallbörse

[illegible]

Energie-Terminkontrakte

[illegible]

Kartoffeln

[illegible]

Baumwolle

[illegible]

Devisenterminmarkt

[illegible]

Geldmarktsätze

[illegible]

Euro-Geldmarktsätze

[illegible]

Goldmünzen

[illegible]

Dollar-Anleihen

[illegible]

Lux. Franc Bonds

[illegible]

Rechnungs-Einheiten

[illegible]

Euro-Yen

[illegible]

ECU

[illegible]

ECU-Tageswerte

[illegible]

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

[illegible]

Nullkupon-Anleihen (DM)

[illegible]

New Yorker Finanzmärkte

[illegible]



Wie hätten Sie's denn gern gedruckt?

Wenn Sie mal ins Auge gefaßt haben, sich in Ihrem Betrieb oder am Arbeitsplatz von einem Personal Computer helfen zu lassen, dann stellt sich folgende Frage: Mit welchem Drucker aus der IBM Druckerfamilie kombiniere ich meinen Personal Computer?

Mit welchem IBM Drucker Sie ihn kombinieren, kommt ganz darauf an, welche Aufgaben er übernehmen soll. Wie hätten Sie's denn gern?

Hätten Sie gern einen IBM Drucker, der nicht nur verschieden schnell, sondern auch verschieden schön druckt? Dann nehmen Sie den IBM PC Graphikdrucker II. Er druckt nicht nur in



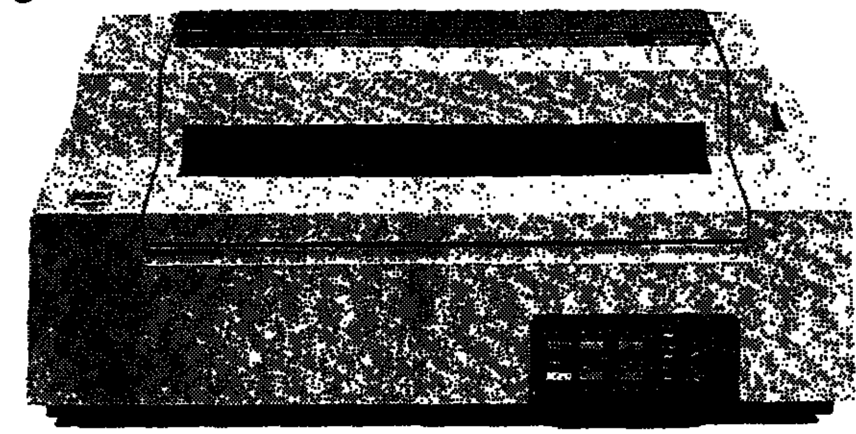
drei unterschiedlichen Geschwindigkeiten, sondern auch in drei unterschiedlichen Druckqualitäten für Briefe, Notizen, Texte und Entwürfe. Außerdem kann er noch viel mehr: zum Beispiel große Überschriften mit normalem Text und Kleingedrucktem kombinieren oder Zeichnungen in gestochen scharfer Graphik ausdrucken. Damit unterstützt er Sie als Druckstation direkt neben Ihrem Personal Computer am Arbeitsplatz.

Hätten Sie gern einen IBM Drucker, der nicht nur sehr leise, sondern auch sehr schön druckt? Dann nehmen Sie den IBM PCNT Drucker. Er arbeitet mit einer völlig neuen Technologie. Das heißt, er bringt die Zeichen mit Wärme aufs Papier. Und das geht fast ohne Geräusche vor sich. Mit der neuen Thermotechnologie in Verbindung mit den anderen Fähigkeiten des IBM PCNT Druckers machen Sie aus unübersicht-



lichen Texten aussagekräftige und anschauliche Schriftstücke.

Oder hätten Sie gern einen IBM Drucker, der nicht nur schön, sondern auch schön schnell druckt? Dann nehmen Sie den IBM PC Typenraddrucker. Er arbeitet immer in einer Druckqualität, die sich für Ihre Geschäftsschreiben eignet. Und er arbeitet schnell, weil er in zwei



Richtungen drucken kann: die erste Schreibzeile von links nach rechts, die zweite von rechts nach links und so weiter.

Wenn Sie jetzt noch nicht genau wissen, welchen IBM PC Drucker Sie gerne zu Ihrem Personal Computer hätten, lassen Sie sich einfach von einem Vertragshändler für IBM Personal Computer oder von einem IBM Laden weiterhelfen oder fragen Sie Ihren IBM Vertriebsbeauftragten. Dort erfahren Sie natürlich auch, welcher IBM Personal Computer zu welchem IBM PC Drucker paßt. Die genauen Adressen erfahren Sie telefonisch zum Ortstarif von Hallo IBM: 0130-45 67.

IBM

Ausland

Amsterdam

	18.11.	15.11.
ACF Holding	242	245,5
Aegon	105,5	[illegible]
Akzo	134,5	[illegible]
Alg. Bk. Nederl.	539,5	[illegible]
Amev	60,1	[illegible]
Amro Bank	96,9	[illegible]
Bankel's Pater.	59,9	[illegible]
Bijenkorf	80,5	[illegible]
Bols Lucas	102,5	[illegible]
Bredero	[illegible]	[illegible]
Buehrmann	115,5	[illegible]
Dessouvr	316	[illegible]
Fokker	79,2	[illegible]
Gist Brocades	235	[illegible]
Océ-v. d. Grinten	370,5	[illegible]
Hagemeijer	54,7	54
Heineken Brotor	191,7	[illegible]
KLM	51,5	[illegible]
Hoogoven Kon.	75,4	75
Nationale Ned	80,9	[illegible]
Ned. Lloyd Groep	192	[illegible]
Ommeren van	29,8	[illegible]
Pakhoed	80	78
Philips	55,5	[illegible]
Rijn-Schelde	12	[illegible]
Robeco	80,2	[illegible]
Rolinco	72,9	[illegible]
Royal Dutch	184,2	[illegible]
Credit Lyonnais Bk.N	95	[illegible]
Unilever	369	[illegible]
Ver. Masch.	242,5	[illegible]
Volker Stevin	29,7	[illegible]
Westland Utr. Hyp.	91	[illegible]
Index: ANP/CBS	234,30	233,52

Kopenhagen

	18.11.	15.11.
Den Danske Bank	382	380
Jyske Bank	745	740
Kopenh. Handelsbk.	335	332
Novo Industri	248	244
Privatbanken	332	330
Ostasiat. Komp.	243	240
Den Sukkerfabr.	470	470
For. Bryggerier St.	1080	1100
Kgl. Porc. Fabr.	355	360

London

	15.11.	14.11.
All. Lyons	286	285
Anglo Am. Corp. $	10,812	10,5
Anglo Am. Gold $	60,5	58,5
Babcock Int.	170	165
Barclays Bank	449	447
Beecham Group	286	291
Bowater	311	311
B.A.T. Industries	296	300
BL	30	30
BOC Int.	294	294
British Petroleum	566	556
British Aerospace	441	445
British Telecom	194	193
Bristol	220	215
BTR	375	375
Burmah Oil	298	300
Cable Wireless	650	650
Cadbury Schweppes	146	146
Charter Cons.	215	215
Cons. Gold Fields $	509	502
Cons. Murchison	225	200
Courtaulds	167	169
De Beers $	4,25	4,2
Distillers	475	473
Driefontein $	16,75	15,875
Free St. Geduld $	21,625	19,625
General Electric	164	164
Guinness	316	319
Hawker Siddeley	433	433
ICI	499	499

Luxemburg

	18.11.	15.11.
ARBED	2775	2900
Arico	94	94
Audiolina	6250	5550
Bque Gen du Lux.	8800	8750
Bque Int. du Lux.	8100	8100
Belgo Mineira St	19	19
Cegedel	2650	2650
Kredietbank Lux.	8850	8750
PAN Holding	–	–
SCI Techn.	590	590
SEO	870	870

Madrid

	18.11.	15.11.
Banco de Bilbao	400	402
Banco Central	542	542
Banco Popular	420	420
Banco de Santander	389	387
Banco de Vizcaya	548	548
Compl. Aux. Ferro	–	117
Cros	49,5	50
Dragados	144	141
El Aguila	–	239
Esp. del Zink	352	–
Fasa Renault	–	–
Esp. Petroleos	145,5	144
Union Fenix	1500	1450
Fecsa	65,5	63,75
Hidroelectr. Esp.	88,75	87,5
Huarte	–	–
Iberduero	105	104,5
Macosa	–	–
Papelera	48,5	47,5
Seda de Barcelona	278	268
Sevillana de El.	54,5	54,25
Telefonica	138	135,25
Union Electrica	64,5	65,5
Explosivos RT	64	61
Urbis	73,5	72
Vallehermoso	73,5	71
Index	134,68	133,08

Mailand

Brüssel

Hongkong

New York

Oslo

Paris

Johannesburg

Stockholm

Singapur

Tokio

Sydney

Toronto

Wien

Zürich

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Optionshandel

Frankfurt: 18. 11. 1985

5166 Optionen = 179 550 (280 950 Aktien), davon 387 Verkaufsoptionen = 19 650 Aktien

Kaufoptionen: AEG 1-180/49G, 190/38G, 200/30, 220/15G, 230/15B, 240/10, 250-7B, 300/2,5, 4-160/71, 170/62, 180/55B, 200/35B, 250/18, 270/14, 280/12, 300/7, 7-220/56G, 240/52B, 250/50G, 270/24, 280/23, Agiv 1-340/50B, BASF 1-227/35B, 240/25, 250/19, 260/14, 270/6,4, 280/6,5, 300/4, 4-260/24,2, 270/20, 280/15, 290/13, 310/10, 310/10,6, 330/6, 7-240/72B, 260/39, 280/25, Bayer 1-220/28,2, 230/25, 240/17, 250/12,4, 260/9,4, 270/4,4, 280/4, 290/3, 4-250/24, 260/20, 280/13,4, 300/10, 320/6, 7-270/25, 280/20, 290/17, BBC 1-250/41G, 4-320/21,2G, BHF 1-320/110B, 370/70B, 390/50B, 4-400/40G, 410/35G, 7-390/85G, Bay. Hypo 1-370/70B, 400/53,75G, 4-390/73B, 420/60, 430/46B, 450/32G, 7-430/70, Bekula 1-100/15,1B, 110/6,8G, 120/7B, 4-110/10,6B, 120/6, 7-120/6,5, BMW 1-500/100, 530/60, 570/50, 580/36, 620/18, 640/10, 4-520/90, 570/52, 600/39, 700/21, 7-720/41, 900/30, Bay. Vereinsbk. 1-375/55B, 400/43,5G, 420/35B, 4-440/39,5B, 450/30, Commerzbk. 1-200/68B, 207,75/61B, 210/60, 217,75/48B, 220/47, 230/44, 240/36, 260/18, 270/15,4, 280/12,8, 290/10, 300/8, 4-200/80B, 220/65, 230/55B, 240/49, 250/44, 260/34, …

WELT-Aktien-Indices

Chemiewerte: 147,54 (145,85); Elektrowerte: 297,11 (291,95); Autowerte: 592,81 (585,99); Maschinenbau: 166,74 (166,95); Versorgungsaktien: 147,65 (148,17); Banken: 327,27 (326,95); Warenhäuser: 119,49 (115,55); Bauwirtschaft: 379,22 (378,07); Konsumgüterindustrie: 128,84 (127,75); Versicherung: 1227,18 (1227,73); Stahlpapiere: 166,76 (163,45)

Kursgewinner:

Otavi	139,00	+11,00	+8,5%
Krupp-Stahl	165,00	+12,00	+7,8%
Farb. Liqu.	9,70	+0,70	+7,7%
Karstadt	306,00	-18,00	-6,2%
MAB	355,00	+20,00	+5,9%
Salamander	269,80	+14,80	+5,8%
Monachia	2495,00	+115,0	+4,8%
Aach. Rück.	3380,00	+150,0	+4,7%
Gerling NA Vz.	450,00	+20,00	+4,6%
Hertie Vz.	186,00	+8,000	+4,4%

Kursverlierer:

Deere Lanz	160,00	-10,00	-5,8%
Enka	355,00	-18,80	-5,0%
Stempel	232,00	-13,00	-4,9%
Stolb. Zink	810,00	-40,00	-4,7%
Dt. Texaco	210,00	-10,00	-4,5%
Württ. Hypo.	660,00	-30,00	-4,3%
Chem. Brockh.	350,00	-15,00	-4,1%
MAN Roland	574,00	-25,00	-4,1%
Cobl. Reste	22,10	-0,90	-3,9%
Bad Salzschl.	550,00	-20,00	-3,5%

Junge Aktien

Berlin: Hermes 560,00 T, Kötitzer 1950,00 G, VAB 3000,00 G

Düsseldorf: BASF 250,00 bG, Contigas 320,00 G, IWK 310,00, Linde 552,00, Metallges. –, Nixdorf 535,00, Schering 629,00, VEW 136,00

Frankfurt: Altweiler St. 274,00 G, Altweiler Vz. 215,00, BASF 247,50, Contigas –, Franbona 500,00, IWK 314,00, Linde 556,00, Magdeburger Feuer 495,00 B, Magdeburger Feuer NA 1280,00 B, Metallges. 290,00 G, Moto Meter 210,00 G, Nixdorf 541,00, Schering 630,00, VEW 134,00, Wibau 7,60.

Hamburg: Schering 635,00

München: BASF 247,00 bG, Bremer Wolle 190,00 B, Contigas 315,00 T, Deutsche Bk. –, Isar Amper 348,00 bG, IWK 309,00, Linde 558,00, Metallges. –, Nixdorf 525,00 bG, Schering 627,80, Stumpf 122,00 G, VAB 3050,00 G, VEW 133,50 G, Wanderer –

Bezugsrecht: Deutsche Bank Verhältnis: 15:1:450 DM – Altaktie: 693,50 DM – Bezugsrecht: 15,90 DM

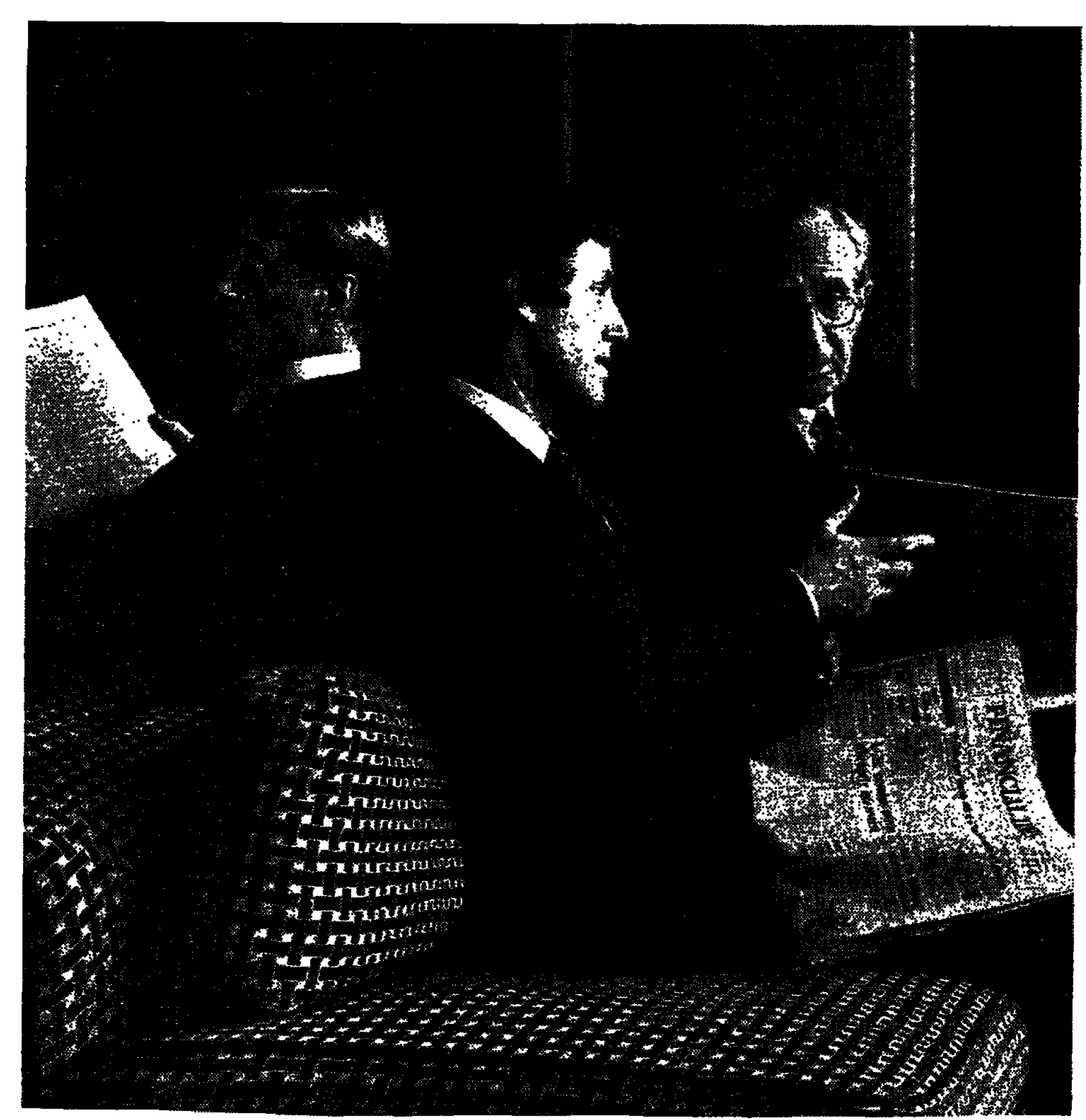
Devisenmärkte

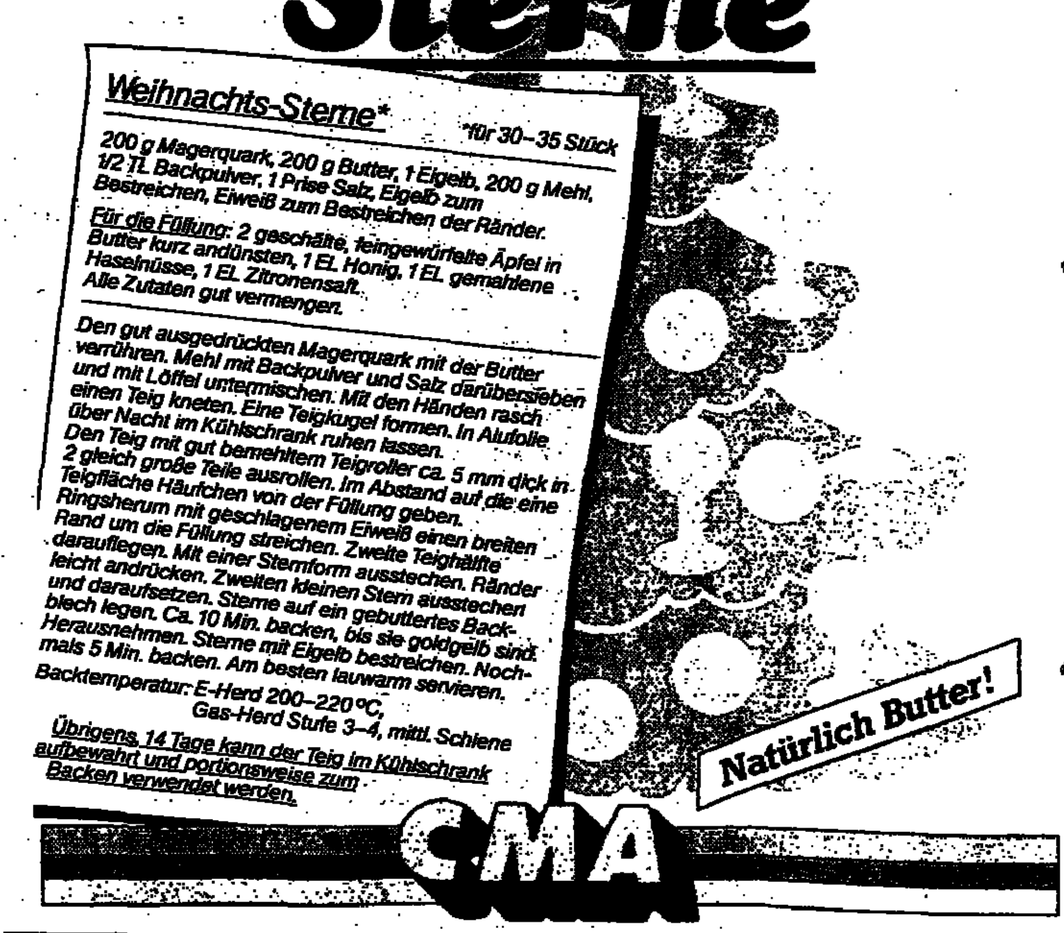
Lustlos präsentierte sich am 18. 11. die Stimmung am Devisenmarkt zum Wochenbeginn. Das große Finanzierungsprogramm des US-Schatzamtes ließ die eher negative Einschätzung für den US-Dollar nicht zum Tragen kommen. Mögliche Zentralbankinterventionen bei eventuell steigenden Kursen standen dagegen. So bewegte sich der Dollar lediglich zwischen 2,6210 und 2,6250. Amtlich wurde er ohne Mitwirkung der Bundesbank mit 2,6227 festgestellt. Für die übrigen amtlich notierten Währungen wurden meist etwas höhere Kurse festgestellt, die größten Veränderungen erzielten dabei der Escudo, der Kanadische Dollar, die Norwegische Krone sowie die Schwedische Krone. US-Dollar in Amsterdam 2,9515; Brüssel 52,9875, Paris 7,9925, Mailand 1771,25, Wien 18,4390, Zürich 2,147, Ir Pfund/DM 3,094, Pfund/Dollar 1,4233, Pfund/DM 3,733

Devisen und Sorten

18.11.85	Frankf. Devisen Geld	Frankf. Devisen Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten* Ankauf	Frankf. Sorten* Verkauf
New York[1]	2,6187	2,6267	2,5983	2,57	2,66
London[2]	3,726	3,74	3,664	3,66	3,81
Dublin[2]	3,087	3,101	3,051	3,01	3,16
Montreal[1]	1,8995	1,9075	1,8638	1,84	1,94
Amsterd.	88,76	88,98	88,55	87,75	89,50
Zürich	122,05	122,25	122,04	120,56	123,81
Brüssel	4,947	4,962	4,904	4,80	5,00
Paris	32,735	32,895	32,43	31,75	33,50
Kopenh.	27,605	27,725	27,37	26,50	28,25
Oslo	33,28	33,40	32,665	32,25	34,00
Stockh.**	33,26	33,42	32,61	32,25	34,00
Mailand[3]**	1,476	1,486	1,4475	1,43	1,53
Wien	14,208	14,248	14,184	14,15	14,55
Madrid**	1,621	1,631	1,583	1,53	1,65
Lissabon**	1,596	1,616	1,512	1,20	2,00
Tokio	1,284	1,287	–	1,23	1,30
Helsinki	46,51	46,71	45,77	45,50	47,50
Buen.Air.	–	–	–	–	5,50
Rio	–	–	–	0,03	0,15
Athen* **	1,675	1,729	–	1,00	1,80
Frankf.	–	–	–	1,71	1,80
Sydney*	1,756	1,775	–	1,70	1,80
Johannbg.*	0,953	0,987	–	0,75	1,10
Hongkong*	33,51	33,79	–	–	–

Alles in Hundert; [1] 1 Dollar; [2] 1 Pfund; [3] 1000 Lire
[4] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert
** Einfuhr begrenzt gestattet.







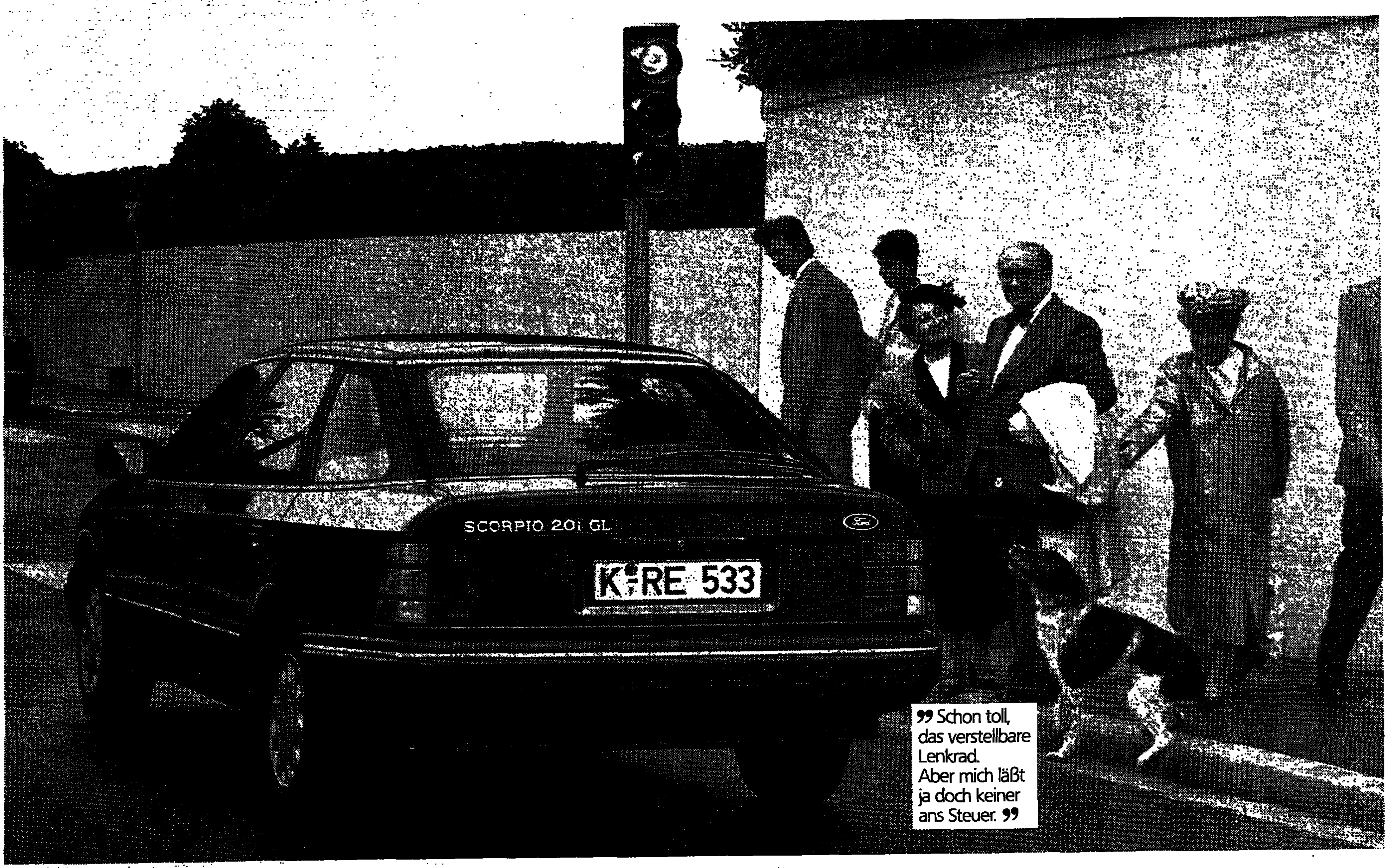
Herr Klaus Junggeburth,

Prokurist der Firma Franz Delbrouck, Kühlmöbelbau, Köln, begeht am 19. November 1985 das Jubiläum seiner 40jährigen Betriebszugehörigkeit.

Ford macht hochwertige Technologie erschwinglich.

»Weil jeder unterschiedlich groß, klein, dick oder dünn ist, können Sie bei mir, dem Ford Scorpio 2.0i, das serienmäßig verstellbare Lenkrad nach Wunsch einstellen.

Serienmäßig: Das integrierte Anti-Blockier-System. Der Scorpio bleibt auch bei einer Vollbremsung lenkfähig.



Nehmen Sie sich Zeit, mich mal ganz kennenzulernen. Und fahren Sie mich in Ruhe probe. Bei Ihrem Ford-Händler. »

Scorpio Ford

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Erfahrener Export-Fachmann

45 J., übernimmt für Sie Ihre Kundenpflege und Kontakte im europäischen und außereuropäischen Ausland.

Sprachen: Englisch, Französisch. Verhandlungs- und vertragssicher.

Ich löse Ihre Probleme zu Ihrer Zufriedenheit.

Angeb. u. P 6751 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

PARTIE WESTDEUTSCHE KERZEN

Fabrikat GIES (in Fabriksverpackung), etwa 5 volle Lastenhänger. Zu besichtigen im Lager in Dokkum (Holland). Einkaufswert 1,2 Mio. Jetzt in einem Kauf hfl 200 000,–. Auch Teilverk. Für Besichtigungsverabredung: Tel. 00 31 – 51 11.38 38 (während Bürostunden); Telex 4 6 171; oder abends nach 20 Uhr Tel. 00 31 – 51 90.44 33 od. 33 66

ACHTUNG FABRIKANTEN

Exportieren Sie nach Lateinamerika? Lohnt sich für Sie noch die Direktbearbeitung oder würden Sie gern mit einem erfahrenen Exporteur zusammenarbeiten? Wir sind im Handel mit LA erfahren und könnten Ihre Interessen von hier und persönlich vor Ort vertreten und vielleicht auf weitere Märkte LAs ausdehnen. Telefon: 0 40 / 23 24 34 – Tlx. 2 163 073 papa d

Initiative 86

Mit unserer internationalen **Design-Collection für DOB, Haka + Kinder** und völlig neuem Marketing und Produktideen expandieren wir in den PLZ-Gebieten 1, 2, 4, 5, 7, 8.

Den engagierten **Vertriebsprofis**

als Lizenznehmer bietet sich die Möglichkeit, auf der Basis einer exklusiven, qualitativ hochwertigen Collection für das mittlere und gehobene Genre, eine optimale Existenz aufzubauen.

Damen und Herren mit Know-how und Finanzkraft erhalten von uns eine tatkräftige, zielstrebige Vertriebs- und Marketingunterstützung.

Information erteilt unter Y 6978 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Selbständige Vollexistenz

Erf. Startkapital DM 15 000,–
Verdienstchance über DM 180 000,– p. a.

Wir bieten geeigneten Persönlichkeiten lukrative Bezirksverträge mit vollem Gebietsschutz für die Gebiete

Schleswig – Lübeck – Hamburg – Bremen – Oldenburg – Osnabrück – Bielefeld – Kassel

Ihre Bewerbung mit Lichtbild richten Sie bitte unter T 6996 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Einzigartige geschäftl. Gelegenheit

Vertreter gesucht, um das Marketing unseres neuen Katalogs u. Lingerie/Glamourwear unter Lizenz zu übernehmen.

Information u. Anfragen:
House of Glenmore
27 London Road, Oadby
Leicester LE2 5 DL England

Sie möchten eine repräsentative und erfolgsorientierte

AGENTUR in HAMBURG

eröffnen? Guter Mann, Repräsentant, 70 m² Büro, sofort, seriös einsatzbereit.

Ang. unt. W 6977 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Immobilienteam sucht

ZUSAMMENARBEIT mit Bauträgern

im Bereich

Ferienimmobilie

Spanien – Schweiz
Österreich – USA
Objekte zum konventionellen Vertrieb – Verkauf.
Wir arbeiten zuverlässig + bundesweit. Senden Sie uns Ihr Angebot zu.

Hans W. Knoll
Postfach 49, D-7075 Mutlangen
Tel. 0 71 71 / 61 88

Jurist

übernimmt für Sie Vertragsverhandlungen im In- und Ausland sowie Ausarbeitung von Verträgen.
Zuschr. erb. u. K 4949 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

CITY BÜROS

Hamburg-Innenstadt

mit Fullservice: Tel., Telex u. -fax., Schreib- u. Postdienst, Konferenzräume, möbl. Büros als Firmensitz od. Repräsentanz, sof. verfügbar.

Tel. 0 40 / 23 11 75

EIN SOLIDES ZWEITES EINKOMMEN

Übernahme einer Reiseagentur. Erforderl. Eigenkapital 6000,– DM.
Zuschr. an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Wir suchen

Handelsvertretungen

für Süddeutschland und Bayern.
IFB Feller, 8110 Murnau, Tel. 0 88 41 / 4 01 98

Kaufe aus Konkursmassen und Lagerbeständen Heizung- + Sanitär-Material

R. Meyer GmbH & Co. KG
Am Allerufer 8, Telefon (0 42 31) 20 94
2810 Verden (Aller)

Ich habe

10 000 LP-Schallplatten

mit polnischen Weihnachtsliedern preisgünstig abzugeben.
Tel.: 06 61 / 3 36 50, Telex 4 9 149

BILLIGFLÜGE u. Gruppenreisen

☎ 05 11 / 63 13 13

Seriöses Dienstleistungsunternehmen

vertritt Ihre Interessen im PLZ-Gebiet 87 (Auslieferung, Lagerung, Service, Ersatzteildienst usw.), Lager, Büro, Fuhrpark und Fachpersonal vorhanden.

Angeb. unt. X 6979 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Neben Kurierdiensten

übernehme ich auch andere vertrauliche Aufträge absolut zuverlässig und loyal.

Zuschr. unt. M 6991 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

STELLENGESUCHE

BANKDIREKTOR

(45 J.), mit langjähriger Großbankerfahrung, speziell
- in der Firmen- und Privatkundenbetreuung
- in Kontrolle und Steuerung von Filialbankbetrieben (einschl. mehrerer Geschäftsstellen)
- mit überdurchschnittlichen Erfolgen in der Akquisition.

Führungspersönlichkeit mit vielfältigen Verbindungen im bundesdeutschen Bankwesen sucht adäquate, anspruchsvolle Aufgabe.

Zuschriften unter A 6981 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Verpackungsbranche, Schwerpunkt Schrumpffolien-Verpackung

Geschäftsführer, 47

sucht neue, vertriebsorientierte Aufgabe: 15 Jahre Führungsaufgaben mit Verantwortung für Umsatz und Ergebnis bei einem bedeutenden mittelständischen Verpackungsmaschinenhersteller.

Große Erfahrung in Organisation, Führung und Kontrolle von Marketing, Vertrieb und Produktion; ausgezeichnete Kontakte zur verpackenden Industrie; verhandlungssicher auf oberster Ebene; guter technischer Background.

Zuschr. erbeten unt. P 6993 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Geschäftsführer

einer Hamburger Wohnungsbaugesellschaft, 40 J., *verh., langjährige* Erfahrung, sucht neuen Wirkungskreis. Zuschr. erbeten unt. C 6983 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WER SUCHT DIESEN MANN?

Sein Persönlichkeitsprofil: Verhandlungssicher bis zur höchsten Ebene, kreativ und dynamisch, unternehmerisch denkend, zuverlässig, belastbar, flexibel.

Organisationstalent, Auslandserfahrung, Engl. fließend. Erforderlich? – vorhanden!: Eig. repräsentatives Büro, Telex, techn. Equipment etc., neuw. DB-Fahrzeug.

Sitz: Düsseldorf. Einsatzort: unbegrenzt.

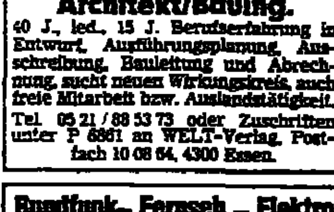
Wenn o. g. Ihr Anforderungsprofil deckt, steht dieser Mann auf Fest-/Umsatzbasis bei entspr. Angebot ab 2. 1. 86 (evtl. früher) zur *Verfügung*.

Angebote unter W 6987 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Geschäftsführer, Dipl.-Ing./Elektrotechn.

45 J., verheiratet, erfolgreiche, dynamische Führungspersönlichkeit, plant Veränderung. Mehrjährige Erfahrung als Geschäftsführer im Bereich Planung, Beratung, Herstellung und Vertrieb von elektrotechn. Energieanlagen, auch Teilhaberschaft möglich. Industrievertretungen könnten bei Bedarf mitgebracht werden. Raum Hamburg.

Angebote unter E 6985 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.



Hallo Unternehmer!

Sie suchen qualifizierte Fachkräfte? Wir sind Facharbeiter, Meister, Techniker aus dem Metall- und Elektro-Bereich, die zu REFA-Technikern ausgebildet worden sind. Wir sind ab Januar 1986 für Sie frei.

Zuschriften unter G 6987 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Falls die Frage der **Nachfolge** offen ist, interessiere ich mich für die Fortführung Ihrer guten Firma. Ich bin engagiert, zuverlässig, mehrsprachig und suche eine vielseitigere Tätigkeit, als ich jetzt innehabe. Angebote unter D 6984 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Architekt/Bauing.

40 J., led., 15 J. Berufserfahrung in Entwurf, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Bauleitung und Abrechnung, sucht neuen Wirkungskreis, auch freie Mitarbeit bzw. Auslandstätigkeit.

Tel. 05 21 / 88 53 73 oder Zuschriften unter P 6861 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Rundfunk – Fernseh – Elektro

GH und EH eingeführt über 15 Jahre, Raum München, Augsburg, Oberbayern. Suche Januar '86 neue Tätigkeit.

Zuschr. erb. u. Z 6980 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen



Diplom-Kaufmann

29. Abschluß Univ. Köln, Schwerpunkt Wirtschaftsprüfung/Steuern; sucht Anfangsstellung bei einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft.
Auskünfte erteilt: Frau Staedel
Fachvermittlungsdienst Bochum, Universitätsstraße 66, 4630 Bochum 1,
☎ 0234/305-581, FS 825309

Diplom-Kaufmann

30, Gesamtnote befriedigend, regional ungebunden, Studienschwerpunkte: Rechnungswesen, Finanzen und Revision, englische und spanische Grundkenntnisse; sucht neue interessante Aufgabe ab 01. 01. 1986.
Auskünfte erteilt: Frau Staedel
Fachvermittlungsdienst Bochum, Universitätsstraße 66, 4630 Bochum 1,
☎ 0234/305-581, FS 825309

Diplom-Ingenieur konstruktiver Ingenieurbau

28. Univ. Bochum, Vertiefungen: massivbau, Bauverfahrenstechnik (Tief- und Tunnelbau), statische Berechnungsmethoden (u. a. FE-Programm), Programmiererfahrung in Fortran; sucht Tätigkeit im konstruktiven Ingenieurbau, bundesweiter Einsatz möglich.
Auskünfte erteilt: Herr Gräuler
Fachvermittlungsdienst Bochum, Universitätsstraße 66, 4630 Bochum 1,
☎ 0234/305-651, FS 825309

Innenarchitektin

25. FH Lippe 10/84, Schwerpunkt: Produktentwicklung, Hotel- und Freizeiträume. Wunsch: Tätigkeit in der Möbelbranche und des Ausbaufirmen.
Auskünfte erteilt: Herr Nagel
Fachvermittlungsdienst Düsseldorf, Fritz-Roeber-Straße 2, 4000 Düsseldorf 1,
☎ 0211/8226-262, -458, FS 8588292

Diplom-Bioingenieurin

30, FH Hamburg 10/84, Fachrichtung Biomedizinische Technik, Kenntnisse in der Elektrotechnik; sucht Beschäftigung in der Forschung oder Fertigung medizinischer Geräte oder eine beratende Tätigkeit.
Auskünfte erteilt: Herr Nagel
Fachvermittlungsdienst Düsseldorf, Fritz-Roeber-Straße 2, 4000 Düsseldorf 1,
☎ 0211/8226-262, -458, FS 8588292

Diplom-Ingenieur Innenarchitektur

30, gelernte Schreinerin, FH Düsseldorf 6/85 „gut". Englisch, Französisch. Wunsch: Planung und Entwurf im innenarchitektonischen Bereich, Messebau, Büroplanung; Großstadtbereiche, Ausland.
Auskünfte erteilt: Herr Nagel
Fachvermittlungsdienst Düsseldorf, Fritz-Roeber-Straße 2, 4000 Düsseldorf 1,
☎ 0211/8226-262, -458, FS 8588292

Maschinenbau-Ingenieur

45, gel. Maschinenschlosser, Erfahrung als Offertingenieur, Maschinenexport, Vertrieb, Marketing, sehr gute Englischkenntnisse; sucht im Raum NRW Stelle als Vertriebsingenieur für Sondermaschinen/allg. Maschinenbau.
Auskünfte erteilt: Herr Nagel
Fachvermittlungsdienst Düsseldorf, Fritz-Roeber-Straße 2, 4000 Düsseldorf 1,
☎ 0211/8226-262, -458, FS 8588292

Vertriebsingenieur/Diplom-Wirtschafts-Ingenieur

55, langjährige Erfahrungen in leitender Position im Vertrieb/Export von Maschinen und Anlagen, u. a. auch im Ostgeschäft, uneingeschränkte Reisebereitschaft, kooperativer Arbeitsstil; Englisch, Französisch; sucht neue Aufgabe im Vertrieb/Exportmanagement.
Auskünfte erteilt: Herr Nagel
Fachvermittlungsdienst Düsseldorf, Fritz-Roeber-Straße 2, 4000 Düsseldorf 1,
☎ 0211/8226-262, -458, FS 8588292

Diplom-Ingenieur Raumplanung

32, Univ. Dortmund, Schwerpunkt Stadtplanung; *empirische Diplomarbeit „Baulückenuntersuchung".* Wunsch: Tätigkeit im Bereich unternehmerischer Standortplanung.
Auskünfte erteilt: Frau Hinke
Fachvermittlungsdienst Düsseldorf, Fritz-Roeber-Straße 2, 4000 Düsseldorf 1,
☎ 0211/8226-437, -262, FS 8588292

Diplom-Ingenieur (FH) Bauingenieurwesen

33, Erfahrung in Projektleitung, techn. Beratung und Akquisition im Abdichtungssektor, Umweltschutzbau und Kunststoffeinsatz; Auslandseinsatz und Englisch. Wunsch: Assistent *des Geschäftsführers im Baubereich und angrenzenden Gebieten.*
Auskünfte erteilt: Frau Hinke
Fachvermittlungsdienst Düsseldorf, Fritz-Roeber-Straße 2, 4000 Düsseldorf 1,
☎ 0211/8226-437, -262, FS 8588292

Rechtsanwältin

38, belastbar, engagiert, ortsungebunden, mehrj. Berfserfahrung in renommierter Anwaltskanzlei mit Schwerpunkten: Verwaltungs-, Arbeits-, Betriebsverfassungs-, Sozialrecht. Teilnahme an einem praxisorientierten Seminar für Führungskräfte im Personalwesen; sucht verantwortungsvollen Wirkungskreis in einer Personal-, Arbeits-/Sozialrechtsabt. oder Rechtsabteilung in Unternehmen, Verband oder Behörde.
Auskünfte erteilt: Herr Ullmann
Fachvermittlungsdienst Düsseldorf, Fritz-Roeber-Straße 2, 4000 Düsseldorf 1,
☎ 0211/8226-548, FS 8588292

Fachvermittlungsdienste gibt es bei den Arbeitsämtern in Augsburg, Berlin, Bielefeld, Bochum, Bonn, Bremen, Dortmund, Düsseldorf, Frankfurt, Gießen, Göttingen, Hamburg, Hannover, Karlsruhe, Kiel, Köln, Mainz, München, Münster, Nürnberg, Oldenburg, Saarbrücken, Stuttgart, Würzburg.
Wenn Sie an einem der heutigen Angebote interessiert sind, wenden Sie sich bitte an die angegebene Adresse. Suchen Sie andere qualifizierte Fach- und Führungskräfte, holen Sie bitte weitere aktuelle Angebote bei Ihrem Fachvermittlungsdienst ein.



Bundesanstalt für Arbeit



Juristen, Wirtschaftswissenschaftler und Kaufleute

haben am 01. 11. 85 in Hannover einen praxisorientierten Lehrgang (Dauer: 6 Monate) im Rechnungswesen, Steuerrecht und EDV-Anwendung erfolgreich abgeschlossen.

Volljurist
35, Assessor, Erfahrung als Rechtsanwalt, Vers.-Jurist, Hochschul-Assistent, ö.-r. Promotion.

Volljurist
34, Assessor, gel. Vers.-Kaufmann, Studienschwerpunkt Wirtschafts- und Arbeitsrecht.

Volljurist
31, ledig, Assessor, Schwerpunkte: Zivilrecht, Verwaltungsrecht, Handels- und Steuerrecht, Interesse Mietrecht und Grundstücksverwaltung.

Ingenieur-Ökonom für Transportwesen und Betriebswirtschaft
35, weibl., Erf. als Revisor für Lohn- und Arbeitskräfterechnung.

Diplom-Kaufmann
49, weibl., technisch-ökonomische Ausbildung (Industrie), Erf. im Bereich der Planung, Lagerhaltung, Investitionskostenrechnung.

Diplom-Kaufmann
45, langj. betriebl. Praxis in der Industrieplanung, Lohn- und *Gehaltsabrechnung, sehr gute russische Sprachkenntnisse.*

Speditions-Kaufmann
52, Erf. in Lagerei, Dispos., Sammelladungssped., Tarifwesen, Versicherungswesen.

Die Bewerber suchen Stellen in der Wirtschaft, im Öffentlichen Dienst, bei Steuerberatern/Wirtschaftsprüfern sowie bei Rechtsanwälten.

Sollten Sie Interesse an Kontakten zu Absolventen dieses Lehrganges haben, fordern Sie bitte die entsprechenden Bewerbungsunterlagen an.

Auskünfte erteilen: Herr Langer, Telefon 107-1931
Herr Helmsen, Telefon 107-1932
Herr Jung, Telefon 107-1930

Fachvermittlungsdienst Hannover, Brühlstraße 4
3000 Hannover 1, ☎ 0511/107-0, FS 921428

LEITER MATERIALWIRTSCHAFT

Dipl.-Kaufmann, 40 J., EDV-Know-how, Konzeption und Einführung von Distributionssystemen, sucht Verantwortungsbereich in Hamburg.

Zuschr. erb. unt. F 6986 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Junge Frau, 27 J., angenehmes Äußeres, mit Empfangserfahrung, Sekretariatserfahrung, Organisationsgeschick sucht zum 1. 1. 1986 im Raum Ffm. ein neues anspruchsvolles Tätigkeitsfeld mit internationalem Rahmen.

Zuschr. unt. R 6994 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Koch

sucht Stellung in gutem Privathaushalt. Mehrjährige Erfahrung in Schweizer Villa vorh.

Zuschr. erb. unt. W 6779 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Agile 21jährige (nicht auf den Mund gefallen) sucht Tätigkeit als

Propagandistin

Tel. 04 21 / 6 36 46 69

Richtmeister

(Anlagen- u. Walzwerkbau)

46 J., ungek., kinderl., mit langjähriger Erfahrung als Bauleiter, Montageüberwachung u. Inbetriebnahme, Engl., Franz.-Kenntn., Auslandsaufenthalte (Nordafrika, Asien, Europa/Ost), sucht neue Tätigkeit, bevorzugt Ausland. Angebote erbeten unter S 6985 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Stellengesuche in der WELT

Ein bewährter Weg zum beruflichen Erfolg.

Tips für den Anzeigentext, technische Informationen und die Grundregeln für Ihre Bewerbungen finden Sie in unserer kostenlosen Stellengesuchsbroschüre.
Wir schicken sie Ihnen gerne zu.
Schreiben Sie an:

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
Anzeigenabteilung
Stellen-Service,
Postfach 30 58 30
2000 Hamburg 36
Tel./ (040) 347-4318, -1

Geschäftsführer

Niederlassungsleiter

41 J., verh., mit mehrj. Erfahrungen im
- schlüsselfertigen Einfam.-Hausbau
- Abdichtungs- und Bedachungssektor
- Akquisition
- dän. Sprachkenntnisse

Zuschriften erbeten unter H 6988 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Mergers & Acquisitions/ Unternehmensbeteiligungs-Gesellschaften/Venture-Fonds

Dipl.-Kfm., 36 J., amerik. Broker-Lizenz, weitreichende Kenntnisse und Erfahrungen in Wirtschafts- u. Steuerrecht, Unternehmensanalyse, -bewertung und -akquisition, sucht unternehmerische Herausforderung.

Zuschr. unter C 6877 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Rechtsanwalt

37 J., ca. 6 Jahre Erfahrung als selbständiger Anwalt, sucht anspruchsvolle Aufgabe in der Industrie, bei einem Verband oder in der Verwaltung.

Zuschriften unt. L 6990 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufm. mit Format

Alter 43 J., sucht per sofort Auslandseinsatz. Zuschriften erbeten unter K 6989 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Pharma/Chemie-Trader

weibl., 36 J., z. Zt. in ungekündigter Führungsposition in Übersee, sucht per 1. 4. 1986 neue Tätigkeit in Sales- oder Marketingmanagement in der pharmazeutischen oder chemischen Industrie. Persönlicher Besprechungstermin im Januar '86 möglich.

Zuschr. erb. unt. B 6982 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Außenhandelskaufmann Geschäftsführer

Erfahrene, dynamische Exportführungskraft, 53 J., 34jähr. Berufserfahrung. Schwerpunkte: Export – Import – Transit, Marketing, Organisation, m. breitgefächertem Wissen in Arzneiwaren, chem. u. pharm. Rohstoffen, Prod.-Anlagen.

Zuschriften unter V 6976 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Verkaufsingenieur

langjährige Praxis für Stahlbau, Komplettbau, Aufzüge, Bauelemente, Dach, Wand, Lagertechn. u. ä., sucht neuen Wirkungskreis in Berlin.

Zuschr. unter Z 6968 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

STELLENANGEBOTE



Depot-Kosmetik

Für unsere auf dem deutschen Markt gut eingeführten internationalen Kosmetik- und Parfummarken suchen wir versierte

Repräsentanten

für die Bezirke

1. Hamburg – Bremen – Schleswig-Holstein
2. Bielefeld – Hannover – Kassel

Das Depotgeschäft in der Kosmetikbranche sollten unsere neuen Mitarbeiter kennen und beim Fachhandel eingeführt sein. Eigeninitiative, Kontaktfähigkeit und fachliche Qualifikation sind dazu notwendig.

Der Position entsprechend bieten wir Ihnen ein sehr gutes Gehalt, faire Provisionsvereinbarungen, großzügige Reisespesen und ausgezeichnete Sozialleistungen.

Die fachlich qualifizierte Einarbeitung nehmen wir vor. Gezielte überregionale Werbung und Verkaufsförderung sowie der Einsatz von Reiseassistentinnen unterstützt Ihre Arbeit.

Bitte senden Sie Ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen und neuestem Foto

Parfümerie-Import
Peters & Sickert KG
Postfach 10 29 43, 4300 Essen 1

KFZ-Meister

mit FORD-Erfahrung

der seinen Aufgabenbereich kennt, kann sich bei uns bewerben. 1-Zimmer-App. ist vorhanden.



FORD-Haupthändler, Telefon 0 89 / 85 10 81
Lohenstraße 7, Gewerbegebiet, 8032 München-Gräfelfing

Wir suchen für unsere kaufmännische Betriebswirtschaft einen

Betriebswirt

zur Durchführung von Planungs-, Investitions- und Wirtschaftlichkeitsrechnungen.

Wir erwarten: Bewerber mit Fachhochschul- oder Hochschulabschluß der Fachrichtung Betriebswirtschaft, Wirtschaftsingenieurwesen oder mit gleichwertiger Berufserfahrung.

Sie erwartet: ein den Anforderungen entsprechendes Gehalt sowie die Sozialleistungen eines Großunternehmens. Bei der Wohnraumbeschaffung sind wir gern behilflich.

Ihre Bewerbung mit Lebenslauf und Zeugniskopien richten Sie bitte an unsere Personalabteilung für Angestellte.



KLÖCKNER-WERKE AG
HÜTTE BREMEN
2800 Bremen 21 · Postfach 21 02 20 · Telefon: (04 21) 6 48 - 24 63

Schauplätze der Literatur: „Transit" – Anna Seghers (1900–1983) in Marseille

Der Zug der abgeschiedenen Seelen

Die Schriftstellerin Anna Seghers, unter dem bürgerlichen Namen Netty Reiling 1900 in Mainz geboren, ist am 1. Juni 1983 in Ost-Berlin verstorben. Am heutigen Dienstag wäre sie 85 Jahre alt geworden.

Zweien ihrer Romane, die im französischen und mexikanischen Exil entstanden sind, wo die Autorin zwischen 1933 und 1947 lebte, wird man weltliterarischen Rang nicht absprechen können: dem Widerstandsbuch „Das siebte Kreuz" (1942), worin die Flucht des Kommunisten Georg Heisler aus einem rheinhessischen Konzentrationslager ins Ausland beschrieben ist, und die mit Exilmotiven angereicherte Liebesgeschichte „Transit" (1943), die in Marseille *spielt, dem einzigen* Schlupfloch nach Übersee für die Emigranten, nachdem deutsche Truppen in Frankreich einmarschiert sind.

Was da entstanden ist, während die eigenen Fluchtvorbereitungen getroffen wurden, ist ein kaum 200 Seiten

Schauplätze der Literatur – 22.05 Uhr, ZDF

dicker Roman, dessen Handlung aus dem politischen Geschehen jener Jahre entwickelt wurde: Ein deutscher Flüchtling, dessen Name ungenannt bleibt, findet im eingeschlossenen Paris Paß und hinterlassene Manuskripte des Schriftstellers Weidel, *der aus Furcht vor Verhaftung und* Verschleppung durch seine in Wehrmachtsuniform anrückenden Landsleute Selbstmord begangen hat, und sucht mit dieser angenommenen Identität in Marseille einen Schiffsplatz nach Mittelamerika zu bekommen.

Als ihm spielend gelingt, wozu andere Emigranten Wochen brauchen,



Anna Seghers kannte das Exil aus eigenem Erleben FOTO: DPA

nämlich alle Papiere zur Ausreise zu ergattern, verzichtet er und taucht in Südfrankreich unter. Marie dagegen, die Witwe des Schriftstellers Weidel, *die ihren Mann noch am Leben* glaubt, weil sie in Marseille allenthalben auf seine Spuren stößt, wird auf hoher See Opfer der Kriegsereignisse.

Der Film von Norbert Beilharz verwendet Motive des Romans, um jene gespenstische Atmosphäre der Jahre *1940/41 wiedererstehen zu lassen, als* die „Schattenschwärme" der Flüchtlinge, wie es bei Anna Seghers heißt, dieser „Zug abgeschiedener Seelen" das unbesetzte Südfrankreich in ein apokalyptisches Chaos verwandeln. Marseille selbst scheint wie von „einer Art Stadtbann" beherrscht, wo „eine unermüdliche Schar von Beamten" verdächtige Flüchtlinge einfängt und an den Feind ausliefert. Von al*len Figuren des Romans tritt nur je*ner Flüchtling auf, der mit des toten Schriftstellers Weidel Paß reist. Ihn verkörpert der Schauspieler Manfred Zapatka.

Andere Personen wie Marie Weidel, gesprochen von Gisela Stein, sind nur als Stimmen vorhanden, die an den Schauplätzen von damals, den Konsulaten, Cafés und Hotels, jene Stimmung von Hoffnung, Verzweiflung und Angst beschwören, die in Marseille die Flüchtlinge beherrschte. Im Film wird aber auch die persönliche Situation des politischen Flüchtlings Anna Seghers angesprochen, der es mit ihren beiden Kindern Ruth und Peter gelang, aus dem schon besetzten *Paris nach Südfrank*reich zu entkommen. Ihr heute noch in Paris lebender Sohn Peter, ein Atomphysiker, 1925 geboren, gibt Auskunft über den Fluchtweg der Familie und die Ausreisebemühungen.

Den Roman „Transit" muß man, *kann man nur* aus der Ausnahmesituation seiner Verfasserin erklären. Die kommunistische Ideologie, die alle anderen Exilromane auszeichnet, *schien durch den Vormarsch* deutscher Truppen widerlegt, siegreich war nicht der Kommunismus, sondern das System, das er bekämpfte. Diese Erfahrung ist unausgesprochen in den Roman eingearbeitet, der noch dazu, selten genug bei Anna Seghers, ein authentisches Stück Autobiografie ist, worüber sie 1960 in einem Brief an den russischen Germanisten Lew Kopelew schrieb: „Erstens (das ist *zum Teil leicht erkennbar), ich habe* fast alles, was darin vorkommt, miterlebt. Ich habe aber niemals so etwas unmittelbar im Erlebnis Steckende geschrieben. *Das* Buch ist in Marseille entstanden, in den erwähnten Cafés, wahrscheinlich sogar, wenn ich zu lange warten mußte, in Wartezimmern von Konsulaten ..."

JÖRG BERNHARD BILKE

Der Spielfilm „Urteil von Nürnberg": NS-Juristen auf der Anklagebank

Wieviel Schuld trägt der Mensch?

Zwischen Volkstrauertag und Totensonntag – ein Griff ins Filmarchiv. Stanley Kramers berühmter Streifen, vor fast einem Vierteljahrhundert in Berlin uraufgeführt, besticht zunächst durch das Aufgebot an großen Darstellern. Aber nicht nur Marlene Dietrich und Spencer Tracy, Burt *Lancaster* und *Richard* Widmark, Maximilian Schell und Montgomery Clift machen die Reprise sehenswert.

Die Problematik des Themas, die zeitlos und unabhängig vom Ort der Handlung längst wieder bedeutsam wurde, zwingt erneut zur Auseinandersetzung mit diesem Kunstwerk, das in der Geschichte des flimmernden Zelluloids einen besonderen Platz fand. Wieviel Verantwortung und Schuld trägt der Einzelne für Verbrechen, die er im angeblichen Interesse des Staates begangen hat oder geschehen ließ?

Diese Frage stellten Stanley Kramer und sein Drehbuchautor Abby *Mann (er erhielt einen Oscar für das* beste Drehbuch); und sie versuchten eine Antwort am Beispiel jener Prozesse von Nürnberg, die in ehrlicher Absicht, aber unter unzulänglichen Voraussetzungen vor 40 Jahren begannen. Am 17. Februar 1947 – nach *dem* Kriegsverbrecherprozeß, der den überlebenden politischen und militärischen Größen des Dritten Reiches galt und mit zahlreichen Todesurteilen endete – begann der große Prozeß gegen 15 nationalsozialistische Juristen.

Dieser Prozeß gab den Anstoß zum Film „Urteil von Nürnberg". Aber seine Handlung ist frei erfunden. Nicht historische Figuren erheischen die *Anteilnahme oder fordern das Urteil* der Zuschauer heraus, sondern Negativ-Helden, die in der Werkstatt des Drehbuchschreibers nach ähnlichen Persönlichkeitsmustern sehr frei charakterisiert wurden.

Vier einstmals hohe deutsche Richter, die in NS-Verbrechen verwickelt waren, müssen sich vor einem amerikanischen Militärgericht verantworten. Drei von ihnen fühlen sich un*schuldig. Der vorsitzende Richter* führt den Prozeß korrekt und fair – das heißt: Er läßt keine der Prozeßparteien ungeschoren davonkommen. Den Staatsanwalt rügt er wegen dessen Schärfe. Den deutschen Verteidiger weist er zurecht, als der verschiedene Zeugen des Anklagevertreters brutal ins Kreuzverhör nimmt.

Es handelt sich bei den Angeklagten um Justizbeamte des Dritten Reiches, die *sich als furchtbare* Juristen

Urteil von Nürnberg – Mi., 20.15 Uhr und 22.00 Uhr, ZDF

und politisch korrumpierte Mitläufer Adolf Hitlers ausgewiesen und sich nun vor dem *Gericht der Sieger zu* verantworten haben. Erschütternde Verbrechen kommen in den Verhandlungstagen ans Licht, aber der vorsitzende Richter läßt sich nicht nur davon beeindrucken und beeinflussen. Er bemüht sich – auch ganz privat – angesichts dieser Menschen um ein besseres Verständnis deutscher Wesensart.

Niemals wird man bessere Schauspieler in solchen Rollen sehen: Burt Lancaster als braunen Rechtsbeuger, Richard Widmark als hammerschwingenden US-Staatsanwalt in Uniform und Marlene Dietrich als Witwe eines deutschen Generals, den die Sieger voreilig henkten. Der glühenden Entrüstung des Militärstaatsanwaltes steht die intellektuelle Bravourleistung des deutschen Verteidigers gegenüber. Maximilian Schell erhielt für seine *Rolle* einen Oscar.

Über allen dramatischen Duellen für das unzerstörbare und unteilbare Recht steht die große Persönlichkeit des Richters Daniel Haywood, eines weißhaarigen Patriarchen aus einem Provinznest der Vereinigten Staaten. Wie er die Stirn *runzelt angesichts* des bedrückenden Anklagematerials und der legitimen Finessen des jungen Verteidigers, das bleibt unvergessen.

Spencer Tracy spielt den alten Mann, der Weisheit mit Menschlichkeit, Güte mit Härte verbindet, für den Rechtsbeugung ein unerträglicher Gedanke ist. Mit der preußischen Generalswitwe (der die Berliner Offizierstochter Marlene Dietrich ihr Profil leiht) sucht er behutsam das Gespräch. Sie ist eiskalt gegenüber den Siegern. Dennoch keimt allmählich unter der Asche ihrer Gefühle ein Funken Sympathie für den leise Zuhörenden.

Dieser Film ist „grandioses Kino", schrieb Friedrich Luft damals nach der Premiere in dieser Zeitung. Und er lobte: „Ehrlich, sauber in seiner Beweisführung, mutig in seinem Thema und achtenswert in seinen unverschmierten Drang zur Wahrheit..."

Man kann heute – aus der Sicht der letzten Jahrzehnte – hinzufügen: Dieser Film blieb hochaktuell. Kurz vor seiner Uraufführung baute die „*DDR" ihren Todeswall* zwischen Reichstag und Brandenburger Tor. Aber die öffentliche Diskussion geht dahin, eine Institution wie die Erfassungsstelle für Unrechtstaten des „DDR"-Regimes in Salzgitter als unzeitgemäß einzuschätzen. Der Film erinnert uns an die Notwendigkeit ihrer Existenz.

JESCO v. WINTERSTEIN

KRITIK

Didaktischer Lehrfilm

Das *Vorhaben war löblich. Zum* 40. Todestag der großen Künstlerin und frühen Mahnerin zum Frieden, Käthe Kollwitz, eine filmische Hommage zu gestalten, ihr graphisches und bildhauerisches Werk aus den Archivkellern der Museen ans Licht zu bringen – welche Aufgabe! Für diesmal, leider, eine vertane Gelegenheit. Herbert Ballmann, der sich einst als Kinderfilm-Regisseur bei der Ostberliner DEFA profilierte, vermochte nicht über die Hürde des didaktischen Lehrfilmes zu springen. Als Spielfilm angekündigt, geriet der Streifen **Zeugin ihrer Zeit – Käthe Kollwitz** (ZDF) unversehens zum abendlichen Volkshochschul-Kurs; zu einer Art Bildungs-Feature. Eintönig und dumpf las die Darstellerin der Kollwitz, Cordula Trantow, Brieftexte und Tagebuchnotizen zwischen *gespielten Szenen und* blieb seltsam blaß dabei. Ihrer Stimme fehlte es an Modulation, ihrem Gesicht an Stärke und Vielfalt des Ausdrucks. Dies wurde umso deutlicher, weil die großartigen Selbstportraits der Graphikerin mehrmals eingeblendet wurden. *Regisseur Ballmann* hätte die alte dramaturgische Erfahrung kennen müssen, nach der es schier unmöglich ist, ein Lebenswerk über ein halbes Jahrhundert hindurch filmisch *aufzuspüren* und publikumsgerecht umzusetzen. Hätte man sich in diesem 100 Minuten-Film auf den künstlerischen Gestaltungsprozeß einiger *wesentlicher Werke beschränkt*, so wäre das Wenige mehr gewesen. Der Weber-Zyklus zu Gerhart Hauptmanns Drama, vielleicht auch die schwierige, mehr als eineinhalb Jahrzehnte während Arbeit am Monument der Trauernden, einem Denkmal für den Soldatenfriedhof im flämischen Roggevelde, dem dort gefallenen Sohn Peter und seinen Kameraden gewidmet: Wären das nicht mögliche Themen für einen Film gewesen?

Bei ausgedehnten Wochenschau-Aufnahmen aus den Kriegstagen (wie oft sahen wir das schon in diesem Jahr!) und während allzu vieler gestelzter Dialoge schalteten gewiß viele interessierte Zuschauer ab. Höchst ärgerlich für die Zuschauer einen dickbäuchigen und weingeröteten Ernst Barlach Sprüche klopfen zu hören: „*Ihre Holzschnitte* haben einen starken Einfluß auf mich ausgeübt!" Nein, das war nichts. Leben und Wirken der Kollwitz, die, nach einem Wort Gerhart Hauptmanns, keine Propaganda-, sondern Bekenntniskunst schuf, wären noch immer eine Serie wert.

DIETER BORKOWSKI

STUDIO

Bei einer Ausweitung der Zahl der Fernsehangebote, wie sie über Kabel und Satellit möglich ist, nimmt der Fernsehkonsum der Kinder drastisch zu, während die *Erwachsenen nicht mehr* fernsehen. Eine Prognose, die in den 70er Jahren aufgestellt (Media-Perspektiven 12/78) und auf die immer wieder *zurückgegriffen wurde, scheint* sich jetzt – da erstmals Meßdaten der kontinuierlichen **GfK-Fernsehforschung** in Kabelhaushalten vorliegen (gegenwärtig werden 56 Haushalte mit Satellitenempfang im Panel der GfK-Fernsehforschung erfaßt, bis Januar 1986 erhöht sich die Zahl auf 225) – zu bestätigen. Die Sehdauer der sechs- bis dreizehnjährigen Kinder wächst *nach einer Auswertung vom Okto*ber 1985 um 65 Prozent, das ist eine ganze Stunde mehr als bei Kindern in Haushalten ohne Kabel- und Satellitenprogramme. Ein Mehrkonsum ist auch im Bereich der Videorekorder zu verzeichnen. GfK-Mes*sungen zeigen*, daß Erwachsene und Kinder in Videorekorder-Haushalten deutlich mehr fernsehen. Kinder sitzen um 30 Prozent länger vor dem Bildschirm als der Durchschnitt. Bei den Erwachsenen ist der Nutzungszuwachs geringer.



Dienstag



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ZDF-Info
10.00 heute
10.03 Zärtlichkeit
11.30 Scheibenwischer
12.15 Umschau
12.25 Kontraste
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Liebe, Tod und Schmerz
4. Teil: Kinder-Krebsstation
Alltag zwischen Angst und Hoffnung
Bericht von Horst Johann Sczerba
16.55 Die Spielbude
17.50 Tagesschau
20.00 Tagesschau
20.15 Was bin ich?
21.00 Report
Baden-Baden
Themen u.a.: Wie Kennedy und Chruschtschow 1963 das Atom-Teststop-Abkommen schlossen/ Wörner plant europäische Raketenabwehr/ Wie glaubwürdig war der Großversuch zum Tempo-Limit?
Moderation: Franz Alt
21.45 Dallas
22.30 Tagesthemen
23.00 ARD-Sport extra
Fußball: 1. Bundesliga
23.50 Kulturweltspiegel
Kunstmarkt New York
Künstler und Preise werden gemacht. Ein Blick hinter die Geschäftspraktiken der New Yorker Galerien.
Der wilde Franzose
Seine Bilder werden in den USA zu Superpreisen gehandelt, der 29jährige Jean Charles Blais gilt bereits als arriviert.
Makonde aus Moçambique
Die klassische afrikanische Schnitzkunst aus Ebenholz ist dank der großen Nachfrage von Touristen fast nur noch zu „Airportart" verkommen.
0.15 Tagesschau
0.20 Nachtgedanken
Späte Einsichten mit Hans Joachim Kulenkampff

ZDF

16.00 heute
16.04 Computer-Corner
16.20 Schüler-Express
Junge Leute in der DDR: Ferienaktivitäten
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Mein Name ist Hase!
18.20 Es muß nicht immer Mord sein
19.00 heute
19.30 exclusiv
Margie Jürgens, die Witwe von *Curd Jürgens, veröffentlichte ihre* Erfahrungen mit dem weltberühmten Schauspieler in einem Buch. Adelheid Schulenburg besuchte sie und sprach mit ihr über ihr be*wegtes Leben. Außerdem trafen* sich ZDF-Mitarbeiter mit dem Zeichner und Buchautor Maurice Sendak, dem Modemacher Daniel Hechter, dem Starkoch Wolfgang *Puck und dem „Ein Fall für zwei"*-Darsteller Günter Strack.
20.15 Diese Drombuschs (10)
21.15 WISO
Themen u.a.: Gift im Essen: Jetzt geht's um die Wurst / Berliner Ausbildungs-Hotel: Eine erfolgreiche Initiative / Tip: „Babyjahr" für die Rente anerkennen lassen
21.45 heute-journal
22.05 Schauplätze der Literatur
Anna Seghers (1900–1983) in Marseille
Nach Motiven des Romans „Transit"
Film von Norbert Beilharz
22.50 Glut
Deutsch-schweizerischer Spielfilm (1983)
Mit Armin Mueller-Stahl u. a.
Buch: Thomas Koerfer, Dieter Feldhausen
0.35 heute



Armin Mueller-Stahl als schweizer Waffenfabrikant Korb, der beste Beziehungen zum Dritten Reich unterhält, und Katharina Thalbach als seine Frau Claire in dem Film „Glut" – Di., 22.50 Uhr, ZDF FOTO: U. RÖHNERT

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Hans-Gerd Wiegand: Kanadisches Tagebuch
20.45 Rückblende
Vor 85 Jahren geboren: Anna Seghers
21.00 Formel Eins
21.45 Landesspiegel
Porträt Wolfgang Schmitz, Maler
22.15 Deutscher Alltag
23.00 Wie uns die Nachbarn sehen
23.45 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Gitarrenwerkstatt mit Sigi Schwab (6)
19.15 Musikladen – Eurotops extra
20.00 Tagesschau
20.15 Unterm Funkturm
21.15 Toma
Der Komplize (1)
22.00 Ich und Du
23.00 Offerte
23.15 Das Verhör des Adolf Eichmann
0.35 Nachrichten

HESSEN
18.30 Unser Auto wird hundert
In Krieg und Frieden
19.05 Formel Eins
20.00 Tatort
Gefährliche Wanzen
Kriminalfilm von Wolfgang Menge
21.35 Drei aktuell
21.50 Bücher-Report
22.50 Oft schwieg ich still, oft hab' ich auch gelacht
Der Maler Caspar David Friedrich in Dresden
23.20 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 S3 – Kinokalender
20.45 Landespolitik
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Gutes Abend aus Mainz
Nur für das Saarland:
20.15 Magazin Saar 3
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Vom Teufel geritten
Amerikanischer Spielfilm (1958)
Mit Robert Taylor u. a.
22.35 Avanti! Avanti! (24)
23.05 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 David und Goliath
Italienischer Spielfilm (1959)
Mit Orson Welles u. a.
20.35 Abfahrt vom Hohen Göll
20.45 Die Sprechstunde
Das täglich' Brot der Fußballnationalmannschaft
21.30 Rundschau
21.45 Werkbesuch – in Bayerns Stahlschmiede
22.30 Z. E. N.
22.35 Im Gespräch
23.20 Rundschau

SAT 1

13.30 Perrine
Sondervorstellung
14.00 Charlie Chan
Der Tod eines schwarzen Kamels
15.00 Mein Freund Taffdi
Geheimauftrag im Park
15.30 Musicbox
16.30 Mork vom Ork
Ein neuer Freund
17.00 Die Leute von der Shiloh Ranch
Tim Bradburys Irrtum
18.00 Taxi
Ein folgenschwerer Satz
Oder: Regionalprogramme
18.30 APF blick
Nachrichten und Reise-Quiz
18.45 Eine Nacht mit Susanne
Amerikanischer Spielfilm (1954)
Mit Dick Powell, Debbie Reynolds u. a.
Regie: Frank Tashlin
Anschließend: APF Wetterblick
20.30 Mit Schirm, Charme und Melone
Wenn es 12 Uhr schlägt
21.30 APF blick
Aktuelles,
Show und Künstler,
Sport und Wetter
22.15 Krieg und Frieden
Sowjetischer Spielfilm (1965)
Nach dem Roman von Leo Tolstoi
Mit Ludmilla Sawelewa, Sergej Bondartschuk u. a.
Regie: Sergej Bondartschuk
1.00 APF blick
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Bilder aus der Schweiz
19.00 heute
19.30 Erz-Schmerz
Abschied von einer Legende
Film von Bernhard Frankfurter
Rings um die Stadt Eisenerz in der Steiermark stirbt der Jahrtausende alte Erzbergbau. Der Film schildert, wie die Menschen in diesem Gebiet den Umbruch erleben und verarbeiten.
20.30 Ringstraßenpalais
24. Die Entscheidung
In der letzten Folge der Serie gibt es eine kleine Familientragödie im Ringstraßenpalais der Artenbergs: Tochter Toni ist wegen einer mütterlichen Ohrfeige ausgerissen, und auch Vater Franzl schmiedet „Aussteigerpläne".
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Club 2
Anschl. 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

18.35 Blick in die Welt
18.53 7 vor 7 – Newsshow
19.20 RTL-Spiel
19.30 Knight Rider
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Sonicman
Spanischer Spielfilm (1978)
22.05 RTL-Spiel
22.15 Wie geht's?
22.40 Ground Zero
Amerikanischer Spielfilm (1975)
0.17 Horoskop
0.22 Betthupferl

Mittwoch

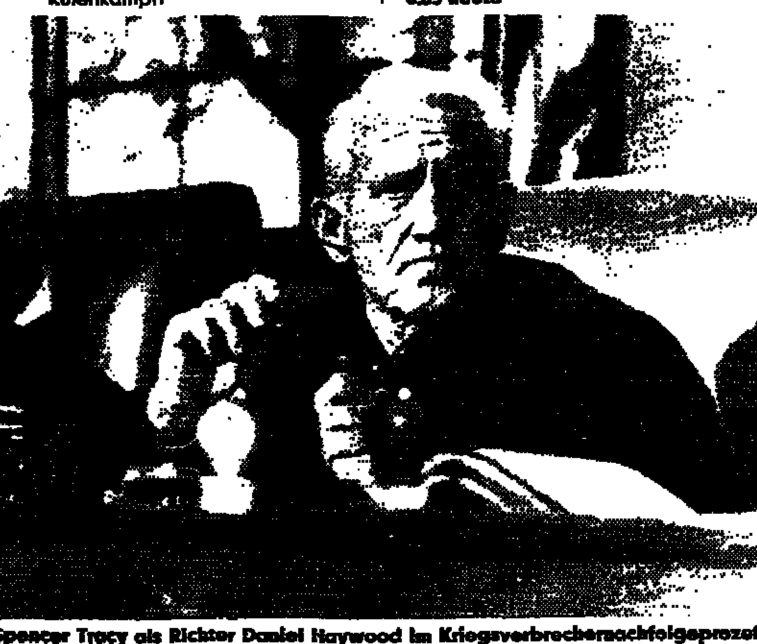


ARD

9.50 Johannes-Passion
Film von Werner Düggelin
zur Musik von Johann Sebastian Bach
11.20 Ein Sommernachtstraum
Komödie von William Shakespeare
13.15 Vom tapferen Schmied
Märchenfilm aus der Tschechoslowakei
Regie: Petr Sveda
14.35 Sindbads gefährliche Abenteuer
Englischer Spielfilm (1973)
Regie: Gordon Hessler
16.15 Kunst, Kommerz und Klingel
Live vom 19. Kölner Kunstmarkt
17.00 Der Krieg und die Kröte
Fernsehfilm von Timothy Findley
Mit Brent Carver u. a.
Regie: Robin Phillips
19.00 Besuch bei Hildegard Knef
Von und mit Werner Baecker
19.45 Zwei mit Zeit zum Beten
Glaubens-Erfahrungen im Alltag
20.00 Tagesschau
20.15 Brennpunkt
Der Gipfel in Genf – Entspannung zwischen den Großmächten?
20.50 Backfischliebe
Fernsehspiel von Philip Purser und Rolf Hädrich nach Vernon Bartlett
Mit Chris Ahrens, Maria von Bismarck, Manuela Joest u. a.
Regie: Rolf Hädrich
22.30 Tagesthemen
23.00 ARD-Sport extra
Fußball: Niederlande – Belgien (Ausschnitte vom selben Abend *aus Rotterdam) / Hallenhandball:* Deutschland – CSSR (Ausschnitte vom selben Abend aus Essen)
23.45 Einsatz in Manhattan
Kaufpreis für einen Richter
Richter Mackie Junior ist tot. Selbstmord, wie es scheint. Doch für Kojak ist klar, daß es hier nicht mit rechten Dingen zuging.
0.30 Tagesschau
0.35 Nachtgedanken
Späte Einsichten mit Hans Joachim Kulenkampff

ZDF

9.45 Programmvorschau
9.50 Rosen im Schnee
Nachdenken über Klara von Assisi
10.05 Lucchino Visconti:
Bellissima
Italienischer Spielfilm (1951)
Mit Anna Magnani u. a.
11.55 Nordhessen auf dem Abstellgleis?
Eine Neubaustrecke der Bundesbahn
12.25 heute
12.30 Zum Jahr der Musik
Helmuth Rilling erläutert und dirigiert Johann Sebastian Bach: „Herr, gehe nicht ins Gericht"
13.10 Wie Schwestern ...
Frauen in einem griechischen Dorf
13.40 Anja und die vier Jahreszeiten
14.40 Schenk mir ein Buch
15.30 Der Tunnel
Deutscher Spielfilm (1933)
nach Bernhard Kellermanns Roman
16.45 heute
16.50 Spielregeln
Jugend und Justiz
Ich bin doch kein Kind mehr
17.35 Von einem, der auszog
18.20 Die Sport-Reportage
15. Spieltag der Fußball-Bundesliga
18.55 mittwochslotto – 7 aus 38
Spiel 77
19.00 heute
19.30 Kennzeichen D
20.15 Urteil von Nürnberg
Amerikanischer Spielfilm (1961)
Teil 1
Mit Spencer Tracy, *Burt Lancaster*, Richard Widmark u. a.
Regie: Stanley Kramer
21.40 heute-journal
22.00 Urteil von Nürnberg
Amerikanischer Spielfilm (1961)
Teil 2
23.25 Das internationale Tanztheater
Kreisleriana
Ballett von Patrice Montagnon mit der Musik von Robert Schumann
0.05 heute



Spencer Tracy als Richter Daniel Haywood im Kriegsverbrechernachfolgeprozeß gegen ehemalige Nazijuristen – „Das Urteil von Nürnberg", Mi., 20.15. Uhr und 22.00 Uhr, ZDF FOTO: TELEBUNK

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Ich stelle mich ...
Werner Schneyder, Kabarettist
21.45 Wissenschaftsshow
SDI – oder Der Traum von der Unverwundbarkeit!
Von und mit Jean Pütz, Wolfgang Woywod und Robert Müller
22.30 Wiedergesehen – neugesehen
Geliebt in Rom
Fernsehspiel von Jürgen Gütt
Im Winter 1944 wird auch Rom von den Deutschen besetzt. Die Tänzerin Anna und der jüdische Architekt Robert finden in der Dachkammer eines römischen Hotels *Unterschlupf. Ausgerechnet* dieses Hotel wird deutsches Offizierscasino.
Regie: Paul Verhoeven
0.10 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Englisch für Fortgeschrittene (9)
19.00 Arbeitsplätze (2)
19.30 Ökoland
20.00 Tagesschau
20.15 Die schwierige Nation
Typisch deutsch?
21.45 Film-Club
Unser täglich Brot
„DDR"-Spielfilm (1949)
Regie: Slatan Dudow
23.25 Actualités
23.40 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Menschen in Hessen
Joachim Martini und seine „Junge Kantorei"
19.15 Ludwig van Beethoven
Leonoren-Ouvertüre Nr. 3
19.35 Kurpfuscher
Polnischer Spielfilm (1981)
Regie: Jerzy Hoffmann
21.40 Drei aktuell
21.45 So isses
Leben live mit Jürgen von der Lippe

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg II
19.00 Mach' daß alles gut wird ...
Wünsche an den lieben Gott
19.25 Nachrichten
19.30 Trinkgeld
Aus dem Leben eines Hotelpagen
20.15 Sammelsurium
Aus dem Kulturleben
21.00 Die Nacht der tausend Augen
Amerikanischer Spielfilm (1948)
Nach einem Roman von Cornell Woolrich
22.20 Nacht ohne Morgen
Auf den Spuren des Kriminalschriftstellers Cornell Woolrich
23.05 Nachrichten

BAYERN
19.00 Bayern-Kini '85
19.45 Mad Movies oder Als die Bilder laufen lernten
20.15 Christians Wanderbrettl
20.45 Die eigene Wohnung ist der Anfang
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Ein Liebesdrama (4)
22.50 Manchmal möchte man fliegen
23.50 Rundschau
23.55 News of the Week

SAT 1

13.30 Trickfilmzeit mit Adelheid
Mr. Magoo und König Arthur
14.00 Big Valley
Das verkaufte Land
15.00 Mein Freund Taffdi
Das Ehrenwort eines Mannes
15.30 Musicbox
16.30 Drei Mädchen und drei Jungen
Viel Ärger um eine kleine Puppe
17.00 Kultur, Natur und Wissenschaft
Dokumentarfilm
18.00 Es darf gelacht werden
Der Alte in der Backröhre
Oder: Regionalprogramme
18.30 APF blick
Nachrichten und Reise-Quiz
18.45 Zahlen und Buchstaben
19.10 Sport auf SAT1
Anschl. Das Skatturnier der BILD-WOCHE
19.35 Kein Pardon für Schutzengel
Unfall auf die Sekunde
Anschließend: APF Wetterblick
20.00 Festival der schönen Stimmen
20.30 Love Boat
Anschl. Ihr Wochenhoroskop
21.30 APF blick
Aktuelles,
Show und Künstler,
Sport und Wetter
22.15 Wie ich den Krieg gewann
Englischer Spielfilm (1966)
Mit Michael Crawford, John Lennon u. a.
Regie: Richard Lester
0.05 APF blick
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Taipi
Auf den Spuren von Herman Melville und Jack London in der Südsee
Film von Peter Stierlin
19.00 heute
19.30 Bonsoir Mireille
Mireille Mathieu und ihre Lieder
21.00 Die Mittwochsgeschichte
21.15 Zeit im Bild 2
21.55 Kulturjournal
22.05 Seit 1500 Jahren auf dem Rückzug
Die Rätoromanen von Aquileja bis Chur
Film von Leonhard Paulmichl
22.50 Sportreport
Am Anfang war der Schrott
Stock-Car-Rennen in England
23.35 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

18.00 Was darf's denn sein
18.53 7 vor 7 – Newsshow
19.02 Delvecchio
Krimi-Serie mit Judd Hirsch
19.50 Sport aktuell
Live-Übertragung des WM-Qualifikationsspiels
Niederlande – Belgien
21.45 Das Fräulein von Barnhelm
Deutscher Spielfilm (1940)
nach Gotthold E. Lessing
Mit Käthe Gold, Theo Lingen, Paul *Dahlke, Ewald Balser u. a.*
Regie: Hans Schweikart
23.18 Wetter
23.20 Horoskop
23.25 Betthupferl

Kishons Biographieversuch: Beinahe die Wahrheit

Schragele Spiegels Untat

Von „Dichtung und Wahrheit" bis „Beinahe die Wahrheit" ist es nur ein Schritt – der vom Erhabenen ins Witzige. Ephraim Kishon hat keine Autobiographie vorgelegt, er hat sozusagen die Geschichten hinter seinen Geschichten erzählt, weil er nach 25 Büchern der Ansicht ist, „daß die beiden unfreiwilligen Partner sich bei der Silbernen Hochzeit fragen, mit wem sie da eigentlich fast lebenslang verbunden waren." Also:

„Der Schriftsteller verläßt dann seinen Elfenbeinturm, begibt sich auf



Vortragstournee und verteilt immer unleserlichere Unterschriften en gros. Er versucht außerdem, bei verstohlenen Blicken durch Buchhandlungsfenster endlich einen Leser beim Kauf eines seiner Bücher zu erwischen. Bei Erfolg gerät er in erotische Ekstase." In der Fanpost findet er „unvermeidlich die Frage: ‚Wie wurden Sie Humorist?' (Die Antwort: ‚Durch ein Mißverständnis.') Und dann geht es Schlag auf Schlag: ‚Gibt es „Meinen Freund Jossele" wirklich?' (‚Manchmal'), ‚Sind Sie im Privatleben auch so komisch?' (‚Nur an ungeraden Tagen'). Die Kernfrage heißt jedoch: ‚Ist denn das alles wahr, was Sie in Ihren vielen Büchern zusammengeschrieben haben?'"

Dieser Frage widmet sich das Buch im Sinne seines leicht einschränkenden Titels. Kishon wählt einige der Geschichten aus, zu denen er die Tatsachen mitliefern kann, die sie angeregt haben. Es ist hinlänglich bekannt, daß Kishon nischt ferzelt kajne jiddische lozelach, sondern Anekdoten, in denen man eigene Erlebnisse mehr oder weniger kathartisch wiedererkennt – sie hätten großenteils auch irgendwo in Mitteleuropa oder Nordamerika passieren können; manche sind übrigens dort passiert. Aber hauptsächlich spielen sie sich eben doch unter jenen Menschen ab, die von einer Welt haßerfüllter Feinde umgeben sind, die unablässig den Helm fester binden und täglich mit einem Mordanschlag auf sich oder einen nahen Angehörigen rechnen müssen, die ungeheure Opfer bringen, um ihren Staat zu erhalten, die Helden sind und indigniert abwinken, wenn man sie so nennt.

Es gibt seinen Erzählungen einen besonderen Reiz, diese Helden im Alltag kennenzulernen. Sie sind nicht müde, sie sind nur eben Menschen wie du und ich, und wenn sie nicht gerade an irgendeine dieser langen offenen Grenzen gerufen werden, dann ärgern sie sich über ein begnadetes Nachbarskind namens Schragele Spiegel, das entweder eine kraftvolle elektrische Gitarre oder neuerworbene Karatekünste oder sonstige Wohltaten auf Kosten seiner leidgeprüften Mitmenschen ausprobiert.

Der Name Schragele ist echt, sagt Kishon, der Name Spiegel nicht, und es bewegt ihn immer wieder neu, wenn Mama „Spiegel", aus gutem Grund als erste mit der Schilderung von ihres Kindes neuester Untat beschenkt, sich grenzenlos darüber amüsieren kann, „daß Sie diesem unglückseligen Bengel den Namen meines Schragele gegeben haben." Der Gerechte muß viel leiden; wohl ihm, wenn er Bücher daraus machen kann.

Bleibt „eine Frage zu beantworten, die man mir immer wieder in Briefen und auch persönlich stellt: wie fühlt sich ein Überlebender des Holocaust, der (durch seine Bücher, geschrieben in Hebräisch und über den jüdischen Staat) in Deutschland zu einem der meistgelesenen Schriftsteller geworden ist?" Kishons Antwort „ist nicht die eines gebrochenen und wehklagenden Schriftstellers, der sich immer noch verfolgt fühlt." Er empfindet die Millionen deutschen Israel-Reisenden als „eine Art Schutzmauer gegen die neue antisemitische Welle", die „in den letzten Jahren die westliche Welt unter dem Vorwand der Empörung über den Libanonkrieg überschwemmt hat." Er trägt „nicht an der Last der Vergangenheit", er steht „heute zu meinen deutschen Freunden und Feinden, wie man eben zu Freunden und Feinden steht."

Er leugnet nicht, daß er Feinde hat. Er ist ja im ZDF kürzlich erst gefragt worden, „warum ich um Gotteswillen nicht zu Linken gehöre, wie jeder anständige Künstler." Trotzdem erzielt er phantastische Auflagen.

ENNO von LOEWENSTERN

Ephraim Kishon: Beinahe die Wahrheit. Die Geschichte meiner Geschichten. Verlag Langen Müller, München. 288 S., 28 Mark.



Den Malpinsel haben sie schon in der Hand: Aber „es ist verboten, die Götter zu wecken" (1984) von Carlo Maria Mariani, aus der Washingtoner Ausstellung FOTO: KATALOG

Washington: „A New Romanticism" der modernen italienischen Malerei

Ich bin nicht Maler, ich bin das Werk

Noch vor der deutschen hat in den letzten Jahren die zeitgenössische italienische Malerei Furore gemacht. Mit der Ausstellung „A New Romanticism" versucht derzeit das Hirshhorn Museum in Washington, einen Überblick über diese italienische Malerei der Gegenwart zu geben.

Dabei riskiert man aus der distanziert neutralen Perspektive Amerikas etwas für europäische Begriffe ganz Erstaunliches, nämlich die beiden entgegengesetzten Enden der heutigen italienischen Kunst, Transavantguardia und Anacronisti, unter dem Begriff des Romantizismus zusammenzubringen. 16 Künstler hat man ausgewählt, und darunter finden sich ebenso die Arte-Chiffra-Exponenten wie Sandro Chia, Enzo Cucchi und Mimmo Paladino wie auf der anderen Seite die Pittura-Colta-Vertreter Carlo Maria Mariani, Paola Gandolfi und Stefano Adelswort di Stasio.

Dabei wird allerdings auch recht klar, daß selbst bei 16 Malern wenig Bedeutendes auf der Skala zwischen diesen Extremen zu finden ist. Allenfalls Lorenzo Bonechis melancholische Bibelszenen, bei denen der Pinsel gleichsam den Eindruck einer Buntstiftzeichnung vortäuscht, oder die sehr lyrischen Vergangenheitszitate von Tommaso Lisanti mit ihren Anspielungen auf Puvis fallen da auf.

Chia ist mit sehr guten Arbeiten aus der Berliner Sammlung Marx vertreten, Cucchi u. a. mit der grandiosen „Blüte der schwarzen Hähne" aus dem Amsterdamer Stedelijk. Marianis hochgradig symbolistisches Bild „Es ist verboten, die Götter zu wekken" bietet dazu das Gegengewicht: Mit fast altmeisterlicher Sorgfalt gemalt und eine feinsinnige Zeichensprache pflegend – vom Michelangelo-Zitat bis zu der Idee, den schlafenden Göttern Pinsel in die Hand zu drücken, auf daß sie zu Künstlern und die Künstler zu Göttern werden.

Da wird zum Bild, was Mariani einmal formulierte: „Ich bin nicht ein Maler; ich bin kein Künstler; ich bin das Werk!" Das hat aber nun gar nichts mit Anacronisti zu tun und erst recht nichts mit neuem Romantizismus. Denn was hier aus der Malerei herausbricht, sind Gedanken, die aus der konzeptuellen Kunst kommen, und wer die mit einschließen will, hätte nicht an Giulio Paolini und Salvo vorbeigehen dürfen.

Wem auf der anderen Seite die Mythologieversuche von Chia und Cucchi mit ihren totemischen Erlebnissen romantizistisch dünken, der hätte nicht verzichten dürfen auf die Bilder Clementes mit ihren Sexualfetischen. Die Ausstellungsthese, es gehe ebensowohl bei der Transavantguardia wie bei den Anacronisti erstens um gegenständliche Bilder und zweitens um den Weg zurück, einmal in die Urgründe der Menschheit und einmal in die Hochblüte der Kultur, also die Renaissance, ist doch wohl etwas zu simpel, um daraus gleich einen Gegensätze einenden Romantizismus zu prägen. (Bis 5. Jan. 1986, Akron Art Museum: 28. Jan. bis 6. Apr.; Kat. 15 Dollar)

REINHARD BEUTH

Mit Goethe gegen die Klassiker-Verhunzungen

Bügelbrett vorm Kopf

Was der Prinzipal Veit Relin in seinem Sommerhausener Torturmtheater mit Goethes „Laune des Verliebten" anstellt, hätte den 18jährigen Jungdramatiker seinerzeit als völlig „inkommensurabel" geschockt. 180 Jahre nach der ersten öffentlichen Aufführung in Weimar – sie bedeutete damals das Ende der 2000jährigen Schäferdichtung – signalisiert Relin jetzt das Ende einer 20jährigen Klassiker-Verhunzung, indem er aus dem Rokoko-Spiel ein totales „Rock, oh k. o."-Spiel macht. Das heißt: Fröhlich verpoppt, aber in tödlicher Absicht, parodiert er darin die Errungenschaften unseres modernen Regietheaters, angefangen beim Dampf in allen Gassen bis zum Zahnarztstuhl als szenischem Mittelpunkt.

„Ihr wißt, auf unsern deutschen Bühnen probiert ein jeder, was er mag", tönt provozierend die Stimme von Goethes Theaterdirektor aus der Untiefe des Raums. Vor dem zuerst der halbhohe Brecht-Vorhang hängt, allerdings hochgerutscht und mit der nicht minder bekannten Aufschrift: „Glotzt nicht so romantisch!" Das tut auch keiner. Denn der mit Symbolen vollgestopfte Schauplatz für die Liebes-Tändeley der beiden Paare Amine-Eridon und Egle-Lamon ist sofort kenntlich als Tatort, an dem „man einen Klassiker ermordet", wie's der Untertitel 85 verspricht.

Im Hintergrund um David Bowie die plakatierten Köpfe im derzeitigen Showbusineß. Ein rasselnder Spielautomat (Marke „Merkur") und ein Motorrad-Oldie zeigen an, was hier so läuft. Die vormaligen Schäfer wandeln jetzt unter einem furchterregenden Keiler-Kopf, umgeben von Hirschgeweih, Sitz-Ente, Eichhörnchen und von Plakaten der Münchner Puppentheatersammlung. Angeheizt von einem Hühnergrill und hochgenommen in besagtem Zahnarztstuhl für bohrende Fragen wie: „Wann war ich untreu?" Antwort: „Nie! Das ist es, was mich quält!" Man merkt die Absicht und ist gestimmt.

Als hätte die Souffleuse falsch eingesagt, beginnt Amine inbrünstig: „Meine Ruh' ist hin ..." Das wird eine heiße Pop-Nummer am Bügeleisen (Symbolik!). Abgezogen von der attraktiven Schauspielerin Mirjam Ploteny, die das heutige Publikum vielleicht ähnlich anmachen könnte wie anno dazumal die erste Amine, Corona Schröter, den entflammten Goethe. Dann aber doch die echten Alexandriner. Rhythmisiertes Liebesgesäusel zwischen dem kessen Blumenkind Egle (Beate Ehrmann) und ihrem lässigen Lover namens Lamon (Wolfgang Feigenhauer). Werktreuer Goethe-Text also inmitten eines hochsymbolischen Trödelladens, in dem eher ein mißverstandener Achternbusch zu vermuten wäre.

Nur wie nebenbei, in Wörtern wie „Frusti" (statt „Schäfer") oder „Super" (statt „schön") und in einigen Halbversen bricht manchmal der Killer-Instinkt des Regisseurs durch: „Hey, du bist Spitze!" – „Du hast einen Sound drauf!" – „Da sag ich wouw!" Es klingt, als werde der Alexandriner von einem Bernhardiner verbellt. (Das Kalauern steckt an.)

Mit ausgesuchter Tücke führt Relin den Bedeutungs-Schmarrn gewisser Inszenierungen ad absurdum. „Oh! Welche Zärtlichkeit!" schwärmt die neidische Amine dem anderen Paar nach, und dabei streicht sie gedankenverloren dem Grill-Huhn über den knusprigen Bürzel. „Ich kenne seinen Zorn, wie zittr' ich ihn zu fühlen", sagt sie über Eridon – und schreit auf, weil sie aus Versehen dem Keiler ans Gewaff geraten ist. Im Streit hat der uneinsichtige Eridon plötzlich ihr (Bügel-)Brett vorm Hirn. Und wenn Lamon bekennt: „Und dieses muntre Herz ist auch auf ewig Dein", steckt er seiner Egle ein rotes Plastikherz ins Mieder. Die ABC-Schützen der Regie sind bedient.

Gespielt wird zwischen ekstatischen Ausbrüchen und somnambuler Verfremdung. Statt zierlicher Menuette gibt's einen vorletzten Tango und von Amine einen garantiert innovativen Känguruh-Tanz, wenn sie mit Goethe beteuert: „Es hüpft mein Herz, mein Fuß will fort!" Muß noch erwähnt werden, daß der unrasierte Eridon, mit dem „I like Boris" auf der Brust und dem Tennisschläger unterm Arm, nach Egles umfassendem Verführungskuß seinen beschleunigten Herzschlag ersetzt durch schnelleres Kauen auf Wrigley's chewing gum? Daß auf dem Motorradsattel ein folgenschwerer Reißnagel liegt? Und daß im Finale der von Goethe schlichtweg vergessene Lamon mehrmals dazwischenfunkt mit einem lästerlichen „O gittigitt!"?

Genug des grausamen, des Mörder-Spiels mit dem Olympier. Es ist der Hit des Torturmtheaters. Die Leute amüsieren sich, betrauern keineswegs die verlorene Unschuld im Schäferparadies (das eh nur wenige kennen).

ARMIN EICHHOLZ

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565.

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43-80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

Regenten in Hamburg

warn. – Heute also sollen sie gekürt werden, die neuen Regenten der Hamburgischen Staatsoper, die nach den Horres-Turbulenzen und der Interimsherrschaft Rolf Liebermanns von 1988 an den schwer manövrierbaren Koloß an der Dammtorstraße sicher und effektvoll ins kommende Jahrzehnt steuern sollen. Als ihre Wunschkandidaten wird Kultursenatorin Helga Schuchardt dem Aufsichtsrat den 38jährigen Komponisten und Juristen Peter Ruzicka, zur Zeit Intendant des Radio-Symphonie-Orchesters Berlin, und den 49jährigen Dirigenten Gerd Albrecht vorschlagen. Sie sollen als Zweier-Gespann gemeinschaftlich für die künstlerischen und finanziellen Belange verantwortlich sein, wobei Ruzicka einem *künftigen GMD Albrecht die* Verwaltungsaufgaben abnehmen soll. Ein erfolgsträchtiges Konzept?

Skeptisch war da vor allem Hamburgs Bürgermeister Klaus von Dohnanyi, der seiner Senatorin nicht zum ersten Mal kräftig in die Parade fuhr, diesmal mit der Alternativ-Idee, an der Spitze des Philharmonischen Staatsorchesters einen Superstar vom Schlage Maazels zu installieren, damit die Hansestadt musikalisch in neuem Glanz erstrahle. Auch die Haushaltschefs der SPD-Regierung legten der ungeliebten Senatorin Steine in den Weg, da *sie das Haus ohne* Verwaltungsdirektor Rolf Mares in die Katastrophe treiben sahen. Mares soll nun von 1988 an noch für zwei Jahre als Berater fungieren. Daß das ein praktikabler Kompromiß ist, wagt heute schon mancher zu bezweifeln.

Außer Diskussion steht, daß ein Haus von solcher Größenordnung Führungskräfte von starker künstlerischer Statur und innovatorischer Phantasie braucht, um nicht zur Provinz abzusinken. Albrecht und auch Ruzicka haben gewiß gute Voraussetzungen dafür. Überdies haben sie in der Vergangenheit *mehrfach in heiklen Situationen* Wendigkeit und Stehvermögen bewiesen. Man kann nur hoffen, daß sie auch im Finanziellen realistisches Geschick zeigen, zumal künftig unter noch harscheren Sparzwängen als bisher operiert werden muß.

Ein Männer-Mythos wird entblättert – Neue Materialien zur Rolle der Frauen im „Wilden Westen"

Siegerinnen an der Todeslinie in Kansas

Die Frauen der Pioniere haben erlebt, erduldet und aufgeschrieben, was geschah, *nachdem der amerikanische* Kongreß 1854 mit dem „Kansas-Nebraska"-Gesetz und 1862 mit dem „Heimstätten"-Gesetz den gesamten, sogenannten Fernen Westen zur Besiedlung freigab. Damals erschienen in den europäischen Ländern überall Werber, hingen an den Wänden großflächige Anzeigen und Plakate, die die Prärie jenseits des Missouri-Rivers als landwirtschaftliches Paradies auf Erden priesen: zwei bis drei Ernten im Jahr, Siedlerheimstätten, umrahmt von blühenden Plantagen und wogenden Getreidefeldern, mit Farmern in napoleonischer Erobererpose, die den Blick übers eigene Rittergut schweifen ließen, mit Frauen und rotwangigen Kindern, denen Glück und Geborgenheit aus den Augen strahlte.

Da gab es Farmer, die mit Zehn*fachpflügen und Zwanzigergespan*nen pure Dollarscheine aus dem Boden pflügten. Unübersehbare Herden glücklicher Rinder standen in schulterhohem saftigen Gras. Ein Leben so lang wie das Methusalems versprachen die Sirenenklänge in zehn Sprachen, die landhungrige Auswanderer lockten.

160 Acres Ackerland erhielt jeder Haushaltungsvorstand geschenkt! Das waren für den *preußischen* Tagelöhner 64,7 Hektar oder 254 Morgen, und für die Familie des Bruders und Schwagers nochmal und nochmal soviel. Ganze Arbeitersippen zogen aus, regelrechte Rittergüter in Besitz zu nehmen. „Kümmern Sie sich nur fünf *Jahre um Ihr Land, und es wird sich* ein Leben lang um Sie kümmern!" tönte die Werbung, die eine Völkerwanderung ohnegleichen auslöste. Zinsbegünstigte Kredite für sieben Jahre versprachen Banken, unmittelbaren Anschluß an die Märkte alter und neuer Städte die Eisenbahnen.

Es waren daher durchweg kreuzsolide Familien, die mit ihren Planwagen hoffnungsvoll einer rosigen Zukunft entgegenfuhren. Erst wenige Jahrzehnte zuvor hatten Regierungsexpeditionen zwar das gesamte Prärie- und Felsengebirgsgebiet als „menschenfeindliche Wüste" beschrieben, in der selbst Wölfe und Klapperschlangen nur mit Mühe ihr *Leben fristen könnten, – doch daran* mochte sich niemand mehr erinnern.

Das Herzstück des baumlosen und wasserarmen Präriegürtels, das sich „Kansas" nannte, wurde ab 1854 zuerst von Heimstätterbauern von Ost nach West besiedelt. Sie gerieten da*mit unversehens in den blutigen Kon*flikt zwischen Pro- und Anti-Sklavereienstreit, der dem Bürgerkrieg (1861–65) vorausging. Für die Neusiedler wurde jenes Jahrzehnt des „blutigen Kansas" zu einer Epoche, die an den 30jährigen Krieg erinnerte: Sie wurden – je nach Gesinnung – von zahllosen Guerrilla-Banden ausgeplündert und gebrandschatzt.

Gleichzeitig verlangten ihnen Klima und Natur während eines halben Jahrhunderts ein Martyrium ab. Die erste Generation mußte in Erdgrubenbehausungen unter unbeschreiblichen hygienischen und sanitären Bedingungen leben, oftmals meilenweit entfernt Brunnen graben und unter unsäglichen Mühen mit dem Pflug die knochenharte Steppendekke brechen. Der sogenannten *„Dugout"-Kultur folgte die* Grassoden-(„Sodhouse")-Kultur, bei der Großfamilien in winzigen Hütten, erbaut aus Grassoden, vegetierten.

Während dieser Jahrzehnte wurden rund um die Heimstätter zehn Millionen Büffel abgeschlachtet, so daß jahrzehntelang verwesende Kadaver die Luft verpesteten, gleichzeitig trieben etwa jährlich 25 000 *Cowboys aus Texas insgesamt 30 Mil*lionen halbwilder Longhornrinder von Texas nach Norden. Getreidefelder, die nicht von Büffeln und Rindern zertrampelt wurden, zerstörten im Sommer heiße Sand- und Staubstürme, Tornados, Zyklone und sturzflutartigen Wolkenbrüche. Dürreperioden mit 45 C im Schatten, verheerenden Präriebränden und Heuschreckenplagen wechselten mit frostklirrenden Wintern und Schneestürmen, in denen sich Menschen schon wenige Meter vom Haus entfernt verirrten und erfroren.

Als der Viehbestand schließlich durch die Treibherden von der texanischen Rinderzeckenplage bedroht wurde, errichteten die Kansas-Heimstätter eine „Todeslinie" an der südlichen Staatengrenze, an der sich Cowboys und Siedler mit Gewehren gegenüberstanden.

Gleichzeitig jagte die US-Armee in der Kansas-Prärie Indianer, während versprengte Banden von Cheyennes, Arapahoes und Kiowas sich an den Siedlern rächten. Durch den Schienenstrang der Kansas-Pacific-Eisenbahn, der quer durch Kansas nach Colorado vorangetrieben wurde, entstand *in den* Rinderboom-Städten Abilene, Wichita, Caldwell, Hays und Dodge City ein chaotischer Gewaltrummel ohnegleichen. Und wenn es hoch kam, fand man alle 1000 Meilen einen Arzt.

Das Kindbettfieber raffte jede *zweite Mutter dahin,* Wellen von Seuchen fielen über die Heimstätter her. Blinddarmentzündungen, Sepsis und Wundbrand bei Verletzungen waren Erkrankungen mit hohen Todesraten. Die Chance für Kinder, je die Volljährigkeit zu erreichen, glich einem *Glücksspiel. Wurm-* und Hautkrankheiten waren die Regel, Rheumatismus, Gicht, Ichias und Arthritis plagte schon junge Menschen.

Und über allen diesen Plagen erwiesen sich kreditgebende Banken als hartgesottene Gläubiger, die manchem *Farmer* mit überhöhten Zinsen und abenteuerlichen Konditionen den Rest gaben. Das nach qualvoller Arbeit von Generationen schließlich aufgegebene Ackerland förderte den Zusammenschluß zu jenen gigantischen Großfarmen, aus denen schließlich der „Kansas-Weizengürtel" entstehen konnte.

Dieses frühe Kansas war kein Paradies, es war nicht einmal ein Fegefeuer, es war für die meisten derer, die glaubten, ein Rittergut erwerben zu können, die Hölle. Hier wurde durch die gewaltigen Leistungen der Pionierfrauen jene uramerikanische Gleichberechtigungsbewegung geboren, die die Welt verändern sollte. Es ist erstaunlich, wie viele dieser Frauen Zeit zu schriftlichen Reflexionen fanden. In den lokalen histori*schen Gesellschaften stapeln* sich solche Tagebücher.

Ihnen allen ist eine Heiterkeit, Zufriedenheit und Genugtuung gemeinsam, vor der man als Historiker nur noch fassungsloses Staunen empfinden kann. Joanna Stratton hat in ihrem Buch *„Durch die Wildnis zu den* Sternen" (Kiepenheuer & Witsch, 288 S. mit histor. Phographien, 39,80 Mark) autobiographische Texte solcher Frauen aus Kansas zu einem erregenden Geschichtsbild zusammengefügt, das allen Verklärungen des „Wilden Westens" widerspricht.

Die Memoiren von Schulmeisterinnen, Offiziers- und Missionarsgattinnen mit ihrem salbungsvollen Sendungsbewußtsein kennt man zur Genüge. Das ist nicht die saft- und kraftvolle Geschichte, die den „Homo americanus" hervorgebracht hat. Die Vielzahl geschichts- und gesichtsloser Alltagsfrauen haben die wirkliche und wahrhaftige Geschichte gemacht, – und wie sie Geschichte in all ihren trivialen Details durchlebten, das ist ebenso haarsträubend wie bewundernswert. Das waren Höchstleistungen, gegen die Rekordversuche jedweder Art blaß und kindisch erscheinen

H. J. STAMMEL

Die Frauen schrieben die Geschichte der Besiedlung des Westens mit: Amerikanische Pioniere nach einem zeitgenössischen Holzstich FOTO: ULLSTEIN

München: Mozarts „Entführung aus dem Serail"

Ein Irokese im Harem

Jaroslav Chundela, der Regisseur, hat sich für seine Neuinszenierung von Mozarts „Entführung aus dem Serail" im Münchener Theater am Gärtnerplatz viel überlegt, und diese Überlegungen sind vor allem im Bühnenbild Ekkehard Grüblers auf fruchtbarsten Boden gefallen. Wo vor lauter Liebe alles aus dem Lot ist, die Welt kopfzustehen beginnt (und nicht nur für Osmin, der bei aller Verliebtheit in Blondchen dennoch den Haß nicht verlernt hat), da wachsen fast zwangsläufig selbst die Palmen kopfüber durch die Haremsdecke und umhängen mit ihrem grünen Gewedel die verstandestreu *Liebenden.*

Doch mit dem Verstand läßt sich bekanntlich nicht spaßen. Er rächt sich bitter dafür, und so ist denn auch die Konstanze, die Belmonte aus der Hand Selims erhält, nicht jene mehr, die er auszog, sich und seiner Liebe *zurückzuerobern. Die Erinnerung an* den Bassa (und nicht nur an seine Großmut) dürfte Konstanze in alle Zukunft hineinverfolgen – in jenes bis zum Gähnen anödende Duettieren, das man gemeinhin Ehe nennt. Welche Einsamkeit am Ende die grö*ßere ist, die der fragwürdig glückli*chen Konstanze oder die Selims, ausgeliefert an den Klimbim seiner Janitscharenmusik – das ist die offene Frage, über der am Ende der Vorhang fällt.

Vielleicht aber hätte er sich gar nicht erst heben sollen. Denn allen inszenatorischen Überlegungen hat natürlich die eine vorauszugehen, ob man Mozarts verteufeltes Singspiel besetzen kann, dies schwierigste unter allen. Es macht sich insgeheim immerfort über die Oper lustig. So schwer wie du, jauchzt es aus seinen Noten, kann ich schon lange sein – und mit Leichtigkeit. Wodurch für die Interpreten von vornherein alles noch schwerer wird, angefangen beim Chor, dessen Solostimmen ganz gewiß auf keine bayerische Staatsbühne taugen, bis zu Wolfgang Bothe, dem Dirigenten, dem die Aufführung musikalisch kaum aufsprühen wollte. Sie lief rechtschaffen im Geleis der Partitur gradspurig ab. Besondere Vorkommnisse: keine.

Freilich kam der Aufführung auch keiner der Sänger durch Autorität zu Hilfe, abgesehen von Rainer Scholze, dem Osmin, der sich, im Irokesen-Look, seine Rolle ins Gefährliche zurechtrückte und damit der Türkenkomödie entzog, ohne die erforderliche *Grazie des Vortrags preiszugeben.* Eva-Christine Reimer machte als Blondchen singend ebensogute Figur wie Rüdiger Bahr sprechend. Alle anderen waren auch ohne Serail von vornherein mehr oder minder Gefangene ihrer Rollen und sangen sich unfrei durch sie hindurch. Herauszufinden, in welches Fach Angela Denning, die Konstanze, in Wahrheit rangiert, fällt wohl in den Bereich der Stimm-Astrologie. Jan Brett Martin zeigte sich gesanglich wiederholt irritiert, und Richard Kindley wäre ein trefflicher Pedrillo gewesen, hätte der fahrlässige Mozart die Partie nur ein Halbtönchen tiefer gesetzt.

KLAUS GEITEL

München: Jean Tinguely in der Hypo-Kunsthalle

Der Tanzbär am Altar

Es ist wie immer bei Jean Tinguely: Die Ausstellung kündigt sich akustisch an, bevor man sie überhaupt betreten hat. Es kracht und klingelt, es klappert und zischt, es quietscht und trommelt, daß einem schon auf der Treppe der Hypo-Kulturstiftungs-Kunsthalle in München zumindest das Hören vergeht.

Und weiter oben vergeht einem natürlich auch noch das Sehen. Eine riesige Maschine dreht unzählige Räder, Hebel, Platten. Eine „Maschinenbar" schlägt und klappert mit unzähligen Teilen. Dreiflügelige Altäre präsentieren Ziegenschädel und Pferdegebisse oder was sonst an Getier sich *zur letzten* Ruhe gebettet hat. Handzettel werden verteilt. Auf denen steht: „Es ist also alles, was ist, im Nichts, und so Gott das Gefüge der Welt, das er schuf, wieder zu Nichts zurückschüfe, nichts bliebe an seiner Statt als das Nichts, das Unerschaffene, so wie es war vor Anfang der Welt."

So bunt also ist das Nichts, so lautstark kommt uns die Metaphysik daher. Im Katalog erklärt man dann noch: „Tinguelys Objekte sind ... der Inbegriff jeder Kritik an einem traditionellen Kunstbegriff." Nun denn. Nach Dada, Marcel Duchamp, Konzept-Kunst und anderen Reduktionen noch immer Kulturbegriff-Attacken? Auf welchen Kulturbegriff? Haben wir überhaupt noch einen?

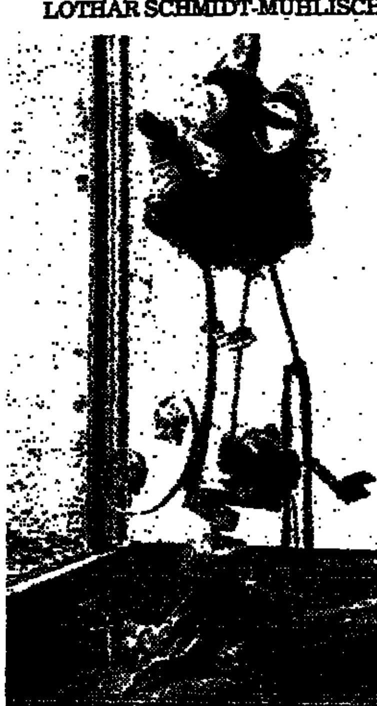
Jean Tinguely ist inzwischen 60 geworden. Das ist kein Alter mehr, in dem man noch ungestraft *zur Revolte* schreiten kann. Das sieht man der Münchener Ausstellung an. Auf Knopfdruck kann man Spielzeuge betätigen. Tanzbären-Art. Äffchen und Entlein. Das entlockt einem doch nur noch ein müdes Lächeln. Provokation? *Das Nichts? Das Banale im* Kunstraum? Banalität hat es an sich, leicht zu ihrem eigenen Opfer zu werden.

Das betrifft auch die komplizierteren Objekte, vor allem die Mammutmaschinen. Das krachende Räderwerk, zum 20. Mal besichtigt, entlockt höchstens noch besonders einfältigen Gemütern gelindes Amüsement. Das *provoziert nichts, das evoziert* nichts. Das ist viel Lärm um Nichts. Und da hilft auch keine hochgestochene Metaphysik.

Am ehesten können da noch die Altarobjekte aus Tiergebein und Maschinenteilen interessieren. Tinguely selbst sieht sie in Beziehung zum „Baseler Totentanz". Die Verbindung von verrosteter Technik und Totenschädeln weckt natürlich Gedanken an Vergänglichkeit. Das Industrielle *unterliegt* ihr ebenso wie das Biologische. Aber auch hier stumpft die Wiederholung schnell ab. Man merkt die Absicht, und man ist – nein, nicht verstimmt, man ist nur noch gelangweilt.

Es ist schade um Tinguely. Seine früheren Arbeiten – zum Beispiel die verspielt-ironischen Brunnenfiguren vor dem Baseler Stadttheater – zeigten einen melancholischen Spieler, einen *lächelnden Provokateur.* Aber Tinguely geht es wie vielen „Avantgardisten": Ihr Ansatz war so schmal, daß er auf die Dauer zu Attitüde verkommen mußte. (Bis 6. Januar 1986, Katalog 26 Mark)

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH



Zum Hampeln verdammt: „Micky-Maus" von Jean Tinguely FOTO: KATALOG

Osnabrück: Eörsis „Kompromiß" uraufgeführt

Riß durch die Geschichte

Auf der samtschwarzen Bühne steht ein weißes Krankenbett. Ein Galgen, ein Tropf, sonst nichts. Ein Mann stirbt, aber er weiß nicht, daß der Tod ihm gewiß ist. Er kämpft um sein Leben, nicht nur um sein körperliches, sondern vor allem um sein geistiges, um seine Selbstachtung, um seine Wahrhaftigkeit als Wissenschaftler. Zwischen Ohnmachten und Schmerzanfällen verteidigt er sein Lebenswerk.

Das ist die Szene in István Eörsis Stück „Der Kompromiß", das die Städtischen Bühnen Osnabrück jetzt unter der Regie des Autors uraufgeführt haben. Der Ungar Eörsi, in sei*nem Heimatland mit* Berufsverbot belegt, hat schon im Vorjahr mit seinem Stück „Das Verhör" an der Berliner Schaubühne nachhaltig auf sich aufmerksam gemacht.

In seinem neuen Stück nun geht es, wie der Titel schon sagt, um einen *Kompromiß. Ein Starhistoriker* der ungarischen Kommunistischen Partei namens Zoltán hat ein Buch verfaßt, in dem er die politische Gegenwart seines Landes etwas zu klarsichtig beschreibt. Die Parteiführung versucht, den Autor zu einer Korrektur seiner Meinung zu bewegen. Zoltán, von einer schweren Krankheit gezeichnet, setzt sich zur Wehr. Seine Frau Maria darf im Krankenhaus bei ihm wohnen und ihn pflegen – vorausgesetzt, sie bewegt ihn zur parteigenehmen Umarbeitung seiner Texte.

Sein Freund Borsi, der weiß, daß Zoltán sterben muß, sieht in dieser Konstellation die Chance für Zoltán, *sich zur unverstellten Wahrheit* zu bekennen und ein Meisterwerk zu hinterlassen. Ehefrau Maria dagegen befürchtet, Zoltán werde der Verzweiflung anheimfallen, sähe er seiner Lage ins Auge, seiner geistigen wie seiner körperlichen.

Das Ende ist so gewiß, wie es der Machtstruktur des kommunistischen Apparates entspricht: Zoltán muß *sterben, und die Genossen bekom*men das Verlangte. Die Handlung folgt in kühl-ironischer Beobachtung den Gesetzen der Macht, für die der Geist kein Hindernis ist. Der dramatische Kern ist entsprechend eine Nicht-Handlung. Für die Betroffenen geht es ausschließlich um das unlösbare Problem ihrer Identität. Maria (Anja Lehmann) verlängert die Qual ihres todkranken Mannes (Helmut Maßel) – den Atheisten bleibt stets nur die Hoffnung auf die Realität. Freund Borsi (Michael Unger) bleibt in seiner Erfolglosigkeit nur eine hilflose Traumexistenz „in den Rissen der Geschichte".

Das Geschehen, geteilt in neun Gespräche, läuft ab wie ein Uhrwerk. Nahtlose Szenenwechsel, Wiederkehr und Verflechtung gleicher Wendungen und Abläufe bestärken den Eindruck *eines Ineinandergreifens* von Rädchen in einem unentrinnbaren Mechanismus. Das Spiel zwischen Katz und Maus erzeugt Komik. Doch jedes *Gelächter läßt* das Unabwendbare erschreckender werden.

Ganz zum Schluß bricht der Autor dieses Prinzip auf: Der tote Zoltán erscheint wieder ganz gesund, leibhaftig. Er reißt Witze, gebärdet sich eifersüchtig, beklagt sich über Banalitäten. War *alles nur ein* böser Traum? Ist das Sterbebett, das Symbol der tödlichen Macht, eine aufhebbare Fiktion? Kann das Leben triumphieren? In Ungarn, wo man es gewöhnt ist, zwischen den Zeilen zu lesen, wird man das sicher auch anders sehen als bei uns.

Was sicher auch uns beeindruckt, ist die Stringenz des Symbols. Hier wird kein Einzelschicksal abgehandelt, hier geht es nicht um private Wehwehchen. Der Magenkrebs und das Krankenbett stehen für ein geistiges, für ein politisches Leiden, dessen Zwangsläufigkeit vor allem in Eörsis Selbstinszenierung eine erschreckende, kalte Prägnanz bekommt. Die Darsteller und das Bühnenbild von Raimond Schoop gaben dem Stück eine Dimension wirklichen Leidens, das die politische Aussage über jede Thesenhaftigkeit erhob.

Wer einmal politisches Theater sehen will, wie es aus wirklicher Qual geboren wird, der sollte nach Osnabrück fahren. Den Beifall hatten sich alle Beteiligten redlich verdient.

DIETER PENTZEK

Wenn der Glaube heilt: Der Film „Das Wunder"

Raphaelas Wandlung

Eckarts Schmitz' Filme verwirren, schockieren und verunsichern. Mit brutaler Direktheit erzählen „Der Fan" oder „Lost" von den Fixierungen junger Menschen, von der Kompromißlosigkeit ihrer Wünsche, die sich bis zum Wahn steigern können. Auch Schmitz' neuer Film „Das Wunder" dreht sich um eine solche Fixierung, um die Überzeugung eines jungen Mädchen, daß der Glaube im wahrsten Sinne des Wortes Berge versetzen kann.

Raphaela (Anja Schütte), von Ge*burt an blind, wird durch das* Bauernmädchen Maria (Anouschka Renzi), das im Hause von Raphaelas Eltern als Dienstmädchen arbeitet, Schritt für Schritt zum Glauben hingeführt. Maria glaubt ohne Vorbehalte an die Macht des Gebetes, an die Realität von Wundern.

Für Raphaela, die besessen ist von dem selbstquälerischen Gedanken, ihre Blindheit sei schuld am Elend *der elterlichen Ehe, bedeutet* Marias Freundschaft zunächst nur eine Fluchtmöglichkeit aus dem Alleinsein. Die tiefe Gläubigkeit Marias jedoch beginnt allmählich Raphaelas Leben zu ändern, in ihr die Hoffnung auf eine Heilung durch den Glauben zu wecken. Und das Wunder geschieht tatsächlich.

Viel wichtiger ist jedoch die Veränderung, die sich mit dem Raphaela selbt vollzieht. Aus einem unsicheren, nur einfachen Vergnügungen nachjagendem Mädchen wird eine le*benskluge Frau, die ihr Schicksal* zu erkennen und zu meistern vermag.

Schmitz' Film einerseits schwimmt auf einer modischen Welle, dem Hang vieler Jugendlicher zu Religion und Mysthik. Wahrsager, Wunderheiler und Sternendeuter haben wider ein*mal Konjunktur. Diesen falschen* Propheten will Schmitz andererseits mit seinem Film „Das Wunder" den wahren Seelenglauben gegenüberstellen. Aber obgleich er das Thema ernsthaft ohne Ironie und Blasphemie abhandelt, obgleich er alle Effekthascherei vermeidet, beschleicht einen doch ein Gefühl des Unbehagens bei so demonstrativ zur Schau gestellter Gläubigkeit.

Der Film wirft deshalb die Frage auf, wie so heikle Dinge wie der Glaube, die Macht des Gefühls, die Existenz Gottes ohne Peinlichkeit dargestellt werden können. „Das Wunder" – und das ist offensichtlich das Ziel von Eckart Schmitz – konfrontiert *uns mit der Realität tiefer Gläu*bifgkeit. Der Film fasziniert durch seine Gradlinigkeit, stößt aber gleichzeitig ab, weil er letztlich den Zuschauer mit zu vielen Fragen alleine läßt.

MARGARETE v. SCHWARZKOPF

KULTURNOTIZEN

Von 7,8 Prozent auf 7,7 Prozent hat sich der Anteil ausländischer Schüler in der Bundesrepublik im letzten Schuljahr verringert. 1983/84 waren es rund 830 000 Ausländerkinder, 1984/85 lernten dagegen nur noch *785 000 an deutschen Schulen.*

Kleinverlage in Hessen stellt die Stadt Marburg vom 1. Dezember bis 5. Januar in ihrem Rathaussaal vor.

Die Cusanus-Gesellschaft feiert am 30. November im Festsaal des Weinmuseums in Bernkastel-Kues ihr 25jähriges Bestehen.

Die 15. Zweiggalerie der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen wird am 29. November mit der „Staatsgalerie in der Kunsthalle Augsburg" eröffnet.

Fassbinders Stück „Der Müll, die Stadt und der Tod" erscheint demnächst, wie der Verlag der Autoren mitteilt, in einer amerikanischen Übersetzung.

Jurij Ljubimow, der in Bologna lebende russische Regisseur, wird am *Badischen Staatstheater* Karlsruhe Rainer Kunads Oper „Der Meister und Margarita" inszenieren. Premiere: März 1986.

„Harlekin", ein Gemälde von Juan Gris, hat der Kunstschriftsteller Douglas Cooper der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen gestiftet.

JOURNAL

Rechenschaftsbericht des *Goethe-Instituts*

A. W. **Bonn**

Um neuneinhalb Prozent aufge*stockt wurde* der Etat des Münchener Goethe-Instituts gegenüber 1984. Dies gab Generalsekretär Horst Harnischfeger auf der Jahrespressekonferenz des Institutes in Bonn bekannt, auf der auch das Goethe-Instituts-Jahrbuch 1984/85 vorgestellt wurde. Neue Vertretungen der größten kulturellen Mittlerorganisation der Bundesrepublik sollen demnächst in Costa Rica und Jerusalem eröffnet werden. Der Plan, auch in Johannesburg (Republik Südafrika) ein Goethe-Institut einzurichten, sei dagegen vom Auswärtigen Amt „auf Eis gelegt" worden, erklärte Harnischfeger. In der abgelaufenen Berichtsperiode hat man 15 000 Veranstaltungen im In- und Ausland organisiert. Der Schwerpunkt der Arbeit liegt nach wie vor auf dem deutschen Sprachunterricht. Der *Präsident des Instituts,* Klaus von Bismarck, beklagte, daß – außer in Jugoslawien und Rumänien – bisher noch kein Goethe-Institut in einem Ostblockland habe tätig werden können.

Knopp wendet sich gegen Kunsthistoriker-Protest

PHG. **Berlin**

Als den „Stil von Hausbesetzern" und „studentischen Kampfgruppen" kritisierte Prof. Werner Knopp, Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, die „Art und Weise", mit der eine Reihe vor allem Berliner Kunsthistoriker und Restauratoren gegen die Ausleihe wertvollster Holztafeln und Holzskulpturen aus Berliner Museen für eine spektakuläre Ausstellung in *Washington und Los Angeles im* kommenden Jahr protestiert hat (s. WELT v. 16. 11.). Knopp betonte, „unter vielen Zweifeln und Gewissenszweifeln" sei das Risiko dieser Ausleihe abgewogen worden. Dabei hätten auch politische Erwägungen *eine Rolle gespielt. Man wolle* „Amerika ein Zeichen geben der Verbundenheit". Zugleich aber werde eine „lange Zusammenarbeit" mit großen amerikanischen Museen in die Wege geleitet.

Goncourt-Literaturpreis an Yann Queffelec

dpa. **Paris**

Der französische Schriftsteller Yann Queffelec ist in Paris mit dem Goncourt-Literaturpreis ausgezeichnet worden. Der 35jährige erhielt den symbolisch mit 50 Francs (16,50 Mark) dotierten Preis, der aber wegen seiner auflagensteigern*den Wirkung besonders begehrt ist,* für seinen im Gallimard-Verlag veröffentlichten zweiten Roman „Les noces barbares" (Barbarische Hochzeit). Der gleichzeitig vergebene Prix Renaudot ging an die Autorin Raphaelle Billetdoux für ihr Buch „Mes nuits sont plus belle que vos jours" aus dem Grasset-Verlag.

Widerstandsmuseum in den Niederlanden

epd. **Amsterdam**

Ein Museum, das sich ausschließlich dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus widmet, wird heute in Amsterdam eröffnet. Die *Initative für diese Dauerausstellung* ging von dem „Komitee 5. Mai" aus, das die Veranstaltungen zum Tag der Befreiung der Niederlande koordiniert und organisiert. Das Museum ist in einer früheren Synagoge untergebracht. Eröffnet wird das „Widerstandsmuseum" durch Prinz Bernhard von den Niederlanden.

Italienische Filmtage ehren Sergio Leone

AFP. **Nizza**

Eine Hommage für Sergio Leone und die Würdigung des vor 40 Jahren entstandenen Neorealismus sind die Schwerpunkte des 7. Festivals des italienischen Films, das vom 9. bis 15. Dezember in Nizza stattfindet. Leones Gesamtwerk *wird gezeigt werden. Der italieni*sche Neorealismus wird mit etwa 30 Streifen illustriert, darunter den Meisterwerken „Rom, offene Stadt" und „Fahrraddiebe".

Arno Schönberger 70

Er ist noch ein Museumsmann alten Typs. Einer von jenen, die durch ihre Arbeit sprechen, sonst aber nicht viel von sich reden machen. Arno Schönberger, der heute 70 Jahre alt wird, arbeitete zuerst im Bayerischen Landesamt für Denk*malspflege, wechselte dann* als Kustos ans Bayerische Nationalmuseum und erregte das erste Mal Aufmerksamkeit mit der Münchner Europaratausstellung „Das Jahrhundert des Rokoko" (1958). Ein Jahr später wurde er Direktor des Kunst*gewerbemuseums der* Stiftung Preußischer Kulturbesitz. 1969 folgte er dem Ruf als Direktor des Germanischen Nationalmuseums in Nürnberg, dem er bis 1980 vorstand. Nicht das Schaugewerbe publizitätsträchtiger Kunstschauen *war seine Sache, sondern die solide,* kontinuierliche Museumsarbeit. Davon zeugen auch seine zahlreichen Publikationen.

P.D.

Vom Tellerwäscher zum Präsidenten: Ein deutscher Hotelmanager in Chicago personifiziert den amerikanischen Traum von einer Karriere ohne Beziehungen

Mit viel Phantasie an die Spitze

HEINZ HORRMANN, **Chicago**

Es ist das ewig junge amerikanische Thema: vom Tellerwäscher zum Millionär. In der aktuellen Folge dieser unendlichen Geschichte, die heute wie vor 50 Jahren ein beliebtes Lehrstück ist, das Eltern ihren schulpflichtigen Kindern einbleuen, spielt ein Deutscher die Hauptrolle. Bernd Chorengel aus Itzehoe personifiziert den amerikanischen Traum von der Karriere ohne Beziehungen, Protektion und Mittel.

An seinem 40. Geburtstag wurde der Deutsche in Chicago Präsident einer der größten Luxushotelketten der Welt: Hyatt International. Gut 20 Jahre vorher hatte er noch mit Ach und Krach seine Kochlehre abgeschlossen *und mit* Tellerwaschen und Toilettenschrubben das nötige Geld für die Hotelfachschulen verdient.

Der weite Weg zur Spitze zieht sich in sanften Kurven durch Südostasien. Als Steward auf einem kombinierten Fracht- und Personendampfer war Chorengel in Hongkong gelandet und hatte sich als Mädchen für alles in einem drittklassigen Hotel verpflichten lassen. Bereits dort fiel sein Geschick zu organisieren und seine Phantasie auf, mit wenig Mitteln viel zu bewegen. Fachleute des Hilton-Konzerns wurden aufmerksam und nahmen den jungen Deutschen unter Vertrag. Die Hotels in Manila und Hongkong waren seine nächsten Stationen. Wo immer große Veränderungen anstanden, wurde Chorengel eingesetzt. Die Kehrseite der Medaille: Drei Jahre lang hatte er keinen freien Tag.

Es sind immer seine Geburtstage, die entscheidende Veränderungen brachten. An seinem 25. fragte ein Bevollmächtigter der damals noch kleinen, unbekannten Hyatt-Gruppe vorsichtig an, ob er, der Emporstrebende, in die Gesellschaft eintreten wolle, die gerade selber eine ähnliche Aufwärtsentwicklung erlebe. Der Name des Unternehmens war für Chorengel so fremd wie der des Vorsitzenden der Schneiderinnung von Kuala Lumpur. Die Zusage kam darum einem Sprung ins eiskalte Wasser gleich, wurde aber schließlich zum Erfolg für beide Vertragspartner.

Chorengels Geburtstagsparty zum 29. war zugleich das Jubelfest anläßlich seiner Beförderung zum Generaldirektor; der jüngste General Manager aller vergleichbaren Hotels. Der Konzern hatte einen Mann an der Angel, der mit neuen Ideen zum heutigen Erfolg und den Gewinnen der Kette entscheidend beitrug.

Speziell im personellen und im konzeptionellen Bereich entwickelte der heutige Präsident eigenwillige Philosophien. Bei der Auswahl des Managements sind für ihn jugendliche Belastbarkeit und Engagement entscheidend, wo bei der Konkurrenz eher Erfahrung und Abgeklärtheit älterer Hotelfachleute vorrangig sind. Im Vorstand der internationalen Division (die zweite Hotellinie umfaßt 90 Hotels in den Vereinigten Staaten) ist nur noch der Personalchef deutlich über 40. Drei der fünf Vizepräsidenten sind Mitte dreißig.

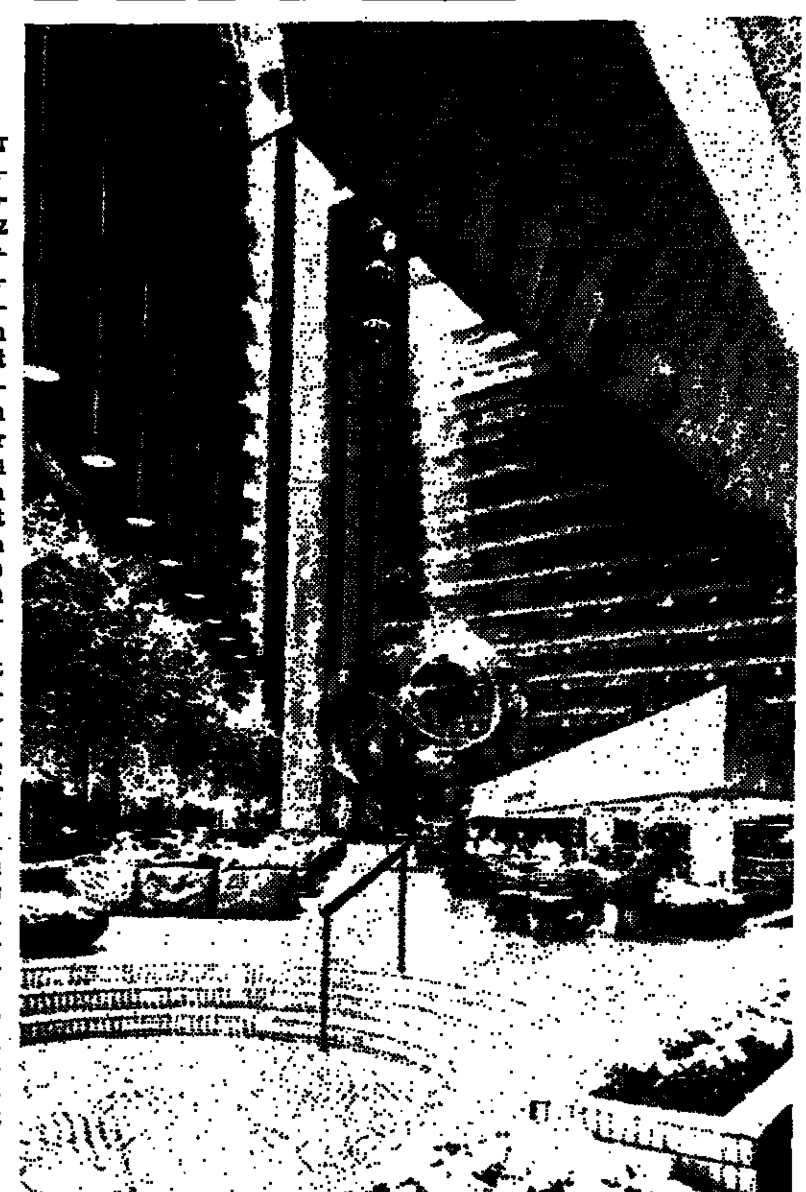
Um dieses System auch an der Spitze der einzelnen Hotels erfolgreich durchführen zu können, wählte das Management in Chicago weltweit 200 Hotelfachschüler aus und gab ihnen einen Ausbildungsvertrag. In ihrer Freizeit werden die Führungskräfte von morgen bereits in der praktischen Hotelarbeit trainiert.

Auch in der Strategie der neuen Hyatt-Häuser hebt sich der Deutsche, der von der Besitzerfamilie Pritzker absolute Vollmacht bekommen hat, von der Konkurrenz spürbar ab. Er setzt nicht auf herkömmliche Hotels für Geschäftsreisen und Tagungen, sondern auf sogenannte Hotel-Ressorts der höchsten Klasse, wo Entspannung und Sport nach der Arbeit in legerer Atmosphäre und ansprechender Natur möglich sind. Die Planer schaffen nicht nur die Räumlichkeiten für Tagungen und Konferenzen, sondern setzen ebenso auf Komfort für die Freizeit nach dem Berufsstreß. Die neuen Häuser in Malaysia und Orlando (Florida) zeigen diese Handschrift. In den nächsten Jahren sollen 50 weitere *rund um den Erdball entstehen.*

In seiner Heimat Deutschland hat der Vater von drei Kindern noch keine Filiale seiner Kette. Verhandlungen für die Übernahme der Kempinski-Häuser waren in letzter Minute gescheitert. Doch am 3. Dezember wird am Kölner Rheinufer der Grundstein für das erste Hyatt-Hotel in der Bundesrepublik gelegt. Zu *diesem Zeitpunkt steht übrigens* wieder ein Geburtstag an. Diesmal betrifft es den Konzern. Vor 28 Jahren wurde die Kette mit der Übernahme eines Schnellimbisses plus Gästezimmer im ersten Stock nahe dem Los Angeles Airport gegründet. Aus dieser Zeit stammt auch der Firmenname. Der Besitzer jenes einfachen Lokals mit dem Namen „Fat Eddies Cafe" war ein Holländer und hieß Hyatt van Dehn. Bis zum heutigen Stand von insgesamt 140 Hotels *ging die Entwicklung* ebenso rasant voran wie die seines jetzigen Präsidenten.



Seine Kochlehre hat er mit Ach und Krach abgeschlossen. *Das war vor* 20 Jahren. Heute stellt sich Bernd Chorengel nur mehr an den Herd, um seinem Hobby zu frönen und für Freunde zu kochen. Schließlich ist er Präsident der Hotelkette Hyatt International.



Sichtbarer Ausdruck der Hyatt-Philosophie: riesige Atrien mit gläsernen Aufzügen und viel Grün. Im Bild das Regency in San Francisco
FOTOS: HEINZ HORRMANN

Die Brummis rasen schon wieder

dpa, **Düsseldorf**

Die Brummi-Fahrer treten offenbar wieder verstärkt auf's Gas: Bei Geschwindigkeitskontrollen, die die Polizei im Oktober auf den nordrhein-westfälischen Autobahnen vornahm, war jeder vierte (26,3 Prozent) der überprüften 6807 Lkw-Fahrer zu schnell. Im August hatte die Raser-Quote noch bei unter 20 Prozent gelegen. Die vorgeschriebene Höchstgeschwindigkeit von 80 Stundenkilometern ließen bei der jüngsten Kontrolle insgesamt 1790 Brummi-Fahrer außer acht; 968 fuhren bis zu 90 Stundenkilometern, 750 bis zu 100 Kilometern in der Stunde und zehn „schafften" mit ihren schweren Zügen sogar Geschwindigkeiten bis zu 120 „Sachen". Dazu gestern der Düsseldorfer Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD): „Ich würde es sehr bedauern, wenn sich bei den Lkw-Fahrern die zwischenzeitliche Welle der Vernunft wieder zu einer Woge kilometerdreschender Unvernunft auftürmen würde. Und das im Herbst mit Nebel, Glatteis und auch sonst von Laub und Erntedreck rutschigen Fahrbahnen."

Spielverbot aufheben

dpa, **Wiesbaden**

Die Wiesbadener Bürger werden sich im kommenden Jahr erstmals an den Glücksspielen in der Spielbank der Landeshauptstadt beteiligen dürfen. Die Landesregierung werde voraussichtlich schon zum April 1986 das fast 200 Jahre alte „Residenzverbot" aufheben, das den Wiesbadenern bislang das Betreten des Spielcasinos der eigenen Stadt untersagte. Das *kündigte Staatssekretär Andreas von* Schoeler vom hessischen Innenministerium an.

„DDR"-Denkmalpfleger

DW. **Berlin**

Hobby-Historiker in der „DDR" haben jetzt die Beschäftigung mit Denkmälern der Vergangenheit entdeckt: In 400 Interessengemeinschaften arbeiten 6400 Laien-Denkmalpfleger. Sie wollen an der von der SED offiziell geförderten „Erbepflege" auf ihre Weise mitwirken. Auswirkungen des vor zehn Jahren erlassenen Denkmalpflegegesetzes seien unter anderem an dem Wiederaufbau der Dresdner Semperoper und der Eröffnung von Schinkels Schauspielhaus abzulesen, schrieb das „DDR"-Blatt „Neue Zeit".

LEUTE HEUTE

Zum Träumen

An die frühen 60er Jahre fühlte sich die amerikanische Folksängerin **Joan Baez** erinnert, als sie während einer Polenreise in der Danziger Brigitten-Kirche zusammen mit dem Führer der Gewerkschaft „Solidarität", **Lech Walesa**, an einer Messe teilnahm und für etwa 1000 Zuhörer vor dem Pfarrhaus Lieder sang. Erlebt habe sie etwas, was in vielen Teilen der Welt und vor allem in den Vereinigten Staaten fehle: Gemeinschaftsgefühl.

Zum Schäumen

US-Präsident **Ronald Reagan**, so will das amerikanische Nachrichtenmagazin „Newsweek" erfahren haben, fühlt sich gekränkt. Er sei aufgebracht über Vergleiche zwischen seiner Frau **Nancy** und der Gattin des sowjetischen Parteichefs **Michail Gorbatschow**, die zugunsten der attraktiven **Raissa Gorbatschowa** ausgefallen seien. Der Vergleich habe das *irische Temperament des Präsidenten* zum Schäumen gebracht.

Zum Lachen

Seine Vorgänger waren der israelische Schriftsteller **Ephraim Kishon**, Bundeskanzler **Helmut Kohl**, Bundesaußenminister **Hans-Dietrich Genscher** und der CSU-Vorsitzende **Franz Josef Strauß**. Jetzt gehört auch der Schweizer Kabarettist **Emil Steinberger** zu den Trägern des Karl-Valentin-Ordens. *Ihnen allen* bescheinigte die Münchner Karnevalsgesellschaft Narrhalla „hintergründigen Humor im Sinne Karl Valentins". „Emil" wird die Auszeichnung am 10. Januar 1986 in München während einer Festsitzung verliehen werden.

„Achille Lauro"-Entführer vor Gericht

Anklage wegen illegalen Waffenbesitzes / Österreichische Passagierin verschwunden

FRIEDRICH MEICHSNER, **Rom**

Gefängnisstrafen zwischen vier und neun Jahren hat der Staatsanwalt im ersten Prozeß gegen die vier „Achille Lauro"-Entführer und ihren Waffenlieferanten, einen Vetter des Chefs der Palästinensischen Befreiungsfront (PLF), Abu Abbas, beantragt. Das Direktverfahren gegen die palästinensischen Terroristen fand in Genua statt und betraf ausschließlich die Einfuhr und den Besitz der Waffen, die dann bei der Schiffsentführung benutzt wurden. Über die Entführung selbst und über die Ermor*dung des amerikanischen Staatsbür*gers Leon Klinghoffer wird erst im kommenden Frühjahr nach Abschluß des Ermittlungsverfahrens verhandelt werden.

Die Angeklagten behaupteten, sie seien keine Terroristen, sondern Kämpfer für die Befreiung ihres palästinensischen Heimatlandes. Ihr Anführer, Yussef Magied Al Molqui (23), der Klinghoffer ermordet haben soll, gab an, das Ziel der Aktion sei nicht die Entführung des Schiffes, sondern eine militärische Operation im israelischen Hafen Ashdod gewesen. Es habe sich jedoch ein Problem ergeben, *das dazu zwang, die „Achille Lauro"* zu kapern.

Die für die Operation vorgesehenen *Waffen wurden von dem 25jäh*rigen PLF-Obersten Yasa Abbas auf einer Autofähre von Tunis nach Genua geschmuggelt. Yasa Abbas wurde nach der Übergabe der Waffen an die Entführer verhaftet, weil er zwei falsche Pässe besaß.

Poll. **Wien**

Die Österreicherin, die sich an Bord des gekaperten Kreuzfahrtschiffes „Achille Lauro" 65 Stunden lang vor den Terroristen in einem Schrank verborgen hatte, ist seit dem 31. Oktober spurlos aus ihrer Salzburger Wohnung verschwunden. Die 54jährige beinamputierte Anna Hörantner dürfte nach wie vor an den Folgen eines Schocks leiden.

Seit dem fürchterlichen Erlebnis auf dem Schiff war sie nach Aussagen der Angehörigen völlig verändert. Sie litt unter schweren Angstzuständen. „Jede zufallende Tür ließ sie schreiend zusammenzucken, als wäre ein Schuß gefallen", sagt ihr Ehemann. *Nach einer Auseinandersetzung hatte* die Frau das Haus verlassen. Vergangene Woche bekamen Verwandte und Bekannte Briefe, die auf Salzburger Postämtern aufgegeben worden waren. Darin befand sich auch Geld zur Begleichung offener Rechnungen.

Rekordpreise für 1985er Burgunder

DW. **Beaune**

Rekordpreise wurden am Sonntag abend bei der 125. traditionellen Versteigerung von Burgunderweinen zugunsten des Hospizes in Beaune erzielt. Umgerechnet rund 8,3 Millionen Mark brachten die insgesamt 555 Fässer mit jeweils 228 Liter Inhalt. Im vergangenen Jahr betrug der Erlös für 636 Fässer 5,3 Millionen Mark.

Allein 36 000 Mark wurden für das Faß weißen Corton-Charlemagne geboten. Unter den ausländischen Käufern rissen sich besonders Interessenten aus der Schweiz und den USA, aus Großbritannien, Japan und der Bundesrepublik Deutschland um den als „großen Jahrgang" eingestuften 1985er. Der Durchschnittspreis für *den neuen 1985er Rotwein stieg* bei der Veranstaltung um 86 Prozent. Die in den letzten Jahren ohnehin stark verteuerten Weißweine legten erneut 39 Prozent zu.

Diese Preissteigerungen sind Grad*messer für Preisentwicklungen* und schlagen stets auf ganz Burgund durch. Vergebens warnte deshalb der Präsident des burgundischen Weinhändlerverbandes, Dominique Devillard, die für ausländische Kunden mitbietenden Händler von Beaune vor zu hohen Angeboten. Eine weitere Preissteigerung von 20 bis 30 Prozent sei der ausländischen Kundschaft nicht zuzumuten. Schließlich ist mittlerweile der Export des weißen Burgunders in Europa rückläu*fig. In der Bundesrepublik Deutsch*land wurden 1984 sogar 39 Prozent weniger als im Vorjahr verkauft.

Doch auch der *inzwischen hoch* eingestufte Beaujolais, der ab kommenden Donnerstag als „Primeur" *auf den Markt kommt*, wird trotz guter Qualität in diesem Jahr um zwei Prozent günstiger angeboten. Der Grund: Im Vorjahr wurde zuviel „Primeur" auf den Markt gebracht.

ZU GUTER LETZT

„Haustiere in jedem zweiten Haushalt – Die meisten haben einen Vogel." Überschrift einer dpa-Meldung.

WETTER: Kalt

Lage: An der Südflanke eines kräftigen Hochdruckgebietes mit Kern über Skandinavien bestimmt Kaltluft das Wetter.

Vorhersage für Dienstag: Im Norden wolkig mit gelegentlichen Auf heiterungen und vereinzelt leichter Schneefall. Temperaturen plus 1 bis minus 3 Grad, Tiefsttemperaturen um minus 6 Grad. Mäßiger bis frischer Wind aus Nordost bis Ost.

Weitere Aussichten: Zeitweise Schneefall, dabei leichte Frostabschwächung.

Sonnenaufgang am Mittwoch: 7.47 Uhr*, Untergang: 16.27 Uhr; **Mondaufgang:** 14.22 Uhr, Untergang: –.– Uhr.

Sonnenaufgang am Donnerstag: 7.49 Uhr, Untergang: 16.26 Uhr; **Mondaufgang:** 14.34 Uhr, Untergang: 0.57 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 19. Nov., 7 Uhr

Gewitter
Niederschlagsgebiet
Temperaturen in °C
Warmfront
Okklusion
Kaltfront am Boden
Kaltfront in der Höhe
Luftströmung warm
Luftströmung kalt
Isobaren

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Montag, 12 Uhr (MEZ):

Deutschland:

Ort	°C	Wetter
Berlin	-2	he
Bielefeld	0	bw
Braunlage	-6	S
Bremen	1	he
Dortmund	-1	bd
Dresden	-2	bd
Düsseldorf	0	he
Erfurt	-3	bw
Essen	-1	bw
Feldberg/S.	-12	S
Flensburg	2	bw
Frankfurt/M.	0	he
Freiburg	1	he
Garmisch	-5	S
Greifswald	0	bw
Hamburg	2	he
Hannover	-1	bd
Kahler Asten	-7	S
Kassel	-2	S
Kempten	-6	S
Kiel	2	Sr
Koblenz	1	bw
Köln-Bonn	2	he
Konstanz	-4	S
Leipzig	-2	Sr
List/Sylt	2	he
Lübeck	2	he
Mannheim	2	he
München	-5	S
Münster	0	he
Norderney	4	he
Nürnberg	-2	bw
Oberstdorf	-6	bw
Passau	-3	he
Saarbrücken	0	wl
Stuttgart	0	he
Trier	0	he
Zugspitze	-10	bw

Ausland:

Ort	°C	Wetter
Algier	16	bw
Amsterdam	1	he
Athen	15	bd
Barcelona	10	he
Belgrad	-1	S
Bordeaux	2	he
Bozen	4	bw
Brüssel	1	wl
Budapest	0	bd
Bukarest	-1	S
Casablanca	17	he
Dublin	9	he
Dubrovnik	3	R
Edinburgh	7	he
Faro	14	he
Florenz	5	R
Genf	-3	bd
Helsinki	-3	bd
Hongkong	23	he
Innsbruck	-4	bd
Istanbul	–	–
Kairo	26	he
Klagenfurt	-4	S
Konstanza	3	bd
Kopenhagen	0	S
Korfu	18	bd
Las Palmas	20	Rs
Leningrad	-2	bd
Lissabon	12	he
Locarno	2	bd
London	5	he
Los Angeles	18	wl
Luxemburg	-1	wl
Madrid	13	he
Mailand	3	bd
Malaga	17	bw
Mallorca	10	Sp
Moskau	-6	S
Neapel	14	bw
New York	16	wl
Nizza	12	bw
Oslo	-1	S
Ostende	1	wl
Palermo	22	he
Paris	1	wl
Peking	6	bd
Prag	-4	bw
Rhodos	–	–
Rom	9	R
Salzburg	-3	bw
Singapur	32	bw
Split	9	R
Stockholm	-1	bd
Straßburg	1	he
Tel Aviv	28	he
Tokio	15	bd
Tunis	22	he
Valencia	12	bw
Varna	5	R
Venedig	3	bd
Warschau	-5	bd
Wien	-3	bw
Zürich	-4	S

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall u. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos

Der Nevado del Ruiz grollt weiter

Seismologische Geräte registrieren Erdstöße / Vulkanismus und Beben ähnliche Phänomene

DW. **Bogotá**

Noch Tage nach der verheerenden Eruption, die rund 22 000 Menschen das Leben kostete, beobachten amerikanische und europäische Vulkanologen durchschnittlich alle sechs Minuten ein leichtes Beben des Nevado del Ruiz. Einen erneuten Ausbruch halten sie jederzeit für möglich. Ein Forscher erklärte, die Vulkanologen wollten zwei Farblaser-Entfernungsmesser auf dem Nevado del Ruiz in*stallieren. Mit ihnen lassen sich noch* aus mehreren Kilometern Erdbewegungen von einem oder zwei Zentimetern feststellen.

Von ROLF H. LATUSSECK

Der Ausbruch des Arenas im Nevado-del-Ruiz-Massiv in den mittleren Kordilleren Kolumbiens verdeutlicht nach dem katastrophalen Erdbeben in Mexiko innerhalb weniger Monate erneut die geologische Unruhe dieses Gebiets. In den Unruheherden der Welt sind Beben und Vulkanismus zwei häufig gemeinsam auftretende Phänomene, deren Ursachen mit der Plattentektonik erklärt werden. Als Begründer dieser Theorie gilt der deutsche Geophysiker Alfred Wegener, der 1910 seine *Vorstellung* von einer „*Kontinentalverschiebung*" entwickelte.

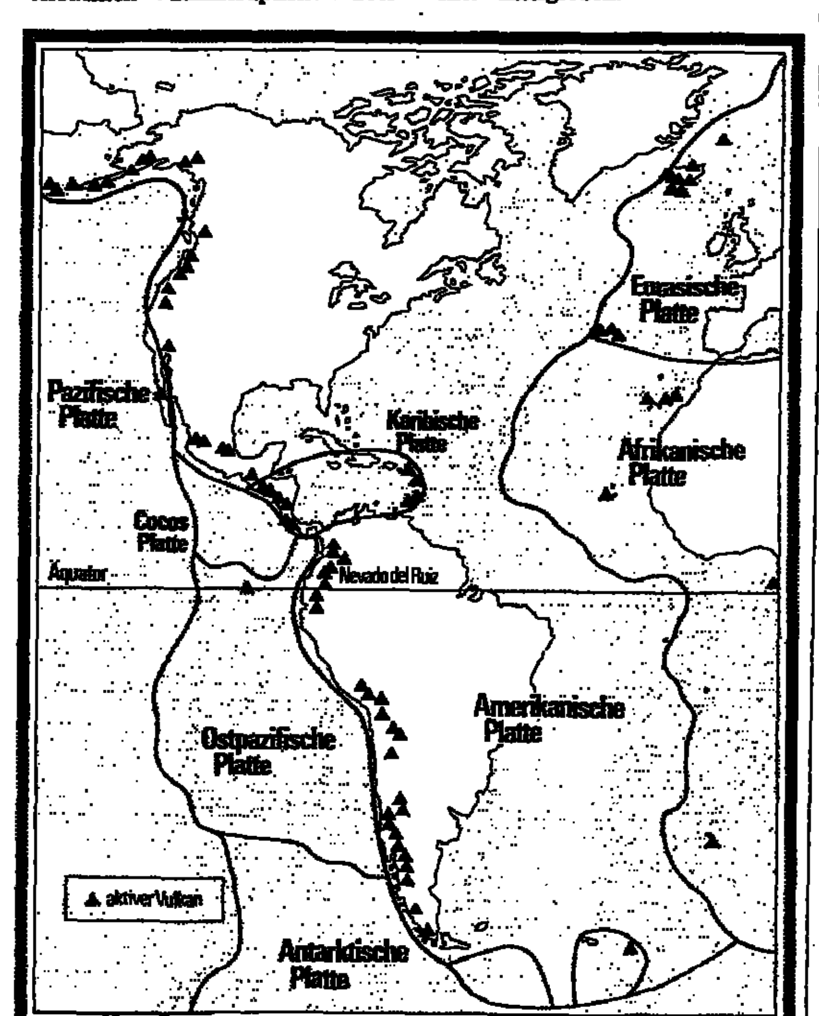
Demnach schwimmen feste Plat*ten der Erdkruste auf* dem *zähflüssi*gen Material des oberen Erdmantels. Wo zwei Platten einander berühren, unterscheidet *man zwischen diver*genten, transformen und konvergenten Grenzen, je nachdem, ob die Platten auseinanderdriften, aneinander vorbeigleiten oder frontal kollidieren. An diesen Grenzen liegen die Erdbeben- und Vulkanzonen der Erde.

Die gesamte Westküste des amerikanischen Doppelkontinents von den Aleuten im Norden bis Feuerland im Süden liegt auf den Grenzen großer und kleinerer Platten. An der Schwelle zwischen Amerikanischer und Ostpazifischer Platte drückt aufwärts quellendes Material des Erdmantels sie auseinander. Als Resultat dieser Bewegung ergibt sich an der amerikanischen Küste eine konvergente Grenze. Hier kollidieren die Platten des östlichen Systemanteils frontal mit Nazca- und Cocos-Platte, die beide in den Erdmantel abtauchen, weil ihr spezifisches Gewicht geringer ist als das der Kontinentalplatten. Eine Folge dieses Abtauchens (Subduktion) war das letzte Beben in Mexiko.

Zweites und sehr typisches Merkmal von Subduktionszonen sind vulkanische Bögen. Rund um fast den gesamten Pazifik läuft der Feuergürtel, der seinen Namen nach den hier tätigen Vulkanen erhalten hat. Zu diesem Gürtel gehören der jetzt in Kolumbien tätige Nevado del Ruiz, der im März 1982 ausgebrochene El Chichon in Mexiko und der Mount St. *Helens im Staat Washington, der im* Mai 1980 Schlagzeilen gemacht hat.

Obwohl noch keine wissenschaftlichen Daten vorliegen, scheint der Ausbruch des Nevado del Ruiz viel Ähnlichkeit mit dem des Mount St. Helens zu haben, der zu den bestuntersuchten Vulkaneruptionen überhaupt gehört. Auch hier war es damals zu gewaltigen Erdrutschen am Vulkanhang gekommen, gefolgt vom Auswurf vulkanischen Gesteins. Die Menge des ausgeworfenen Materials ist später auf etwa drei Kubikkilometer berechnet worden. Schon Auswurfmengen wie diese richten verheerende Schäden an.

Weit größer waren die Mengen bei Vulkanausbrüchen früherer Zeiten. Beim Ausbruch des Krakatau von *1883 wurden 20 Kubikkilometer* Gestein ausgeworfen, und 1815 spie der Tambora in Indonesien 175 Kubikkilometer aus. Verglichen mit Berechnungen prähistorischer Eruptionen gehören selbst diese von der Geschichtsschreibung erfaßten zu den eher mittelgroßen.



Wo die Platten der Erdkruste sich berühren, verläuft die Vulkan- und Erdbebenzone an der amerikanischen Westküste, der „Feuergürtel"

Angeklagter gesteht: Ich warf Corinne in die Schlucht

35jähriger Elektroniker wegen Mordes vor Gericht

dpa, **Itzehoe/Mazan**

Im Prozeß um den Mord an der damals 14jährigen Schülerin Corinne Montagard aus Mazan (Südfrankreich) hat der angeklagte 35 Jahre alte Elektroniker Werner Müller gestanden, das junge Mädchen am 23. Oktober 1984 gefesselt in die 90 Meter tiefe Schlucht von Galamus in der Nähe von Carcassone gestoßen zu haben. Vor dem Landgericht Itzehoe (Schleswig-Holstein) bestritt Müller jedoch gestern den Vorwurf der Anklage, er habe das Mädchen vergewaltigt und den Mord geplant.

Laut Anklage verschaffte sich Müller von Mai bis Dezember 1984 seinen Lebensunterhalt in Südfrankreich mit Fahrzeugdiebstählen. In seiner Aussage am ersten Verhandlungstag sagte der Angeklagte, er sei am Morgen des 22. Oktober 1984 wieder einmal zufällig durch Mazan gekommen. Dort habe er Corinne Montagard, die er schon vor den großen Schulferien im Sommer zweimal als Anhalterin mit nach Carpantras zum Lyzeum mitgenommen hatte, an der Bushaltestelle getroffen. Er habe sie mitgenommen, und als sie sagte, sie besuche jetzt eine andere Schule, sei man weitergefahren. „Warum ich dann nicht bei der Schule gehalten habe, kann ich heute nicht mehr sagen."

Corinne sei wütend geworden und habe mit ihren Eltern und der Polizei gedroht. Da habe er es wegen seiner Diebstähle mit der Angst bekommen. Er sei ziellos losgefahren, todmüde von der Nachtfahrt. Dann habe er Corinne in einem Wald bei Carcassone auf die Ladefläche des Pkw-Kombi gelegt und mit ihr geschlafen. Sie habe sich nicht gewehrt, sondern alles geduldet.

Er habe dann ein schlechtes Gewissen gehabt, wollte sie „irgendwie" loswerden. Deshalb habe er sie gefesselt in der Schlucht absetzen wollen, wo sie bestimmt am anderen Morgen gefunden worden wäre. Als dann Scheinwerfer aufblendeten, habe er Corinne wieder ins Auto zerren wollen. „Sie wehrte sich, die Zeit wurde knapp, das Auto kam. Da verlor ich die Nerven und stieß das Mädchen in die Schlucht", sagte der Angeklagte.